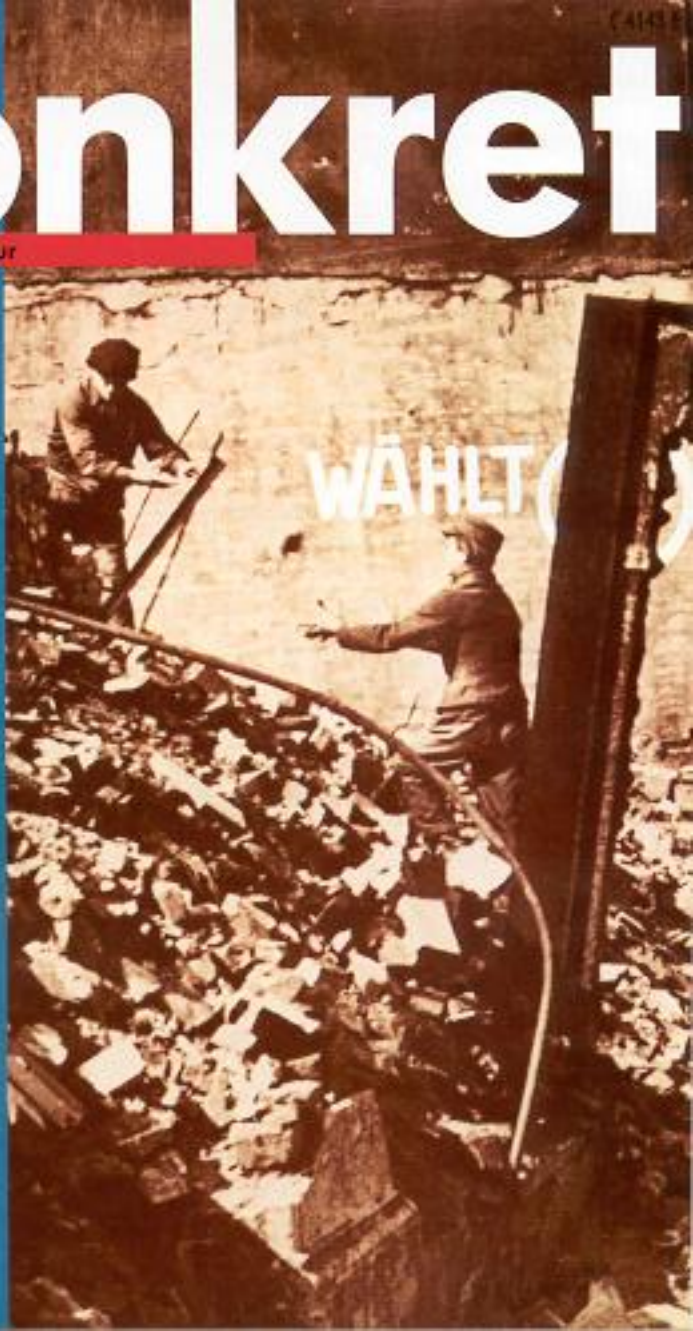
Heft 11 November 1990 6,80 DM

konkret

Konkret: Politik & Kultur

- PDS oder Wahlboykott?
- Deutsches Leid ist doppeltes Leid
- Molotow & Ribbentrop, zweiter Teil
- Wir sind der Hafen: Interview mit einer Straße
- Die Falle des Anti-Rassismus
- Onkel Dagobert in der Krise



in konkret November 1990

Von Konkret

An Konkret

Deutsches Leid ist doppeltes Leid von Hermann L. Gremliza

80 Millionen Frustrierte von Wolfgang Pohrt
Schon wieder Stunde Null. Am 3. Oktober ist, was zusammengehört, zusammengekracht. Dem Kommando »Freut Euch!« begegnete das einig Volk mit Befehlsverweigerung. Ein Grund zur Freude?

Alles nichts, oder? (Teil I)Und sie bewegt sich doch von Heini Eckhoff
Drei Antworten auf drei Fragen: Soll man zur Reichstagswahl eine Stimme abgeben? Wenn ja, für wen? Wenn nein, warum nicht?

Alles nichts, oder? (Teil II)Warum nicht trotzdem die PDS? von Hanfried Müller
Drei Antworten auf drei Fragen: Soll man zur Reichstagswahl eine Stimme abgeben? Wenn ja, für wen? Wenn nein, warum nicht?

Alles nichts, oder? (Teil III)Keine Stimme für Deutschland von Regula Bott u.a.
Drei Antworten auf drei Fragen: Soll man zur Reichstagswahl eine Stimme abgeben? Wenn ja, für wen? Wenn nein, warum nicht?

Wohnhaft: Hafenstraße von Oliver Tolmein
Wer den Abgeordneten des Deutschen Bundestages, dem Generalbundesanwalt, der Polizei und dem Hamburger Verfassungsschutz-Chef Lochte glaubt, der weiß: Die RAF hat eine Postanschrift. Eine Chronik der Auseinandersetzungen um die Hafenstraße und ein Gespräch mit Bewohnerinnen und Bewohnern

»Die Multis können zum Segen werden« von Winfried Wolf
Rettet die Fusion von Daimler und Mitsubishi unsere Trinkwasserversorgung?

»Alle Zweifel über Bord« von Detlef zum Winkel
Stillschweigend ist die Revolution aus dem Perestroika-Programm verbannt worden. Statt auf Glasnost setzt Gorbatschow jetzt auf »Deutschland« – wie vor fünfzig Jahren ein anderer Sowjetführer

In einiger Sache von Hermann L. Gremliza

Picasso an die Front! von Klaus Herding
Die Bundeswehr wirbt mit dem Kriegs-Bild »Guernica« potentielle Mörder an

Golf, Sweet Home von Heike Kleffner
Krise und Krieg – das bewährte Paar bestimmt die Politik der USA. Weil die Regierung ihre sozialen Pflichten nicht mehr erfüllen will und kann, wird die Heimatfront mobilisiert

Sinn ohn´ Form: Wahlen – ohne uns!

Termine

Der Weg zur inneren Einheit VI von Wolfgang Pohrt
In Anlehnung an die Arbeit »The Authoritarian Personality«, in der Theodor W. Adorno und andere die Zusammenhänge zwischen Charakterstrukturen und der

Empfänglichkeit für faschistische untersucht hatten, erstellt Wolfgang Pohrt für die »Hamburger Stiftung zur Förderung von Wissenschaft und Kultur« eine Studie über den »autoritätsgebundenen Charakter BRD 1990«, die KONKRET als work in progress dokumentiert (siehe KONKRET 5-9/90). Im Rahmen dieser Studie, deren Ziel es ist, die Chancen für einen neuen Faschismus als Gemütsbewegung in Deutschen zu sondieren, hat Pohrt auch Gespräche mit politisch aktiven Rechtsradikalen geführt, um zu ermitteln, »wohin das gängige Alltagsbewußtsein kraft eigener »Immanenz fortschreiten kann«. Nach Gesprächen mit je einem Funktionär der Republikaner und einem Anhänger der »Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei« (FAP) folgt nun zum Abschluß der Interview-Serie ein Gespräch mit einem weiteren FAP-Aktivisten. Angaben zur Person wurden anonymisiert.

Wer liest schon Flaubert? von Ralf Syring

Der sandinistische Comandante Tomás Borge hat ein Buch geschrieben, in dem Madame Bovary als Symbol der Rebellion erscheint. Die deutschen Herausgeber hielten die Übersetzung dieses Kapitels für überflüssig

von Tomás Borge; Ralf Syring

Interview mit Tomás Borge

Die Falle des Antirassismus von Jan Philipp Reemtsma

»Das Phänomen 'Rassismus' ist eine Erfindung rassistisch Argumentierender.« - Anknüpfend an Überlegungen zur Logik terroristischer Handlungen (KONKRET 9+10/90) interpretiert Jan Philipp Reemtsma 'rassistische Einstellungen ' nicht als Begründung, sondern als Resultat einer Verfolgungspraxis, die das verfolgende Kollektiv selbst nicht mehr begreift, weil ihm seine ursprüngliche Motivation abhanden gekommen ist. Das hat Folgen fürs anti-rassistische Engagement: »Man sollte darüber nachdenken, ob der Begriff 'Rassismus' nicht ganz aufgegeben werden sollte«

Literatur, Männer und Frauen von Brigitte Kronauer

Massaker für die Marktwirtschaft von Peter Bahlsen

Nach ihrer Gründung im Jahr 1975 galt die Inkatha-Bewegung des Zulu-Führers Buthelezi zunächst als nationale Befreiungsbewegung und wurde vom Afrikanischen Nationalkongreß (ANC) unterstützt. Heute bildet sie die Basis für eine Contra in einem Nach-Apartheid-Südafrika

Freedom Now! von Ingrid Strobl

Assata Shakur, militantes Mitglied der Black Liberation Army, hat ihre Lebensgeschichte geschrieben. Es ist die Geschichte einer gelungenen Entwicklung vom anpassungswilligen weiblichen Underdog zur Revolutionärin

Schwarz-Weiß-Filme von Lars Becker

Auch in gutgemeinten Anti-Apartheid-Filmen weißer südafrikanischer Regisseure bleibt Schwarzen nur die Nebenrolle. Mehr Aufschluß über die aktuellen Verhältnisse in Südafrika liefern die meist als 16mm-Filme oder Videos gedrehten Dokumentarfilme schwarzer Künstler. Ein Bericht vom 4. Weekly Mail Film Festival in Johannesburg

Kann Auschwitz sich wiederholen? von Susanne Heim; Götz Aly

Im Oktober 1989 haben Susanne Heim und Götz Aly »Thesen zur Herrschaftsrationalität der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik« in KONKRET vorgestellt. In der daran sich anschließenden Diskussion der Frage, ob es eine Ökonomie der »Endlösung« gebe, ob also die NS-Ausrottungspolitik ökonomisch und bevölkerungspolitisch motiviert gewesen sei, haben Historiker, Sozialwissenschaftler und Philologen sich in zahlreichen Beiträgen mit diesen Thesen auseinandergesetzt und eigene Versuche unternommen, die NS-Massenmorde zu 'verstehen' Zum (vorläufigen) Abschluß dieser Debatte antworten Heim/Aly ihren Kritikern: »Das konzeptionelle Denken, in dem Massenmord zum

'sinnvollen' Mittel struktur- und entwicklungspolitischer Planungen wurde, ist nach wie vor aktuell«

Tomayers ehrliches Tagebuch von Horst Tomayer

Das Wasser in der Suppe von Wolfgang Pohrt

Eine polemische Antwort auf Oliver Tolmeins Antwort (»Ein Michel?«) auf Pohrts Polemik

Buch des Monats: Disparate Wahrnehmung von Georg Fülberth

Jürgen Kuczynski: Schwierige Jahre – mit einem besseren Ende? Tagebuchblätter 1987 bis 1989. Berlin, Tacheles-Verlag 1990, 219 Seiten, DM 9,80

Disneys Doppelagent von Kay Sokolowsky

Die Duck-Geschichten von Carl Barks lesen sich wie ein Kommentar zur größten Zeit der USA

Platte des Monats: Dein Name sei Band von Diedrich Diederichsen

Grateful Dead: Without A Net; Arista/BMG

Gremlizas express von Hermann L. Gremliza

Konkret 11/90, S. 4

Von Konkret

Der Neue Konkret Verlag und seine Angestellten haben folgende Betriebsvereinbarung getroffen: 1. Der 3. Oktober eines jeden Jahres ist normaler Arbeitstag. 2. Diese Regelung gilt bis zur Wiederherstellung Deutschlands in den Grenzen von 1989. (Also ziemlich lange – aber die andern haben auch 45 Jahre gewartet und nicht aufgegeben.)

In seinem Beitrag »Mit deutschem Gruß« (KONKRET 10/90) hatte Wolfgang Schneider einige Aussagen des ehemaligen Sozialdemokraten Günther Nenning zitiert, die in einem Buch des in Vilsbiburg ansässigen Arun-Verlags enthalten sind. Diese Aussagen sowohl als auch die weiteren Texte des Bandes veranlaßten Schneider, Nenning als »Ökofaschisten« zu apostrophieren und den Verlag »rechtsradikal« zu nennen. Dazu erreichte uns folgendes Schreiben des Arun-Verlegers:

Im Zusammenhang mit den Äußerungen des »Ökofaschisten« Günther Nenning wird unser Verlag sowie eines unserer Bücher im oben angegebenen Artikel erwähnt. Richtig ist, daß die zitierten Passagen über »Nation als Geburtengemeinschaft ...« und »Blut als etwas, das einen Zusammenhang von Familie quer durch die Geschichte etabliert ...« aus diesem Buch stammen. Richtig ist ferner, daß diese Zitate frech aus dem Zusammenhang des abgedruckten Interviews herausgerissen wurden.

Unwahr ist jedoch die Diktion des Buchtitels. Statt »Gedanken zu Großdeutschland« heißt es vielmehr »GEDANKEN ZU großdeutschland«, und zwar sowohl auf dem Buchtitel, wie auch überall im Inneren dieses Buches. Der augenscheinliche und beabsichtigte Unterschied ergibt sich durch den Vergleich von selbst. Unredlich ist ferner, den Verlag nur aus dem Grunde als »rechtsradikal« zu bezeichnen, weil er kein stupides Propagandabuch im üblichen Sinne gemacht hat, sondern den Versuch unternahm, ein breites Spektrum von Meinungen, Ideen und Gedanken zum Deutschland nach der Vereinigung zu veröffentlichen und dabei sowohl Autoren von links wie auch von rechts in einem Buch vereinigt hat.

Zum Schluß sei es erlaubt, darauf hinzuweisen, daß sich die Linke (und als einen Teil davon versteht sich auch der Verlag !) keinen guten Dienst erweist, in diesen Zeiten der »fallenden Mauern« sich auf derart billige Weise aus dem Diskurs davonzustehlen
Stefan Ulbrich

Die »Autoren von links wie auch von rechts«, deren »breites Spektrum von Meinungen, Ideen und Gedanken« Herr Ulbrich versammelt und 'der Linken' zu diskutieren aufgegeben hat, sind – neben dem Blut-und-Boden-Ideologen Nenning – : der philosophische Kopf der französischen Neofaschisten, Alain de Benoist; der rechtsradikale Journalist und Autor der völkisch-nationalistischen Periodika »Europa vorn«, »Junge Freiheit«, »wir selbst«, Marcus Bauer (»... stehen inzwischen die Erfordernisse der Nation einerseits und die durch so wohlklingende Begriffe wie 'Demokratie', 'Freiheit', 'Menschenrechte' etc. lediglich ... ins Positive umgewerteten Auflösungs- und Verfallserscheinungen der liberalkapitalistisch verfaßten Gesellschaften andererseits in einem krassen Gegensatz zueinander«); der rechte Völkerrechtler Theodor Schweisfurth (»Deutschland – noch immer ein besetztes Land«); der rechtsradikale Publizist Wolfgang Strauss; der Chefredakteur der Parteizeitung der »Republikaner«, Karl Richter (»Angesichts des Tanzes auf der Mauer wird Auschwitz belanglos für die Gesamtseele der gesundenden Nation«); und schließlich der Verleger himself, Verfasser einer Gebrauchsanweisung zur Einübung in »Kult und Ritus der heidnischen Gemeinschaft« (mit Abschnitten über »Heide sein«, »Runen«, »Kultischen Tanz«, »Jugendleite«, »Totenfeier«, »Mondkult als weiblicher Einweihungsweg«, »Blutsbrüderschaft«, »Schwerttanz« usw.).

Nun ist natürlich nicht das banale Faktum bemerkenswert, daß derlei Dreck hierzulande gedruckt wird, sondern die Tatsache daß der Verleger dieses Drecks seine Diskussionsbereitschaft einer Linken gegenüber erklären kann, die es sich gewissermaßen verdient hat, mit derart unsittlichen Anträgen belästigt zu werden. Schließlich hat sie nicht nur in den letzten Jahren immer wieder gemeinsam mit Rechtsradikalen vom Schlage der 'Nationalrevolutionäre' die 'nationale Frage' ventiliert, sondern bemüht sich auch jetzt, da diese auf die einzig mögliche Art beantwortet worden ist, die Antwort als wichtigen Schritt auf dem Weg zur Weltrevolution darzustellen: In einem Sonderdruck des »Zentralkomitees der Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands (MLPD)« wird den Mitgliedern der »Radikalen Linken« und KONKRET-Autoren Thomas Ebermann, Georg Fülberth und Rainer Trampert ihre Ablehnung der Wiedervereinigung als 'volksfeindlich' vorgeworfen, ihr Insistieren auf einer »Haftungsgemeinschaft« aller Deutschen für die Verbrechen des Nationalsozialismus als Reprise der Volksgemeinschaftsideologie der Nazis denunziert und dekretiert, daß »die Einheit Deutschlands objektiv historisch einen Fortschritt darstellt«. Zum Beleg wird Lenin zitiert: »Ein zentralisierter Großstaat ist ein gewaltiger historischer Schritt vorwärts auf dem Wege von der mittelalterlichen Zersplitterung zur künftigen sozialistischen Einheit der ganzen Welt.« – Und morgen die ganze Welt? Soweit sind sie also schon, daß sie ein Nazi-Lied

nach der Melodie der Internationale anstimmen.

Neu im Konkret Literatur Verlag: Oliver Tolmein: »Geschätztes Leben – Die neue Euthanasie-Debatte« (232 Seiten, 26 Mark). Das Buch enthält u.a. einen Abriß der bundesdeutschen »Euthanasie«-Debatte der 80er Jahre und einen Aufsatz von Theresia Degener über die juristische Auseinandersetzung mit »Euthanasie« in der BRD.

Konkret 11/90, S. 6

An Konkret

Platte Phrase

KONKRET 10/90: »Céline! Céline? Céline!«/Stellungnahme von Altenburg und Piwitt

Anscheinend habe ich einiges aufgescheucht. Eine Céline-Affaire – und mit der erregten Reaktion Altenburgs und Piwitts hat KONKRET eine solche – unterscheidet sich in ihren Grundzügen wenig von einer Syberberg-Affaire (höchstens dadurch, daß C. für das Studium faschistischer Literatur lehrreicher ist als S., der sich für ihre soziale Komponente gar nicht interessiert). Mir kann keiner erzählen, das habe mit dem nationalen Erweckungstrend nichts zu tun, die eine Affaire wie die andere. Die Position, auf die sich die beiden Repliken zurückziehen, Person und Werk, Schreiben und Denken voneinander zu trennen, erfüllt im Fall Céline nicht den beabsichtigten Zweck. Bei ihm fallen Werk, Person und sonstige gesellschaftliche Praxis ziemlich perfekt zusammen, so daß man sich fragt, wie das der Aufmerksamkeit der beiden Leser entgehen konnte. Eine ähnlich müßige Debatte hat es wiederholt um Heidegger gegeben.

Die Trennung von Werk und Autor wird allerdings zur plattesten Phrase, wenn Altenburg die Schriftstellerei mit dem Schusterberuf vergleicht. Dieser Unsinn ist reaktionär, nicht weil die Herstellung von Schuhen minderwertig wäre, sondern weil er für ein anti-aufklärerisches, reflexionsfeindliches Schreiben wirbt, weil er das Ressentiment zum Elixier des Schreibens erhebt. Genau das ist es, was man an Céline rühmt. Ansonsten bin ich beispielsweise bereit, aus den beiden Artikeln gegen mich nicht gleich auf ihre Verfasser zu schließen.

Daß man nicht immer auf der Höhe seiner Theorie ist, zeigt Altenburgs Eifer, mich persönlich herabzusetzen. Das ist ein Problem seiner Erziehung und Qualifikation, um die ich mich nicht auch noch kümmern kann. Keine Zeile von Céline selbst gelesen zu haben, wäre kein Verlust. Leider kam ich nicht darum herum, zuletzt, als der Rowohlt-Verlag vor Jahren mit der Frage einer Neuübersetzung von Reise ans Ende der Nacht an mich herangetreten ist. Den Dogmatismus, der mir hier von einem DKP-Genossen und einem Nationalkommunisten angedichtet wird, will ich in einem Punkt gern bestätigen: Für Antisemitismus und Antisemiten geht mir jedes Verständnis ab. Da lache ich auch im Keller nicht (im übrigen ist mir schenkelklopfender Männerhumor ein Greuel – er paßt nicht nur zu Tirol, sondern auch zum Thema).

Hierin bin ich vollkommen richtig verstanden worden – und prompt werden vier KONKRET-Seiten vollgeheult. Eigentlich hätte ich mich in diesem Land längst daran gewöhnt haben müssen, aber ich staune doch jedesmal, wie gesetzmäßig die Reaktionen erfolgen.

Eva Groepler
Frankfurt

Zunächst Dank an KONKRET und alle Autoren, die eine Céline-Kontroverse erst ermöglichten.

Grössels Text (die Urfassung) habe ich zwar in großen Teilen sehr geschätzt, aber bedauert, daß er damit gleichzeitig auch den Romancier Céline auf diese Art erledigt.

Zu Altenburg: Céline fühlte sich von den Menschen immer angezogen, nur als er nah genug dran war, wieder abgestoßen. Das vollführt er in jedem Buch, von den abgelegeneren Romanen wie »Guignol's Band« bis selbst zum üblen antisemitischen Machwerk »Die Judenverschwörung in Frankreich« (in NS-D.: 1938). Und natürlich hat er wunderbar geschrieben, seine Bücher strotzen vor Kraft, Vielfalt, Darstellung. Natürlich ist er nicht der Faschist im NS-Sinne (aber es gab andere ähnliche Figuren, die sehr zwischen Rechts und Links schwankten); er war eher ein unpolitischer Schwadronierer, mal Defaitist, dann Antisemit und Bündnis-Freund, zuletzt nüchtern »abgeklärt«. Aber sein erstes Pamphlet 1937 wurde wie verrückt gelesen und diskutiert, das Buch lief! Sein Roman »Tod auf Kredit« wurde durch den Reißwolf der Kritik gedreht, und er war mimosenhaft beleidigt, wie bei der »Reise«, wo er nur die zweite Preis-Garnitur erhielt, statt den begehrten Goncourt. Céline, wie Knut Hamsun, waren große Dichter, wurden sie öffentlich-politisch, dann ging es bergab.

Piwitt ist ohnehin ein Kenner der »Materie«, sein Roman »Der Granatapfel« ist ein versteckter Céline, der d'Annunzio zu spielen hat.

Beim Erarbeiten meines Roman-Berichts »Warum Céline?«, den ich z.Z. schreibe, quälte mich schon der Rassismus und die Blödigkeit der Thesen des Autors in den Jahren 1937 bis um 1942. Dennoch ist es wichtig, Richtiges über Céline zu erfahren, nicht dies ewig-wiederholte Halbwahre, was da im deutschsprachigen Raum geistert.

Manfred Ruppel
Frankfurt am Main

Feinsinnige Ironie

KONKRET 10/90: »Scheiß Deutschland« von Hermann L. Gremliza

Herr Gremliza lehnt sich mit Denkermiene im Sessel zurück und erhebt abermals den Zeigefinger: »Wäre es da nicht gescheit, (...) heute nur das zu tun, was man dann gern getan haben würde?«

Welch subtil formulierte Warnung am Ende der deutschen Nachkriegszeit. Man wird noch an Sie denken, denn Sie haben es ja schon immer gewußt.

Faszinierend ist nicht nur der Inhalt Ihres Artikels (mehr als Scheiß Deutschland steht ja auch nicht drin), sondern auch die feinsinnig plazierte Ironie, ebenso wie die kraftvoll düsteren Bilder vom drohenden Untergang. Ihren Stil nenne ich den eines wahren Intellektuellen!

Birgit Wegner

Sonthofen

Alle tot

KONKRET 10/90: »Deutschland von links« von Thomas Ebermann und Rainer Trampert

Die Kritik von Ebermann/Trampert an den realpolitischen Ansätzen der PDS ist nicht nur berechtigt, sondern auch richtig, sie belebt jedoch ein Argument John M. Keynes', der seinen neoliberalen Kritikern, die darauf verwiesen hatten, daß jeder Eingriff staatlicher Institutionen in die Ökonomie nur das Einstellen eines langfristig stabilen Gleichgewichtes verhindere, knapp entgegnete: »Langfristig sind wir alle tot«.

Torsten Damerau

Berlin

Ärgerlicher Beweis

Konkret 9/90: »Kuba ist am Ende« von Gisela Wuttke

So sehr's einem widerstrebt, mit jemand zu polemisieren, der (die) den RGW »COMECON<e nennt, »Demokratie« und »Menschenrechte« wie George Bush definiert und beim Reden über den Überlebenskampf eines Volks der Dritten Welt einen so schnoddrigen Kolonialherrenton und so mühelos Verständnis für rassistischen Haß (hier DDR-deutscher Prägung) findet, so muß man ja doch reagieren, wenn eine Zeitschrift wie KONKRET – leider nicht zum ersten Mal – so glatt auf antikubanische US-Propaganda (die neuerdings natürlich auch die der östlichen Wendeländer ist) abfährt.

Es geht vor allem darum, wie Kuba als Schmarotzer am weißen – hier sowjetischen und DDR-deutschen – Fleiß hingestellt wird. Richtig ist, daß die UdSSR – ihre vielleicht größte Tat – Kuba bisher militärisch gegen die wahrhaft blindwütigen amerikanischen Herrschaftsansprüche geschützt hat. Daß aber die UdSSR oder gar die DDR das Land quasi künstlich beatmeten – »Stützungsmilliarden«, »geprellte Länder« – ist maßlos übertrieben und genau die Lesart, die die CIA (via einen Ableger an der University of Pittsburgh) in die Welt posaunt.

Tatsache ist, daß Kuba in allen diesen Jahren an die UdSSR und in geringerem Umfang an die DDR unter anderem erstklassigen Zucker, Nickel und Zitrusfrüchte geliefert und dafür neben erstklassigem Erdöl hauptsächlich zweitklassiges Know-how und drittklassige Industrieprodukte bezogen hat, die man (was man inzwischen auch tut) anderswo, in Japan z.B. zum doppelten Preis, dafür aber in dreimal so guter Qualität hätte kaufen können. Und soweit da überhaupt im kraß rechnerischen Sinn von »Hilfe« geredet werden kann, hat diese nicht mehr geleistet, als die Folgen der US-Blockadepolitik einigermaßen zu neutralisieren.

Zudem hat Kuba anderen Völkern Dienste geleistet – militärische (Angola wäre ohne den kubanischen Einsatz heute in amerikanischer Hand und Namibia weiterhin in südafrikanischer) und humanitäre – , die bis vor kurzem durchaus auch im Interesse des Ostblocks waren. Der Wert all dessen in Rubel oder Dollar ist schwer anzugeben, aber immerhin: Die Hilfe Kubas an andere Dritte-Welt-Länder ist mit 500 Millionen Dollar jährlich zu beziffern, was einem Drittel des kubanischen Devisenbedarfs entspricht.

Kuba ist der heute Vielen ärgerliche Beweis dafür, daß es auf einem sozialistischen Entwicklungsweg möglich ist, innerhalb von 30 Jahren aus einer verkommenen Mafiabastion ein Land zu machen, das so paradiesisch ist – ja, grinst nur, Ihr europäischen Konsumtrottel alle! – , wie's auf dieser verdammten Welt mit ihren begrenzten Ressourcen und diesem

fehlkonstruierten Homo sapiens nur möglich ist – vorausgesetzt, man entgeht zumindest partiell dem imperialistischen Diktat vom ungleichen Tausch und kriegt für seine Produkte bezahlt, was sie, in Arbeitskraft gerechnet, wert sind.

Ernst Fürntratt-Kloep

Hackas/Schweden

Konkret 11/90, S. 8

Hermann L. Gremliza

Deutsches Leid ist doppeltes Leid

Seit 1933 haben die Deutschen jenseits der Elbe unter der Diktatur gelebt und gelitten. Auf Hitler folgte Stalin, auf die NSDAP die SED, auf die SA die Betriebskampfgruppen, auf Freisler die Hilde Benjamin, auf die Gestapo die Stasi: Das ist die jüngere Geschichte der Deutschen, wie sie ihnen gefällt.

Daß zur Niederschlagung der DDR deren Volksarmee weder aus der Normandie und der Ukraine noch überhaupt von irgendeinem Fleckchen fremden Gebiets vertrieben, kein Maidanek und kein Treblinka befreit werden mußte – Petitessen. Denn da war ja, ersatzweise und ebenbürtig, und an dieser Stelle setzt im »Spiegel-TV« der zweite Satz der Eroica ein, die Stasi, die das Volk verfolgt und terrorisiert, gefoltert und gequält hat. Es war die Hölle, und, als sie vorbei war, schlimmer als die vorige. Wie leicht fiel es damals, bei der Befreiung vom Nationalsozialismus, die Verfolgten zu erkennen: Sie waren tot, zu Krüppeln geschlagen, im KZ, im Zuchthaus oder außer Landes. Wer dick und rund in seinem Sessel saß, konnte nicht verfolgt worden sein. Diesmal hatten es die Millionen Opfer schwerer. Sie mußten Tonnen von Akten sichern und bewachen, mit denen sich vielleicht beweisen ließ, was keiner genau wußte: daß irgendwann ein Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit eine Notiz über ihn eingetragen hatte.

Denn mit gehabter Festnahme können nur wenige dienen, Folternarben hat noch keiner der neuen freigewählten Volksvertreter, die doch alle dem stalinistischen Terror Widerstand geleistet hatten, dem Publikum gezeigt. In den letzten dreißig Jahren der DDR war es, wenn morgens um fünf die Türklingel ging, zwar nicht der Milchmann, den der Plan nicht vorsah, aber auch nicht die Polizei. Gegner des Staates (und nicht nur sie) wurden beobachtet, abgehört, schikaniert, etwas intensiver als in der Bundesrepublik – verhaftet und verurteilt wurde nur, wer ein strafrechtliches Delikt begangen oder geplant hatte, in neunzig oder mehr Prozent der Fälle: die »Republikflucht«, und wer dafür eingesperrt wurde, durfte nach einem oder zwei Jahren Haft in den Westen. Alles sehr übersichtlich und kalkulierbar, sehr unangenehm dennoch für die, die es traf.

Es ist in den Monaten seit der Revolution (Deutsches Patent) nichts über die Stasi herausgekommen, was nicht hüben und drüben jedem bekannt war oder internationaler Usance entspricht. Eine Enthüllung, die mit Beethoven unterlegt werden muß, enthüllt nichts. Jeder weiß: daß Verfassungsschutz, Bundesnachrichtendienst und Militärischer Abschirmdienst über nicht weniger Residenzen und Dossiers verfügen, als es das Ministerium für Staatssicherheit tat; daß diese Behörde, die alles wissen wollte, schließlich nichts mehr wußte, weil sie in ihren eigenen Akten ersoff; daß die Stasi, hier trifft die Metapher, ein Papiertiger war, als solcher von den Intelligenteren unter den Observierten längst in Liedern und Witzen verlacht.

Nun müssen in einer Welt, in der Millionen verhungern, täglich Tausende gefoltert und ermordet werden, geringere Leiden, um dennoch Aufmerksamkeit zu erregen, mit größerer Phonstärke annonciert werden. Erklärt das aber schon jenes hysterische Gekreisch, das die körperlich ja nur durch einige Fettpolster deformierten Volksgenossen seit einem Jahr veranstalten, um auf ihre inneren Verletzungen hinzuweisen? Psychoterror haben sie erlitten, wenn ihre Telefongespräche abgehört wurden, Folter, wenn ein Polizist sie rempelte, Widerstand haben sie geleistet, wenn sie das Bekenntnis zu ihrem Aberglauben beruflicher Beförderung vorzogen.

Natürlich glaubt es keiner, nicht die Leidenden und nicht die die Leiden Beschreibenden. Und je weniger sie es sich und anderen glauben, desto lauter kreischen sie. Die »Frankfurter Allgemeine« vergleicht in unregelmäßigen Abständen Institutionen der DDR mit denen Nazi-Deutschlands, die Justiz, das Militär, die Polizei, wobei sie immer zum Ergebnis kommt, daß es in der DDR schlimmer gewesen sei, und, die größere Affinität der NS-Einrichtungen zu denen des freiheitlich-demokratischen Rechtsstaats beweisend, dabei sogar in Kauf nimmt, Horkheimer noch einmal recht zu geben, der gemeint hatte, es solle vom Faschismus schweigen, wer vom Kapitalismus nicht reden wolle.

Warum der Lärm? Warum bestehen die gut gekleideten, besser genährten Volksgenossen darauf, daß ein Teil von ihnen vierzig Jahre lang in einem Konzentrationslager geschmachtet hat?

Was sie da veranstalten, ist ein umgedrehtes Purgatorium: Sie wollen mehr gelitten haben als die, deren Leid ihnen angelastet wird. Was heißt hier Auschwitz, was Lidice, was Oradour, was Stalingrad? Sie müßten mal Bautzen erlebt haben oder die Stasimänner, die am Weg zum Fürbittgottesdienst lungerten. Und da will der Zentralrat der Juden, daß in die Präambel zur Verfassung des Vierten Reichs der Deutschen ein Hinweis auf die Taten des Dritten erscheine? Wo 16 Millionen (und nicht bloß langweilige 6 Millionen) von der Stasi gefoltert und von der SED »vergast« (»Zeit«-Verleger Bucerius) worden sind? *Das* war Terror – und gegen ganz ordentliche evangelische Deutsche! *Das* verlangt nach Wiedergutmachung!

Daß die Deutschen besonders viel Aufhebens von ihren Leiden machen, ist, bei anderer Gelegenheit und politisch oder sozial weniger geschätzte Gruppen betreffend, sogar Norbert Blüm und seinesgleichen aufgefallen. Zum Beispiel, als deutsche Revolutionäre es nicht bloß ärgerlich und verfassungswidrig fanden, daß man sie nicht als Beamte anstellen wollte, sondern sie diesen Vorgang geradezu eine »Existenzvernichtung« nannten. Und stets war ein Flugzeugunglück in der Karibik erst dann ein Unglück, wenn »auch drei Deutsche« an Bord waren. Erst jetzt aber, bei Betrachtung des selbstmitleidigen Gejammers eines Schlägers über die schmerzende Faust, die er sich an den Zähnen seines Opfers verletzt hat, werden die kollektiven psychischen Ursachen des vereinigten deutschen Leids unübersehbar.

Sie kamen vom Krieg um die Weltherrschaft zurück, hatten ein paar Völker umgebracht, aber ein Sinn ihrer Untaten wollte sich nicht herstellen: weder durften sie ihre Verbrechen gegen die Menschheit genießen, noch mußten sie sie büßen. Sie hatten gemordet und sollten mit ihrer Schuld einfach weiterleben. So fingen sie an, das Leben selber als Strafe zu begreifen und, je länger es dauerte, als immer ungerechtere. Bis sie schließlich Opfer geworden waren. Und weil sie wußten, daß keiner es ihnen glauben wollte, imitierten sie bei jeder Mißhelligkeit die Schmerzenslaute, die sie als Täter einst hervorgerufen hatten: Wir Deutschen haben unter den Folgen des Kriegs am schwersten gelitten, die Berliner noch schwerer und die Bürger der DDR am allerschwersten.

Wie es aber das Unglück, das in diesem Jahr den Friedensnobelpreis erhält, wollte, werden sie zum bösen Ende auch noch für ihre Verbrechen und ihre falschen Tränen belohnt: Alles, wofür sie einst in Waffen ausgezogen waren, ist in ihre Hand gefallen. Die Täter haben als Opfer gesiegt. Das wird ihnen eine Lehre sein. Sie werden noch leiden, daß den Nachbarn Stöhnen und Klagen vergeht.

Konkret 11/90, S. 10

Wolfgang Pohrt

80 Millionen Frustrierte

Schon wieder Stunde Null. Am 3. Oktober ist, was zusammengehört, zusammengekracht. Dem Kommando »Freut Euch!« begegnete das einig Volk mit Befehlsverweigerung. Ein Grund zur Freude?

»Anfang Februar 1990 jedenfalls«, hieß es zu Beginn meiner Studie über den Weg zur inneren Einheit, »hat man alles andere als das Gefühl, daß nun die Verwirklichung eines nationalen Traums unmittelbar bevorstünde« (KONKRET 5/90 und folgende). Den hatte man vielmehr hinter sich, und sieben Monate später war von der Heim-ins-Reich-Euphorie des Vorjahres nur noch der Rückstand übrig, ein schmierfilmartiges Gemisch aus Verdrossenheit, Gereiztheit, Apathie. Zahllose Symptome, unbedeutend in jedem Einzelfall, ergaben zusammen eine Gesellschaft im Frühstadium ihrer Desorganisation. Das Personal in Lebensmittelläden und Bäckereien etwa fand Gefallen daran, die Kunden mit einem mürrischen »Haben wir nicht« abzufertigen, die Post verfuhr bei der Briefbeförderung nach dem Motto: Morgen ist auch noch ein Tag, die Bahn schien es dem Ausland beweisen zu wollen, daß das Wort von den pünktlichen Deutschen ein Gerücht war. Terminzusagen von Reparaturwerkstätten erreichten hinsichtlich ihrer Zuverlässigkeit allmählich Aprilscherz-Niveau, offizielle politische Verlautbarungen ernst zu nehmen, verbot der gesunde Menschenverstand, ganz gleich, ob von Wahlgesetzentwürfen, Beitrittsterminen oder künftigen Steuererhöhungen die Rede war.

Eine Nation schien sich in Sabotage zu üben, in stummer und emsiger Sabotage am allerseits lauthals proklamierten Willen, nun die Ärmel hochzukrempeln, in die Hände zu spucken und es anzupacken. Monatliche Umfragen ergaben zwar, daß eine wachsende Mehrheit für die Wiedervereinigung votierte. Noch schneller als der Wille zur Einheit aber wuchs der Widerwillen gegen sie, gegen Einheit in jeder Form.

Als Reaktion auf die selbstverordnete Volkwerdung richteten die Landsleute ihre Stacheln auf, jeder für sich, jeder gegen alle, und gäbe es einen dritten deutschen Staat, so hätte nun dieser sich mit Deutschen gefüllt, die vor ihren deutschen Kindern, Frauen, Männern, Verwandten, Nachbarn, Freunden und Bekannten auf der Flucht waren. Je näher also die Einheit kam, desto klarer wurde auch, daß eigentlich keiner sie haben wollte. Mit ihrem Wort vom »Grenzdiktat« drückten die Vertriebenen nur prägnanter aus, was der amtierende Kanzler und, in einem Fernsehgespräch mit ihm, der Ex-Kanzler und Ehrenvorsitzende der SPD, Willy Brandt, zum besten gaben. Das Gegreine der beiden wiederum, wie schwer der notwendige Verzicht auf die Ostgebiete doch gefallen war, entsprang einem Lebensgefühl, das von allen geteilt wurde. Nicht jeder dachte an die Ostgebiete dabei, aber jeder dachte, daß es ein verdammt saurer Apfel war, in den man da hatte beißen müssen und durch den man noch längst nicht durch war.

Der Weg zur Einheit in den Monaten März bis September zeichnete sich dadurch aus, daß die dramatischen Akzente von mal zu mal an Wirkung verloren. Ohne Suspense waren die retardierenden Momente, Einwände und Bedenken der Alliierten etwa. Keine Peripetie markierte den Punkt, wo die Geschichte eine entscheidende Wendung erfährt und auf banges Warten das furiose Finale folgt. Ohne Effekt blieben Akzeleratoren wie die Volkskammerwahl, die Währungsunion oder der Blitzsieg im Kaukasus. Je näher das Ziel kam, und je mehr die Handlung an Tempo gewann, desto mehr fiel das Geschehen in sich zusammen. Das Muster war nicht der Wettlauf, wo mit dem Startschuß die Spannung beginnt, die sich beim Endspurt abermals steigert, und die ihren Höhepunkt im Augenblick erreicht, wo sie sich löst. Beherrscht wurde das Ablaufschema vielmehr von einer anderen Gesetzmäßigkeit, von der Logik des Zusammenbruchs nämlich, wie reißende Stricke und brechende Dämme sie verkörpern. Denn kein entschiedener Wille setzte die Einigung gegen Widerstände durch, sondern widerstandslos löste sich auf, was die Landsleute in 45 Jahren beiderseits der Grenze zusammengezimmert hatten, und so sorgte der vermeintliche Kraftakt dafür, daß die politische Ohnmacht, verkörpert durch Kohl, nach acht Jahren Regierungszeit im Zenit ihrer Macht stand. Der Mann, der schon an seinem Namen hätte scheitern müssen, war der Mann der Stunde. Was auf den 9. November 1989 folgte, lief also mit der Konsequenz des Einsturzes ab, bei dem das Startsignal den Schlußpunkt setzt, weil mit dem Zünden der Sprengladung die Würfel gefallen sind. Es war ein Trümmerhagel, der vom Februar bis September auf die Landsleute niederging, und als der Tag der Einheit kam, da galt es, feierlich ein Riesengebirge aus Schutt einzuweihen. Was zusammengehört, war zusammengekracht, zwischen einstürzenden Neubauten und entgleisten Zügen irrten die Gestrandeten herum, deren Realitätsbewältigung meist dem Grundsatz gehorchte: Besser gar nicht hingucken.

Zum wiederholten Mal zusammengebrochen war für die Deutschen, was mit dem Begriff 'staatliche Ordnung' nur unzureichend bezeichnet ist, weil es die Gestalt der Nation im weitesten und im elementaren Sinne umfaßt. Nach 47 Jahren Kaiserreich, nach 15 Jahren Weimarer Republik, nach 12 Jahren Expansion und Kontraktion im Dritten Reich, nach weiteren 45 Jahren Zweistaatlichkeit stand nun den Landsleuten ein vierter Anlauf bevor, obgleich aller guten Dinge drei sind und ebensoviele fehlgeschlagene Versuche die Disqualifikation bedeuten. Nun erst, so rühmten die Kommentatoren, war er wirklich vorbei, der Krieg, den die Deutschen vor 45 Jahren verloren hatten. Eine weitere Stunde Null wurde angekündigt, mit Frohlocken auf den Lippen und dem Gefühl im Bauch: Wieder nichts gewesen wieder 45 Jahre für die Katz, wieder eine ganze Epoche verpfuscht und vertrödelt, wieder geht das Aufarbeiten der Vergangenheit oder die

Vergangenheitsbewältigung los, wieder eine dieser komischen Verjüngungskuren, bei denen der Greis sich ins Babyalter runterrechnet, indem er rückwirkend Tag um Tag und Jahr um Jahr aus dem Kalender streicht.

Es waren ein doppelter Staatsbankrott und der dritte gescheiterte Nationsbildungsversuch innerhalb von 100 Jahren, was in der Nacht zum 3. Oktober als Geburtsstunde des vereinten Deutschlands gefeiert werden mußte, und nicht mal der Kanzler schaffte es, zum bösen Spiel gute Miene zu machen. Schon beim Hamburger Vereinigungsparteitag der CDU am 1. Oktober hatte er gedroht: »Übermorgen wird die Einheit vollendet. Dies ist ein großer Tag, ein Tag der Freude, und wir lassen uns diese Freude von niemandem vermiesen«, und das hieß: Der Kampf gegen den inneren Schweinehund war verloren. Während er dann in der Nacht der Nächte mit tonloser Stimme die Freudenbotschaft verlas, schien sein stierer, schräg aufwärts gerichteter Blick einen Grabhügel zu fixieren, jedenfalls sah er aus dabei, als habe er gerade seinen Abschied eingereicht, und sein Auftritt gab den Bildschirm frei für den größten Propaganda-Flop in der Nachkriegsgeschichte.

Bis zu den letzten Käffern hin waren Leitungen geschaltet worden und Kamerateams postiert, doch dann fielen die Übertragungen aus, weil es von der Front nichts zu melden gab, in Görlitz stand der Reporter mutterseelenallein auf dem Marktplatz. Unter dem Druck, unerwarteterweise ohne Ablösung den langen langweiligen Abend plaudernd überbrücken zu müssen, brachen dann auch die überlasteten Berichterstatter in Berlin zusammen, wo die Feier im Stil eines André-Heller-Spektakels begangen wurde, welches immer ein paar 100.000 Gaffer mobilisiert, unabhängig davon, ob es Sommernachtstraum, Feuerzauber oder Nacht der Einheit heißt.

Ausfallerscheinungen häuften sich, mancher Reporter benötigte drei Anläufe für jeden Satz, und es klang wie bei der Platte mit dem Sprung. Anderen sprach die pure Verzweiflung aus der Stimme, wenn sie wieder mit dem Tag der Freude und den freudig ihrer Freude Ausdruck verleihenden Menschen dran waren. In der Stunde vor Mitternacht sendeten ARD und ZDF Realsatire, wie sie komischer kein Kabarett inszeniert hat.

Das hilflose Gestammel wiederum war nichts anderes als der Kampf auf verlorenem Posten. Jubeln ohne Rücksicht auf die Fakten, hieß für die Reporter noch der journalistische Einsatzbefehl, doch in den oberen Etagen hatte man längst die gekippte Stimmung registriert und die Konsequenzen gezogen. Passend zur finsteren Miene, mit welcher der Kanzler seine Jubelbotschaft verlesen hatte, schlug der ARD-Kommentar in den »Tagesthemen« Töne an, wie man sie bislang an dieser Stelle nicht vernommen und ausgerechnet zu dieser Stunde auch am allerwenigsten erwartet hatte: Er werde keinen Sekt trinken, er werde später nicht anstoßen auf die wiedergewonnene Einheit und Souveränität, sagte der Kommentator, und er wußte seinen Verzicht gut zu begründen, so gut, daß die Beiträge zu den aktuellen Funkmagazinen anderntags alle auf der gleichen neuen Linie lagen.

Die Siegesmeldungen »Der glücklichste Tage der Deutschen«, der »Tag der Freude« waren dann in der »Süddeutschen Zeitung« vom Tag danach schon zwischen Anführungsstriche gerutscht, die Redaktion selber griff zur Formel »Gemäßigter Jubel«, der Lokalteil meldete »Gelassenheit« und »allgemeine Zurückhaltung«. Zurückhaltend und besinnlich wie das Fest sei eben auch die Stimmung hier, kommentierte der Moderator von SAT I aus der Frankfurter Börse am 4. Oktober, gemeint waren fallende Kurse. »Hunderttausende feiern heiter und besinnlich«, schrieb die »FAZ« auf der Titelseite, und im Innenteil wurde der zu Rückschlüssen fähige Leser darüber informiert, daß »besinnlich« in freier Übersetzung auf Neudeutsch ungefähr »tote Hose« heißt: »Wenig überschäumende Freude an der Ruhr ... Am Main ist die Begeisterung gedämpft ... Mit hanseatischer Zurückhaltung ... Verhalten feiert die provisorische Hauptstadt das Fest der Einheit.« In Stuttgart brachte das Verbuddeln eines unbelaubten Einheitskastanienbaums keine 50 Leute auf die Beine, die meisten von ihnen hatten Schaufeln dabei, um die Pflanzung gleich wieder rückgängig zu machen, und 400 Demonstranten gegen den Beitritt standen »ganze 150 Menschen« (»SZ«) gegenüber, welche die Einheit feiern wollten.

Die Wahrheit über das Einheitsfest mußte man also in den Lokalteilen suchen, dort etwa, wo es über ein mitternächtliches 30.000-Mark-Feuerwerk auf dem Stuttgarter Rummelplatz hieß:»Kaum war der letzte Funke am Firmament erloschen, begann das Riesenrad sich wieder zu drehen. Der Rummel ging weiter, als ob nichts geschehen wäre« (»Stuttgarter Zeitung«). Daß dennoch etwas geschehen war, erfuhren die Landsleute vom Bundespräsidenten. »Sich vereinigen, heißt teilen lernen«, sagte er, und er hatte Recht damit. Als Aufforderung, um der Einheit der Deutschen willen schnellstens ihre Zweistaatlichkeit wiederherzustellen, war der Spruch freilich nicht gemeint, sondern das Kanzelwort leitete zur Blut, Schweiß & Tränen-Propaganda über, tags darauf stimmte der Kanzler ein. Mit seinem Wort von den Opfern, welche die Einheit kosten werde, sprach er aus, was alle gewußt hatten, ohne es auch wahrhaben zu wollen. Aus eigener Schuld hatten die Landsleute sich wieder mal mächtig in die Nesseln gesetzt, die Welt hat mit 80 Millionen Frustrierten zu rechnen, und die Frage für den kommenden Winter heißt, ob sie erst einschnappen und dann ausrasten werden oder umgekehrt oder beides zugleich.

Konkret 11/90, S. 12

Heini Eckhoff

Alles nichts, oder? (Teil I)
Und sie bewegt sich doch

Drei Antworten auf drei Fragen: Soll man zur Reichstagswahl eine Stimme abgeben? Wenn ja, für wen? Wenn nein, warum nicht?

Daß die großbürgerliche Koalition sie als ärgste Hinterlassenschaft der annektierten DDR beschimpft, verfolgt und bekämpft, wird für den Leser dieser Zeitschrift selbstverständlich sein. Was läge also näher, als die PDS in der Tradition der Kommentare des Herausgebers als zwar nicht geliebten, aber dennoch real existierenden Widerpart zur herrschenden Macht zu behandeln? Nicht für sie zu streiten, aber sie als Partei gegen den herrschenden Strom zu akzeptieren, sie so zu kritisieren und sich so parteiisch mit ihr auf eine Seite zu stellen?

Nichts von alledem. In den Artikeln von Oliver Tolmein (KONKRET 9/90), Thomas Ebermann und Rainer Trampert (KONKRET 10/90) wird die PDS nur noch unter dem Aspekt betrachtet, inwiefern sie den Essentials der verbliebenen (westdeutschen) radikalen Linken genügt. Daß sich die PDS nicht selbst auf diesen Prüfstand stellt, sondern von ihren radikalsten Kritikern auf diesen gehoben wird, weist auf eine von diesen bisher nicht reflektierten aber unausgesprochen aufgenommene Tatsache hin: Die PDS ist zum Bezugspunkt der Linken geworden. Keinen dürfte verwundern, daß dies das gesamte Gravitationsfeld der ehemaligen und der noch bestehenden DKP einbezieht. Aber darüber hinaus hat sie Anziehungskraft auf Teile der sozialdemokratischen Linken, der intellektuellen Linken, der Linken in den Grünen, auf Reste der kommunistischen Linken und eben auch der sich so selbst definierenden radikalen Linken, deren ausgesucht enger Kreis sich an der Frage, ob zum Wahlboykott aufgerufen werden soll, fast gespalten hätte.

Argumente gegen die PDS lassen sich aus diesem Gesamtspektrum mühelos zu einem unüberwindlichen Berg zusammentragen, dennoch reichen sie offensichtlich nicht dazu aus, sie einfach links liegen zu lassen. In den Kritiken an der PDS mischen sich sozialdemokratische und linksradikale Elemente und Hoffnungen so, daß sich der Gedanke, die PDS könnte Ausgangspunkt einer pluralen sozialistischen Partei werden, geradezu aufzwingt. Umgekehrt wäre dann aber auch jede Kritik, die die Verwirklichung nur einer politischen Richtung in dieser Partei zum Ziel hat, verfehlt.

Wie verdammt leicht es sich gegenwärtig ein Teil der westdeutschen Linken in ihrer Kritik an der PDS macht, demonstriert Oliver Tolmein: »Daß die große bürgerliche Koalition sie meidet und beschimpft, hat die PDS so wenig verdient wie die Hoffnung, die viele Linke in sie setzen: Sie ist für Deutschland und gegen fremde Truppen, für die Zusammenarbeit mit der SPD und gegen antifaschistische Militanz, für Parlamentarismus und gegen Kommunismus.« In diesem einen Satz ist alles zusammengefaßt, was einen westdeutschen radikalen Linken in abgestoßener Erstarrung verbleiben läßt. Gehen wir diesen Satz also einmal Punkt für Punkt durch, um die Methode kennenzulernen.

Die PDS habe es nicht verdient, daß die große bürgerliche Koalition sie meidet soll wohl heißen, sie sei selbst Teil der bürgerlichen Koalition. Eine solche Feststellung geht schnell über die Lippen und in die Tasten, hat dann aber fatale Folgen, wenn sie politisch ernst gemeint, die PDS in der politischen Praxis also als Teil der Gegenseite wahrgenommen und behandelt wird. Noch ist nicht ausgemacht, ob Oliver Tolmein dies tatsächlich in dieser Konsequenz meint oder ob es ihm einmal mehr um eine flott dahingeschriebene antirevisionistische Formel ging. Ernster wird es in den nächsten Teilen.

Die PDS sei für Deutschland und gegen fremde Truppen. Die Umkehrung, der Inhalt einer von Oliver Tolmein anerkannten Partei, wäre also: gegen Deutschland und für fremde Truppen. Den Sinn der Stationierung alliierter Truppen hat bisher niemand nachweisen können, jedenfalls nicht den Sinn für eine linke, sozialistische oder emanzipatorische Politik. Insofern wäre ein solches Kriterium blanker Unsinn. In der Forderung des Verbleibs sowjetischer Truppen könnte ein Sinn liegen, denn diese stünden den deutschen Interessen tatsächlich entgegen. Aber darum ging es ja gar nicht. Das Eingehen der PDS auf die Forderung des Abzugs »fremder Truppen« geschah vor dem Hintergrund, daß bei der sich abzeichnenden Vereinigung die sowjetischen Truppen zwangsläufig verschwinden würden. Es liegt also nahe, ebenso den Abzug der Nato-Truppen zu fordern, denn um nichts anderes handelt es sich bei den auf dem Boden der ehemaligen BRD stationierten Truppen, nicht um Besatzungstruppen. Es ist also die Forderung nach dem Abzug von Truppen, mit denen die BRD eine gemeinsame Kriegsplanung betreibt, die nicht hier stehen, um die BRD von militärischen Abenteuern abzuhalten. Wer die Kriegsplanung am Golf verfolgt, weiß, welche Rolle beispielsweise die Airbase in Frankfurt spielt. Es wäre also nur eine konsequente Fortsetzung der Forderung nach Austritt aus der Nato, daß dementsprechend auch die ihr angehörenden Truppenverbände abgezogen würden.

Bezeichnend für die Methode ist denn auch, daß zwar die Forderung nach dem Abzug fremder Truppen zitiert wird, daß aber die in diesem Zusammenhang ebenfalls aufgestellte Forderung nach einer vollständigen Entmilitarisierung Deutschlands nicht erwähnt wird. Beides zusammen ergibt aber gerade Sinn, wenn die PDS von einer »europäischen Friedensordnung« spricht, die zum Kern haben soll, die Gefahren einer deutschen Hegemonialmacht auszuschalten.

Oliver Tolmein schreibt, die PDS sei »für Deutschland«. Gemeint ist natürlich für dieses bestehende, für die deutsche Nation usw. Unzweifelhaft hat die PDS eine nationale Komponente, die anknüpft an die Linie der KPD. Hinzu kommt, und dies wird bisher kaum berücksichtigt, daß in der DDR versucht worden ist, ein Nationalbewußtsein als Kampfmittel gegen den Alleinvertretungsanspruch der BRD aufzubauen. Es ist bekannt, daß dies schlußendlich bis zum positiven Bezug auf Bismarck verbogen wurde. Aber es enthielt immer auch den Aspekt, das »andere Deutschland« zu repräsentieren oder das »bessere«, wie Biermann sagte. In der PDS sind die Schranken gegen die Vereinigung gefallen, als diese nicht mehr zu verhindern war. Sie hat sich dieses Deutschland nicht ausgesucht, sie war nicht für dieses Deutschland, und sie ist auch heute nicht für das so geschaffene Deutschland. Die Differenzen fangen dort an, wo die PDS sich historisch positiv auf den National- und Volksgedanken bezieht und so in der praktischen Politik der Forderung nach Vereinigung des deutschen Volkes nichts entgegensetzen konnte. Wer der zur praktischen Politik gewordenen Parole »Wir sind ein Volk« entgegentreten will, der muß diese Art Volksbegriff kritisieren.

Die PDS sei für die Zusammenarbeit mit der SPD und gegen antifaschistische Militanz. Also sieht Oliver Tolmeins Wunschpartei so aus, daß sie eine Zusammenarbeit mit der SPD ausschließt und sich in antifaschistischer Militanz übt. In diesen beiden Forderungen kommt ein Großteil des Dilemmas der radikalen westdeutschen Linken zum Ausdruck. Es ist gar nicht mehr Gegenstand der Überlegung, mit welchen Mitteln Politik in Richtung von Veränderung und gegebenenfalls auch Mehrheitsbildung gemacht werden könnte, sondern umgekehrt steht an erster Stelle die prinzipielle Ablehnung der Zusammenarbeit mit dem sozialdemokratischen Lager. Politik wird so zur reinen Selbstfindung, wie die Radikale Linke dies dann auch in krasser Form vorführt: Definition über die Abgrenzung zunächst von den Grünen (Stichwort: »rot-grüne Besoffenheit«), dann von der PDS (Stichwort: »Sozialdemokratisierung«). Ohne gegen antifaschistische Militanz zu sprechen, wird es jedoch auch wieder einmal Zeit, darüber nachzudenken, welchen Sinn die Orientierung auf diese Militanz hat, wenn gleichzeitig die Basis einer antifaschistischen Massenarbeit immer enger wird. Die Erfolge der Militanz gegen die Skinheads, Neonazis, Republikaner lassen sich gegenwärtig in einzelnen Schlachten messen, nicht aber in einer spürbaren Veränderung des gesellschaftlichen Klimas. Genau da hätte linke Politik anzusetzen.

Die PDS sei für Parlamentarismus und gegen Kommunismus. Oliver Tolmeins Partei ist also gegen den Parlamentarismus und für den Kommunismus. Für das Gebiet der Politik, und die PDS ist eine politische Partei und kein Philosophenverband, ist dies eine schlicht unbrauchbare Forderung. Denn gemeint ist ja nicht, daß Oliver Tolmein ein anderes gesellschaftliches System als das des Parlamentarismus anstrebt, hier können die Differenzen nicht liegen, weil sich die PDS da gar nicht festgelegt hat, sondern die PDS wird kritisiert, weil sie sich unter den konkreten politischen Bedingungen auf den parlamentarischen Betrieb einläßt. Dies wiederum ist eine schlichte Verlängerung der Kritik an den Grünen, deren ganzes Versagen auf die parlamentarische Tätigkeit geschoben wird. Von einer linken Partei wird nun verlangt, sich antiparlamentarisch zu verhalten. Diesem Ratschlag folgend, würde die PDS ihre eigene Auflösung beschließen, denn das Konstrukt einer massenorientierten Partei erfordert die Zustimmung weit über den Rahmen der eigenen Partei hinaus und dies kommt unter anderem unter den konkreten politischen Verhältnissen in Wahlen zum Ausdruck. Es ist eine Scheinalternative, hiergegen die außerparlamentarischen Bewegungen zu setzen, denn diese haben bis jetzt nicht den Beweis erbringen können, daß sie in der Lage wären, eine politische Kontinuität zu entwickeln, die über einen längeren Zeitraum zu (radikalen) Änderungen der gesellschaftlichen Wirklichkeit führt. Bei aller Kritik an der Praxis der grünen Parlamentsfraktionen ist unstrittig, daß die Parlamente ein Forum für den Transport auch linker politischer Ansätze gewesen sind. Eingeschränkt werden muß dies nur auf die Verbreitung der Ideen, praktisch umgesetzt hat sich davon bisher nicht sehr viel. Das wäre dann aber wiederum der Ansatzpunkt einer anderen, linken Parlamentstätigkeit .

Die Ausstrahlung der PDS in die westdeutsche Linke hat mit der Bildung der Linken Liste/PDS eine konkrete Form angenommen. Man merkt, daß Oliver Tolmein dem gesamten Projekt ablehnend gegenübersteht. Wenn dem so ist, fragt man sich natürlich, weshalb er sich in einem Drittel des Artikels mit dem angeblich undemokratischen Aufbau der Liste beschäftigt. Die Liste sei nicht basisdemokratisch entstanden. Richtig, wenn man als Basis all diejenigen bezeichnen will, die sich heute an die PDS anhängen wollen, um alte Politik in neuen Schläuchen zu verkaufen. Bekannt ist, daß Oliver Tolmein kein Freund der DKP ist. Weshalb beklagt er dann aber, daß diese aus dem Prozeß der Bildung der Linken Liste/PDS ausgeschlossen wurde? Wohl deshalb, weil er sie für die Basis der PDS hält, beziehungsweise weil er es gerne schen würde, wenn sich diese darauf beschränkten. Richtig ist, daß die Linke Liste/PDS von einem kleinen Kreis ins Leben gerufen wurde. Was aber ist daran undemokratisch, wenn 20 Menschen eine Idee produzieren, dafür Anhänger suchen und dabei diejenigen ausschließen, die sich anhängen wollen, aber nicht für diese Idee stehen? Man kann dies nur in der von Oliver Tolmein betriebenen Ausführlichkeit beklagen, wenn man die PDS und die Linke Liste/PDS darauf festlegen will, ihre Basis in der DKP zu suchen.

In der Zwischenzeit hat sich aufgrund des Bundesverfassungsgerichtsurteils eine neuerliche Änderung ergeben, die für die PDS und die Linke Liste/PDS von einiger Bedeutung ist. Da eine Listenverbindung zu den Wahlen nicht mehr zugelassen ist, werden die PDS und die Linke Liste/PDS eine Gesamtpartei bilden, die Landesverbände der Linken Liste/PDS werden zu Landesverbänden der PDS. Dabei werden sie weitgehende Autonomierechte erhalten, die über die hinausgehen, die beispielsweise die AL Berlin oder die GAL Hamburg in den Grünen haben. Nichtsdestotrotz ist damit eine Weiche für die

Zeit nach dem 2. Dezember gestellt. Was als Wahlbündnis begann, bekommt nun den Charakter eines engen politischen Bündnisses schon in der Form einer Partei. Die PDS hat sich damit festgelegt, mit welchen Partnern sie eine Zukunft als Partei sieht. Diese Festlegung bedeutet aber gleichzeitig, daß es nicht die gleiche Partei bleiben kann. Wenn heute in der PDS über die Verbindung von Partei und Bewegung diskutiert wird, kommen aus der westdeutschen Linken die Gedanken der Anti-Partei hinzu, wie sie in den Grünen versucht wurde. Aus diesem Zusammengehen könnte sich die Chance ergeben, den Charakter einer linken, sozialistischen Organisation neu zu bestimmen. Die Chance läge darin, daß die positiven Elemente des traditionellen Parteigedankens (Kontinuität politischer Bewußtseinsbildung) bewahrt werden und gleichzeitig Elemente der eigenständigen Organisierung sozialer Bewegung einbezogen werden könnten, was heißen würde, den praktizierten Avantgardeanspruch aufzugeben und den Bezug auf diese Bewegungen neu zu bestimmen.

Vom Inhalt her wäre dies eine reformistische Partei, da sollte sich kein Teilnehmer etwas vormachen. Insofern trifft der vorwurfsvolle Ton aus der radikalen Linken nicht den Kern. Die Frage wäre vielmehr, ob es überhaupt einen Sinn gibt, unter den gegebenen politischen Verhältnissen einen solchen Ansatz zu unterstützen. Wenn Oliver Tolmein der PDS vorwirft, nicht für den Kommunismus zu sein, er aber gleichzeitig in der langen Reihe derjenigen steht, die weder eine gesellschaftliche Utopie noch eine revolutionäre politische Strategie vorweisen können, sehen wir doch auf die zunächst auf uns zukommenden Aufgaben. Man kann die nächsten Jahre damit verbringen, den Rest der radikalen Linken zu sammeln und Bewußtseinsbildung in Zirkeln zu betreiben. Wenn man aber überhaupt in linker Politik noch die Notwendigkeit sieht, in Richtung gesellschaftlicher Veränderung zu denken, dann wird man für die kommende Wegstrecke nicht an einer links von SPD und Grünen stehenden Kraft vorbeikommen, die reformistisch in dem Sinn ist, daß sie ihr Ziel zunächst in der Vertretung von Interessen und in der Veränderung im konkreten System sieht.

Dennoch gibt es auch jetzt schon in diesem Zusammenhang das Festhalten an Ideen, die über den Kapitalismus hinausgehen. Die Beschränkung liegt da, wo die gesamte Linke nicht weiterkommt: Welches ist die Strategie, um die sozialistischen Ideen zu verwirklichen? Daß die PDS sie heute nicht hat, spricht genauso gegen sie wie gegen die gesamte Linke.

Heini Eckhoff kommt aus dem Kommunistischen Bund und ist einer der Initiatoren der LL/PDS

Konkret 11/90, S. 14

Hanfried Müller

Alles nichts, oder? (Teil II)
Warum nicht trotzdem die PDS?

Drei Antworten auf drei Fragen: Soll man zur Reichstagswahl eine Stimme abgeben? Wenn ja, für wen? Wenn nein, warum nicht?

»Setzt sich durch, was das Wahlbündnis LL/PDS-PDS anstrebt, daß nämlich die Unterstützung dieser Kandidatur zur politischen Perspektive für die verschiedenen Fraktionen der Linken wird, dann kommt zu ihrer realen Niederlage auch noch die ideologische Entwaffnung«, schreibt Oliver Tolmein in KONKRET 9/90, und schließt mit dem Satz, die LL/PDS zu unterstützen heiße für die Linke, »daß sie sich damit selber auflöst«. – Dieses Schlußsatzes wegen melde ich mich zu Wort.

Ich will die skandalösen Schwachstellen der PDS hinsichtlich der Unterscheidung zwischen bürgerlicher und sozialistischer Demokratie und in Sachen Parlamentarismus und »nationale Frage« nicht bestreiten. Die theoretische Unreife der PDS liegt am Tage, und ausgerechnet diejenigen, die das größte Ideologiedefizit haben, fühlen sich berufen, es »aufzuarbeiten«. So kommen Sätze zustande wie »Der Anschluß an die BRD ist ein Wandel von einer halbierten Modernisierung zur modernen Gesellschaft.« Zwar ist das Phantom »sozialistische Marktwirtschaft« (Vision jenes Autors) verglichen mit der imperialistischen Ökonomie etwas Halbes, aber es war nun einmal sogar der Frühsozialismus dem Imperialismus um eine ganze Epoche voraus, obgleich er u.a. mangels Reife seines historischen Subjektes ähnlich wie einst die frühbürgerliche Revolution zunächst im Absolutismus stagnierte. So erleben wir zur Zeit einen epochalen Rückschritt, und da hilft es den Lämmern nichts, auf dem Weg zum »marktgerecht-effektiven« Schlachthof das Lied mitzublöken, das die Wölfe heulen, das alte Lied von den (diesmal vierzig und nicht nur wie bei Hitler zwölf) »Jahren der Schmach und Schande« – nämlich der Existenz eines anderen Deutschland. Da hilft es auch nichts, den Wölfen zum Fraß vorzuwerfen, was man links von sich findet, in der Hoffnung, ihren Appetit zu stillen, bevor man selbst drankommt: zuerst die Spitzen-, dann die Staatssicherheits-, schließlich alle Berufsfunktionäre. Wem fiele dabei nicht Niemöller ein: »Zuerst holten sie nur die Kommunisten...«?

Natürlich wirkt solch Rückschlag irritierend – von der epochalen Grundfrage des Widerspruchs zwischen Kapital und Arbeit und nach dem Subjekt des revolutionären Geschichtsprozesses bis hin zu vergleichsweise taktisch-untergeordneten Fragen, wie z.B. die der Stellung zur bürgerlichen Nation und Demokratie. Da kommen sonderbare Blasen hoch von Brie's »Kröte, die wir schlucken müssen« bis zu Modrows »Deutschland einig Vaterland«. (Und ich könnte noch schlimmere Beispiele als Tolmein zitieren!) Ich weiß nicht, warum Kommunisten oft aus dem »Krötenschlucken« eine Tugend machen und geradezu Heißhunger bekommen auf die widerlichsten, meist in nationalen Farben schillernden Exemplare dieser Furche. Und warum haben gerade erklärte »Antistalinisten« von Stalin die Neigung geerbt, den Sozialismus auf nationalen Gäulen reiten zu lassen, ohne zu fragen, ob das Finanzkapital seine Interessen national nennt oder ob eine Nation sich vom Finanzkapital befreit? Wenn man sich schon in Deutschland, auf das jeder Hauch Nationalismus so wirkt wie eine Cognac-Bohne auf einen kaum entwöhnten Alkoholiker, auf das Wort »Nation« einläßt, dann bitte nur im Sinne eines allfälligen »nationalen« Befreiungskampfes Ostdeutschlands gegen die westdeutschen Okkupanten. Übrigens: Auch damit hat Tolmein ganz recht, daß »aus dem Scheitern des real-existierenden Sozialismus« nicht zu schließen ist, daß es zuviel, sondern daß es zuwenig davon gegeben habe.

Aber Tolmein behauptet zu pauschal, seine Kritik beträfe »die« PDS-Politiker. Das stimmt einfach nicht. Damit werden PDS-Kreise (an der Basis vielleicht sogar die Mehrheit, an der Spitze wohl noch eine Minorität) mißachtet, die man als Hoffnungsträger für die deutsche Linke gerade hochachten und stützen sollte.

Statt die PDS nach links zu ziehen, stärkt Tolmein ärgerlicherweise mit solcher Polemik ausgerechnet ihren revisionistischsten Flügel. Der wollte ja von Anfang an kein Bündnis ohne Abgrenzung gegen links. Diese bislang noch verhinderten Sozialdemokraten in der PDS möchten doch unbedingt wieder salonfähig werden und hoffen, nicht mehr als aussätzig behandelt zu werden, wenn sie selbst andere als aussätzig behandeln. Sie können nur davon profitieren, wenn nun diejenigen, die berufen wären, der PDS einen Linksdrall zu geben, sich von ihr distanzieren. Sie, die danach schielen, wie sie sich im »nationalen« und »demokratischen« Konsens den »im Bundestag vertretenen Parteien« anbiedern, werden, sollte die PDS mit der Politik eines Linksbündnisses scheitern, das ihrer »Kontaktschuld« mit den Linken anlasten. Und wenn das sozialdemokratische Ärztekonsortium am Krankenbett des zur Zeit an Fettsucht leidenden Imperialismus dann immer noch nicht mit ihnen spielen will, werden sie diejenigen in ihren eigenen Reihen, die Linken also, als Spielverderber anklagen, weil sie, wenn auch oft noch zu halbherzig, Schulterschluß nach links gesucht haben.

Ich finde, schon darum sollten alle Linken LL/PDS wählen, um der deutschnationalen Reaktion den psychischen Schmerz nicht zu ersparen, den sie spürte, wenn dies Bündnis besser als erwartet abschnitte. Es gibt aber auch seriösere Gründe: Die

LL/PDS steht in der Öffentlichkeit für die radikaldemokratische Linke samt Offenheit (nicht mehr, aber auch nicht weniger) für marxistische, sozialistische, kommunistische Optionen. Man kann mit Tolmein zweifeln, ob sie diesem Ruf schon gerecht wird. Jedenfalls wird sie es nach einem Wahlerfolg mehr tun als nach einem Mißerfolg. Nur Erfolgserlebnisse können einer geschlagenen Truppe wieder Kampfesmut geben. Nach einer weiteren Niederlage würden diejenigen, die jetzt noch zwischen Charakter und Anpassung schwanken, zum größten Teil zur SPD und den zahmen Grünen als dem »kleineren Übel« überlaufen; von den Utopisten verliefe sich vielleicht der eine oder andere in individualterroristische Zirkel, die übrigen würden in Konventikel zerfallen, die bei viel marxistischem Wortgeklingel aktionslos oder aktionistisch auf »Aufklärung« setzten und darauf warteten, daß sich Massen ihren Theoremen anschlössen, die sie in erbitterten »Diskursen« gegeneinanderstellten. Anders als Tolmein meine ich: Gerade wenn die LL/PDS in der Bundestagswahl schlecht abschneidet, »kommt zu ihrer realen Niederlage auch noch die ideologische Entwaffnung« hinzu, und zwar nicht nur der PDS, sondern der gesamten Repräsentanz des antiimperialistischen Deutschlands. Nur im Kampf lernt man kämpfen, und in diesem Wahlkampf könnte die PDS lernen, auch im Parlament (natürlich nicht nur dort!) einer Mehrheit ungebeugt zu opponieren – wenn die ganze deutsche Linke ihr dabei hilft, statt ihr in den Rücken zu fallen.

Fazit: Es scheint mir die beste Wahlentscheidung und nicht etwa nur die Wahl des geringeren Übels, für die LL/PDS zu stimmen. Wenn alle, die das überhaupt erwägen, sie auch wählten, wäre wenigstens so viel erreicht wie für den Reichstag von 1914: Die damalige SPD war drin und mit ihr ein Liebknecht, der zumindest beim zweiten Anlauf zu den Kriegskrediten funktionierte und die Ehre der deutschen Linken rettete. Nichtwähler haben nicht einmal einen Liebknecht in den Reichstag gebracht. Natürlich ist Gysi kein Liebknecht. Er ist nicht einmal ein ins zwanzigste Jahrhundert verirrter Jakobiner. Bislang ist er nur ein radikaldemokratischer Linksanwalt. Aber zunehmend entwickelt er aus seinem forensischen ein parlamentarisches Talent. Zugegeben: Wahrscheinlich wird nicht einmal ein Mini-Bebel draus, vielleicht aber ein Mini-Virchow – und der hat jedenfalls Bismarck auch ganz schön geärgert. Und solange wir nichts Besseres kriegen können, ist das das Beste.

Ich halte es für einen verhängnisvollen Fehler, von links her gerade diejenigen zum Wahlboykott aufzurufen, die sonst LL/PDS wählen könnten. Zuerst geht es doch um Résistance gegen die imperialistischen Aggressoren und Okkupanten von Grenada über Panama und Arabien bis zur DDR! Wenn sie geschlagen sind, könnten wir immer noch gegeneinander streiten, aber bitte nicht wieder zu früh, nicht noch einmal, bevor sie wirklich aus der Weltpolitik verabschiedet sind.

Hanfried Müller verließ die BRD 1952, war Universitätstheologe in der DDR und ist Herausgeber der »Weißenseer Blätter«

Konkret 11/90, S. 15

Regula Bott u.a.

Alles nichts, oder? (Teil III)
Keine Stimme für Deutschland

Drei Antworten auf drei Fragen: Soll man zur Reichstagswahl eine Stimme abgeben? Wenn ja, für wen? Wenn nein, warum nicht?

Die Wahl am 2. Dezember ist keine wie jede andere. Schon ihre Festsetzung als Reichstagswahl war ein Bestandteil der ökonomischen und diplomatischen Blitzkrieg-Strategie für den Griff zur Weltmacht. Mit ihrer Durchführung soll und wird die Bevölkerung die Auslieferung der DDR an Alt-Nazis, Spätgeburtler, Nato-Stäbe und die Deutsche Bank nachträglich legitimieren.

Das Wiedererstehen der souveränen Großmacht Deutschland markiert für andere Länder und die Linke in Ost und Welt keine Chance, sondern eine Drohung, die zur Katastrophe werden kann. Zentrale Elemente des deutschen Imperialismus, die zu zwei Weltkriegen geführt haben, erleben derzeit ihre Wiedergeburt: ein neudeutscher Nationalstolz, der sich aus Überheblichkeit, Rassismus und Intoleranz speist; die Verhöhnung der Opfer vergangener deutscher Großmachtpolitik, deren Forderungen nach Entschädigungen beiseite gewischt werden; die neuen militärischen und politischen Weltmachtambitionen, wie sie aktuell im Kontext der Golfkrise zum Ausdruck kommen.

Zur Auslöschung der DDR und Neuordnung des internationalen Machtgefüges hat die herrschende Klasse in Bonn von allen ökonomisch und politisch denkbaren Möglichkeiten die brutalste und zugleich waghalsigste Variante gewählt und auch damit Kontinuität demonstriert. Mit einem gezielten Zerstörungsangriff auf das Rückgrat der DDR-Ökonomie wurde binnen Wochen aus der ehemals zehntstärksten Industrienation der Erde ein um wohlfahrtsstaatliche Hilfe bettelndes Kollektiv gemacht: Was zum Schrott erklärt wurde, ward Schrott. Mit der Unterwerfung der DDR-Geldpolitik unter das Kommando der Bundesbank und der Abschaffung aller Subventionen für das soziale Existenzminimum (sogenannte Preisreform) wurde der DDR schon frühzeitig der Fangschuß gesetzt und eine Serie politischer, sozialer und ökonomischer Umschichtungen ausgelöst, der sich kein Beteiligter mehr entziehen konnte.

Hiergegen hat sich in den letzten Monaten keine nennenswerte parlamentarische oder außerparlamentarische Opposition entwickelt. Stattdessen wird bis weit in die Linke hinein wohlwollend akzeptiert, wenn heute eine Großmacht Deutschland alle positiven, im Zusammenhang mit dem verlorenen Krieg auferlegten Diskriminierungen abstreift, um ein Höchstmaß an Souveränität zurückzuerlangen. Die Erinnerung an die Geschichte des Deutschen Reiches, dessen herrschende Eliten, Wirtschaftsführer und Armeen – von großen Teilen der Bevölkerung unterstützt – beispiellose Verbrechen begangen haben, scheint den meisten Menschen nichts mehr zu bedeuten: Der Nationalsozialismus ist Vergangenheit und der von ihm entfesselte Krieg im nachhinein gewonnen. Von Leuten, die lange Jahre in außerparlamentarischen Bewegungen aktiv waren, wird sogar vertreten, es gebe heute das geläuterte Deutschland, in das wir alle uns einreihen können.

Wir haben mit der Demonstration »Nie wieder Deutschland« am 12. Mai in Frankfurt versucht, für gegenteilige Konsequenzen und Ziele zu mobilisieren und haben damit bei Deutschen Haß und Ärger provoziert. In einer Zeit, in der sich opportunistische Anpassung an den nationalen Zeitgeist als nüchterne Realpolitik darstellt, in der behauptet wird, Schlimmeres durch Schlimmes verhindern zu können und in der Ressentiment auch bei denen durchbricht, die es bisher zu beherrschen wußten, halten wir es für notwendig, von »Massenfreundlichkeit« als dem zentralen Politik-Kriterium Abschied zu nehmen. Wir betrachten es im Gegenteil als unsere Aufgabe, klar und kompromißlos gegen den Nationalismus auch in der Bevölkerung Front zu machen.

Unser Unvermögen, in die aktuellen Entwicklungen wirkungsvoller einzugreifen, hat objektive Ursachen: Selbst der Unterprivilegierte ist hier und heute Bürger einer Nation, die gegenüber dem Warschauer Pakt und gegenüber der innerimperialistischen Konkurrenz als der Sieger hervorgegangen ist und somit noch die relativ günstigsten konsumptiven Möglichkeiten anbieten kann. Es kommt hinzu, daß sich eine äußerst antiemanzipatorische und damit abschreckende Verfaßtheit des Realen Sozialismus historisch hat durchsetzen können.

Die Schwäche radikal linker Politik hat zugleich aber auch mit eigenen krassen Unsicherheiten, zögerlichem Herangehen und unklaren Analysen zu tun. Bis weit in die nichtreformistische Linke hinein wird beispielsweise das »Selbstbestimmungsrecht der Deutschen« anerkannt. Statt für eine prinzipielle Gegnerschaft zur deutschen Wiedervereinigung einzustehen und die spezifische Gefährlichkeit des deutschen Imperialismus zu thematisieren, hielten es viele für richtiger, die DDR-Annexion allein unter dem Aspekt der sozialen Folgen für sich und ihre Landsleute zu kritisieren. Auch der drohende Kriegseinsatz der Bundesmarine im Golfkonflikt hat hierzulande keinen spontanen Protest entfachen können – stattdessen haben grüne Ideologen mit linker Vergangenheit dafür geworben, daß die »Weltmacht Deutschland« keine »Appeasementpolitik« betreiben dürfe und zur Not auch das Recht haben müsse, militärisch zuzuschlagen. Das ganze Ausmaß der Desorientierung wird deutlich, wenn wir uns vor Augen halten, daß bis weit in die

Linke hinein die Sicherung »unserer« Ölquellen so selbstverständlich geworden ist, daß in der Verhängung des härtesten Wirtschaftsboykotts die einzige Alternative zur offenen Kriegseröffnung gesehen wird.

Aus alledem ergibt sich, daß wir in den nächsten Monaten eine intensive Auseinandersetzung führen müssen, damit sich eine radikale Linke der BRD und der DDR in neuen Zusammenhängen formieren kann. Diese Auseinandersetzung kann nicht alleine an Schreib- und Konferenztischen entwickelt werden. Sie muß eingreifen in die aktuellen politischen Entwicklungen und sichtbar machen, daß die »Nie wieder Deutschland«Orientierung durch Wiedervereinigung und Wahlen nicht »veraltet«, sondern dringlicher geworden ist: Internationalistisch handeln und denken heißt im heutigen Deutschland antinational handeln und denken.

Den Zustimmungswahlen für die Weltmacht Deutschland messen wir insofern eine herausragende Rolle zu: Nicht weil es Wahlen sind, sondern weil es *diese* Wahlen sind. Da mit der Entstehung des neuen deutschen Reichs die Niederlage des Faschismus revidiert werden soll, wird auch jede kritisch gemeinte Beteiligung an den bevorstehenden Wahlen als Zustimmung zur »Stunde Null« und damit zur endgültigen Verdrängung von deutschem Massenmord und Nazi-Krieg verwertet werden.

Wir erklären deshalb, daß wir uns als Deutschland-GegnerInnen an der Reichstagswahl nicht beteiligen werden und rufen dazu auf, diese Wahlen für eine antinationalistische Intervention zu nutzen.

Wir haben weitere Gründe für diesen Aufruf, die wir nicht vereinheitlichen wollen, weil jeder dieser Gründe gut genug ist, sich an dieser Wahl nicht zu beteiligen und die Auseinandersetzung um linke Politik voranzutreiben:

- Keine der Parteien, die zur Wahl stehen, auch nicht die PDS und die Grünen, sprechen sich gegen die Wiedervereinigung aus. Im Gegenteil. Die PDS hatte sich vom nationalen Sog der DDR-Bevölkerung nicht nur mitreißen lassen, sondern ihm mit dem Modrow'schen »Deutschland einig Vaterland« Schubkraft in die Linke hinein verliehen. Bis hin zur Selbstverleugnung ihrer eigenen kurzen Geschichte beteuern heute Repräsentanten dieser Partei, von Anfang an für die deutsche Einheit gewesen zu sein. In der Tat hat die PDS zu keinem Zeitpunkt »Nein zu Deutschland« gesagt. Stattdessen wird auch in Stellungnahmen aus der PDS »ein positives Verhältnis zur Vereinigung beider deutscher Staaten, zu Deutschland, zur deutschen Heimat, zum deutschen Vaterland« gefordert und jene Haltung abgegrenzt vom »nationalen Nihilismus und linksradikalen Negativpositionen in der Vereinigungsfrage« (PDS-Pressedienst vom 24.8.90).

  Auch bei den Grünen gibt es ein positives Bekenntnis zur neuen Rolle Deutschlands als Weltmacht und Überlegungen, wie diese Funktion auch militärisch auszufüllen sei.

  Statt die Gefahren der Restauration Deutschlands in aller Schärfe herauszuarbeiten, haben die »oppositionellen« Parteien selber nationale Positionen übernommen und die Entwicklung teilweise forciert. Im übrigen begnügen sie sich mit Korrekturen im einzelnen, fordern einen »sozialverträglicheren« Anschluß und mehr Selbstbeteiligung der BürgerInnen an der Restauration, z.B. durch einen Volksentscheid. Diese Haltung, auch bei der aggressivsten Expansion noch mitmachen zu wollen, »konstruktive Opposition« um jeden Preis zu sein, um einzelne Härten auszugleichen, halten wir für unverantwortlich. (Daß sie außerdem den realen Ablauf imperialistischer Politik nicht zu beeinflussen vermag, haben die letzten Monate eindrücklich gezeigt.)

- Schon in der Vergangenheit wurde viel zu wenig bedacht, daß aus dem preußischen Drei-Klassen-Wahlrecht ein deutsches »Zwei-Rassen-Wahlrecht« gezimmert wurde: Nur wer von den Herrschenden als Deutsche oder Deutscher definiert wird, darf die bürgerlichen Grundrechte in Anspruch nehmen. Etwa fünf Millionen Ausländer, die seit vielen oder wenigen Jahren hier leben und die Folgen des neuen deutschen Nationalismus sehr viel schärfer als wir zu spüren bekommen, haben nicht einmal das Wahlrecht. Wir verzichten auf die Wahrnehmung eines rassistisch definierten Privilegs und solidarisieren uns mit den Hauptopfern der neudeutschen Rassen- und Klassenpolitik. Die bisherige Ausgrenzung der ImmigrantInnen wird durch die annektionsbedingte Produktion einer neuen industriellen Reservearmee potenziert: Allein die 175.000 AusländerInnen in der DDR sind als Folge der Wiedervereinigung akut von Ausweisung bedroht. Auch in der Bundesrepublik entlädt sich der nationalistische Taumel zunehmend gegen die ImmigrantInnen und Flüchtlinge, denen mit Bürgerwehren, tätlichen Angriffen und Beschimpfungen durch die Medien das Leben zur Hölle gemacht wird.

- Die Erfahrungen, die viele von uns mit den Grünen gemacht haben, die das Spielbein der außerparlamentarischen Opposition im Parlament sein wollten und die mittlerweile allen, die radikale Politik außerhalb des Bundestages und der Landtage machen, einen Tritt verpassen, wenn sie ihnen in die Quere kommen, haben dazu geführt, daß wir die Wahlbeteiligung und parlamentarische Vertretung als Mittel linker Politik heute sehr viel kritischer bewerten. Für uns steht die Frage, wie sehr parlamentarische Präsenz (und erstrecht Regierungsbeteiligung) zur nationalen Identifikation vieler Linker beigetragen hat. Die Rekonstruktion linker Politik kann nicht gelingen, solange der Weg der Grünen nicht aufgearbeitet, die Integrationsmechanismen des Imperialismus nicht analysiert und die klare Distanz zu der

Methodenvielfalt bürgerlicher Herrschaftsausübung nicht wiederhergestellt ist. Wir sehen heute angesichts des Niedergangs der außerparlamentarischen Politik und der Schwäche der Linken in der Suche nach parlamentarischer Repräsentanz jedenfalls keinen Sinn.

Unsere erklärte Nichtbeteiligung an der Reichstagswahl ist kein Boykott im herkömmlichen Sinne: Wir wissen, daß wir keine WählerInnenschar davon abhalten können, den Parteien ihre Stimmen zu schenken. Der Parlamentarismus befindet sich innerhalb der Linken weniger denn je in einer Legitimationskrise – umgekehrt scheint er hier für viele zur letzten Hoffnung geworden zu sein. Uns geht es darum, der nationaldeutschen Politik aller kandidierenden Parteien eine Absage zu erteilen und deutlich zu machen, daß wir nicht mitmachen. Wir wollen zugleich möglichst viele davon überzeugen, daß dieses Deutschland nicht mitgestaltet, sondern bekämpft gehört.

Weil unsere Wahlintervention zur Neufundierung einer außerparlamentarischen Opposition beitragen soll, laden wir euch ein, am Wahlwochenende des 1./2. Dezember die eigene Stimme besser zu nutzen: Wir wollen uns zur Konferenz »Außerparlamentarische Opposition gegen Deutschland« versammeln. Dabei soll keine Bestandsaufnahme der Großmachtpolitik der Regierung Kohl vorgenommen werden. Wir wollen die Diskussion über die linke Haltung dazu organisieren. Uns interessiert, wie es zu diesem dramatischen Niedergang der gesamten Linken kommen konnte und welche Perspektiven wir uns erarbeiten können. Wir wollen unsere falschen Traditionen und Voraussetzungen analysieren und Schlußfolgerungen für unsere künftige Praxis ziehen. Es soll dabei u.a. um die folgenden Fragen gehen: Wie stehen wir zum »Volk«? Wieso entschuldigen Linke falsches Verhalten so schnell durch Benennung »sozialer Ursachen«? Wieso reagiert die Linke kaum auf die im Zuge der Wiedervereinigung dramatische Verschärfung des Fremdenhasses, und wie läßt sich eine nichtsozialarbeiterische Opposition gegen die Fronde von aufgebrachten BürgerInnen, rassistischen PolitikerInnen und gewalttätigen Skinheads entwickeln? Welche Bedeutung haben die nationalen Parolen der Friedensbewegung für die ideologische Misere der Linken, und wie können wir heute die notwendige Antikriegsarbeit machen?

Unterzeichnet von: Regula Bott Theresia Degener (aktiv im bundesweiten Forum von Behinderteninitiativen und Krüppelgruppen) Thomas Ebermann, autonome Lupus-Gruppe/Rhein-Main, max. & sab. (AK-Redaktion), Heiner Möller (KB), Maren Psyk (RL) Radikale Linke, Karl Heinz Roth, Oliver Tolmein (KONKRET-Redaktion), Rainer Trampert, Detlef zum Winkel (KB)*

Eine Minderheit in der Radikalen Linken bevorzugt andere Optionen zur Reichstagswahl und unterstützt nur den Kongreß und nicht den Aufruf

Konkret 11/90, S. 18

Oliver Tolmein

Wohnhaft: Hafenstraße

Wer den Abgeordneten des Deutschen Bundestages, dem Generalbundesanwalt, der Polizei und dem Hamburger Verfassungsschutz-Chef Lochte glaubt, der weiß: Die RAF hat eine Postanschrift. Eine Chronik der Auseinandersetzungen um die Hafenstraße und ein Gespräch mit Bewohnerinnen und Bewohnern

Als am 18. November 1987 vor den besetzten Häusern in der Hafenstraße und der Bernhard-Nocht-Straße die Barrikaden abgebaut wurden, bejubelte die Hansestadt ein »politisches Wunder«: Der Kampf um die seit 1982 besetzten, 1986 teilweise geräumten und 1987 wiederbesetzten Häuser schien friedlich beendet, das Schlachtfeld in ein »alternatives Wohnprojekt« überführt. Nur der »Initiativkreis für den Erhalt der Hafenstraße« blieb skeptisch: »Mit der Unterzeichnung des Pachtvertrages sind die Ziele, die sich mit dem Kampf um die Hafenstraße verbinden, noch nicht durchgesetzt. Der Vertrag ist so angelegt, daß bei rigider Handhabung durch den Senat weitere Konflikte unvermeidlich sind. Wir kämpfen weiter.«

Tatsächlich blieb den Bewohnerinnen und Bewohnern des halben Dutzend Häuser kaum eine Verschnaufpause. Schon wenige Wochen nach Vertragsabschluß schalteten die Hamburger Elektrizitätswerke den Strom ab und forderten astronomische Nachzahlungen. Im Januar 1988 bedauerte Generalbundesanwalt Kurt Rebmann, daß der Hamburger Senat die Bundesbehörden nicht zur Hilfe gerufen habe, um das »Projekt Hafenstraße« zu beenden; seine Behörde werde sehr genau gucken, ob sich Möglichkeiten zum Eingreifen böten. Im August 1988 verlangte der Vorsitzende des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Tyll Necker, vor 1.300 Industriellen und Managern in Hamburg die Räumung der Hafenstraße, die »den Hafen in Hamburg zum Symbol für Chaos verkommen läßt«. Wenige Wochen später wies Bürgermeister Voscherau (SPD) die Lawetz-Stiftung (die zu diesem Zeitpunkt Vertragspartner des Vereins Hafenstraße war) an, die Bewohnerinnen und Bewohner der Häuser abzumahnen.

Anlaß für die Abmahnung, der bis heute ein halbes Dutzend Kündigungen gefolgt sind, war eine Stacheldrahtrolle, die den Zugang zu einem an der Häuserwand aufgebauten Gerüst verwehrte, an dem mehrfach Touristen hochgeklettert waren. Im August 1988 wurde eine Häuserwand mit einer auch in der Hamburger Linken umstrittenen Parole bemalt: »Boykottiert Israel – Waren, Kibbuzim und Strände«. Der Senat verlangte, daß die Wand übermalt wurde, und setzte sich schließlich durch. Im Dezember 1988 nahmen die Bewohnerinnen und Bewohner 21 von Abschiebung bedrohte jugoslawische Roma in ihren Häusern auf: »Weil wir für selbstbestimmtes Leben kämpfen, ist es für uns selbstverständlich, Menschen aufzunehmen, die von diesem Staat und diesem Senat verfolgt werden...«

Am 26. Mai 1989 marschierten ca. 2.500 Polizeibeamte mit Wasserwerfern und Räumpanzern auf und sperrten für etwa zehn Stunden ganz St. Pauli Süd. Angeblich sollten sie die Bauwagen abtransportieren, die auf einem freien Gelände neben den Hafenstraßen-Häusern standen, tatsächlich aber, dieser Verdacht wurde Monate später durch Indiskretionen bestätigt, sollten die Bewohner zu einer Auseinandersetzung provoziert werden, damit nach dem Sicherheits- und Ordnungsgesetz (SOG) geräumt werden konnte. Während des Einsatzes wurden Durchsuchungsbefehle für zwei Häuser und später eine Ermächtigung zum Übertünchen der Parole für die Zusammenlegung der politischen Gefangenen auf einer Hauswand nachgeschoben. Die Bewohnerinnen und Bewohner ließen sich aber nicht provozieren. Selbst als Wasserwerfer versuchten, einzelne Leute, die von den Dächern der Häuser aus das Vorgehen beobachteten, herunterzuspritzen, kam es nicht zur vom Senat erhofften Schlacht. Tags darauf machte die »Bild«-Zeitung »Die Räumung an der Hafenstraße« zum Aufmacher, die Meldung »Genscher droht mit Rücktritt« mußte sich mit Platz zwei begnügen. Am 28. Juli 1989 versuchten mehrere Polizeibeamte, zwei mutmaßliche Autoknacker festzunehmen; als sie vier unbewaffnete und unmaskierte Bewohner der Hafenstraße auf sich zugehen sahen, gab einer der Polizisten ohne Warnung drei scharfe Schüsse in die Luft ab, ein anderer schoß einem der Herankommenden zwischen die Beine. Anschließend fuhren sie in ihrem Streifenwagen weg. 90 Minuten nach diesem Zwischenfall hielten, begleitet von einem Pressepulk, elf Wannen und Einsatzwagen vor dem »Onkel Otto«, brachen die Tür auf und beschlagnahmten mehrere Latten und einen Sonnenschirm als »Waffen«. Die Lokalpresse machte tags darauf aus vier unvermummten, unbewaffneten Leuten 15 bis 20 vermummte Menschen mit Eisenstangen, Stahlseilen und Fahradketten, die die Streifenwagenbesatzung bedroht hätten.

Wie Mietrecht, neonazistische Angriffe und polizeiliche Attacken gegen die Bewohner und Bewohnerinnen der Hafenstraße zusammenspielen können, wurde exemplarisch Anfang September 1990 vorgeführt: Am 1. September erklärte die HEW, daß zwei Häusern der Strom abgestellt werden sollte. Daraufhin kündigte die Hafenrandgesellschaft (die die Lawetz-Stiftung als Vertragspartner für den Verein Hafenstraße abgelöst hat) den Mietern der Häuser, weil sie das Zustandekommen von Stromverträgen hintertrieben hätten. Tags darauf, in der Nacht vom 2. auf den 3. September, versuchten etwa vierzig Hooligans, die Häuser anzugreifen. Stunden nachdem sie vertrieben worden waren, explodierte vor der Hafenstraße 108 eine Rohrbombe. Bis zum 3. Stock gingen alle Fenster zu Bruch. Die Hafenrandgesellschaft weigerte sich, für die Instandsetzung der Fassade und der Fenster aufzukommen.

Die Polizei, die sonst wegen jedes geklauten Autoradios sofort mit großem Aufgebot zur Stelle ist, nahm vorerst keine Ermittlungen am Tatort auf, weil »normale Polizeieinsätze« in der Hafenstraße nicht durchgeführt werden könnten. Am 3. September räumten drei Hundertschaften Bereitschaftspolizei stattdessen ein Gerüst vor der Hafenstraße 106, um die Fertigstellung einer Wandmalerei an der Fassade des Hauses zu verhindern. Die Malerin Brigitte K. warf empört, aber ziellos und ohne zu treffen, einen Stein. Ein Jahr später wurde sie deswegen vom Amtsgericht Hamburg zu 8 Monaten Haft (auf Bewährung) und 1.500 Mark Geldstrafe verurteilt, obwohl sich inzwischen herausgestellt hatte, daß der Polizeieinsatz rechtswidrig war. Erst nach diesem Räumungseinsatz, der sämtliche Spuren verwischt hatte, begann die Polizei, wegen des Bombenanschlags zu ermitteln.

Im Dezember 1989 wurden Holger Deilke und Ute Hladki wegen angeblicher Mitgliedschaft in der RAF verhaftet. Da sie Kontakt zu Leuten in der Hafenstraße hatten, verkündete die Presse: »RAF-Terroristen – Spuren in die Hafenstraße« (»Hamburger Morgenpost«). Damit wurde neben den Versuchen, die Hafenstraße auf mietrechtlichem Wege zu kündigen oder sie unter Zuhilfenahme des SOG zu räumen, ein weiteres, erfahrungsgemäß äußerst wirkungsvolles Mittel zur Beendigung des »Projekts Hafenstraße« und zur Isolierung der Bewohnerinnen und Bewohner eingesetzt. Den Boden dafür hatte Verfassungsschützer Lochte bereitet, der seit 1985 bei jeder Gelegenheit und mit Vorliebe in der »Tageszeitung« über die RAF-Hafenstraßen-Connection »aufklärt«. Von nun an stimmten die Politiker aller Parteien (außer der GAL) bei jeder Gelegenheit ihr »ceterum censeo« an: »Das Projekt Hafenstraße muß endlich auf rechtsstaatlichem Wege beendet werden« (Innensenator Hackmann).

Die »Zwischenfälle« häufen sich seitdem: Hooligans marschieren nach fast jedem Fußballspiel auf die Hafenstraße, Polizisten jagen vermeintliche Autoknacker in Wild-West-Manier, Hafenstraßen-Bewohner werden – wie sich auf der Wache herausstellt: »irrtümlich« – auf offener Straße festgenommen, Streifenwagen fahren täglich grundlos mit Blaulicht an den Häusern entlang. Und die lokale Presse bemüht sich nach Kräften, die Polizeiberichte stimmungsvoll zu ergänzen: Aus Neonazis, die Punks angreifen, macht sie »Passanten«, die von »vermummten Personen aus dem Bereich der Hafenstraße attackiert werden«.

Im Mai 1990 sperrten auf Antrag der Bundesanwaltschaft etwa 3.000 Polizisten, Bundesgrenzschützer, BKA-Beamte und Staatsschützer fast einen ganzen Tag lang ein Areal von mehreren tausend Quadratmetern ab und verwandelten es in eine Kontrollstelle zur »Terroristen«-Fahndung. Der Presse wurde der Zutritt zum Areal verwehrt, sämtliche Anwohner und die Besucher, die sich zufällig in dem Gebiet aufhielten, mußten ihre Personalien überprüfen lassen. 22 Leute wurden vorläufig festgenommen – nur der angebliche Zweck der Übung, die Vollstreckung der beiden ein paar Wochen alten Haftbefehle gegen Corinna K. und Karl-Heinz G. wegen angeblicher Mitgliedschaft in der RAF, wurde verfehlt: Den Zivilfahndern des BKA war »entgangen«, daß die Gesuchten sich an diesem Tag zuhaus bei ihren Eltern befanden.

Aus den durchsuchten 13 Wohnungen wurde lastwagenweise »Beweismaterial«, darunter ein Kopierer und ein Computer, abtransportiert. Monate später dienten dem »Stern« Stadtpläne, die dabei beschlagnahmt wurden, als Basis für eine Titelgeschichte über die »Todesliste der RAF«, in der es hieß: »Die Hafenstraße ist einer der wichtigsten Stützpunkte der Roten Armee Fraktion in der Bundesrepublik. Mindestens zehn Personen des engsten RAF-Umfeldes leben dort... Es sind nicht nur Sympathisanten. Viele sind persönlich an RAF-Aktivitäten beteiligt.«

Als die Presseberichte über die RAF-Zentrale Hafenstraße nicht enden wollten, wurde es der RAF zu bunt. In einem überraschenden Bekennerschreiben dementierten die Verfassungsfeinde am 24. September die Legende der Verfassungsschützer: »Jetzt im Rahmen der Hetze gegen den Hafen kochen sie die wildesten Konstruktionen zusammen, da sollen wir dann in jeder Küche sitzen... Wir sagen gegen diese Lüge: Es gab und gibt keine Pläne von uns in der Hafenstraße, noch gibt es 'legale' Mitglieder der RAF – weder im Hafen, noch gibt es die überhaupt.«

Inzwischen aber war die Hafenstraße sogar Thema der Bundespolitik geworden. Am 19. September befaßte sich auf Antrag der CDU/CSU-Fraktion der Deutsche Bundestag mit der Situation in den Häusern. »Wie lange will der Senat noch dulden, daß die Häuser in der Hafenstraße einer Mörderbande als logistische Basis dienen?« fragte der Hamburger CDU-Bundestagsabgeordnete Echternach; für die FDP forderte der Abgeordnete Lüde die Beendigung des »gescheiterten Projekts«, und im Namen der SPD übte Freimut Duve, einst Befürworter des Mietvertrages, Selbstkritik: »Es ist ein sehr, sehr ernstes Thema. Es betrifft alle großen Städte. Wir können all die Menschen, die in unser Leben nicht völlig integrierbar sind, nicht mehr so ohne weiteres so behandeln und so unterbringen, wie wir es gern gewollt hätten. Insofern habe ich damals, als ich empfahl, diese Verträge so zu machen, selber einen Fehler gemacht«. Wer nicht pariert, wie Duve es gelernt hat, der hat seinen Anspruch auf eine Unterbringung »wie wir es gern gewollt hätten« verwirkt.

*(Interview mit »dem Hafen«: nächste Seite)*Dieses Gespräch wurde im Oktober mit Leuten aus der Hafenstraße geführt. Die Namen wurden auf Wunsch der Interviewten von der Redaktion geändert

KONKRET: *In eurem Flugblatt »irgend wer, irgend wie, irgend was« habt Ihr direkt nach der Durchsuchung im Mai geschrieben: » Wir können uns schlecht vorstellen, daß die Bundesanwaltschaft nach Hamburg gekommen ist, um uns*

lediglich einen Schrecken einzujagen. Mit solchen Interpretationen, wie sie am nächsten Morgen zum Beispiel in der Morgenpost standen, 'außer Spesen nix gewesen', können wir nix anfangen. Wir nehmen die Durchsuchungen sehr ernst.« Habt Ihr Vorwürfe in der Art, wie sie jetzt gegen euch vorgebracht werden, befürchtet, oder seid Ihr überrascht davon, daß und wie sich eure alte Einschätzung erfüllt?

Maria: Die spontane Reaktion bei vielen hier war erstmal: Die spinnen jetzt völlig! Dann haben wir aber gemerkt, damit können wir es nicht abtun, denn sie haben ernsthaft vor, diesen Wahnwitz zur Grundlage zu machen, um gegen uns vorzugehen. Sie wollen eine Räumung so schnell wie möglich und hohe Haftstrafen gegen einzelne von uns. Da fällt mir Luiti (gegen Luitgard Hornstein wird derzeit in Stuttgart-Stammheim wegen angeblicher Mitgliedschaft in der RAF ein Prozeß geführt. (siehe KONKRET 7/90 - d. Red.) ein und die vernichtende Forderung der BAW (Bundesanwaltschaft): Zwölf weitere Jahre Knast, obwohl offensichtlich ist, daß ihr Konstrukt zusammengebrochen ist. Das einzige, was übrig geblieben ist, ist die Tatsache, daß sie mit Eva Haule geredet hat. Wenn du das vor Augen hast, reichts eben nicht zu sagen, »die sind doch verrückt«.

Sonja: Daß sich Bundesanwaltschaft und Bundeskriminalamt eingeschaltet haben, bedeutet, daß noch eine weitere Ebene dazugekommen ist, um uns hier wegzukriegen. Uns war klar, daß noch ein dicker Hammer kommen würde.

Gabi: Mit Vorwürfen dieses Kalibers: Mordpläne auf Kohl, Todeslisten usw. hat keine und keiner von uns gerechnet, denn das hat mit uns als Hafenstraße und mit unserer Praxis nichts zu tun. Bei »Todeslisten« – da fällt einem der Terror von Todesschwadronen ein, und so soll das bei den Leuten ankommen, da soll kein Ziel mehr sichtbar werden, diese gesellschaftlichen Verhältnisse grundlegend verändern zu wollen, und kein Weg dahin, sondern nur noch entpolitisierte Horrorvisionen. So ein Bild von der RAF versuchen sie in die Köpfe zu hämmern.

Ines: Zu unserer Situation jetzt muß ich noch was sagen: Es ist ein großer Unterschied, eine Verschärfung der Situation vorherzusehen, wie wir das im Mai getan haben, und dann tatsächlich, so wie jetzt, mit der neuen Situation konfrontiert zu sein. Da gabs eine Art Verdrängung, eine irreale Hoffnung, daß es vielleicht doch nicht so dicke kommt.

Wie erklärt Ihr euch, daß jetzt Bundesbehörden wie BKA und Bundesanwaltschaft eingeschaltet werden, um die Räumung der Hafenstraße zu ermöglichen ?

Heinz: Der Einsatz von BKA und BAW verschafft ihnen noch zusätzliche Möglichkeiten und Instrumentarien, gegen uns vorzugehen. Lochte (Chef des Hamburger Landesamtes für Verfassungsschutz – d. Red.) sagt inzwischen total dreist, daß es ihnen bei der Durchsuchung gar nicht darum ging, Kalle und Cora (die beiden haben zeitweilig in der Hafenstraße gelebt und werden mittlerweile aufgrund äußerst fragwürdiger Indizien wegen angeblicher Mitgliedschaft in der RAF mit Steckbrief gesucht – d. Red.) hier zu finden. Aber genau die angeblich geplante Vollstreckung von Haftbefehlen gegen die beiden diente als Rechtfertigung für den 10-stündigen Ausnahmezustand, den sie hier durchgezogen haben: Einsatz von Anti-Terror-Einheiten, Errichtung von Kontrollstellen, Durchsuchung aller Häuser, vorläufige Festnahmen, Beschlagnahmungen im Umfang ganzer Lkw-Ladungen.

Fred: Tatsache ist: Kalle und Cora sind nicht RAF. Das weiß der Staatsschutz ganz genau. Worum es ging, war, daß Cora eine »ReststRAFe« von 13 Monaten offen hatte, und, als das akut wurde, abgehauen ist. Das benutzen sie genauso wie die Stadtpläne. Darauf kommt nur das BKA: Ein Regal mit etwa 100 über Jahre angesammelten Stadtplänen steht offen bei uns rum. Viele davon stammen aus aufgebrochenen Autos. Etwa 50 davon stecken sie in einen Sack, nur die, in die irgendetwas reingemalt ist. Was das für »Einzeichnungen« sind und von wem die gemacht wurden, wissen wir nicht. Aber natürlich wissen wir, daß von uns da nichts reingemalt wurde, um irgendwelche Attentate zu verüben.

Marion: Der »mietrechtliche« Weg zur Räumung über den Prozeß, der bereits 15 Monate läuft, dauert ihnen zu lange. Lochte hat gegenüber Hamburger Wirtschaftsbossen das Versprechen abgegeben: »Bis Ende des Jahres ist das Problem Hafenstraße gelöst – mit oder ohne Gerichtsurteil.«

Hans: Der Angriff der BAW zielt aber auf mehr als nur die Räumung. Jeder Raum, der die Möglichkeit bietet, daß Menschen sich organisieren und ihre Sache selbst in die Hand nehmen, muß weg.

Jutta: Es ist auch interessant zu sehen, wie unterschiedlich sie Projekte hier angehen: Über die Schanze redet niemand mehr, als ob die eh schon eingesackt wäre, die Flora soll die Mollis mit dem Malerpinsel vertauscht haben, hübsch bunt und so, und hier soll die RAF wohnen. Es soll nicht mehr als *eine* Bewegung wirken, es soll nicht mehr sichtbar sein, daß es bei uns um Sachen geht, die andere Leute auch beschäftigen, Wohnungsnot zum Beispiel und Probleme mit dem Vermieter, alles wird gespalten und voneinander isoliert.

Annika: Du mußt auch sehen, daß sich die soziale Krise jetzt verschärft. In Hamburg wird es 1990 90.000 Wohnungslose geben und in der BRD 2.000 totgeschlagene Kinder. Viele Leute ertragen das Elend, in dem sie leben müssen, nicht mehr und schlagen ihre Kinder tot, und damit auch sich selbst. Das drückt was über den Zustand dieser Gesellschaft aus. Das System ist nicht in der Lage, die Probleme der Menschen zu lösen. Und da darf bei Menschen, die in diesem vom System erzeugten Elend stecken und das vielleicht auch nicht mehr ertragen wollen, nicht ankommen, daß es auch was anderes

gibt, was anderes möglich ist, als sich verwerten zu lassen. Da sollen als sichtbare Alternativen nur Knast und Vernichtung rüberkommen. Und der 129a und damit gekoppelt der Einsatz des BKA waren da bisher erfolgreiche Instrumente für sie, um Versuche, wirkliche Alternativen zu entwickeln, auch in den Köpfen der Leute auszulöschen.

Helga: In Deutschland soll mal wieder aufgeräumt werden, wie '33, wie '56, wie '77, wenns nach ihnen geht. Die Macht des Kapitals wird noch selbstgefälliger und unersättlicher im Glauben, sie könnten das verewigen: Kapitalismus for ever, den politischen Gegner vernichten. Mehr noch: die Erinnerung, siegen zu können, auslöschen, um uns den Mut und die Hoffnung auf ein menschliches Leben zu nehmen. Deshalb sollen wir jetzt weg, und deshalb wollen sie jetzt die 20 Jahre Geschichte der Linken und des bewaffneten Kampfs in der BRD, die die politischen Gefangenen verkörpern, kalt um die Ecke bringen. Seit dem Angriff der RAF auf Neusel drohen sie mit Kontaktsperre gegen die Gefangenen, und niemandem ist es bisher gelungen, was dagegen zu sagen und zu unternehmen, was auch wirklich durchdringt. Kontaktsperre schafft auch den Raum, den der Staat braucht, um Gefangene umzubringen. So ernst nehmen wir die Drohung damit.

Der »Stern« schreibt, zehn Leute, die hier wohnen, seien RAF-Mitglieder und vierzig weitere Unterstützerinnen und Unterstützer. Der Hamburger Verfassungsschutzchef hat das jetzt, nach der Erklärung der RAF, modifiziert und sagt: Zehn Leute zählten zum engen Unterstützerkreis, vierzig zum weiteren. (Heiterkeit). Das ist ja keine Information, die einfach mal so gegeben wird – wegen Unterstützung der RAF sind schließlich Leute für Jahre in den Knast gewandert. Denkt Ihr, daß das jetzt zehn von euch auch droht?

Frauke: Die Schweinerei dabei ist ja, daß sie versuchen, uns unsere Identität als Leute aus dem Hafen, als Leute, die zum Teil seit Jahren im Widerstand sind, wegzunehmen. Sie wollen damit verdecken, daß in den letzten Jahren etwas Neues entstanden ist – und dafür steht die Hafenstraße.

Ulrike: Uns macht das natürlich ziemliche Sorgen. Sie haben wohl auch darauf abgezielt zu gucken: Wer kriegt jetzt Schiß und geht weg. Für uns ist klar, daß wir uns damit gemeinsam auseinandersetzen und nicht irgendwelche zehn »Betroffenen« damit alleingelassen werden.

Ihr habt also den Eindruck, die Bundesanwaltschaft hat diese RAF-UnterstützerInnen-Geschichte als Testballon in die Welt gesetzt: Sie geht damit kein Risiko ein, die Stimmung wird verschärft, und wenn zehn Leute anschließend abtauchen – umso besser, dann wird das als Bestätigung gewertet?

Fred: Nein, das mit dem Testballon ist Quatsch! Sie haben nichts in der Hand, das heißt aber doch nicht, daß sie nichts damit gegen uns tun werden. Das sieht man doch auch, wie sie das bei Luitis Prozeß machen.

Stefan: Ein Aspekt ist sicher auch, daß sie gerne Zoff und Mißtrauen unter uns auslösen würden.

Jutta: Das wird ihnen nicht glücken. Im Gegenteil: Wir reden jetzt viel mehr miteinander und gucken uns weniger schräg an als vorher.

Maria: Trotz der Bedrohung durch möglicherweise jahrelangen Knast, ist jetzt niemand weggegangen. Wenn es eine Chance gibt, diesen Angriff zu brechen, dann nur zusammen. Kampflos das Feld räumen, das will niemand. Das wäre auch das härteste, was passieren kann, und davon haben vielleicht alle von uns eher eine Ahnung als einen klaren Begriff.

Jens: Das wissen sie, glaube ich, auch, daß sie uns auf so einer Schiene nicht spalten können. Lochte hat das ja auch schon mal versucht mit diesem »taz«-Interview 1985, das ja, wie er später im parlamentarischen Untersuchungsausschuß zugegeben hat, vor allem das Ziel hatte, eine Entsolidarisierung einzuleiten. In der Wiederbesetzungszeit haben sie das nochmal versucht, als sie Simone zur RAF-Frau aufgebaut haben – ich glaube jetzt versuchen sie nicht mehr die Spaltung, sondern sie wollen ganz konkret bestimmte Leute hier wegkriegen.

Ulrike: Ganz so einfach ist es nicht. Wenn die sagen würden, in drei Wochen steht die Räumung an, dann würde das ganz andere, für sie schwieriger in den Griff zu bekommende Reaktionen auslösen als jetzt diese RAF-Geschichte. Sie sagen auch bewußt nicht: »Die Hafenstraße ist eine wie auch immer geartete Vereinigung«, sie gehen damit subtiler um, indem sie uns in verschiedene Gruppen zu spalten versuchen: die verführten Jugendlichen, die kriminellen Autoknacker, die kaputten Drogenleute und die gefährlichen RAF-UnterstützerInnen.

Sonja: Daß wir so drauf sind, daß wir trotz aller Widersprüche und Streitereien, die es normalerweise so untereinander gibt und die unseren Alltag sonst bestimmen, in solchen Situationen uns zusammenraufen – das ist für solche wie die Bundesanwaltschaft nicht kalkulierbar, das können die sich nicht vorstellen.

Ines: Das Wesentliche ist, mit dieser ganzen Propaganda alles wegzudrücken, was »anders« ist, Hoffnung macht. Wir haben uns lange darüber unterhalten, was es heißt, wenn sie uns als Ausspähungsunternehmen für die RAF darstellen: Unterm Strich bleibt, daß sie damit in die Köpfe bringen wollen, daß die RAF uns benutzt, wir uns benutzen lassen. Alles erscheint so als ein hierarchisches Verhältnis von Auftrag und Dienstleistung .

Frauke: Wenn hier jemand Dienstleistungen erbringt, dann ist es der »Stern« im Auftrag des BKA. Die versuchen ihre kaputten Zombiestrukturen auf uns zu übertragen.

Jutta: Das ist ja die gleiche Geschichte wie mit den Rädelsführern, die sie überall suchen – weil sie jemanden brauchen, der ihnen sagt, was sie tun sollen, denken sie, das muß hier auch so sein.

Jakob: Das ist ja das Schema dieser ganzen Prozesse, wo es um die angebliche »legale RAF« geht: Sie versuchen, aus einer politischen Auseinandersetzung eine organisatorische zu machen.

Was sagt Ihr zur Erklärung der RAF und zu Lochtes Reaktion ?

Rosa: Zuerst mal zu der Erklärung: Wir haben uns total darüber gefreut. Wir finden es richtig gut, daß die Leute von der RAF direkt eingreifen. Es ist zu merken, was ihnen da wichtig ist und daß das mit dem hierarchischen Verhältnis, wie es die Herrschenden darzustellen versuchen, nichts zu tun hat.

Jens: Was Lochte dazu sagt – das sei ein Ausdruck von Schwäche und Distanzierung von uns – ist doch armselig.

Lena: Es gibt überall und zu allen Menschen, die um Befreiung kämpfen, ein Verhältnis, das ist die Solidarität, eine menschliche Nähe. Die fühlen wir u.a. auch zur RAF und die zu uns, wie man an dem Brief sehen kann. Und das hat damit zu tun, daß wir in vielem das gleiche versuchen und wollen: menschliches Leben gegen dieses menschliche Elend hier.

Heinz: Naja, und diese Verhältnisse, die lassen sich nicht, quasi vom Schreibtisch aus, herbei- oder wegdefinieren.

Gab es bei euch eigentlich Diskussionen darüber, daß eure Erklärung »Hafenstraße ist nicht RAF« als Distanzierung miß verstanden werden könnte?

Annika: Es gibt schon die Angst bei Leuten, mit denen wir gesprochen haben, das könnte eine Distanzierung sein. Einige meinten, »ihr braucht euch doch nicht zu rechtfertigen, wir wissen doch, daß die Schweine so arbeiten«. Dahinter steckt eine Akzeptanz ihrer Methoden, und damit haben wir es ihnen dummerweise in der Vergangenheit zu leicht gemacht, mit haarsträubenden Konstrukten gegen Leute vorzugehen. Sie wollen uns und alle, die hier Widerstand leisten, illegalisieren.

Ulrike: Das ist ganz einfach: Wenn du sagst, wer du bist, kann das keine Distanzierung sein, und das hat auch keine entsolidarisierende Wirkung.

Stefan: Bisher hat das für die Bundesanwaltschaft gut geklappt. Die Prozesse gegen die Kiefernstraßenleute oder gegen die Duisburger wegen »RAF-Unterstützung« oder »RAF-Mitgliedschaft« (1988 bis 1990 wurden in mehreren Verfahren gegen Menschen aus Duisburg und aus der Kiefernstraße, die an Anschlägen »Kämpfender Einheiten« beteiligt gewesen sein oder andere Aktionen vorbereitet haben sollen, z.T. sehr hohe Haftstrafen wegen »Mitgliedschaft in der RAF« verhängt – d. Red.), die liefen darüber, daß aus Angst, eine Erklärung, wer man ist, könnte als Entsolidarisierung verstanden werden, die Leute gar nichts über sich gesagt haben: Wer sie sind, was sie wollen. Aber das hat weder ihnen, noch der RAF genützt, sondern nur der Bundesanwaltschaft.

Frauke: Wir führen ja auch die politische Auseinandersetzung mit den Gefangenen aus der RAF – und das geht nur, wenn man sich des jeweils Eigenen darin bewußt ist. Also die Unterschiede gehören dazu – und das müssen wir auch deutlich machen, die Auseinandersetzung muß offen geführt werden. Und das genau wollen BAW und BKA verhindern.

Ines: Es stimmt, daß viele diese Auseinandersetzung mit den Gefangenen wollen und haben – aber ich glaub, man kann nicht sagen, daß das für alle hier gilt.

Janis: Das ist doch so: Die sagen, »ihr seid RAF«, und von uns kommt zurück »nee, sind wir nicht« – wir antworten auf den Angriff, der gegen uns geführt wird, und schätzen jetzt nicht ein, was andere machen. Das heißt nicht, daß wir die Politik der RAF grundsätzlich ablehnen.

Stefan: Wir haben da schon eine Einschätzung und ein Verhältnis zu. Ich denke da an das Transparent, das nach dem Herrhausen-Anschlag bei uns hing: »Deutsche Bank und deutsches Geld morden mit in aller Welt«.

Janis: Ja gut. Aber das brauch ich doch nicht jetzt in dieser Auseinandersetzung immer wieder zu betonen. Das hat jeder für sich hier klar – und wenn es richtig und sinnvoll erscheint, dann verhalten wir uns dazu. Aber nicht nur aus Rücksicht, damit wir ja niemanden verprellen.

Wenn heute über den Hafen geredet und geschrieben wird, dann wird über RAF und Hafen – , ist sie da, ist sie da nicht? – geredet und geschrieben. Wie ist denn euer Verhältnis zu anderen Fraktionen der Linken? Was macht Ihr, wenn Ihr euch nicht gerade über »Stern«, BKA und Bundesanwaltschaft ärgert?

Hanni: Das, was andere auch machen, Fußball und Doppelkopf spielen, fernsehn, Wohnung renovieren, mal einen trinken oder zwei oder sich langweilen.

Hönkel: Geld beschaffen, z.B. putzen gehen, Taxi fahren, Autos reparieren, auf der Sozi rumhängen oder sich mit dem Arbeitsamt rumschlagen.

Nanni: Zu unserem Alltag gehört auch, und das wird mehr, daß wir uns mit Nazischlägern und Hooligans rumzuschlagen haben, inzwischen fast nach jedem Heimspiel vom HSV oder unserem FC St.Pauli. Dann haben wir noch mit diesem öden Mietprozeß zu tun.

Erni: Tja, und unser Verhältnis zu anderen Linken: Wir fragen euch nicht nach Verband und Partei, seid ihr nur ehrlich im Kampf mit dabei... Tusch!

1987 galt die Hafenstraße bei Linksradikalen als Hoffnungsträger. Auf etlichen Veranstaltungen im Bundesgebiet waren Leute von euch eingeladen und erzählten, wie dieser, ja fast der einzige etwas größere Erfolg erkämpft werden konnte: Wir machen breite Bündnisse und dann klappt das schon (Gelächter). Dann ist es, bis auf die Zusammenlegungskampagne, die vom Initiativkreis ausging, ziemlich still geworden. Mit dem Flugblatt »irgendwer, irgendwie, irgendwas« habt Ihr euch dann überhaupt mal wieder nach außen erklärt und zum Teil ziemlich deutliche Selbstkritik geübt: »Wir entwickelten zum Beispiel eine Mentalität, vieles, was in unserer besonderen Situation möglich wurde, einfach auszuprobieren, ohne es mit allen oder verantwortlich bis in die letzte Konsequenz zu durchdenken«, oder: »Außerhalb der Kleingruppe wurde zu oft aus dem Weg gegangen. So entstanden selbst hier im Hafen in den letzten Jahren fast vollständig getrennte Lebenszusammenhänge.« Was macht heute denn euer Selbstverständnis aus, außer, daß Ihr gemeinsam als der Hafen geräumt werden sollt?

Maria: Ne, warte mal – da kommt mir was hoch – da wehrt sich bei mir richtig was gegen dieses Bild, was du da malst. Nur mal stichwortartig: Die Israel-Boykott-Parole an unserer Wand, die Aufnahme der Roma-Familie Adzovic (die von Abschiebung bedroht war – d. Red.) und diverse Auseinandersetzungen, die außerhalb des Rampenlichts laufen – was ist denn daran still? Daß wir da oft weder die Kontinuität noch die sichtbaren Erfolge entwickelt haben, macht uns zu schaffen, aber ist das nur unser Problem? Allein dieses Meßlattenprinzip stinkt, und die Zitate aus unserem Flugblatt in diesem Zusammenhang sind, so gebraucht, die Härte: Sie sind lebendiger Ausdruck davon, daß wir allerdings nicht vor Selbstzufriedenheit strotzend hier auf dem Sofa hängen, sondern aus dem, was wir uns unter uns erkämpft haben, auch andere Bedürfnisse und Ansprüche nach Intensität untereinander entstehen – worum zu kämpfen ist.

Rosa: Und unser Selbstverständnis, naja, das setzt sich hier einfach aus über hundert »Selbstverständnissen« zusammen. Erstmal sind alle aus ihren alten Zusammenhängen, politischen Gruppen oder nicht, aus Familie, Schule, Heim oder Knast, ach einfach aus allen möglichen Strukturen, die es in dieser Gesellschaft gibt, raus und hier her. Weil alle ihr bisheriges Leben so nicht mehr wollten, sondern was anderes, mit anderen zusammen. Und ich find das einfach gut hier, weil ich mich hier mit Menschen treffe, denen ich sonst nur aus der Distanz oder gar nicht begegnet wäre. Vielleicht mal kurz auf ner Demo, aber eben nicht tagtäglich mit der Möglichkeit und wie jetzt aus der Notwendigkeit, die Auseinandersetzung mit allen zu führen, auch wenn ich teilweise totale Widersprüche hab zu manchen hier, mal ganz egal, woher diese Widersprüche kommen. Also, ob die auf meiner eigenen Scheiße gewachsen sind, oder eben auch richtige Kritik an anderen sind.

Jutta: Das hat uns die letzten zwei Jahre auch hauptsächlich beschäftigt: dieses Zusammenleben von 130 Leuten trotz dieses Systems und gegen dieses System zu organisieren – und das ist wirklich nicht einfach, zumal wir nicht auf einer einsamen Insel leben.

Das richtet sich ja sehr stark nach innen, während es anfangs doch schien, daß d ie Hafenstraße ein Kristallisationspunkt für linksradikale Aktivitäten und Diskussionen sein und nach außen wirken könnte.

Heinz: Worauf sich unsere Hoffnung begründet, ist die Erfahrung, daß wir uns im Kampf um und für unsere Bedürfnisse durchgesetzt haben, und nicht darauf, daß wir linksradikal aktivierten. Das hat nicht nur uns Mut gemacht.

Jakob: Wenn allerdings irgendwer 1987 gedacht hat, daß künftig für alle Linken, die nicht in Parteien organisiert sind, die Parolen in der Hafenstraße ausgegeben werden, hat er sich getäuscht. Wir können und wollen nicht sagen, wos lang geht.

Ines: Den Anspruch, daß wir ein Kristallisationspunkt sein sollten, finde ich falsch. Aber ich habe schon vermißt, daß in den letzten Jahren ein paar gute Initiativen und Aktionen mehr von uns ausgehen. Ich hab mehrmals gedacht, mensch, was die in der Flora auf die Reihe kriegen, das ist schon ziemlich gut. Da ist es bei uns ziemlich mau gewesen – und das können wir nicht einfach übergehen. Ein Grund dafür ist sicherlich, daß es total schwer ist, mit so vielen Leuten was gutes Gemeinsames hinzukriegen – die Gefahr ist groß, daß man sich da vor allem um sich selbst dreht.

Wie stellt Ihr euch vor, daß es jetzt weitergeht? Mehr Unterstützung als im Augenblick braucht Ihr ja auf jeden Fall, um die Häuser zu halten.

Ulrike: Wir machen jetzt zum Beispiel ein Interview...

Janis: Wobei ich das nicht gut finde, daß dieser Bericht des »Stern« uns in so eine Situation gebracht hat, daß wir jetzt reagieren müssen, in der Presse Statements und Interviews machen – wir wissen schließlich, was Presse hierzulande heißt und was die mit uns macht, und von daher habe ich da eigentlich eine totale Anti-Haltung dagegen.

Frauke: Mir gehts da anders, weil ich finde, daß von uns in den letzten zwei Jahren viel zu wenig an Vermittlung gelaufen ist. 1987 waren ganz viele Leute aus der BRD an der Durchsetzung der Hafenstraße beteiligt, die sind entweder auf die Straße gegangen oder haben in ihren Löchern Aktionen vorbereitet. Deren Herz hat für uns geschlagen. Da ist eine gute Kommunikation abgelaufen mit den Leuten draußen, und das ist seitdem total eingeschlafen...

Janis: Ja klar, Kommunikation. Das finde ich in Ordnung. Was ich meine, ist, daß wir jetzt dem Wolf, der uns fressen will, auch noch einen Happen zuwerfen mit so einem Interview.

Jutta: Ich hab auch totale Schwierigkeiten mit der Presse und finde das problematisch, daß wir jetzt so ein Interview machen. Aber wir haben uns das auch ein Stück weit selbst zuzuschreiben, weil wir lange Zeit gar nichts gemacht haben, deswegen stehen wir jetzt mit dem Rücken an der Wand, und jetzt drängt die Zeit. Aber das hat auch seine Gründe: Es war uns halt wichtiger, erstmal unsere Sachen selber auf die Reihe zu bekommen; bevor wir nichts klar haben, können wir das auch schlecht vermitteln. Und wenn du sagst, Tanja, deren Herz hat für uns geschlagen: Das ist toll, aber wir können hier auch nicht den Traum der anderen Leute leben.

Frauke: Nein. Aber wir können die Medien, die ja eine unheimliche Macht haben und überall hinreichen, für uns arbeiten lassen, sie als Werkzeug benutzen und damit die Leute erreichen, wenn wir die Möglichkeit dazu bekommen.

Ines: Das ist so ein typischer Fehler von uns, daß wir, weil wir ein paar mal Scheiße erlebt haben, dann nur noch ein prinzipielles Verhältnis zu den Medien entwickeln, statt uns genauer darüber klar zu werden, was in einer konkreten Situation mit ganz bestimmten Zeitungen oder Radios geht.

Ulrike: Nochmal was zu dem: »Wir müssen das erst für uns klarkriegen«. Das finde ich einen ganz falschen Ansatz, wir können nicht alles für uns klarkriegen und es dann nach draußen als große Weisheit verkünden. Wenn wir mehr mit anderen Gruppen und Leuten hier in der Stadt zu tun hätten, dann wäre das viel selbstverständlicher, daß wir gemeinsam was entwickeln müssen, daß das ein Prozeß ist und nicht am Anfang schon ein Ergebnis dastehen kann.

Stefan: Man kann das nicht trennen: Dadurch, daß wir jetzt was nach außen sagen, müssen wir auch viel mehr unter uns klarbekommen.

Janis: Die Situation nach der Wiederbesetzung 1987 war auch nicht so, daß wir groß was untereinander hätten regeln können: Es gab riesige Unterschiede zwischen den Leuten, wir hatten unterschiedliche Meinungen darüber, was uns jetzt gelungen war und warum.

Fred: Voraussetzung, Basis für alles weitere ist unsere Entscheidung, nicht kampflos das Feld zu räumen. Es geht darum, deutlich zu machen, daß sie im Moment uns und die Gefangenen treffen und zerschlagen wollen, daß sie sich damit den Weg freimachen wollen gegen alle, die ihre Träume und Hoffnungen gegen ihre Macht umzusetzen versuchen. Sollten sie es wirklich schaffen, mit diesem Angriff durchzukommen – die Gefangenen und uns mit all der Geschichte auszulöschen – , dann folgt daraus nicht einfach nur eine härtere Ausgangssituation für Künftiges, sondern das wäre ein vernichtender Schlag, von dem sich niemand so schnell wieder wird erholen können.

Viele Leute aus dem bürgerlichen Spektrum, die früher zu den Unterstützern gehört haben, sagen heute, das Projekt Hafenstraße sei gescheitert, in der Szene hat zumindest die sichtbare Solidarität deutlich nachgelassen. Was für eine Perspektive seht Ihr für die zu erwartenden Auseinandersetzungen ?

(Lachen)

Ines: Wir lachen, weil wir vor kurzem mal überlegt haben, wer uns so alles für gescheitert erklärt: Journalisten, Bundestagsabgeordnete, die »linke Szene«, die Bundesanwaltschaft, der Hamburger Senat – wasweißichwernoch. Das ist doch völlig absurd. Wenn uns jemand für gescheitert erklärt, dann tun wir das selbst.

Frauke: Ich sehe aber nicht, daß es keine Solidarität mehr in der Szene gibt. Es klappt allerdings zur Zeit nicht, eine vernünftige Auseinandersetzung hinzukriegen, in der Kritik geäußert wird, in der es Selbstkritik gibt und zu einer Zusammenarbeit kommt. Zu uns kommen auch wenig Leute, die sagen, was macht ihr da für einen Mist. Da arbeiten wir im Augenblick dran, und die Bedrohung ist den Leuten klar – und das ist erstmal das wichtigste.

Stefan: Mir bringt das nichts, wenn ich von irgendwelchen Promis als buntes Völkchen am Hafen betrachtet werde, wo's schade wäre, wenn das weg wäre, und die uns sofort langweilig finden, wenn wir über Widerstand und politische Perspektiven diskutieren. Was ich wichtiger finde, sind Leute, die auch konkret bedroht sind, durch das Mehrzweckhallen-Projekt, das Phantom der Oper, durch Yuppisierung im Stadtteil, und die sich aus so einer Betroffenheit heraus mit uns solidarisieren und sehen, daß es auch ihnen nützt, wenn wir den Hafen weiter durchsetzen können.

Ulrike: Es geht nicht nur um Promis. Es gibt viele Leute, auch Leute, die für uns wichtig sind, die den Legenden der Senatsseite aufgesessen sind. Das hat angefangen mit der Legende, Dohnanyi hätte 1987 was ganz tolles Diplomatisches geleistet, als wir die Verträge bekommen haben, und jetzt ist die Legende, wir hätten die Chance verpasst. Das stimmt von vorne bis hinten nicht. Der Vertrag war Ausdruck des Kräfteverhältnisses; es war durchgesetzt, daß wir bleiben, gegen ihr Räumungsinteresse. Und wenn sie von Chance reden, soll das vermitteln: Sie waren so gnädig; es soll vermitteln: Macht gibt es nur von oben, nie von unten. Und was heißt, das Projekt ist gescheitert? Was dachten die Leute eigentlich, was hier für tolle Möglichkeiten bestanden, die hätten scheitern können? Was denken die eigentlich, was es heißt, in diesen Verhältnissen hier in St. Pauli zu leben? Das ist doch völlig klar, daß das nur gegen die Verhältnisse gehen kann – und das sind eben auch die Verhältnisse, in denen sich viele gut eingerichtet haben.

Jens: Ich finde das so schräge, in dieser Kategorie von Promis zu reden, ohne die einzelnen darin zu sehen und ihr Verhalten.

Ines: Die Barrikadentage 1987, als uns auch die »Prominenten« unterstützt haben, waren eine Phase, die total zugespitzt war. Und nicht nur in so einer Phase ist es wichtig, daß uns auch so Leute unterstützen, und wenn sie das machen, weil sie finden, daß wir ein buntes Völkchen sind, finde ich das völlig o.k. Ich will mich da nicht drüber stellen, wenn jemand das Ziel hat, möglichst viel Toleranz in einem Staat zu haben, so daß sich Leute entfalten können, ohne daß der Staat einschreitet. Wenn so Leute wollen, daß es möglichst wenig Kontrolle gibt, dann ist das gut.

1987 konntet Ihr die Zuspitzung noch selber initiieren – das scheint mir in der aktuellen Situation ziemlich schwierig. Das Tempo und die Eskalationsstufe gibt diesmal die Bundesanwaltschaft vor.

Janis: Die Barrikadentage hatten ja auch eine Vorgeschichte: die Bulleneinsätze 1986 – und damals war auch nicht absehbar, daß das mal so gut weiterlaufen würde. Das war ja nicht die pure Offensive bis dahin. Der Erfolg ist nicht vom Himmel gefallen.

Ines: Die Geschichte des Hafens zeigt ja, daß in so Situationen nicht die Verzweiflung Oberwasser gewinnt, sondern das Bedürfnis, sich dagegen durchzusetzen. Das hat ne Weile gedauert, bis wir soweit waren.

Jutta: Ein Kräfteverhältnis ist doch nichts Statisches. Es resultiert aus einer konkreten Anstrengung für ein bestimmtes Ziel in einer konkreten Situation. Klar gibt es nicht immer so ne Hochzeit wie die Zeit der Wiederbesetzung. Und es ist schwieriger, was über einen langen Zeitraum zu halten und zu entwickeln, als an einem Punkt was durchzusetzen.

Ulrike: 1987 ist es gelaufen über die sichtbare und vermittelte Entscheidung von uns, hier nicht wegzugehen und die Häuser zu halten. Und diese Entscheidung liegt heute auch bei uns. Sowas können die uns nicht nehmen, das können nur wir selber aufgeben. Eine Garantie, daß wir uns durchsetzen, bedeutet das natürlich nicht. Am Morgen nach dem Barrikadenbau haben wir auch große Augen gekriegt: Oh, immer noch da! Wir haben jetzt sicher weniger Zeit und können uns nicht gelassen zurücklehnen und überlegen. Ihr Vernichtungsinteresse steht dick, fett und unübersehbar vor der Tür.

Janis: Aber wir haben ja abgeschlossen !

Jakob: Ein Glück.

Frauke: Du kannst dir ja die Tür mal angucken, da siehst du was das nützt...

Das Gespräch führte Oliver Tolmein

Konkret 11/90, S. 30

Winfried Wolf

»Die Multis können zum Segen werden«

Rettet die Fusion von Daimler und Mitsubishi unsere Trinkwasserversorgung?

Das Projekt hat andernorts erhebliche Beunruhigung ausgelöst: »Alle ehemaligen Kriegsgegner Japans und Deutschlands werden mit extremer Nervosität reagieren.« So Japans größte Zeitung »Yomiuri Shimbun«. Die US-Wirtschaftszeitung »Business Week« widmete im September der »Mighty Mitsubishi« eine Titelgeschichte und sprach von einer »Durchdringung der Welt mit Mitsubishi«. »Le Monde« sah die »gefährliche Wiedergeburt« deutsch-japanischen Größenwahns.

Doch hierzulande zeichnet sich die Bedeutung, welche der anvisierten Zusammenarbeit zwischen der Mitsubishi Gruppe und Daimler Benz zukommt, nur schemenhaft ab, obwohl sie doch so erschreckend gut in das Bild paßt, das sich mit der Rekonstruktion des neuen deutschen Reiches ergibt. Der größte deutsche Konzern und die weltweit mächtigste Kapitalgruppe verkünden eine strategische Zusammenarbeit. Dabei überragt die Mitsubishi-Gruppe in finanziellen Relationen Daimler um das Vier- bis Zehnfache; der Umsatz der japanischen Gruppe wird mal mit »deutlich über 250 Milliarden«, mal mit 675 Milliarden Mark angegeben. Daimler, immerhin der größte deutsche Konzern, kommt 1990 auf über 80 Milliarden und tat soeben kund, »in fünf Jahren die 100-Milliarden-Umsatz-Schranke« überschreiten zu wollen.

Die Initiative zu dieser strategischen Allianz ging, so zeichnet sich inzwischen ab, von Daimler Benz und dessen Vorstandssprecher Edzard Reuter 1989 aus. Reuter hat mit einem Phantom verhandelt. Mitsubishi existiert formell lediglich in seinen einzelnen Banken und Konzernen (u.a. Auto, Stahl, Rüstung, Elektronik und Versicherungen, Handelshäuser). Das eng verbundene Konglomerat war im Zweiten Weltkrieg die Rüstungsschmiede des japanischen Imperialismus, in der Bedeutung hinsichtlich des politischen Kurses des Landes nochmals bedeutender als im deutschen Fall die IG Farben. Mitsubishi wurde nach dem Zweiten Weltkrieg von der Siegermacht USA entflochten. Doch die alten Strukturen blieben erhalten. Jede Woche trifft sich informell eine »Freitagsrunde« mit den Vorstandsvorsitzenden von 29 Mitsubishi-Konzernen. Alle wichtigen Entscheidungen der Gruppe fallen in dieser Runde: ob sich Mitsubishi Motor Corp. von Chrysler, USA, trennen sollte (was Anfang 1990 erfolgte); ob die Mitsubishi Metal Corp. und die Mitsubishi Mining & Cement Corp. sich vereinen, damit formell die Nachkriegsentflechtung in Frage stellen und die USA provozieren sollten (was für den 1. Dezember 1990 beschlossen wurde). Oder eben das Projekt mit Daimler.

Die Provokationen werden selbstbewußt und allgemein betrieben, das »Ende der Scham« ist bei den Mächten, die den Zweiten Weltkrieg vom Zaum brachen, angesagt.

»Ohne Not« habe Reuter die Form eines Spitzenarrangements mit der formell fiktiven Mitsubishi-Gruppe gewählt, anstatt die Zusammenarbeit mit einem einzelnen Mitsubishi-Konzern anzustreben, warnte die »Wirtschaftswoche«. Der Vorsitzende von Mitsubishi Metal, Takeshi Nagano, verteidigte die Fusion mit Mitsubishi Mining & Cement gegenüber der kritischen Feststellung, es werde hier die Entflechtungsbestimmung unterlaufen, mit den (bekannten) Worten: »Wir erleben jetzt das Ende der Nachkriegszeit« (»FAZ«).

Edzard Reuter wiederum breitet seine Philosophie von der Weltmacht der Konzerne in der »Zeit« aus: »Die Welt wird durch globale Konzerne und durch Regionen, die jeweils nach dem notgedrungenen Willen ihrer Regierungen kooperieren, Schritt für Schritt zu *einer Einheit zusammengeschweißt«.* Dabei kann Reuter die »Sorge« unserer »westlichen Freunde« über die »mangelnde Konsultations- und Konsensfähigkeit der Deutschen... gut verstehen«; das nationale Getöse um die DDR-Annexion stört Daimlers Kreise; eine »Zivilisierung des Teutonischen«, die Antje Vollmer ausmachte, ist für den Daimler-Chef nicht in Sicht. Und genau über diesen Argumentationsstrang, verbunden mit einer Parlamentarismuskritik, wie sie in der Weimarer Republik von rechts vorgetragen wurde, entwickelt Reuter seine technokratische Vision von der Weltmacht der Konzerne: »Sie (unsere westlichen Freunde) stellen Fragen nach einer stabilen Ordnung jenseits des Ost-West-Konflikts, auf die die Deutschen nicht einmal im Ansatz befriedigend mit ihrem allzu innenpolitischen Palaver über Währungsverbund und Grundgesetzartikel, mit ihren Wahltagen und Weggeh- oder Bleibensprämien antworten können, schon gar nicht mit dem häßlicher werdenden Geschrei eines Bundestagswahlkampfes, den man in die DDR hineinträgt.«

Es geht um die Schaffung »eines Netzwerks, aus dem auch der leichtsinnigste Außenpolitiker nicht mehr aussteigen könnte«. Und schließlich diene alles der Umwelt: »Wir wissen doch längst, daß staatliche Regulationen den technisch erreichbaren Umweltstandards hinterherhinken, sobald internationale Konzertierung benötigt wird. Andererseits könnten global ausgerichtete Konzerne innerhalb ihres eigenen Unternehmensverbundes *weltweit gültige Werte realisieren* und so zu einem sich allmählich selbst aufrechterhaltenden Prozeß zunehmend umweltverträglichen Wirtschaftens beitragen. Oder wollen wir eines Tages mit neuen Kriegen, etwa um versiegendes Trinkwasser, konfrontiert werden, weil wir immer noch einer schauerlich mumifizierten nationalen Souveränität Tribut entrichten? Da wäre mir eine vernetzte Welt, in der einzelne Politiker den Leitbildern von gestern zunehmend weniger Rechnung tragen können, dann doch lieber. Die bösen Multis können zum Segen werden, wenn man es nur richtig anstellt.«

Mir schwindelt ob des Irrsinns der Mühen im Tale – etwa bei der Rekonstruktion einer radikalen Linken – während oben auf der Höh' derart lichte Gedanken wider den engstirnigen Nationalismus und zwecks einer vernetzten Welt, welche unsere Trinkwasserversorgung garantiert, zum Vortrage kommen. Nun zog Weitsicht bei Daimler Benz nicht erst mit Edzard Reuter ein. Im Omgus-Report (der Militärregierung der Vereinigten Staaten für das besiegte Deutschland) über die Deutsche Bank ist en passant ebenfalls von einer »bemerkenswerten Weitsicht« die Rede, mit der bei Daimler Benz bereits Mitte der dreißiger Jahre – »eine frühzeitige Wiederaufrüstung und den Krieg stets vor Augen« – von der »zivilen Autoproduktion auf die Herstellung von *Flugzeugmotoren* umgestellt« wurde. Tatsächlich wird der Daimler Benz-Konzern seit Reuters Aufstieg und mit Antritt der Kohl-Regierung 1982 Schritt um Schritt in einen Rüstungs-, Weltraum- und Elektronik-Konzern umgebaut: Dornier, MTU, AEG und MBB wurden erworben. Die »Wirtschaftswoche« orakelt, es komme demnächst zur Herausbildung einer Triade, in der der US-Konzern United Technologies, Mitsubishi und Daimler gemeinsam in großem Maßstab Flugzeugmotoren bauen werden.

Und in einem Interview, das der Präsident von Mitsubishi Heavy Industries, Yotaro Iida, interessanterweise der »taz« gewährte (was waren die Fragen brav!), wird exakt das freundlich dementiert, was Reuter & Co. der Umwelt zuliebe behaupten: daß die Mitsubishi-Daimler-Connection den Rüstungsbereich ausschließe. Frage: »Sie bestehen also nicht darauf, den militärischen Bereich von der Zusammenarbeit mit Daimler auszuschließen?« Yotaro Iida: »In Japan gibt es ein Gesetz, das den Waffenexport verbietet. Also darf man darüber noch nicht reden, sonst kommt die Polizei. Ich wünsche mir eine Welt, in der man überall auf der Erde alles kaufen kann, wenn man dafür Geld bezahlt – einschließlich Waffen.«

Konkret 11/90, S. 31

Detlef zum Winkel

»Alle Zweifel über Bord«

Stillschweigend ist die Revolution aus dem Perestroika-Programm verbannt worden. Statt auf Glasnost setzt Gorbatschow jetzt auf »Deutschland« – wie vor fünfzig Jahren ein anderer Sowjetführer

Die sowjetischen Regierenden bitten das vereinte Deutschland um Hilfe in großem Stil. Aus Moskauer Quelle bestätigt sich jetzt, was von der inländischen Politik und ihren Medien seit längerem behauptet wurde, deshalb aber nicht unbedingt geglaubt werden mußte. Ohne Umschweife, ohne die gewohnten Einschränkungen, Bedingungen und Vieldeutigkeiten erörtert Nikolai Portugalow im »Spiegel« (Nr. 41/90) die Deutschlandpolitik Gorbatschows. Der Autor ist altgedienter Spezialist auf diesem Gebiet, Chefberater schon unter Breschnew und nicht der Typ, der mit individuellen Vorstößen auf sich aufmerksam macht. Wie Portugalow schreibt, hat die Führung seines Landes vor dem Juli-Treffen von Gorbatschow und Kohl im Kaukasus eine fundamentale Entscheidung getroffen: »auf die deutsche Einheit zu setzen, alle Zweifel über Bord zu werfen und unseren enormen Vertrauensvorschuß für die geeinte deutsche Nation durch nichts zu schmälern«.

Das sowjetische Ja für die deutsche Einheit habe den Ausschlag bei den Zwei plus Vier-Gesprächen gegeben. Die Franzosen und Engländer seien eher dagegen gewesen, ohne diese Position offen einzunehmen. Sie hätten im stillen gehofft, Moskau würde die »undankbare schwere Arbeit übernehmen«, die Wiedervereinigung zu vereiteln. »Ihre Enttäuschung war erheblich, als es anders kam . « Portugalow registriert ein Unbehagen über den deutschen Machtzuwachs bei den europäischen Völkern. Dieses werde von der sowjetischen Bevölkerung, »die objektiv gesehen die triftigsten Gründe hätte«, nicht geteilt. Nur ein paar Weltkriegsveteranen und die konservativen Perestroika-Gegner hätten Widerspruch erhoben. Die sowjetische Seite habe sich nämlich keineswegs über den Tisch ziehen lassen, sondern ihren eigenen nationalen Interessen entsprechend gehandelt. »Von der Partnerschaft, ja der Freundschaft mit dem vereinten Deutschland, von der deutschen Wirtschaft und deutschen Privatinvestitionen erhoffen wir die Errettung aus der drohenden Katastrophe.«

Dem deutschen Privatkapital, das hier ausdrücklich aufgerufen wird, seinen Managern und Ingenieuren, die wichtiger seien als andere ausländische Investoren, sollen »alle denkbaren Vorteile eingeräumt werden, einschließlich des uneingeschränkten Profittransfers in konvertierbaren Rubeln, des Privateigentums an Grund und Boden sowie langfristiger Steuererleichterungen.« Alle Zweifel über Bord, alles über Bord. Nicht genug damit: »Deutschland«, wie Portugalow die aufgeblähte Bundesrepublik nennt, sei eine Weltmacht und soll auf Wunsch und mit Hilfe der Sowjetunion noch weit stärker werden. In diesem Sinn und mit diesem Zweck setzt sich die SU in der UNO dafür ein, es in den Rang eines ständigen Mitglieds des Sicherheitsrats zu erheben. Und als wolle er schließlich bezeugen, daß mit dem Verstand auch der Anstand verloren geht, fordert Portugalow »manche deutschen Politiker und Publizisten« auf, nicht »in Minderwertigkeits- oder Schuldgefühle zu verfallen, sondern wie bisher ohne nationalistische Aufwallung nun die sechs Richtigen richtig anzulegen, die den Deutschen die Geschichte wider Erwarten beschert hat«. Kohl, Brandt, Augstein und Antje Vollmer müssen größenwahnsinnig werden, falls sie es nicht schon sind.

Wenn wir die Ereignisse der zurückliegenden zwölf Monate noch einmal passieren lassen, so ist vieles selbstverständlich nicht in den politischen Stäben von Bonn und Washington, Berlin und Moskau geplant oder angeordnet worden. Doch was die maßgeblichen Stationen und die Resultate des deutsch-deutschen Prozesses betrifft, so hat man wenig dem Zufall und noch weniger der Basisdemokratie überlassen. Der Öffnung der Mauer ging eine sowjetische Denkschrift voraus, in der die DDR faktisch abgeschrieben wurde. Sie wurde bereits am 18.4.89 der sowjetischen Führung übergeben. Ihr Verfasser, W. Daschitschew, Leiter der außenpolitischen Abteilung des Instituts für die Wirtschaft des sozialistischen Weltsystems, bezeichnet darin die deutsche Teilung als »widernatürlich, unsittlich und unmenschlich«. Sicher war sie auch gottlos. Ohne ihre Überwindung werde es das gemeinsame europäische Haus, das sich Gorbatschow wünscht, nicht geben (»Spiegel« 6/90). Genauso wenig ist der rasche und problemlose Verlauf der Zwei plus Vier-Gespräche nur dem historischen Zufall zu verdanken, jenen »sechs Richtigen«, wie Portugalow formuliert, um sich im gleichen Atemzug zu widersprechen.

Die sowjetische Führung hat die deutsche Karte mit Bedacht gespielt, nicht gerade aus freien Stücken, nicht zu einem von ihr gewählten Zeitpunkt und nicht unter von ihr gewünschten Umständen, aber doch als aktiver und vorwärtstreibender Faktor des Geschehens, nicht zu vergessen: als Machtfaktor. Der vielstrapazierte historische Zug, der angeblich rollte und rollte, immer schneller wurde und nicht mehr zu stoppen war, er hatte mindestens ein paar Signale zu passieren, die in Moskau auf grün und Volldampf geschaltet worden waren. Die demokratischen Sozialisten um Gorbatschow stellen sich als Stifter der deutschen Einheit dar und glauben nun an ihre Rettung durch deutsche Wirtschaftshilfe. Den umworbenen Partnern schlagen sie nicht weniger vor als eine Neuordnung der Welt: Das europäische Haus, dessen Chefetage sich Sowjets und Deutsche teilen würden, wäre wohl der Palast des nächsten Jahrhunderts.

Den eigenen Leuten allerdings, die doch in ihrer verständigen Mehrheit angeblich diese Politik gutheißen, wird das Ganze anders erklärt. Der 28. Parteitag der KPdSU, abgehalten unmittelbar vor der Entscheidung im Kaukasus und somit

allerletzte Gelegenheit, auf den Gang der Dinge noch Einfluß zu nehmen, erlebte eine heftige Kontroverse um die sowjetische Deutschland- und Osteuropapolitik. Gorbatschow und Schewardnadse ergriffen das Wort, um die Kritiker in die Schranken zu weisen. Was hätte man denn machen sollen, fragten sie, »wollt ihr wieder Panzer haben?« (Gorbatschow) Man müsse die Entscheidung der DDR-Bevölkerung respektieren. Vor dem Parteiforum präsentierten sich die verantwortlichen Politiker als passive Beobachter eines spontanen Basisgeschehens, ein deutlicher Kontrast zu Daschitschew und Portugalow, die die bewußte Wahl der Option der deutschen Einheit empfehlen bzw. unterstreichen.

Ähnlich verhält es sich in der Darstellung der Detailfragen. Zuhause versichert Gorbatschow dem Obersten Sowjet, eine simple Vergrößerung der Nato um das Territorium der DDR werde es nicht geben, das atlantische Bündnis müsse und werde seinen Charakter verändern, ein europäisches Sicherheitssystem sei bereits im Entstehen begriffen, und das vereinte Deutschland werde möglicherweise für eine Übergangszeit Mitglied in beiden Militärbündnissen werden (theoretisch enthält der Einigungsvertrag zwischen BRD und DDR diese Möglichkeit, an deren Realisierung freilich weder die Bundesregierung noch die SPD noch die Grünen denken, nicht einmal die PDS wirbt dafür). In den sowjetischen Angeboten an Staat und Wirtschaft der Bundesrepublik spielen solche Forderungen eine immer geringere Rolle. Wo aber mit zwei Sprachen gesprochen wird, gibt es keine Transparenz der Politik, und wo es keine Glasnost gibt, gibt es keine Perestroika.

Wer deutsches Kapital mit offenen Armen einlädt, ihm alle denkbaren Vorteile verspricht, ja sogar einen dringenden Hilferuf an seine Adresse richtet, hat das Projekt eines demokratisch sozialistischen Umbaus aufgegeben. Portugalows Artikel ist der letzte, freilich überwältigende Beweis dafür. Schon beim Studium der Gorbatschowschen Ansprachen auf dem 28. Parteitag drängte sich der Eindruck auf, daß die Sache der Perestroika von ihren Urhebern nur noch müde vertreten wurde. Gewiß, da waren die bekannten Formulierungen und Appelle, daß die Wirtschaftsreform zu langsam gehe, daß der Übergang zum Markt von sozialen Schutzmaßnahmen begleitet werden müsse, daß verschiedene Eigentumsformen miteinander wetteifern sollten, daß die vollständige Trennung von Partei und Staat zuende gebracht werden müsse, daß die freie Meinungsäußerung in den sowjetischen Medien und das offene gesellschaftliche Klima immerhin ein großer Fortschritt seien, daß es darauf ankomme, die konservativen Bremser loszuwerden und ein breites Bündnis mit allen demokratischen und gutwilligen Kräften zu schließen. Sicher nicht zu Unrecht wiesen der Generalsekretär und seine Mitstreiter Vorwürfe zurück, die Politik der letzten fünf Jahre sei für die Misere im Land verantwortlich. Man wird ihnen auch beipflichten (jedenfalls tue ich es), wenn sie vor einer Rückkehr in das frühere System des Wirtschaftens und Regierens warnen. Und man wird ihre Partei ergreifen, wenn sie sich entschieden gegen nationalistische und faschistische Kräfte in den einzelnen Sowjetrepubliken wenden und für den Erhalt der Sowjetunion auf Grundlage eines neuen Unionsvertrages plädieren.

Aber all das klang wenig überzeugend, eher so, als ob sich die Partei zum Durchhalten in einer Sache auffordert, an die sie im Grunde nicht mehr glaubt. Das genauere Studium der Texte ergibt dann auch, daß nicht nur der Elan verlorengegangen ist – es ist auch nicht mehr die gleiche Terminologie, mit der die Perestroika auf dem 27. Parteitag vom Februar 1986 eingeführt worden war. Man merkt es erst beim dritten Durchlesen, obwohl es ganz einfach ist: Perestroika ist keine Revolution mehr. Nun können wir sagen, daran haben wir von Anfang an nicht geglaubt, bei einer Umgestaltung von oben, genauso wenig wie wir die DDR- Demonstrationen vor einem Jahr für eine Revolution gehalten haben, in welchem Kontext das Wort ja auch ganz schön aus der Mode gekommen ist. Aber es geht nicht um Besserwisserei oder ideologische Reinheit, sondern um die Feststellung, daß ein politisches Programm verändert wurde, ohne die Veränderung bekannt zu machen, wie sich übrigens auch die Leipziger Demonstrationen änderten, ohne daß ihre Initiatoren bereit waren, sich und anderen darüber Rechenschaft abzulegen.

Kerngedanke der Perestroika war es, die Gesellschaft zu demokratisieren, um die Sowjetbürger zur aktiven Teilnahme an einer Wirtschaftsreform zu motivieren, die in ihren Grundzügen bereits unter Breschnew und Chruschtschow vergeblich versucht worden war. Übriggeblieben ist davon die schnellstmögliche Einführung der Marktwirtschaft mit deutscher Hilfe. Daß sich Präsident Gorbatschow im gleichen Sommer vom Parlament mit Sondervollmachten ausstatten ließ, die es ihm erlauben, die Verfassung außer Kraft zu setzen und mithilfe von Notverordnungen zu regieren, spricht Bände. »Wir brauchen die Demokratie wie die Luft zum Atmen«, hatte er seinerzeit ausgerufen, als noch ein dynamischer Aufbruch angesagt war. Heute ist für Perestroika keine Luft mehr da.

Die Demokratie hat die Erwartungen nicht erfüllt, jetzt soll der deus ex machina kommen und Daimler Benz und Siemens, Hoechst AG und Deutsche Bank heißen. Da die begehrten Unternehmen mit der Annexion der DDR gerade bewiesen haben, welcher Art ihre Hilfe ist, kann eines als sicher angenommen werden: Nach einer Anstandsfrist werden die sowjetischen Angebote die Debatte um die gerade »endgültig« anerkannte Ostgrenze neu beleben.

Ersparen wir uns die Teilnahme an den Spekulationen, ob der Zerfall der KPdSU schneller kommt als jener der UdSSR und wann sich die Partei umbenennen, spalten oder auflösen wird. Ebenso gern, wie man bei diesem Thema in die Zukunft zu schauen pflegt, werden historische Vergleiche bemüht, die sich auch leicht finden lassen. Meist wird der Rapallovertrag genannt, in dem die Weimarer Republik und die RSFSR den gegenseitigen Verzicht auf Reparationsforderungen für

Kriegsschäden aus dem 1. Weltkrieg vereinbarten. Die Einigung kontrastierte den Versailler Vertrag, ohne daß daraus die von Frankreich befürchtete deutsch-sowjetische Zusammenarbeit gegen die Westalliierten entstanden wäre. Freilich wurden in Rapallo keine territorialen Zugeständnisse gemacht, wie es in Gorbatschows kaukasischer Datscha in Stawropol der Fall war.

Wenn man nun fragt, wann es denn ehrgeizigere deutsch-sowjetische Projekte gegeben habe als jenes von Rapallo, ist man rasch bei einer und dann bei noch einer Person, deren Erwähnung in diesem Zusammenhang tunlichst gemieden wird. Die sowjetische Seite ist sich der Peinlichkeit des Problems wohl bewußt, weshalb Daschitschew in der schon erwähnten Studie große Mühe auf die Behauptung verschwendet, die heutige Moskauer Politik sei ganz was anderes als Stalins Note zur deutschen Wiedervereinigung von 1952. Sind wir aber einmal bei 1952, so werden wir auch 1939 kaum ignorieren können. Natürlich hinkt der Vergleich, weil hier kein Faschismus und dort kein Stalinismus herrscht. Dennoch erinnert manches an den Hitler-Stalin-Pakt: der imperialistische Aufschwung der Deutschen und ihre Machtposition gegenüber ganz Osteuropa, die Schwäche der Sowjetunion, das Appeasement des Westens und die Ängste der kleineren europäischen Staaten, von Portugalow treffend beschrieben, das allgemeine Erstarken des Nationalismus. In dieser Situation gibt die sowjetische Führung einer vagen deutschen Option den Vorzug gegenüber einer Annäherung an Frankreich, England oder die USA, was vielleicht heute wie damals wenig aussichtsreich erscheint, vielleicht aber auch gar nicht erst versucht wurde.

Warum man in Moskau immer wieder Hoffnungen auf ein Land setzt, mit dem man so katastrophale Erfahrungen gemacht hat, darauf weiß ich keine Antwort. Dies schmälert nicht die Kritik an Sozialisten, die aus der nationalen Frage Kapital zu schlagen versuchen, wenn sie mit ihrem politischen und ökonomischen Latein am Ende sind. Daß sie es tun, hat seine Logik: Sozialisten sind Etatisten, identifizieren sich mit dem Staatsgedanken und erst recht mit dem Staat, den sie regieren. So gebrauchen sie die reaktionäre Rede von den nationalen Interessen, ohne daß eine einzige graue Zelle innerlich Halt, Klassen! ruft. Dem Staat ist auch die Frage untergeordnet, ob die Marktwirtschaft reguliert oder unkontrolliert, allmählich oder überstürzt, sozial abgefedert oder schockartig eingeführt wird und ob es eine sozialistische, gemischte oder kapitalistische werden soll. Je klarer das wird, desto stärker schrumpfen die Unterschiede zwischen Gorbatschow, Jelzin und Ligatschow. Sie wahren ihre Interessen als Angehörige einer herrschenden Klasse.

Konkret 11/90, S. 34

Hermann L. Gremliza

In einiger Sache

Wer nicht zu spät kommen will, wächst jetzt zusammen
Willy Gorbatschow

Deutschland ist sich einig: Wenn es um die Revanche für Stalingrad geht, bilden die »Bild«-Zeitung und Ex-Frankfurter Ex-Spontis, Veteranen der NS-Wehrmacht und die Eingeborenen der Gesellschaft für bedrohte Völker keine Parteien mehr, sondern ein einig Volk von Brüdern.

In KONKRET 5/90 hatte ich unter dem Titel »Ich, Josef Stalin« einen Brief der »Gesellschaft für bedrohte Völker«, Göttingen, zitiert, in dem die Regierung Modrow und die Volkskammer aufgefordert wurden, »die etwa 160.000 Menschen«, die nach 1945 von den sowjetischen Siegern in der DDR inhaftiert worden waren, »zu rehabilitieren und eine Politik der Wiedergutmachung einzuleiten«. Mein Kommentar dazu:

Nun spricht vieles dafür, daß die sowjetischen Sieger auch Unschuldige inhaftiert haben und manche, deren Unschuld sie kannten. Sie können Opfer Stalins genannt werden und waren doch zuerst Opfer des deutschen Faschismus, der die Lage, in der ihnen dieses Unrecht geschehen konnte, herbeigeführt hatte. Nicht von diesen aber ist – bei der Gesellschaft für das bedrohte Volk und deshalb auch hier – die Rede, sondern von den 16a000, die weniger als ein Prozent der damals in der sowjetischen Besatzungszone lebenden Deutschen ausmachten, also nicht einmal den zehnten Teil derer, die als Nazi-Funktionäre, als SS7 SA- oder Wehrmachtsmänner gerade zwanzig Millionen Sowjetbürger ermordet hatten. Welchen Umgang konnten diese Räuber und Mörder von den Überfallenen, ihrer Familien und ihrer Zukunft Beraubten fordern?

Das war stark. Am 21. September meldete deshalb die »Bild«-Zeitung:

STALIN-OPFER VERKLAGEN KONKRET-CHEF

Göttingen – Der DDR-»Bund der Stalinistisch Verfolgten« hat Anzeige gegen KONKRET-Chefredakteur Hermann L. Gremliza erstattet – wegen Verleumdung und Beleidigung. Gremliza habe in der Mai-Ausgabe die 160.000 mit Unterstützung der KPD/SED verhafteten Menschen als »Räuber und Mörder« bezeichnet.

Der »Bund der Stalinistisch Verfolgten e. V. Gemeinnütziger Verein« aus Schkeuditz (DDR) meldete sich – wir sind ein Volk – aus Göttingen. Aus Hamburg meldete sich die Zivilkammer 24 des Landgerichts mit einer einstweiligen Verfügung, welche die »Bild«-Zeitung zwang, am 1. Oktober folgende Gegendarstellung abzudrucken:

In der »Bild«-Zeitung vom 21. R 1990 berichten Sie auf Seite 2 unter der Überschrift »Stalin-Opfer verklagen KONKRET-Chef«, der »Bund der Stalinistisch Verfolgten« habe Anzeige gegen mich erstattet wegen Verleumdung und Beleidigung Ich hätte in der Mai-Ausgabe von KONKRET die 160.000 mit Unterstützung der KPD/SED verhafteten Menschen als »Räuber und Mörder« bezeichnet.

Dazu stelle ich fest: Als »Räuber und Mörder« habe ich diejenigen bezeichnet, »die als Nazi-Funktionäre, als SS, SA- oder Wehrmachtsmänner gerade zwanzig Millionen Sowjetbürger ermordet hatten«.

Bereits eine Woche nach der »Bild«-Meldung hatte ein Hamburger Veranstaltungskalender, einst als Korrektiv zum Springer-beherrschten Zeitungsmarkt der Hansestadt gegründet, vor einigen Wochen aber von der journalistischen Konkursmasse des Frankfurter Metropolen-Magazins Hibbdebach unter Leitung des realen grünen Blindgängers Jo Müller übernommen, die Notwendigkeit erkannt, die »Bild«-Zeitung und die bedrohten Volksgenossen in ihrem schweren Kampf mit Hermann Djugashwili nicht alleinzulassen. Unter dem Titel »Strafantrag gegen Gremliza« wurde aber nicht nur der »Bild«-Quark breitgetreten, sondern auch – von einem Anton Mayr – ein Ergebnis eigenen Quellenstudiums präsentiert:

Gremliza ... vergleicht sich deswegen gern mit Stalin, weil durch das nach Stalin benannte System eben nicht nur Unschuldige getötet worden seien, sondern dieses die Welt auch von einer »überwiegenden Menge Nazis befreit hat«.

Um zu wissen, daß das wörtliche Zitat nicht stimmen konnte, mußte man nicht meine Kolumne gelesen haben. Es genügten rudimentäre Kenntnisse der deutschen Sprache und die naheliegende Vermutung, daß der Eimsbütteler Stalin darin dem bedrohten Frankfurter und Göttinger Deutschvolk über ist. Der Veranstaltungskalender erhielt also eine Gegendarstellung, in der es unter anderem hieß:

Richtig ist, daß ich geschrieben habe:»So lange als Stalinismus gilt, was die Welt von einer... doch überraschend großen Menge Nazis befreit hat, will ich die Auszeichnung in Ehren halten.«

Die Anwältin des Veranstaltungskalenders teilte mit, daß ihr Mandant, der zuvor noch darüber hatte klagen lassen, daß »eine im Grunde politische Diskussion an einem Ort (landet), an dem sie wohl kaum zu führen sein wird – vor den

Schranken des Gerichts«, den Abdruck der Gegendarstellung »aus presserechtlichen Gründen« ablehne, die im Grunde politische Diskussion also lieber doch nicht an einem Ort führe, der außerhalb der »Schranken des Gerichts« liegt. (Der konsumfreudige Citoyen wechselt die Grundsätze seiner diskursiven Moral noch schneller als seine Unterwäsche. Klein-Erna könnte ihm zurufen: Du hast dein Hemdchen verkehrt rum an – die Kacke gehört hinten!) Zum Trost der auf dem Hamburger Pflaster Gestrandeten aber hatte sich inzwischen ein weiterer bedrohter Volksgenosse gemeldet:

Herr Gremlitza!

Heute habe ich in der Bild-Zeitung schwarz auf weiss gelesen, das sie Wehrmachtsmänner, wie sie sich belieben auszudrücken, als Räuber und Mörder bezeichnen! Unser Bundespräsident Frhr. Richard von Weizsächer, der in unserem Regiment 9, Potsdam Soldat und Hauptmann war, also in ihren Augen ein »Wehrmachtsmann« ist, bezeichnen sie also als Räuber und Mörder! Auch die Wiederstandskämpfer, aus unserem Regiment, Graf Staufenberg, Lt. Klausind, und andere mehr, die auch der Wehrmacht angehörten, werden von ihnen da sie ja Wehrmachtsmänner waren, als Räuber und Mörder bezeichnet! Für mich sind sie ein gewissenloses Schwein, der leider Gelegenheit hat, in einem Schmierblatt, anständige Menschen zu beleidigen. Ihre Gegendarstellung heute in der Bild-Zeitung ist so Haarsträubernd, das sich mir der Magen herumdreht! Ich kenne ihr Alter nicht, aber ihre Gesinnung, warum wandern sie nicht aus, in ein kommunistisches oder sozialistisches Land ihrer Träume, da gehören sie hin, in einem demokratischen Land mit Freiheit und politischer Ehrlichkeit haben sie nichts zu suchen...

Walter Henze, Salzgitter

Gemeinschaft ehemaliger Angehöriger aus dem Grenadier Regiment 9 Potsdam

Ihr Name läßt Zweifel aufkommen, ob sie überhaupt ein »Deutscher« sind

Henzes Orthografie läßt keinen Zweifel Aufkommen, das er zu einer überwigenden Menge stalinistisch Fervolkter gehört. Ein anderer Volksgenosse, Günther Tauschwitz aus 8905 Mering, der allen Grund hätte, jeden einzelnen Buchstaben eines Namens ebenso zu hüten wie sein Düsseldorfer Mitkämpfer, der sich Dr. *H. J.* Hampel nennt, zeigte bei der Staatsanwaltschaft Augsburg den »Herausgeber *Gramliza* persönlich« an. Bei *Gramliza* oder *Gremlitza* kommen naturgemäß mehr Zweifel auf als bei H.J. Tauschwitz oder Müller oder Mayr oder bei Tilman Zülch, dem Vorsitzenden der Göttinger Eingeborenengesellschaft, dessen Elaborate über die Verfolgung des 1945 von den Russen überfallenen deutschen Widerstandsvolkes der Ermittlungsakte beiliegen. Denn wer nicht zusammenwachsen will, den bestraft das Leben, und sei es nur dadurch, daß er ihm das Recht nimmt, von Tauschwitz nichts mehr hören zu müssen.

Konkret 11/90, S. 35

Klaus Herding

Picasso an die Front!

Die Bundeswehr wirbt mit dem Kriegs-Bild »Guernica« potentielle Mörder an

»Feindbilder sind die Väter des Krieges. Darum haben wir keins.« Um diesen Slogan glaubhaft zu machen, wirbt die Bundeswehr gegenwärtig in Massenzeitschriften mit einem Kunstwerk, mit Picassos weltbekanntem Gemälde *Guernica.* Was geht hier vor?

»Es gibt viel zu verteidigen: Freiheit und Bürgerrecht ... und den Frieden ...« Also ein Friedensbild als Werbeträger? So will es die Logik des Textes. Aber der Frieden taugt zur Werbung nicht. Friedensbilder sind langweilig. Das wissen auch die Werber von der Bundeswehr. Also wird ein militantes Kriegsbild dienstverpflichtet – Picassos *Guernica.* Denn dieses Gemälde besitzt, was die Bundeswehr derzeit entbehrt: ein Feindbild.

»Haben *Sie* das gemacht?« fragte 1937 ein Nazi-Offizier den Künstler verächtlich. »Nein, mein Herr, das haben *Sie* gemacht«, gab Picasso zur Antwort – die Ermordung der Zivilbevölkerung und die Zerstörung der baskischen Stadt Guernica nämlich, am hellichten Tag durch deutsche Flugzeuge von der Legion Condor in brutalster Weise ausgeführt Der Sonderkorrespondent der *Times* schrieb damals: »Das Bombardement dieser offenen Stadt weit hinter der Kampflinie dauerte genau drei und eine viertel Stunde; ohne Unterbrechung lud während dieser Zeit eine starke Luftwaffeneinheit, bestehend aus drei deutschen Typen, Junkers- und Heinkeljägern, über der Stadt Bomben im Gewicht bis zu 450 kg ab, dazu schätzungsweise mehr als 3.000 kg Aluminium-Brandgeschosse. Gleichzeitig stießen die Kampfflugzeuge aus der Höhe über dem Zentrum der Stadt herab und beschossen aus geringer Höhe die in umliegenden Felder geflüchtete Zivilbevölkerung mit Maschinengewehren. Bald stand ganz Guernica in Flammen . . .«

Die Greuel dieses Terrorangriffs, eine weinende Mutter mit totem Kind, einen Gefallenen, ein Pferd im Todeskampf, eine Flüchtende, ein brennendes Haus mit einer aufschreienden Frau, den Widerstand des Volkes in Gestalt des Stiers und die Hoffnung auf ein Ende der Unterdrückung durch das Franco-Regime – das gibt Picasso in symbolischen Einheiten wieder, stellvertretend für Leiden, Krieg und Unterdrückung in ganz Spanien.

Ist das ein Bild, auf das die Bundeswehr sich legitim berufen kann? »Wollen Sie mehr zu diesem Thema wissen? Schreiben Sie an das Streitkräfteamt«, empfiehlt der Werbetext. Was mag wohl das Streitkräfteamt selbst zu *diesem Thema* wissen? Vielleicht nur, daß Condor im Namen einer Chartergesellschaft der Lufthansa immer noch fortlebt oder daß der 'Nazistar' Gorch Fock der Bundesmarine noch Jahrzehnte als Namensgeber für ein Schulschiff gedient hat.

Unsere Bundeswehr hat ihr Feindbild verloren. Wozu noch »dienen«? Das weiß im Westen wie im Osten niemand mehr. Die Motivation ist gleich Null. Selbst Saddam Hussein hilft da vorerst kaum weiter. »Wenn das so weitergeht mit dem Abbau der Feindbilder«, meinte ein Offizier schon nach dem Fall der Mauer, »kann ich meine Leute Weihnachten nach Hause schicken.« Doch Not macht erfinderisch. Man reibt sich die Augen: Nun plötzlich, in der Krise, salutiert man dem kommunistischen Künstler, dem gemalten Widerstand. Aber gerade darin zeigt sich die Unwahrheit des Textes. Wollte er sich zu Picasso bekennen, müßte er Feindbilder aufrufen. Oder soll das Gemälde gar das Feindbild ersetzen? Text und Bild klaffen derart auseinander, daß manch einer zu diesem paradoxen Schluß gelangt.

Politische Propaganda hat sich zwar immer wieder bildender Kunst bedient, ohne dabei auf den ursprünglichen Kontext zu achten. Delacroix' *Freiheit auf der Barrikade* steht wohl an der Spitze solcher Umwidmungen (wie eine Ausstellung im Louvre gezeigt hat). Aber fast stets wurde das Kunstwerk argumentativ eingesetzt und die Bildstruktur entsprechend verändert, wodurch man den spezifischen Zweck kennzeichnete und Distanz zum Original schuf. Auch Zitate aus *Guernica* haben immer wieder »als bildliche Formel gedient, um Massentötungen der Zivilbevölkerung und die Zerstörung ihrer Wohnorte in den andauernden Regionalkriegen aller Welt anzuklagen« (so O.K. Werckmeister kürzlich im *Funkkolleg Moderne Kunst).* Noch die Protestbewegung gegen den amerikanischen Krieg in Vietnam berief sich auf Picassos Bild. Stets hat es Anklage und Widerstand, Gegnerschaft und Anprangerung von Kriegsverbrechen symbolisiert. Hier dagegen wird eines der bedeutendsten Kriegsbilder zum bloßen Beiwerk eines banalen Textes herabgewürdigt und in seiner politischen Aussage pervertiert: Grauen als Lockmittel.

Eine merkwürdige Einebnung von Geschichte ist das. Von den 50er bis zu den 70er Jahren konnte die Bundeswehr von politischen Feindbildern zehren, wie »Alle Wege des Marxismus führen nach Moskau! Darum CDU«, 1953; oder »Wehrt euch gegen die rote Gefahr--NPD«, 1972. (Der Katalog der documenta 5 enthält schlagende Beispiele). Und heute? Die Bundeswehr hat ihre raison d'etre verloren. In dieser schlimmen Lage ist die Vereinnahmung von allem und jedem angesagt: Man übernimmt krass und krude, was Aufmerksamkeit und (womöglich sogar im Osten) Zustimmung einbringen kann. Und wenn es ein Volksfrontbild ist.

Klaus Herding ist Professor für Kunstgeschichte an der Uni Hamburg

Konkret 11/90, S. 36

Heike Kleffner

Golf, Sweet Home

Krise und Krieg – das bewährte Paar bestimmt die Politik der USA. Weil die Regierung ihre sozialen Pflichten nicht mehr erfüllen will und kann, wird die Heimatfront mobilisiert

»Amerika steht, wo es immer gestanden hat – gegen Aggression, gegen diejenigen, die Gewalt anwenden, um die gerechte Ordnung zu zerstören. Die Geschichte lehrt uns, daß wir der Aggression widerstehen müssen, sonst wird unsere Freiheit zerstört.«
US-Präsident George Bush Mitte August vor Kriegsveteranen

»Es wird als selbstverständlich angenommen, daß, wenn die Reichen die arme Mehrheit angreifen, wir auf der Seite der Reichen stehen – insbesondere derjenigen, die unseren Befehlen folgen – unabhängig davon, wie brutal und unterdrückerisch ihre Herrschaft sein mag. Darüber hinaus geschieht das in unserem Interesse, trotz des Vorwandes von höheren Idealen. Der irakische Einfluß auf die billigste und ergiebigste Energiequelle der Welt wird – korrekterweise – als höchst bedrohlich angesehen.... Alles andere als ein totaler Sieg der USA ist für die US-Regierung unakzeptabel, selbst wenn es einen katastrophalen Krieg mit unvorhersehbaren Konsequenzen bedeutet ...«
Noam Chomsky in der Oktober-Ausgabe von »Zeta Magazine« .

»Wir werden ihnen die gewaltsamsten 3 bis 5 Minuten geben, die sie jemals erlebt haben«.
Marine-Generalmajor Royal N. Moore am 23. September über die Pläne der U.S. Streitkräfte im Falle eines militärischen Angriffs auf den Irak

»Dieser Kampf fängt gerade erst an, und wenn Präsident Bush im Nahen Osten in den Krieg zieht, werden wir in den Straßen dieses Landes kämpfen. Wir werden nicht zulassen, daß sich Vietnam jemals wiederholt.« Vietnam-Veteran Ron Kovich vor 2.000 Menschen am 14. September an der Universität Berkeley, Kalifornien

Nach der schon fast vergessenen US-Invasion in Panama Ende letzten Jahres und dem vielbeschworenen Ende des Kalten Krieges schienen die USA für einige Monate tatsächlich gezwungen zu sein, sich mit der tiefgreifenden ökonomischen und sozialen Krise im eigenen Land zu beschäftigen. Doch seit der irakischen Invasion von Kuwait am 2. August ist die amerikanische Selbstgewißheit wieder hergestellt. Hurra-Patriotismus beherrscht die Medien; täglich wird die Öffentlichkeit mit neuen Meldungen über »das Monster Saddam Hussein« (»New York Daily News«), die Führungsqualitäten von George Bush und die Abenteuer der US-Streitkräfte im Persischen Golf gefüttert. Die Kriegspropaganda überspielt, daß die US-Wirtschaft nach dem dritten Börsen-Crash innerhalb von 3 Jahren am Rande des Bankrotts steht, und 31,5 Millionen Amerikanerinnen und Amerikaner unter der offiziellen Armutsgrenze (ca. 10.000 Dollar Jahreseinkommen für eine dreiköpfige Familie) leben. Alle Anzeichen sprechen für eine langanhaltende Rezession in den USA: Die Arbeitslosenquote ist auf 5,6 Prozent angestiegen, die Inflation nimmt zu und das Außenhandelsdefizit vom Juli 1990 verzeichnet einen 50prozentigen Anstieg gegenüber dem Vormonat auf 9,3 Milliarden Dollar.

Nachdem der Wachstumszyklus der USA seit Anfang der 80er Jahre vor allem über Kredite finanziert wurde, steht jetzt das gesamte Bausparkassensystem vor dem Zusammenbruch. Die Kosten für die verspätete staatliche Rettungsaktion im sog. »Savings & Loan Scandal« werden inzwischen auf 400 Milliarden Dollar in den nächsten 10 bis 20 Jahren geschätzt. Wie immer werden die Folgen der fehlgeschlagenen Politik auf die unteren Bevölkerungsschichten abgewälzt. Der Haushalt für 1991 sieht drastische Kürzungen im Bereich der staatlichen Kredite für Studenten und Studentinnen und bei Subventionen für die krisengeschüttelten US-Farmer vor. Gleichzeitig werden eine Benzinsteuer, eine Erhöhung der Mehrwertsteuer für Konsumgüter wie Alkohol und Zigaretten sowie höhere Einkommenssteuern vor allem für die Mittelklasse durchgesetzt, während eine Kapitalsteuer von Präsident Bush und der Republikanischen Partei kategorisch abgelehnt wird. Fast völlig unangetastet bleibt – dank der Krise im Nahen Osten – allein das Budget des Pentagon, das mit 296 Milliarden Dollar eine neue Rekordhöhe erreicht.

Die sich verschlechternde wirtschaftliche Situation schlägt sich schon jetzt z.B. in Demonstrationen der Bundesangestellten in Washington oder im Streik der Angestellten der Greyhound-Busgesellschaften oder im Lehrerstreik in vier Bundesstaaten nieder. Landesweit haben in diesem Jahr in fast allen Bundesstaaten Schüler und Schülerinnen, Studenten und Studentinnen Schulen und Universitätsgebäude besetzt, um gegen Kürzungen im Bildungsetat und rassistische Angriffe auf African Americans und Latinos zu protestieren. Dazu kommen spontane Plünderungen und Ausschreitungen in den Großstädten (wie nach einem Stromausfall in Chicago im Juli dieses Jahres).

Die innenpolitische Funktion der Kriegsmobilisierung besteht vor allem in der Befriedung sozialer Unruhen und in der Durchsetzung rigider sozialpolitischer Maßnahmen. Gleichzeitig geht es der US-Administration außenpolitisch um eine permanente militärische Präsenz im Nahen Osten, um die Kontrolle der Erdölressourcen und der arabischen Regime sowie

die Wiederherstellung der Position der USA als Weltmacht Nr. I in einer »neuen globalen Ordnung« (Präsident Bush) und die Absicherung ihrer Führungsrolle unter den westlichen Industrienationen. Darüber hinaus werden die Interessen der angeschlagenen Rüstungsindustrie und der Ölmultis befriedigt.

Die Demokratische und die Republikanische Partei liefern sich zwar im Parlament noch Scheingefechte um die letzten Einzelheiten des Haushalts, aber wenn es um die US-Intervention im Nahen Osten geht, stehen die Parlamentarier geschlossen hinter »ihrem« Präsidenten. Bei der ersten und bisher einzigen Abstimmung in beiden Kammern des Parlaments stimmten Anfang Oktober nur 29 Abgeordnete und 3 Senatoren gegen die Kriegspolitik der Bush-Administration. Zwar sieht der »War Powers Act« aus dem Jahr 1974 vor, daß der US-Präsident 60 Tage vor einem Einsatz der US-Streitkräfte die Zustimmung des Parlaments erhalten muß, doch Präsident Bush hat mehrfach angekündigt, daß er dieses »Relikt aus der Post-Vietnam-Aera« nicht für verbindlich ansieht.

Das offizielle Washington spekuliert inzwischen über eine militärische Offensive für Anfang November. Für einen Angriff auf den Irak zu diesem Zeitpunkt spricht zum einen, daß die US-Streitkräfte im Nahen Osten dann ihre Sollstärke von 250.000 Soldaten erreicht haben werden; zum anderen finden am 6. November Wahlen für alle Abgeordnetensitze sowie für ein Drittel der Senatssitze statt. Ab dem 19. Oktober begibt sich das Parlament in die Wahlkampfpause, und die Administration hat für drei Wochen freie Hand bei der Durchsetzung ihrer politischen und militärischen Ziele.

Schützenhilfe im wahrsten Sinne des Wortes erhält die Bush-Administration vor allem von den Medien und in den Meinungsumfragen, in denen Anfang Oktober 65 Prozent der Befragten ihre Zustimmung zur US-Politik im Nahen Osten bekundeten. Die Berichterstattung der Medien aus Saudi-Arabien beschränkt sich vor allem auf kostenlose PR für das Pentagon und das bis vor kurzem durchaus umstrittene Waffensortiment aus der Reagan-Aera.

Gleichzeitig wird an der »Heimatfront« mit herzzerreißenden Reportagen über die Mobilisierung der Reservisten und das Schicksal ihrer Familien an den Patriotismus appelliert. Kritische Stimmen aus dem liberalen und linksliberalen Lager werden gezielt ignoriert und totgeschwiegen; Berichte über Menschenrechtsverletzungen in der Türkei, Saudi-Arabien und anderen pro-westlichen Golfstaaten sind in den mainstream-Medien nicht zu finden. Stattdessen werden nach jahrelanger Medienschelte Loblieder auf die Vereinten Nationen angestimmt. Es häufen sich rassistische Kommentare, anonyme Morddrohungen und tätliche Angriffe gegen Amerikaner und Amerikanerinnen arabischer und palästinensischer Herkunft.

Trotz aller Anstrengungen der US-Regierung, eine Absicherung ihrer Politik in der Öffentlichkeit vor Kriegsbeginn durchzusetzen, steigt die Anzahl von Demonstrationen und Aktionen des zivilen Ungehorsams täglich. Mitte September fanden in San Francisco und in New York öffentliche *teach-ins* gegen die Kriegspolitik statt, an denen insgesamt ca. 5.000 Menschen teilnahmen. Bei öffentlichen Auftritten von Präsident Bush und Vizepräsident Quayle an der Westküste kam es zu Auseinandersetzungen zwischen massiven Polizeikräften und hunderten von Demonstranten und Demonstrantinnen. Inzwischen haben sich in über 50 Städten »Koalitionen zur Beendigung der US Intervention im Nahen Osten« gebildet, die sowohl das Spektrum der traditionellen Friedensbewegung, die Mittelamerika-Anti-Interventionsbewegung und Palästina-Solidaritätsgruppen, religiöse Organisationen und Aktivisten gegen Obdachlosigkeit und Polizeirepression als auch lokale Gewerkschaften umfassen.

Für die Woche vom 20. bis 27. Oktober ist eine »Nationale Kampagne für Frieden im Nahen Osten« mit Demonstrationen und Veranstaltungen in ca. 30 Städten geplant. Unter dem Motto »Bringt die Truppen jetzt nach Hause – kein Krieg für die Profite der Ölgesellschaften« rufen u.a. der ehemalige US-Generalstaatsanwalt Ramsey Clark sowie der Vorsitzende der Rainbow Coalition, Jack O'Dell, zur Teilnahme auf. Für den Fall eines militärischen Angriffs der USA auf den Irak plant die mit 80.000 Mitgliedern größte Mittelamerika-Anti-Interventionsorganisation *Pledge of Resistance* (Gelöbnis des Widerstands) am gleichen Tag bundesweite Aktionen des zivilen Ungehorsams vor Regierungs- und Militärinstitutionen. »Vietnam-Veteranen für den Frieden« organisieren Veranstaltungen an Schulen – wo das Militär seit Jahren aktive Rekrutierungskampagnen durchführt – und in Kirchen.

Die Schwächen dieser neuen Anti-Kriegsbewegung liegen vor allem in ihrer unklaren Haltung zum Irak, die generell gekoppelt ist mit völligem Unwissen z.B. über den kurdischen Befreiungskampf, und der Tatsache, daß sie ihre Unterstützung hauptsächlich aus der weißen Mittelklasse rekrutiert. Die African American Community ist zwar laut Meinungsumfragen zu 41 Prozent gegen die Stationierung von US-Truppen im Nahen Osten. Diese Zahl spiegelt sich allerdings – noch – nicht bei Demonstrationen oder Veranstaltungen wieder, obwohl sich u.a. bekannte African Americans moslemischen Glaubens wie der ehemalige Black Panther Jamil Al-Amin sowie der Präsident der National Baptist Convention, der mitgliederstärksten schwarzen Kirche in den USA, vehement gegen den Einsatz der US-Streitkräfte im Persischen Golf ausgesprochen haben. Schwarze Aktivistinnen und Aktivisten begründen diese Situation zum einen mit dem strukturellen Rassismus der Friedens- und Anti-Interventionsbewegung sowie der fehlenden nationalen Organisierung des schwarzen Widerstands; zum anderen führen sie an, daß sich die Mehrheit der African Americans in einem existentiellen Kampf ums Überleben gegen staatliche Repression und wirtschaftliche Verelendung befindet.

Ein anderer Ansatzpunkt in der Mobilisierung der Anti-Kriegsbewegung ist die Organisierung von Widerstand innerhalb der US-Streitkräfte. Inzwischen gibt es 85 offizielle Kriegsdienstverweigerer, deren Organisationen von täglich bis zu 300 Anrufen von ratsuchenden Reservisten und Reservistinnen, aktiven Soldaten und Soldatinnen berichten. Berufssoldaten, die sich wie der Marine-Corporal Jeff Patterson aus politischen Gründen weigern, dem Marschbefehl in den Nahen Osten zu folgen, drohen bis zu 10 Jahren Haft. Für Schwarze, Latinos und verarmte Weiße ist ein Job in den US-Streitkräften oft die einzige Möglichkeit, einen gesicherten Arbeitsplatz zu bekommen, häufig verbunden mit einer ansonsten unbezahlbaren College-Ausbildung. Während der 80er Jahre ist der Anteil von African Americans in den Streitkräften dann auch auf über 20 Prozent angestiegen – eine Entwicklung, die oft auch als »Wehrpflicht durch Armut« beschrieben wird. Es gibt in den USA zwar keine offizielle Wehrpflicht, aber seit 1980 müssen sich alle männlichen Jugendlichen über 18 Jahren bei ihrem örtlichen Postamt melden – für den »Fall eines nationalen Notstands«. Vorsichtige Schätzungen gehen davon aus, daß sich mehr als 500.000 Jugendliche der Registrierung entzogen haben. Verschiedene schwarze und Latino-Organisationen haben öffentlich angekündigt, daß sie sich verstärkt auf die Organisierung innerhalb der Streitkräfte konzentrieren werden. Eric Seitz, Jeff Pattersons Rechtsanwalt, beurteilt die Chancen für eine breitere indirekte und direkte Befehlsverweigerung in den US-Streitkräften positiv: »Während des Vietnam-Kriegs gab es den ersten Widerstand innerhalb der Streitkräfte erst drei Jahre nach Kriegsbeginn. Heute ist die Protestbewegung schon wesentlich weiter.«

Der Einfluß und die Stärke der neuen Anti-Kriegsbewegung wird davon abhängen, ob und wann die US-Regierung den militärischen Angriff auf den Irak befiehlt und – so zynisch es klingen mag – wann die ersten Särge mit den amerikanischen GIs in den USA ankommen werden. Die linke Wochenzeitung »The Guardian« dazu: »Die Opposition gegen den Krieg im Nahen Osten hat mehrere Faktoren auf ihrer Seite: Der eine ist die massive Abneigung gegen die Ölmultis. Der andere ist die Erinnerung an Vietnam.« Es ist realistisch, anzunehmen, daß die Bewegung einen militärischen Erstschlag der US-Streitkräfte nicht verhindern kann, aber es besteht immerhin Grund zur Hoffnung, daß sie – anders als in Vietnam – schon zu Beginn des Krieges Tausende von Amerikanern und Amerikanerinnen im Widerstand zur offiziellen Regierungspolitik mobilisieren kann.

–

Konkret 11/90, S. 39

Sinn ohn´ Form: Wahlen – ohne uns!

Daß die Reichstagswahlen die Restauration Deutschlands absegnen und ihr den beruhigenden Flair des Demokratischen verleihen sollen, hat Teile der Linken zu einer Anti-Wahl-Kampagne motiviert. Die Redaktion der »graswurzelrevolution« kommt mit ihrem »Sonderheft zur Kritik der parlamentarischen Demokratie – Wer wählt, hat die eigene Stimme bereits abgegeben« also gerade recht. Auf 100 Seiten haben die Anarchisten und Anarchistinnen zusammengetragen, was zum Thema zu schreiben ist: Wir werden mit den »Grundzügen anarchistischer Parlamentarismus-Kritik« vertraut gemacht, bekommen eine knappe Aktualisierung von Johannes Agnolis Parlamentarismuskritik geliefert, erfahren, wie es mit »Parlamentarismus und Frauenbewegung« aussieht und wie die Grünen »den Weg ins Establishment« geschafft haben. Sieben klassische Texte gegen das Prinzip der repräsentativen Demokratie und sechs Aufsätze über »tatsächliche und vermeintliche Alternativen zum Parlament« vervollständigen das Heft. Nach einer ersten flüchtigen Lektüre ist man geneigt, es in den Bücherschrank zu stellen und irgendwann einmal wieder herauszunehmen: Die meisten Aufsätze sind nicht uninteressant, aber eigentümlich zeitlos, anscheinend für die Ewigkeit geschrieben und nicht, wie das Editorial ankündigt, für eine »antiparlamentarische Kampagne zu großdeutschen Wahlen«. Zwar wird im Einleitungsteil für den ersten Abschnitt festgestellt: »Der Fall der Mauer, die Veränderungen in Osteuropa, haben die Bedingungen für eine anarchistische Parlamentarismuskritik grundlegend verändert.« Die darauffolgenden Texte sind aber so prinzipiell unverändert geraten, wie es befürchtet werden mußte. Was dieses Deutschland von den zwei Staaten BRD und DDR unterscheidet, ob es einen anderen Charakter hat als andere parlamentarische Demokratien, warum diese Wahlen eine andere Bedeutung haben könnten, als die zum Bundestag 1987 – darauf geht keiner der Autoren und keine Autorin ein. Immerhin liefert das Heft mit S. Münsters Text über »Sozialismus als Staatlichkeit oder als Anarchie« einen interessanten Ansatz, den Zusammenhang von Parlamentarismus und Nationalismus zu erklären: Münster reflektiert die unterschiedlichen Ansätze von SPD und KPD in der Weimarer Republik, Parlamentspolitik zu betreiben, und konstatiert ein Überhandnehmen der parteitaktischen Motive für politisches Handeln.

Graswurzelrevolution, Wer wählt, hat die eigene Stimme bereits abgegeben, 100 Seiten, 7 DM, Bestellungen an: GWR, Schillerstraße 28, 69 Heidelberg

Konkret 11/90, S. 39

Termine

1. bis 5. November, Hamburg, »Einbrüche Ausbrüche« – eine Knastfilmwoche veranstaltet vom Frauenfilmarchiv und der Santa Fu-Gruppe im Metropolis. Anlaß für die Filmwoche sind die Knastrevolten in der BRD seit Frühjahr dieses Jahres und die Verschärfung der Haftsituation für alle Gefangenen. In den Diskussionen, die sich an die Vorführung der Hauptfilme (z.B. »Ghosts of the civil dead«, »Komplizinnen«, »Die Verrohung des Franz Blum«) anschließen, sollen auch die Konflikte in den Knastgruppen draußen, in denen fast ausschließlich Frauen arbeiten (Krankenschwestersyndrom?) Solidarität mit Zuhältern und Vergewaltigern u.a. diskutiert werden. Kontakt: Metropolis-Kino, Hamburg

3. November, West-Berlin, 12 Uhr am sowjetischen Ehrenmal, Straße d. 17. Juni, **bundesweite Demonstration** »Der Tod ist ein Meister aus Deutschland – Gegen das Feiern, gegen das Vergessen«. Sie ist der Auftakt für dezentrale antinationale Aktionen und Veranstaltungen, die bis zum 9. November 1990, dem Gedenktag der Reichspogromnacht, in etlichen Städten stattfinden. Kontakt: Demobüro c/o Asta TU, Marchstr. 6, 030-31425683

12. November, Bonn, NH des Bundestages, **»Kein schöner Land – Wunden von Anfang an«.** Die bundesdeutsche Europagruppe der Grünen lädt zu einer Diskussion über die grundsätzliche Dimension der Restauration Groß-Deutschlands ein, um dagegen anzugehen, daß »Auschwitz bloß noch als polnische Gedenkstätte gesehen wird und Antifaschismus bestenfalls als Kampf gegen Ausländerfeindlichkeit akzeptabel ist«. Als ReferentInnen haben u.a. die französische Philosophin Sarah Kofmann, die israelische Sozialistin Chaika Grossman, die im antifaschistischen Widerstand gekämpft hat, Stanislav Kania von der Hauptstelle zur Untersuchung von NS-Verbrechen in Polen, Lea Fleischmann aus Israel und Fatima Hartmann vom Rom e.V. Köln zugesagt. Kontakt (Anmeldung ist erforderlich!): Petra Hanf, Europagruppe Die Grünen, Hochhaus im Tulpenfeld, 53 Bonn 1, 0228/16 3138

16. bis 18. November, Köln, Humboldtgymnasium, Karthäuserwall 40, Kongreß **»Frauen gegen Nationalismus – Rassismus/Antisemitismus – Sexismus – feminist. Analyse und Strategien«,** Kontakt: Sozialwissenschaftliche Forschung und Praxis für Frauen e.V., Herwarthstraße 22, 5 Köln 1, 0221 – 525854

1./2. Dezember: Als Abschluß der »Keine Stimme für Deutschland – Reichstagswahlen ohne uns«-Kampagne Anti-Wahlkonferenz über die Perspektiven einer außerparlamentarischen Opposition in Deutschland. Es wird voraussichtlich Arbeitsgruppen u.a. zu »Der verkürzte Antifaschismus der Linken«, »Neue Klassenstruktur«, »antiinstitutionelle Politik«, »Nationalismus und Friedensbewegung«, »Linke und Antirassismus« geben. Ort stand bei Redaktionsschluß noch nicht fest. Kontakt: Max oder Sabine, 040-435320

Konkret 11/90, S. 41

Wolfgang Pohrt

Der Weg zur inneren Einheit VI

In Anlehnung an die Arbeit »The Authoritarian Personality«, in der Theodor W. Adorno und andere die Zusammenhänge zwischen Charakterstrukturen und der Empfänglichkeit für faschistische untersucht hatten, erstellt Wolfgang Pohrt für die »Hamburger Stiftung zur Förderung von Wissenschaft und Kultur« eine Studie über den »autoritätsgebundenen Charakter BRD 1990«, die KONKRET als work in progress dokumentiert (siehe KONKRET 5-9/90). Im Rahmen dieser Studie, deren Ziel es ist, die Chancen für einen neuen Faschismus als Gemütsbewegung in Deutschen zu sondieren, hat Pohrt auch Gespräche mit politisch aktiven Rechtsradikalen geführt, um zu ermitteln, »wohin das gängige Alltagsbewußtsein kraft eigener »Immanenz fortschreiten kann«. Nach Gesprächen mit je einem Funktionär der Republikaner und einem Anhänger der »Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei« (FAP) folgt nun zum Abschluß der Interview-Serie ein Gespräch mit einem weiteren FAP-Aktivisten. Angaben zur Person wurden anonymisiert.

Ich bin ein Mann von unten

Gespräch mit Herrn C.

Zwei freistehende, 14-geschossige Wohntürme, genau auf der Grenze zwischen einem Industriegebiet und einem Naturschutzgebiet etwas außerhalb der Stadt. In einem davon, und dort in der 8. Etage, wohnt Herr C., »schön ruhig«, wie er meint, zu ruhig vielleicht für einen Mann, der am späten Nachmittag nach der Arbeit nicht die geringsten Spuren von Ermüdung zeigt. Fahrstuhl und Treppenhaus deuten auf solvente und solide Mieter hin, die Wohnung von Herrn C. ist komfortabel, hell und sehr geräumig, das Mobiliar signalisiert Wohlstand. Herr C. ist 49 Jahre alt, er verdient seinen Lebensunterhalt als Schichtarbeiter, auf der Kandidatenliste gab er als Beruf Kunstschmied an. Die beiden erwachsenen Töchter wohnen nicht mehr bei ihm, seine Frau ist ebenfalls berufstätig. Der typische Zwei-Personen-Doppelverdiener-Haushalt also, der keine Kinder mehr zu versorgen hat, und der nun über mehr Platz, Zeit und Geld als je zuvor verfügt.

»Der Fragebogen war ja eine angenehme Überraschung«, sagt Herr C. zur Begrüßung, und er bestätigt damit, was die Auswertung (Durchschnittswert: 6.4) ergab. Den Interviewer scheint er für einen Bundesgenossen und getarnten Talentsucher zu halten, und der Grund für das Mißverständnis ist, daß der Mann nach Höherem strebt. Bei der Verabschiedung jedenfalls sinnt Herr C. über seine Fähigkeiten nach, und er meint, daß für ihn als Zugewanderten die Lokalpolitik nur unter der Bedingung das richtige Ressort wäre, daß er gute Berater bekäme, er kenne sich in der Stadt einfach nicht gut genug aus. Was ihn hingegen reizen würde, und wo er seine Fähigkeiten sieht, das wäre die Außenpolitik. So absurd, wie dies Szenario einerseits ist, so genau spiegelt es doch die Tatsache wieder, daß Herr C. sich die ersehnten Ämter und Ehren nur von einem politischen Umbruch nach dem Vorbild von 1933 erhoffen kann.

Endlich mal einer also, der auf die Skala so reagiert, wie sich der Forscher das gedacht hatte. Neben Herrn A. als dem weltläufigen SS-Offizier und Herrn B. als dem Funktionär und Experten für Vernichtungsfragen hinter den Kulissen wäre Herr C. mit seiner infantilen Mischung aus List und Dummheit, Vertrauensseligkeit und Berechnung im Spielfilm keine schlechte Besetzung für eine komische Rolle, für die Rolle des Konzentrationslager-Erhardt in »Sein oder Nichtsein« zum Beispiel, wo der ungebildete Nazi vorgeführt wird, der in dauernder Angst vor einer Denunziation lebt, weil ihm gegen besten Willen immer wieder Bemerkungen herausrutschen, die an seiner weltschanschaulichen Zuverlässigkeit zweifeln lassen. Besonders attraktiv scheint die Skala also für den engagierten, beflissenen Mitläufer zu sein, für den »misfit bourgeois«, den unangepaßten Bürger, der eigentlich auch ein unangepaßter Nazi bleibt, hier wie dort fürchten muß, daß er sich daneben benimmt und deshalb einer der lautesten Schreier wird.

Zwar zeigt Herr C. sich zunächst mißtrauisch, als er um sein Einverständnis mit der Aufzeichnung des Gesprächs gebeten wird, er möchte einen Interviewer-Ausweis sehen. Tatsächlich aber ist das Mißtrauen gespielt, Herr C. will eigentlich Wachsamkeit und Pflichtbewußtsein, seine Eignung zum Aufseher demonstrieren, und außerdem genießt er es ein bißchen, sich als Kontrolleur oder Polizist zu fühlen. Er läßt sich dann auch schnell davon überzeugen, daß Interviewer-Ausweise nur ans subalterne Personal vergeben werden und der Projektleiter sich solche Formalitäten sparen kann. Gönnerhaft sagt er schließlich: »Ich vertraue Ihnen.«

Wie Herr A. ist auch Herr C. der perfekte Alleinunterhalter. »Was, schon so spät? Da haben wir uns ganz schön verplaudert«, meint Herr C. nach anderthalb Stunden Monolog, und er bemerkt es nicht mal, daß sein geduldiger Zuhörer das Wort von der Plauderei nur als blanken Hohn empfinden kann. Der Abschied, auf den der Interviewer mit Hinweis auf die fortgeschrittene Zeit drängt, zieht sich in die Länge, bis ins Treppenhaus redet Herr C. auf den Interviewer ein, und das Gespräch endet erst wirklich im Moment, wo sich hinter dem nunmehr erleichterten Interviewer die Fahrstuhltür schließt.

Während die anderen Gespräche weitgehend im Wortlaut wiedergegeben werden konnten, mit unwesentlichen kleineren Auslassungen oder Korrekturen, sind diesmal größere Eingriffe erforderlich. Herr C. spricht nämlich nicht nur einen Berliner Jargon von der allerpenetrantesten Sorte, sondern er spricht obendrein eine Sprache, die wörtlich niedergeschrieben keinen Sinn mehr ergibt. Kaum einen der Sätze, die er anfängt, bringt er auch zuende, meist entgleisen sie völlig, wenn ein als Stichwort brauchbarer Begriff darin vorkommt, und sie verzweigen dann ohne Rücksicht auf die

Syntax nach allen Richtungen. Das sprachliche Ausdrucksvermögen von Herrn C. kann nur als debil bezeichnet werden, der Mensch faselt wie ein Schwachsinniger daher, und der Grund dafür ist, daß ihm jede Logik, jede Konsequenz, selbst die von Subjekt - Prädikat - Objekt nur im Wege steht, weil der Zusammenhang zwischen seinen Wünschen die absolute Inkonsequenz ist. Ein wenig erinnert Herr C. an den Kanzler, dessen politische Rhetorik durchaus avantgardistische Züge trägt, insofern sie sich um Syntax und Bedeutung im hergebrachten Sinn nicht mehr kümmert und wie der abstrakten, nicht-gegenständlichen Malerei oder dem absurden Theater nachgebildet erscheint.

Nur eine kurze Passage am Anfang wird daher unkorrigiert wiedergegeben, als Kostprobe gewissermaßen, und im Unterschied zu den übrigen Gesprächen wird dieses fortlaufend kommentiert.

Frage: Warum haben Sie sich politisch engagiert?

Herr C.: Jeder sollte sich engagieren, jeder sollte sich ein bißchen politisch engagieren, und wenn es da Leute gibt, die sich aufstellen lassen, weil sie eine bestimmte politische Richtung repräsentieren wollen – und einer davon bin ich auch – und auch er möchte was ändern – will – , also ich bin eine Person, die was ändern möchte – viele Sachen sind zu ändern, praktisch zum Guten für das Volk, für das Volk. Und die Politiker, die augenblicklich dran sind – also da bin ich nicht einverstanden mit, die tun sich da Diäten selber verschreiben. Sowas dürfte nicht sein, das müßte alles mehr oder weniger praktisch über das Volk gehen, da müßten Volksabstimmungen über größere Probleme direkt übers Volk, wie da in Schweden der Ombudsmann, nicht wahr, der die Meinung vom Volk vertritt, nicht wahr, so was ähnliches in Deutschland stelle ich mir auch vor, daß praktisch das Volk repräsentiert wird, und nicht nur die Politiker, die ihre eigene Meinung praktisch von der Kanzel reden, nicht wahr. Es müßte mehr wie das Volk denkt – das sieht man ja jetzt so viel. Nicht wahr, jetzt in Mitteldeutschland zum Beispiel, da hat ja nur alles das Volk, das Volk hat jetzt die Wende gebracht. Die Politiker, die Politiker von 0st und West, na von Osten natürlich noch weniger, die hätten nie die Einigung gebracht, nie, die hätten wir in 200 Jahren noch nicht gehabt. Das kommt von unten heraus, und deswegen – ich bin ein Mann von unten, und der möchte auch – und ich sehe, die meisten Politiker, die so existieren, das sind Rechtsanwälte und sowas sind. Die sind dann schon, möchte ich sagen, in gehobenen Stellungen und haben keinen richtigen Kontakt zum einfachen Volk, und ich bin direkt ein Mann vom Volk, und ich sehe, wo es klemmt. Zum Beispiel nehmen wir mal an jetzt hier die Tarife, die – praktisch die Verkehrstarife. Das ist doch uhhnmööglich, unmöglich überhaupt, daß man die Verkehrsmittel erhöht, erhöht und erhöht, und die Autos von der Straße verbannen will. Das ist doch das letzte. Also der kleine Mann denkt, na gut, ich würde mein Auto zu Hause stehen lassen, aber ich komme doch viel billiger zur Arbeit, als wenn ich das Verkehrsmittel benutze.

Soweit der O-Ton von Herrn C., wobei allerdings der Berliner Jargon ('ick ', 'jut ', etc.) schon eingedeutscht wurde. Am Politikerberuf fasziniert Herrn C. besonders die Möglichkeit, selber über die Höhe des Gehalts zu entscheiden. Sodann empfiehlt sich Herr C. als der bessere Kontaktmann zum Volk. Er ist einer, der weiß, wo uns der Schuh drückt, er kommt ja selber aus dem einfachen Volk. Wäre Herr C. schon Politiker, so würde man sagen: Er wirft seinen Hut in den Ring, er bringt sich als Kandidat ins Gespräch, er meldet Ansprüche an . Immerhin korrespondiert er schon, wie er gleich erzählen wird, mit dem Oberbürgermeister. Und mit dem ist er so vertraut, daß er ihn einfach 'Herr Rommel ' nennt. Überhaupt hat Herr C. sich während des kurzen Gestammels verwandelt: Er will nicht mehr Politiker werden, sondern er ist es schon, denn nur einer, der bereits aufgestiegen ist, muß seine Herkunft betonen . Wer »Ich bin ein Mann von unten, direkt vom Volk« sagt, ist natürlich keiner mehr, weil die Feststellung, wenn sie zuträfe, überflüssig wäre. Wer so spricht, steht vielmehr schon auf der Rednertribüne und wartet auf den tosenden Beifall der Massen.

Herr C denkt also: Mein Schichtarbeiterjob befriedigt mich nicht, ich fühle mich zu Höherem berufen, ich möchte auch wie der Genscher von Hauptstadt zu Hauptstadtdüsen, überall Reden schwingen, ins Fernsehen kommen, in guten Hotels übernachten und obendrein noch am Monatsende einen Blankoscheck kriegen. Und tagträumend hat sich sein Wunsch schon zur Hälfte erfüllt, er tüftelt bereits an den Reden, die er halten würde, und er ähnelt dabei den Unterschriftstellern oder politischen Publizisten wie Rudolf Augstein oder Theo Sommer, die es lieben, sich die Köpfe der Mächtigen zu zerbrechen, und deren geheimer Wunsch es wohl sein muß, bei einem Gipfeltreffen die Beschlüsse zu diktieren. Nicht immer fällt es Herrn C dabei leicht, Tagtraum und Realität auseinanderzuhalten, und dies ist einer der Gründe für seine debil erscheinende Redeweise.

Gerade bei solchen Linken, hinter deren sozialem Engagement sich ein unstillbarer Ehrgeiz verbirgt, würde Herr C vermutlich sogar auf volles Verständnis stoßen, mit der Begründung etwa, daß dergleichen doch jeder wolle, und daß besonders bei einem durch Schichtarbeit Unterprivilegierten dieser Wunsch nur zu natürlich sei Übersehen wird dabei daß das Politikerleben, wie es sich im Fernsehen darstellt, keineswegs jedem als begehrenswert erscheinen muß, daß vielmehr gerade ein müde von der Schicht nach Hause kommender Büro oder Fabrikarbeiter seinen Brieftauben, seinen Garten oder seine Schmöker gern haben kann, und daß die Vorstellung ihm vielleicht sogar Entsetzen einflößen wird, er müßte nun mit drückenden Schuhen und zwickendem Jackett ohne Getränk und ohne Erdnüsse in der UNO-Vollversammlung, beim Agrarministertreffen oder beim Staatsbegräbnis in der ersten Reihe sitzen und stundenlang das Streichergewinsel und all

den langweiligen Quark über sich ergehen lassen, den er im Fernsehen immer sofort abdreht. Übersehen wird also dabei daß Menschen sich normalerweise an ihre Lebensbedingungen gewöhnen und an ihnen hängen, daß ein bestimmter Bedürfnishorizont sich entwickelt, daß einen Brieftaubenzüchter der erste Preis beim Wettfliegen mehr reizt als die Vorstellung, einmal Bundeskanzler zu sein.

Im Unterschied zu einer solchen Person, die sich mit ihren Lebensbedingungen arrangiert hat, träumt Herr C also wie ein 14jähriger von einer steilen Karriere, er entwickelt die Omnipotenzphantasien, wie sie an Stammtischen die Runde machen. Obendrein aber möchte er seine raffgierigen und machtgierigen Ambitionen als völkische Gesinnung verkaufen, und dazu fehlt ihm die nötige schulische Bildung So kommt es dann, daß er sich während des ganzen Gesprächs wie ein schlechter Lügner bei fast jedem Satz heillos verheddert, und eben deshalb wird fortan auf die wörtliche Wiedergabe- des Gesprächs verzichtet und stattdessen eine geschönte präsentiert, in welcher die angefangenen Sätze meistens auch sinngemäß enden.

Herr C. (Fortsetzung): Oder mein Fall: Ich muß früh zur Arbeit, und ich habe schon ein paar Mal eine Eingabe beim Oberbürgermeister gemacht, hier beim Herrn Rommel, daß die S-Bahnen früher fahren müßten. Um 5 Uhr fährt die erste Bahn, und das ist für mich zu spät. Das ist doch hier auch kein Dorf, sondern eine große Stadt, und da müßte die S-Bahn eigentlich während der ganzen Nacht fahren, aber hier im Schwabenland ist es eben nicht so.

Außerdem dürften die Grundnahrungsmittel nicht verteuert werden, und überhaupt, wenn man das so verfolgt: Erst gibt es Lohnerhöhungen, und dann kommen Preiserhöhungen. Freie Marktwirtschaft schön und gut, aber etwas müßte das doch gedämpft werden, daß der Handel nicht gleich aufschlägt. Oder nehmen Sie das Nord-Süd-Gefälle: Ich lebe in Norddeutschland viel billiger, hier verdiene ich zwar mehr, aber dafür ist alles teurer. Daß ich mehr verdiene, nützt mir gar nichts, ich lebe nicht besser als ein Norddeutscher, der weniger Miete zahlt. Wenn man zum Beispiel die Bockwurst nimmt: Hier kostet sie 3,20 Mark, da oben in Norddeutschland kostet sie 2,60 Mark.

Ich bin deshalb für mehr Sozialleistungen, nicht für mehr Lohnerhöhungen. Lohnerhöhungen sind nur inflationär, alles wird teurer.

Die sinnentleerte Pfennigfuchserei um die Bockwurstpreise im Zusammenhang mit der Begründung, warum jemand Politiker werden möchte, oder die Gleichzeitigkeit von Überrealismus und Realitätsverlust, ist typisch für Herrn C. und für einen ganzen Sozialcharakter. Den Interviewer erinnert sie an ein Lokal in Heraklion, wo am Nachbartisch deutsche AIternativtouristen einen ganzen Abend lang lautstark darüber debattierten, wo man auf Kreta die billigsten Eier – kein Witz, sondern Tatsache – kaufen kann, obgleich die Eierpreise das Touristenbudget ungefähr so stark belasten wie die Bockwurstpreise oder die Preise für Grundnahrungsmittel das Einkommen eines bundesdeutschen Doppelverdienerhaushalts (schätzungsweise DM 4000 netto mindestens) ohne zu versorgende Kinder. Auch im weiteren Gesprächsverlauf wird Herr C. immer wieder (hier weggelassene) Kostproben seines Gedächtnisses für Preise und Wechselkurse liefern, und es drängt sich insgesamt der Eindruck auf, daß dieser Mensch es stets als Zumutung, wenn nicht gar als Raub empfindet, wenn er etwas bezahlen und sich von seinem lieben Geld trennen soll. Überhaupt hat er eine starke Abneigung gegen das Äquivalenzprinzip, weshalb ihn einerseits der von den Politikern vermeintlich eingesteckte Blankoscheck interessiert, und weshalb er später gegen Bezieher von Arbeitslosengeld wüten wird. Eigentlich müßte seiner Meinung nach er es sein, der alles umsonst und geschenkt bekommt, und weil man in dieser garstigen Welt überall zahlen muß, fühlt er sich ständig ausgebeutet und übervorteilt, fast möchte man sagen: ungeliebt.

Sie reden ja fast wie ein Kommunist.

Ich bin natürlich keiner. Aber man kann nicht alles verdammen, was die machen. Wie jetzt bei der Wiedervereinigung: Man sollte aus der BRD und aus der DDR jeweils das Beste übernehmen. Aber das wichtigste ist, daß der Mensch frei ist, und im Kommunismus kann er nicht frei sein. Das sind Steinzeitmenschen. Aber soziale Sachen sollte man übernehmen. Verkehrsmittel müssen billig sein, oder ein anderes Beispiel: unser Staatsfernsehen. Die Filme, die da gebracht werden, sind uralt, ich schaue mir nur noch politische Sendungen an. Trotzdem erhöhen die dauernd die Gebühren. Ein Privatsender dagegen bringt Unterhaltung und kostet keine Gebühren, dafür aber Werbung. Wir kommen jetzt von einem zum anderen: Die Werbung würde ich natürlich auch abschaffen, besonders die Bandenwerbung in den Stadien. Da steht manchmal nur der Name einer Firma, und man weiß gar nicht, für welches Produkt das ist. Das finde ich unmöglich. Und was die Firmen für die Werbung bezahlen, das sind praktisch wieder Steuergelder, die können das nämlich von der Steuer absetzen. Der kleine Mann dagegen kann wenig absetzen. Und dann wird manchmal für Artikel geworben, die ich hier in der Kaufhalle noch gar nicht bekomme. Aber was dem kleinen Mann wieder bei der Werbung zugute kommt, ist, daß er bei den Privatsendern keine Fernsehgebühren bezahlen muß.

Oder nehmen Sie mal die Ratesendungen, wo man Zigtausende gewinnen kann. Also ich würde mich freuen, wenn ich da mal mit der Familie im Fernsehen auftreten könnte und gesehen werden würde, und ich kann mir das zuhause aufnehmen

auf Video, und ich kriege vielleicht einen Hundertmarkschein. Ich brauche aber nicht 20.000 oder 30.000 Mark, und dadrin stecken ja die Gebühren. Und nun kommen sie mit dem Geld nicht klar, und wir müssen mehr zahlen.

Mit kommunistisch oder sozialistisch hat das aber nichts zu tun, oder man könnte natürlich sagen: Der Faschismus kommt ja auch vom Kommunismus, Mussolini hat sich ja damals von den Sozialisten abgespalten. Bei mir ist es weder noch, sondern einfach volksnah. Ich möchte sehen, daß der einzelne Bürger für sein Geld auch was hat und daß die Steuergelder nicht rausgeschmissen werden. Und das ist ja allerhand, was man hier an Steuern zu zahlen hat.

Wir kommen jetzt von einem zum anderen, sagt Herr C., und dazu paßt es, daß er an der populären Idee Gefallen findet, aus der DDR und der BRD jeweils das Beste zu übernehmen, aus der DDR beispielsweise die Preise für Mieten und Grundnahrungsmittel, aus der BRD den Rest. Die Tirade über das Fernsehen wurde hier wieder gekürzt, weil Herr C. lang und breit erzählt, warum die Sendung 'Verstehen Sie Spaß? ' früher besser war. Den roten Faden aber verliert Herr C. trotzdem nicht, denn am Ende beklagt er sich wieder darüber, daß er zahlen muß, diesmal sind es die Steuern. Dazwischen klagt er über eine weitere Ungerechtigkeit der Welt. Sie besteht darin, daß man bei Fernseh-Ratespielen Geldsummen gewinnen kann, die Herr C. mit seinen Gebühren finanziert. Gerechtigkeit ist für Herrn C., wenn jeder einen Hundertmarkschein zugesteckt bekommt, seine Vorstellung von Volksnähe heißt schlicht und einfach 'Freibier für alle'.

Obgleich der Mann berufstätig ist und gewiß nicht schlecht verdient, denkt er wie ein Unterstützungsempfänger, und die Gier, etwas geschenkt zu bekommen, macht ihn vermutlich für die ökonomischen Realitäten insofern blind, als er ganz billig zu kaufen wäre, mit der Wahlkampfparole beispielsweise, jeder Bürger solle zum Geburtstag vom Bundespräsidenten 500 Mark und einen Freßkorb bekommen.

Wer ist Ihr politischer Gegner?

Das linke Spektrum, teilweise auch das Zentrum, weil die eben doch nicht so volksnah regieren, wie sie sollten.

Was verstehen Sie unter den Linken?

Die SPD zum Beispiel, das ist für mich eine Schmach für Deutschland.

Stichwort Deutschland – wie sollte das im Jahr 2050 aussehen?

Dann müßte Deutschland wieder sein, was es mal war und bis zur russischen Grenze reichen. Jetzt haben wir ja eine Wiedervereinigung nur zwischen Mitteldeutschland und Westdeutschland, ohne die Ostgebiete, die großen schönen deutschen Ostgebiete wie Schlesien und Pommern und Westpreußen und Ostpreußen. Das ist dort ein Menschenschlag, ein deutscher Menschenschlag, der arbeitsam und genügsam ist. Die Menschen im Osten haben wenig vom Feiern gehalten, anders als die Rheinländer hier, die feiern lieber und arbeiten weniger. Jedenfalls kommt das arbeitsamste Potential des deutschen Volkes aus dem Osten. Und für das Jahr 2050 wünsche ich mir, daß wirklich so ein Deutschland wieder existiert – aber wir wollen ja von keinem Menschen was haben. Und wenn man sich die Entwicklung in Litauen anschaut: Wenn Litauen selbständig ist, kommt der Russe an Ostpreußen gar nicht mehr ran, nur über See oder über Polen. Was will er also damit? Das kann er den Deutschen wieder zurückgeben, so, wie es sich eigentlich gehört. Denn nicht wir haben den Krieg verloren, sondern die deutsche Wehrmacht hat den Krieg verloren und, wie schon gesagt, die Führung. Das deutsche Volk dagegen hat nur gelitten.

Was bei Herrn A. und Herrn B. ein tiefsitzendes Ressentiment gewesen war, die Vorstellung nämlich, das deutsche Volk habe nur gelitten, ist bei Herrn C. eher ein plumper Trick. Der kleine Gauner will die großen, schönen deutschen Ostgebiete kriegen, und dabei ist ihm jede Begründung recht, wenn sie nur ihren Zweck erfüllt. Herr C. also in der Rolle des Staubsaugervertreters, der gerade der Kundin erklärt, daß man das Gerät selbstverständlich auch als Waschmaschine oder als Trockenhaube benutzen könne.

Wie ein Patriot wirkt er dabei wirklich nicht, eher wie ein Kolonialist, der die Gebiete inspiziert, die er erobern möchte. Der arbeitsame, genügsame Menschenschlag, das arbeitsamste Potential – das sind nicht die Kosenamen, die ein Patriot für seine geliebten Landsleute erfindet, sondern das sind die Kategorien, mit denen der Investor eine Bevölkerung betrachtet. Mit der bereits erwähnten, für diesen Sozialcharakter typischen Mischung aus Überrealismus und Realitätsverlust hat Herr C. offenbar schon sehr genau die Landkarte studiert, der Wahn ist gewissermaßen bis auf die letzte Dezimalstelle hinter dem Komma durchkalkuliert. Wie die sinnlose Pfennigfuchserei überhaupt eine Art Ersatz für Realitätskontakt zu sein scheint, fast eine Art Ersatzwelt, so dürfte es auch hier die Funktion des Landkartenstudiums sein, aberwitzigen Plänen einen Anstrich von Realisierbarkeit zu geben.

Anders als bei Herrn A. und Herrn B. sind die Annexionspläne diesmal nicht mit offen geäußerten Aggressionen oder Ressentiments gegen Polen verknüpft, aus dem einfachen Grund, weil Herr C. sich das Verdrängen und Projizieren sparen kann, weil er es gar nicht wahrnimmt. Seinem Vertrauen darauf, daß die Aneignung fremden Gebiets auf dem Wege gütlicher Einigung werde herbeigeführt werden können, entspricht sein Vertrauen darauf, daß ein 50jähriger Schichtarbeiter durchaus noch Außenminister oder Volkstribun werden könnte, wenn er nur gründlich genug die Landkarte

studiert. Seinem zurückgebliebenen Gemüt kommt es einfach nicht so recht in den Sinn, daß Polen sich möglicherweise weigern könnte. Umso größere Ausbrüche kindischen, unberechenbaren Hasses sind daher zu erwarten, regelrechte Tobsuchtsanfälle vielleicht, wenn das Schlaraffenland, wo nur zugegriffen werden muß, dadurch zerstört wird, daß uneinsichtige Polen es besetzt halten.

Aber die Polen würden diese Gebiete vielleicht nicht so gern hergeben.

Nun ja, was heißt nicht gerne hergeben. Also militärisch ist da nichts drin, wir wollen ja keinen Krieg, ich war nicht im Krieg, ich stelle ihn mir furchtbar vor, da müßte auf internationaler Ebene verhandelt werden, und überhaupt mit den Russen. Der Russe ist der Querkopf, und wenn der Ja sagt, ist alles in Ordnung. Dann kriegen die Polen wieder, was früher Polen war, und die Polen gehen von ganz allein wieder hin, das sind herrliche Gebiete, Masuren zum Beispiel. Ich bin ja nun ein Mensch, der oft ins heutige Polen gekommen ist. Die Leute, die bis ca. 100 Kilometer hinter der sogenannten Oder-Neiße-Grenze wohnen, die sagen sich, daß die Deutschen ja wiederkommen, und deshalb bauen die dort nichts auf. Also wenn die ganze Geschichte zwischen dem einfachen Volk entschieden würde, dann würde das alles harmonisch laufen.

Würden Sie denn wieder in die ehemaligen Ostgebiete wollen, wo Sie doch nun hier nach Stuttgart gezogen sind, so weit in den Süden?

Aber selbstverständlich, mein Vater kommt aus Schlesien, die Familie hatte dort eine Fleischerei. Wenn es dort Arbeit gäbe, würde ich gleich hinziehen, sonst als Rentner. Das sind wirklich noch saubere Gebiete, gerade da, wo noch wenig Bevölkerung ist: grüne Landschaft, Wälder, weil da wenig Industrie ist, ich rede jetzt von der Gegend zwischen Tschechei und Sudetengau. Die Ecke da unten ist eine herrliche Ecke, obwohl ich mich auch sehr als Preuße fühle, weil ich selber ja erst in Potsdam geboren worden bin.

Aus der Tatsache also, daß seine Mutter zufälligerweise in der Nähe von Potsdam niederkam, leitet der Abstammungs-Schlesier sein Preußentum ab, und von gleicher Qualität sind alle seine Bindungen. Bezeichnend für seinen Patriotismus ist wieder, daß er die Ostgebiete als solche mit wenig Bevölkerung, aber viel Wald und Wiesen schätzt, als menschenleeren Siedlungsraum tendenziell. Gleichwohl ist die erklärte Bereitschaft, sich dort spätestens als Rentner niederlassen zu wollen, nicht sonderlich ernst zu nehmen. Allen Einwänden gegen den Süden zum Trotz die Herr C. nun vorbringt, ist Südafrika das Land seiner Aussteiger- und Rentnerträume, wie er im weiteren Gesprächsverlauf verraten wird.

Ein nomadischer Zug, eine Unfähigkeit zur Seßhaftigkeit prägt diesen Mann, der eben deshalb später den Ausländern unterstellen wird, sie würden im Falle der Wirtschaftsflaute der BRD schnell den Rücken kehren. Weil er dort, wo er hinzog und nun schon lange arbeitet und wohnt, offenbar nicht heimisch werden kann, hält er dauernd nach günstigeren Siedlungsgebieten Ausschau. Jede Befähigung dazu, etwas wie Heimatverbundenheit überhaupt entwickeln zu können, dementiert er selber durch die Absichtserklärung, bei nächstbester Gelegenheit in eine ferne Gegend zuziehen, wo er weder alte Freunde, noch Bekannte oder Familie haben würde.

Ich frage nur, weil es die Bundesbürger nicht nur im Urlaub immer zur Sonne zieht. Und schon aus klimatischen Gründen war ich nicht so sicher, daß viele freiwillig in die Ostgebiete gehen würden.

Im Urlaub ist die Hitze gut, aber nur für drei Wochen. Leben möchte ich dort nicht, da liegt Deutschland wunderbar, und das bringt auch den fleißigen, arbeitsamen Menschenschlag hervor. Im Süden zum Beispiel kann man nicht den ganzen Tag arbeiten, da muß man mittags Pause machen, in Deutschland kann man von früh bis abends arbeiten. Ich bin so ein traditioneller Mensch, der das im Süden vermissen würde.

Also auch hier in Stuttgart sind Sie nicht so richtig heimisch geworden?

Nein, also der Preuße, und der Berliner überhaupt, der tut sich wenig ändern, wenn er woanders wohnt, der behält seinen Stil, seine Auffassung und seinen Charakter, wohingegen sich Sachsen sehr schnell angleichen können. Die kommen mit den Schwaben besser aus, und der Schwabe ist wirklich ein besonderer Menschenschlag. Der kennt die Welt nicht, der ist vielleicht noch nichtmal nach Berlin gekommen, wenn er auch 60 ist, und sein Häuschen, sein Häuschen, und dann vielleicht noch ein Häuschen, und dann ist er nur am arbeiten an seinem Häuschen. Ein Haus ist ja was Schönes, aber man muß sich doch auch was gönnen im Leben. Die können weder mitreden, noch interessieren sie sich für die Weltgeschichte – also der Schwabe ist nicht für die Wiedervereinigung. Die sagen: Es ist eine Schande, daß die Mauer gefallen ist, die Mauer müßte noch viel höher sein. Aber das ist nur der Schwabe.

Herr C, der sich für einen traditionellen Menschen hält, und der in Wahrheit ein konformierender Asozialer ohne Tradition und Bindungen ist, bringt hier wieder das Kunststück fertig, innerhalb weniger Sätze seine Position zu wechseln und es nicht einmal zu bemerken. Eben lobte er noch den arbeitsamen Menschenschlag, eben betonte er noch, er würde im Süden nicht leben mögen, weil man dort nicht den ganzen Tag arbeiten kann, und nun benutzt er das Schaffe-schaffe-Häusle-

baue-Klischee in diskriminierender Absicht. Nicht herumzureisen, sondern daheim zu bleiben, wird nicht als Ausdruck wünschenswerter Heimatverbundenheit oder Bodenständigkeit, sondern als Zeichen von Borniertheit betrachtet.

Eben dies macht die Unberechenbarkeit und die Gefährlichkeit des deutschen Sozialcharakters aus, daß er kein klares, in sich stimmiges Bild von sich und seinen Wünschen besitzt.

Herr C. (Fortsetzung): Und wenn wir mal davon reden: Der Deutsche ist in der Welt überhaupt nicht angesehen, das ist nur die Mark. Es gibt nur ein paar Völker, die deutschfreundlich sind: Der Türke ist deutschfreundlich und der Japaner ist deutschfreundlich und das wär's dann auch schon.

Ich komme ja nun viel ins Ausland, und wenn man da die Mark nicht springen läßt, dann kommen die auf Faschist und sonstwas, dann werden die gleich beleidigend.

Aber ist es nicht ganz normal, daß der Tourist wie ein zahlender Gast und nicht wie ein lieber Gast behandelt wird? Hier in der BRD würde man doch auch nicht zu Fremden grundlos freundlich sein.

Nein, in der Bundesrepublik wird jeder so bedient, wie der Ober das gelernt hat. Und wenn er auch nicht zahlen kann, dann wird er höflich aufgefordert, etwas zu hinterlegen, aber der Ober wird nie ausfallend. Der Deutsche im großen und ganzen – ich rede jetzt von der Masse – , also der bescheißt doch nicht den anderen. Die ganze Welt bescheißt, die ganze Welt ist bestechlich – der Deutsche nicht, im großen und ganzen.

Allerdings sprachen Sie vorhin von den hiesigen Politikern und ihrer Neigung zur Selbstbedienung.

Ich spreche jetzt nur vom Tourismus. Ob es nun der Deutsche oder der Italiener ist, der nach Tunesien kommt: Der Tunesier ist doch nur darauf bedacht, ihn zu bescheißen, ihn reinzulegen. Und der Italiener ist wieder darauf bedacht, den Deutschen reinzulegen. Da bieten die einem eine Rolex-Uhr an, ganz billig, für 50 Mark, weil sie angeblich Piloten sind und die eingeschmuggelt haben – also den Deutschen, weil der nun mal besser gestellt ist, den wollen sie überall ausnutzen – , und wenn man dahinterkommt und ablehnt – die Uhr taugt nicht sehr viel – , dann wird man beleidigt.

Warum Herr C sich stets als Betrogener fühlt: 1) Herr C will eine Rolex-Uhr weit unter Preis erwerben, d.h. er hat die Absicht, den Verkäufer zu übervorteilen, 2) Herr C muß feststellen, daß der Verkäufer die gleiche Absicht hatte; 3) Herr C sagt nicht zu sich selber: Pech gehabt, wer anderen eine Grube gräbt, fällt selbst hinein, sondern Der andere, und nur er, ist ein Betrüger. Das Beispiel vom zahlungsunfähigen Gast, der in Deutschland so zuvorkommend behandelt werde, könnte als Hinweis darauf verstanden werden, daß Herr C im Ausland mal ein bißchen Zechprellerei probieren wollte und damit wenig Erfolg hatte.

Herr C. (Fortsetzung): Der Deutsche ist ja im großen und ganzen nicht so ein erfahrener Händler, da wird man korrekt behandelt. Ich möchte sagen, da wird ein Vietnamese wie ein Türke nicht rausgewiesen aus einem normalen Lokal. Der Deutsche ist zuvorkommend, und im Ausland wird er ausgenutzt, aber überall, ich bin ja schon überall gewesen.

Wo waren Sie denn schon überall?

Südostasien z.B., verschiedene Länder. Hinfahren würde ich auch gern mal nach Südafrika, das ist für mich das schönste Land der Welt. In diesem Land soll ja die ganze Welt verkörpert sein, also landschaftsmäßig, und tiermäßig gibt es da fast alle Tiere, die im Süden leben. Südafrika ist für mich das Land, wo ich mich mal später niederlassen möchte.

Was sehen Sie am liebsten im Fernsehen?

Naturfilme und Dokumentarfilme, alles, was wirklich ist, auch Tiersendungen ich bin ja auch ein Kämpfer für die Natur und die Tiere. Ich würde sagen, eher sollen die Menschen etwas unwürdiger leben, aber die Tiere, und gerade die, die am aussterben sind, die sollte man für spätere Generationen erhalten, damit die nicht bloß ausgestopfte Tiere sehen. Deshalb sollte sich der Mensch einschränken, wenn man damit den Tieren helfen kann.

Kommen Sie nicht eigentlich aus der Großstadt?

Nein, ich habe immer randmäßig gewohnt, so wie hier, also in Berlin, aber am Rand. Ich bin zwar ein Städter, und ich möchte auch nicht auf dem Land wohnen, weil es doch zu provinziell ist. Man muß schon mit der Welt ein bißchen mitgehen. Auf dem Land – , gut, mein Bungalow und zur Erholung. Wie man halt geboren ist, in der Stadt – aber wohnen in der Stadt möchte ich nicht, wo es so wirbelt. Aber mich in den Wirbel reinschmeißen und mitlaufen können, das möchte ich doch, da lernt man so einige Sachen kennen, verschiedene Menschentypen und Verkaufskulturen, was auf dem Land nicht so ist, da ist nur ein Laden, und da muß man nehmen, was der hat. Also ich bin doch eigentlich eher ein Städter.

Nichts kennzeichnet die Bewußtseinslage von Herrn C. besser als das Wort von der »Verkaufskultur«. Er hat es irgendwo rumliegen gesehen, es gleich eingesteckt und mitgenommen, obwohl er es überhaupt nicht brauchen kann. Der Grund dafür ist, daß ihm jede Art von Standesbewußtsein oder Klassenbewußtsein fehlt, er ist keine Person, die im Lauf der Zeit eine ihr eigene Bedürfnisstruktur entwickelt hat, und eben deshalb gebraucht er häufig die Floskel »ich bin ein Mensch, der...«. Herr C. ist so wenig ein Städter, wie er kein Dorfbewohner ist, und daß er nichts ist, weil er alles haben möchte, macht die Satzbildung so ungeheuer schwierig. Faktisch ist er Schichtarbeiter, aber er hat kein klares Bewußtsein davon,

weil er andernfalls nicht vom Bungalow auf dem Land faseln würde, den er sich trotz guten Einkommens vermutlich niemals leisten kann.

Warum haben Sie gerade für die FAP kandidiert, im nationalen Spektrum gibt es ja auch noch andere Parteien.

Ich bin seit vier Jahren hier, und ich habe mich selber darum beworben. Da ist noch viel zu machen, daß die gezielt Leute ansprechen. Also ich habe selbst gesucht, und ich bin ein deutsch-national gesinnter Mensch, und zur FAP hat es mich gezogen, weil die eben die preußischen Farben in ihrer Trikolore hat. Und der Standpunkt dieser Partei ist nicht so schlecht, denn die kommt ja mehr vom Bismarckschen her, die tun ja den Bismarck verehren, und so ein Mensch bin ich: Einheit – der hat alles zusammengezimmert, dieser Mann. Der wurde ja dann vom späteren Kaiser da entlassen, vom letzten Kaiser, also das war doch – wie hieß er doch, unser letzter Kaiser...

... Wilhelm

Ja Wilhelm II ., und unter Wilhelm I . hat er diese Einheit gemacht. Wie gesagt, ich bin für Einheit, Einheit macht stark. Nun ja, wir haben nun dieses Erbe da, dieses Erbe von Adolf, aber andere Völker haben dasselbe, ich meine große Völker. Nehmen wir doch Napoleon, und der wird jetzt verehrt, oder Stalin, das war alles schon mal. Die haben früher auch Leute erschossen und Völkerstämme ausgerottet, und jetzt ist das ja sogar in der Türkei noch so, mit den, na ...

... Kurden

Ja, die Kurden. Die sind doch ein Stamm, ein Volk für sich, die müßte man doch für sich ein Land bilden lassen. Die einzelnen Völkerschaften darf man nicht unterdrücken, man darf da aber auch keine fremden Völker reinholen. In Mitteldeutschland gibt es zwar auch sowas, die Sorben und die Wenden, die haben ihre Kultur erhalten, aber sie fühlen sich als Deutsche, und das finde ich gut so. Das ist was anderes als die Türken jetzt, weil die Mohammedaner fanatisch sind.

Wenn die Türken auf ihren Glauben einfach verzichten würden, wäre dann alles in Ordnung, oder würden Sie dann immer noch Probleme sehen?

Doch, immer noch. Jedes Volk für sich, in Mitteldeutschland wird man dafür sorgen. Ich kam von da, und Sie können sich gar nicht vorstellen, wie das ist, wenn man als erwachsener Mann nach Deutschland kommt, und sieht auf einmal auf der Straße fast nur noch Ausländer, mehr als in der Türkei. Wie ich da geschlottert habe, die erste Zeit. Ich dachte, das gibt's doch gar nicht. Am Tage arbeitet ja der normale Mensch, aber die Ausländer haben noch ihre Truppenteile da, ihre Familie, die kaufen da ein. Was heißt Ausländer – also die Türken, in der Türkei habe ich sie wunderbar gerne, also da freue ich mich, und die Türken könnten in Deutschland auch Urlaub machen. Mit manchen Jugoslawen, wenn sie richtig schön Deutsch sprechen können – wie gesagt, da kommt man schon klar. Aber viele hängen an ihren Traditionen, und das ist der wunde Punkt, daß die sich nicht angleichen. Und in Deutschland möchte der Deutsche unter sich sein. Nur hat der Deutsche noch diesen Kurzschluß vom Krieg, wir müßten alles wiedergutmachen. Aber das waren doch nicht wir, das waren einige Leute, und das Volk mußte mitziehen, obwohl die Gesinnung da war, wegen der Wirtschaft. Also der Hitler, wenn der nicht seine Großraumstrategie gehabt hätte und den Judenhaß, der hat doch viel Gutes gebracht. Auf den Autobahnen fährt man doch heute noch spazieren. Und dann der Arbeitsdienst, der Arbeitsdienst vor allem.

Das Stichwort »Hitler« bringt nun eine neue Qualität ins Gespräch. Herr C., das Bündel chaotischer, unersättlicher Bedürfnisse, welches unbedingt etwas darstellen mochte und auf der Suche nach der eigenen Identität zur Vorstellung flüchtet, ein zufälliger Geburtsort nahe Potsdam bürge allein schon für Preußentum, dies Non-Ich also strafft sich plötzlich, und dank der Identifikation mit dem Führer spricht Herr C. klar und fest in der ersten Person.

Herr C. (Fortsetzung): Also bei mir würde keiner auf der Straße sitzen und betteln, keiner. Der würde genommen und von der Stadt bezahlt, den Wald sauber zu machen, eben wie beim Arbeitsdienst, da hat man am Tag eine Mark bekommen. Und wer nicht will: Da gibt es ein paar Heime, und da wird der reingesetzt. Auf der Straße würde keiner rumbetteln bei mir, keiner. Und Drogensucht würde von mir unheimlich hart bekämpft werden. Ich sage das auch immer zu meiner Frau: Diese Bettler, die kriegen vielleicht sogar Arbeitslosengeld und verdienen noch was dazu. Und wenn da manchmal steht: Habe keine Wohnung, also das kann ich mir gar nicht vorstellen, der muß doch irgendwo wohnen. Aber das gibt's wirklich, und da muß der Staat doch zugreifen, nicht ins Gefängnis, aber ins ganz normale Arbeitslager, und da muß er sich sein Mittagessen verdienen.

Viele wollen auch gar nicht arbeiten, die sagen: Mir reicht das Geld vom Arbeitsamt. Da sage ich: Du kannst doch überhaupt nichts, keinen vernünftigen Urlaub machen, gerade mal was zu essen kaufen, und einen Fernseher hast du noch, aber du kommst doch nie hoch, und du bist doch noch ein junger Kerl. Gerade die Langzeitarbeitslosen müßte man noch und noch überprüfen, und wer nicht arbeiten will: wie gesagt, Arbeitslager. Also dieser Arbeitsdienst war nicht schlecht, diese Spatenkolonnen. Wunderbar, für 'ne Mark und das Essen.

Sie sagten vorhin, Ausländer auf der Straße und besonders als Nachbarn hätten Sie nicht gerne. Nun wohnen Sie in einem Hochhaus, wo man normalerweise die Leute in den anderen Stockwerken gar nicht kennt. Wenn in diesem

Haus Ausländer wohnen würden, hätten Sie mit denen doch gar nichts zu tun.

Wenn ich mit ihnen nichts zu tun hätte, wenn ich sie nicht sehen würde, dann gäbe es ja auch keinen Anlaß.

Also bereits das Sehen stört Sie?

Nicht das Sehen, das Sprechen.

Aber redet man im Wohnhochhaus unter Nachbarn so viel?

Nein, aber die Ausländer unterhalten sich. Ich bin Deutscher, ich wohne hier in Stuttgart, und ich höre jedesmal, wenn ich hier in den Fahrstuhl steige, Italienisch. Verstehen Sie das? Ich fühle mich doch gar nicht in meiner Heimat.

Was Herrn C. und manche Einheimische an den Ausländern stört, ist, daß sie überhaupt eine Sprache fließend sprechen, daß sie sich unterhalten können, daß ihnen die Worte scheinbar mühelos von der Zunge und über die Lippen kommen, während es Herrn C. große und meist vergebliche Anstrengung kostet, einen vollständigen Satz zu bilden. Heimatliche Gefühle kann Herr C., wenn er die Ohren aufsperrt, in Süddeutschland übrigens ohnehin nicht empfinden, weil sein penetranter Berliner Jargon auf ein ebenso penetrantes Schwäbisch trifft, und seine Reaktion ist ein Musterbeispiel dafür, wie aus mißlungner Vergesellschaftung, praktisch aus Asozialität Fremdenhaß entsteht, insofern die Deutschen ihre eigene wechselseitige Fremdheit, ihre Unkenntnis der eigenen Sprache auf Ausländer projizieren, die ihrerseits freilich in Deutschland mehr als in anderen Ländern zur Asozialität tendieren. Woher auch sollte der Einwanderer die Landessprache lernen, wenn einer wie Herr C. sein Kollege oder Bekannter ist.

Zum Schluß: Was hören Sie denn gern – Lieblingssänger, Stars, etc.?

Immer noch Rock'n Roll, Fats Domino, und meine Lieblingssängerin ist diese Tina Turner . Dann höre ich Operette gerne, und sowas wie Nabucco, aber kein Streichorchester und keine Oper – und vor allem deutsche Volkslieder. Das wäre ja ein dolles Ding, wenn ich jetzt ein Interview gegeben habe und die deutschen Volkslieder vergesse. Das steht mit an erster Stelle. Das schwimmt ja auf meiner Welle, das Deutschtum. Aber was die Amerikanisierung betrifft: Wir brauchen keine Besatzungsmacht, der Ami kann gehen, aber der amerikanische Militärsender sollte doch bleiben. Ich höre fast nur AFN, weil ich gern Musik hören möchte, wenn ich von der Arbeit komme, am liebsten solche Musik, die ich gar nicht verstehe, und weil ich nun kein Englisch kann, ist mir der AFN am liebsten. Also obwohl ich sehr für deutsche Lieder bin, der AFN soll für immer und ewig in Deutschland bleiben.

Ein verlegenes Lachen begleitete die Ausrede von Herrn C., daß er die deutsche Volksmusik doch beinahe glatt vergessen hätte, die er in Wahrheit so wenig mag und hört, wie ihm der schwäbische Dialekt verhaßt sein muß. Ferner erklärt derselbe Mann, der die Ausländer nicht ertragen zu können meint, weil sie eine ihm unverständliche Sprache sprechen, daß der AFN sein Lieblingssender sei, weil er gern Schlager hört, ohne den Text zu verstehen. Und der Rassist, der blonde Blauäugige unter Artenschutz stellen will, schwärmt für den Schwarzen Fats Domino und für Tina Turner, von der jeder Regenbogenblattleser weiß, daß in ihrer Ahnengalerie keine der ethnischen Gruppen fehlt, die in den USA zusammenleben.

Zusammenfassung

Nach drei ausführlichen Gesprächen mit politisch aktiven Deutschnationalen erhärtet sich der Verdacht, daß es sich beim Deutschtum, bei der deutschen Folklore Marke 'Musikantenstadl', bei der deutschen Filmkunst, bei der deutschen Kultur, bei den Deutschen und bei Deutschland einschließlich der Wiedervereinigung um Dinge handelt, welche auch den Deutschnationalen in Wahrheit nichts bedeuten. Kein Wunder daher, daß die Polemik gegen den Nationalismus oder die Aufklärung über ihn hier so hilflos wie wirkungslos bleibt, weil die Argumente eigentlich immer daneben zielen. Entweder werden die Angesprochenen sich mit einer gewissen Berechtigung gar nicht getroffen fühlen und betonen, daß Italiener, Engländer oder Franzosen viel nationalistischer seien – so reagiert der links-liberale akademische Mittelstand, wenn er nationalistische Positionen vertritt, ohne dies auch schon wahrhaben zu wollen. Oder die Angegriffenen werden für die gegen sie erhobenen Vorwürfe unwissentlich sogar dankbar sein, weil diese Vorwürfe sie in ihrem falschen, aber gewünschten Selbstbild bestärken. In einem nicht für möglich gehaltenen Maß scheint der Nationalismus hier eine Farce zu sein, welche diverse Gruppen einander vorspielen, um damit jeweils verschiedene Ziele zu erreichen.

Bei Herrn C. beispielsweise ist Nationalismus ein anderes Wort für den Wunsch, auch in Australien oder Südafrika wie der Generalgouverneur empfangen und kostenlos bedient zu werden. Großdeutschland in den Grenzen von 1937 bedeutet für ihn ungefähr, sich den Traum vom freistehenden Eigenheim mit größerem Grundstück in Pommern erfüllen zu können, wo ein arbeitsamer und genügsamer Menschenschlag auf die Kommandos des neuen Gutsherren wartet, ohne dabei von seiner eigenen Existenz allzuviel Aufhebens zu machen: Die Eingeborenen als dienstbare Geister, die zur Stelle sind, wenn man sie braucht, die sich sonst aber gefälligst zu verdrücken haben, damit sie nicht durch sichtbare Anwesenheit das Bild von der menschenleeren schönen Landschaft verschandeln.

Mit den Landsleuten, nicht nur mit denen im Osten, verbinden ihn keine Gefühle von Sympathie. Die Deutschen, unter denen er tatsächlich lebt, werden als Schwaben betrachtet, deren vermeintliche Stammeseigenschaften ihm einen Vorwand dafür liefern, die Gleichberechtigten unter seinen Mitmenschen nicht mögen zu müssen. Eigentlich sind ihm die Türken sogar viel lieber, er hat sie, wie er sagt, »wunderbar gerne«, aber eben nur in der Türkei, wo sie als arme, naive, gastfreundliche Leute um ihn herumwieseln, und wo ein Bundesdeutscher schon der Wechselkurse wegen das Gefühl haben konnte, hier bekäme man alles geschenkt, hier müsse man, wenn man mal was brauche, nur mit dem Finger schnippen. Was seinen Wünschen am nächsten käme, wäre eine Art erweiterter Diplomatenpaß, der seinem Besitzer sämtliche nur denkbaren Befugnisse zum Nehmen und Herrschen erteilt.

Mit diesem kindischen Gemüt wäre Herr C. zwar der ideale Mitläufer einer faschistischen Massenbewegung, die ihrer Gefolgschaft unermeßliche Vorrechte und Vorteile verspricht, aber er besitzt nicht das Naturell, um eine solche Bewegung unter deutschen Verhältnissen zu gründen und voran zu bringen. Daß der Verfolgungseifer bei ihm bereits ein Eigenleben führt, geht zwar aus seinem Interesse an Tiersendungen hervor: Der 49 Jahre alte Hobby-Naturkundler ist keiner der sich über possierliche oder drollige Tierchen freut, sondern einer, der die Kreatur kalt belauert. Doch übertrifft normalerweise bei ihm, wenn er jagt, immer noch das Interesse an der Beute den Spaß an der Sache. Auch sein Rassismus ist kein eifernder, sondern ein vordergründiger, und er dient weniger unmittelbarer Triebbefriedigung als vielmehr nur dem Zweck, den Anspruch auf Privilegien zu begründen. Nach Südafrika, wo er sich später gern zur Ruhe setzen würde, paßt er einerseits ganz gut, weil er die Juden, die Schwarzen oder Gott-weiß-wen nicht ausrotten, sondern lieber eine Art weißer Stammesherrschaft über sie errichten würde.`

Nach Südafrika paßt er andererseits auch wieder nicht, weil er viel zu asozial ist, um wenigstens die burische Variante von Stammesbewußtsein und damit die Basis dauerhafter Stammesherrschaft zu entwickeln. Im Unterschied zu den Buren mag er seine eigenen Stammesbrüder ja eigentlich nicht, Fats Domino und Tina Turner sind ihm viel lieber, den Urlaub verbringt er nicht in Berchtesgaden, sondern in Malaysia, ähnlich wie Schönhuber übrigens, der sich nicht auf dem Obersalzberg, sondern an der türkischen Ägäis erholt. Er will nicht mit Kind und Kegel und einer ganzen Sippe aufbrechen in unbesiedeltes Gebiet wie die amerikanischen Trecker bei der Landnahme im Wilden Westen, sondern er möchte sich solo in Südafrika niederlassen, um dort die Flora und Fauna zu beäugen, und er möchte dies, obgleich er nach eigenem Bekunden kein Englisch versteht. Er stellt den Typus des Ausstiegswilligen im fortgeschrittenen Lebensalter dar, wie er unter bundesdeutschen Männern erstaunlich verbreitet sein dürfte, einen Typus, der jeden Anspruch an seine zivilisatorischen Fähigkeiten als unzumutbare Belastung empfindet, und der weder reden, noch denken noch Verantwortung übernehmen mag. Nichts läge diesem genauen Gegenteil eines Patriarchen ferner, als anderswo eine deutsche Kolonie zu gründen, sondern er möchte eigentlich dorthin, wo sonst keine Deutschen sind, und wo die Eingeborenen deshalb die Non-Sprache, die er spricht, für Deutsch halten.

So wenig freilich, wie Herr C. zum Patriarchen taugt, genau so wenig taugt er für die Rolle des einsamen, konsequent auf eigene Rechnung und auf eigenes Risiko arbeitenden Helden oder Verbrechers. Unvorstellbar, daß er auf die Frage nach seiner Staatsangehörigkeit 'Alkoholiker' antworten würde, weil er sein Deutschtum braucht, um anderswo als Delegierter oder Vertreter einer großen Macht aufzutreten. Er mag eigentlich die Gemeinschaft nicht, weil er keine Gleichberechtigten um sich haben will, denen man nichts wegnehmen darf, sondern denen man Gleichwertiges geben muß, um etwas zu bekommen: Die Zirkulationssphäre, der Äquivalententausch, der Handel, kurz alles, was die Menschen zu formell Gleichberechtigten macht, die einander nicht durch Androhung oder Anwendung von unmittelbarer Gewalt zwingen dürfen, ist ihm zutiefst zuwider. Aber er vertraut andererseits auch nicht auf die eigenen Kräfte, er ist keiner, der nach seinem eigenen Gesetz leben und es dem Rest der Welt aufzwingen will, sondern er fühlt sich von den Landsleuten nur wohl als deren Abgesandter, der mächtige Protektion genießt. Er ähnelt dem kleineren Bruder, der den größeren zwar nicht in seiner Nähe haben will, ihn aber dennoch braucht, um seine Feinde bei ihm zu verpetzen.

Obgleich die Aussicht auf einen Gutsherrenjob in Ostpreußen Herrn C. außerordentlich reizen muß, darf man ihm glauben, daß er dafür nicht in einem Krieg kämpfen wollen würde, weil er nicht nur was zu kriegen, sondern auch was zu verlieren hat. Überhaupt würde er im Ernstfall, also wenn der andere nicht hergibt, was er haben will, seine abstrusen Eroberungswünsche suspendieren und zurückweichen, wie es die Lage erfordert. Gefährlich bleibt dieser Typus gleichwohl, weil die kindische Raffgier politische Fakten schaffen kann, die nicht jederzeit bei Bedarf wieder zu revidieren sind. Bezogen auf die sogenannten Ostgebiete beispielsweise würde Herr C. in eigener Person lange Finger machen bis zu genau dem Moment, wo ihm jemand kräftig draufklopft. Nur hätte er unterdessen eine politische Maschinerie in Bewegung gebracht, die einem anderen Verhaltensmuster gehorcht.

Es ist nämlich nicht nur faule Ausrede, wenn Herr C. behauptet, nur die Wehrmacht und die Führung, nicht das deutsche Volk, habe den zweiten Weltkrieg angefangen und verloren. Tatsächlich würde Herr C. nie eine Entscheidung treffen, die unmittelbar mit schwerwiegenden Konsequenzen für ihn verbunden ist. In der Rolle des Bankräubers beispielsweise würde er vor dem geplanten Überfall nicht kalkulieren: 'Eine Million oder 20 Jahre Knast, die Chancen stehen 30 zu 70, aber das Risiko trage ich, und die möglichen Folgen nehme ich inkauf', sondern er würde jeden Gedanken an das Risiko strikt vermeiden, sich Illusionen machen, bitter enttäuscht sein, wenn man ihn schnappt, und dann sagen: 'Ich habe es nicht

gewußt, ich habe es nicht gewollt, mir war gar nicht klar, was ich da eigentlich tat. ' Er ist einer, der 'Schiebung' schreit, wenn die Würfel gegen ihn fallen, er ist ein miserabler Verlierer, er hat keinen Sinn für Fair Play.

Er weicht daher Situationen aus, die von ihm Entscheidungen verlangen, welche unmittelbar mit klar erkennbaren Konsequenzen für ihn verbunden sind. Zwischen seine Entscheidung und die Konsequenzen muß vielmehr eine Art Unklarheit stiftender Puffer treten – die Illusion, das Wegschauen, die Führung. Für die Annexion Ostpreußens entscheidet er sich, wenn er sich entweder eingeredet hat, die Polen würden es freiwillig räumen, oder wenn die Zwangsräumung an einen Dritten delegiert werden kann, dem Herr C. bloß akklamieren zu müssen meint. Er würde eine deutsche Regierung unterstützen, welche die Annexion Ostpreußens zum Programmpunkt macht, er würde militärische Aktionen vielleicht sogar auf das Risiko hin akzeptieren, selber als Soldat an ihnen beteiligt zu sein, eben deshalb, weil er glaubt, unter diesen Voraussetzungen die Verantwortung für das Unternehmen abstreiten und sagen zu können: 'Nicht ich habe Polen angegriffen, das hat nur die Regierung getan, und als Soldat habe ich einfach meinen Befehlen gehorcht . '

Herr C. ist also einer, der Illusionen braucht, hauptsächlich die Illusion, daß er keine Verantwortung trüge, und diesen Charaktertyp kann die Skala offenbar ziemlich präzise identifizieren. Die Sammlung von Ausflüchten, die sie anbietet, spricht Leuten aus der Seele, die es nicht wahrhaben wollen, daß die von ihnen verfolgten Ziele auf den totalen Krieg gegen den Rest der Welt und auf den eigenen Untergang hinauslaufen. Sie können Millionen Menschen vorsätzlich umbringen und sich nachher wirklich wundern, warum man ihnen eigentlich böse ist, weil doch gar nicht sie selbst es waren, die das Verbrechen beschlossen und planten.

Tatsächlich sind sie, weil sie das Verbrechen im Stande vermeintlicher Unzurechnungsfähigkeit begehen müssen, zum Beschluß und zur Planung auch gar nicht fähig. Was sie anrichten, muß sich darstellen, als wäre es über sie gekommen, und sie brauchen deshalb eine Führung. Wer von der beabsichtigten Annexion sogenannter Ostgebiete so kindische Vorstellungen hat, wie Herr C. sie entwickelt, wird selber zu dumm sein, um das Unternehmen zu leiten. Er braucht einen anderen, der die Kommandogewalt übernehmen kann, weil er nicht mit völliger vorsätzlicher Blindheit, sondern halbwissend und halbsehend agiert. Zur politischen Macht wird die infantile Raffgier erst, wenn ein gegen sich und andere beinahe indifferenter Vernichtungswille sie leitet.

An dieser Stelle kommen nun die Herren A. und B. ins Spiel. Sie könnten planen, was Herr C. sich nur wünscht, denn im Unterschied zu ihm brauchen sie weniger Illusionen, weil sie seine Bedenken nicht teilen. Während Herr C., wie er glaubhaft versichert, sich den Krieg als etwas Furchtbares vorstellt, ist der Krieg für Herrn A. an sich eine grandiose Sache, an 'Kilogramm Lebendfleisch' kann er sich förmlich berauschen. Herrn B. wiederum böte der Krieg eine gute Gelegenheit, die von ihm entwickelten Standardlösungen für diverse soziale Probleme einmal in der Praxis durchzuexerzieren. Und beide müssen das Blutopfer zugleich als heilsamen Aderlaß betrachten, weil ihre Hauptsorge dem gilt, was sie als Übervölkerung bezeichnen. Ist für Herrn C. der Krieg nur eine Implikation seines Strebens nach Vorrechten und Vorteilen, und zwar eine Implikation, die er nicht wahrhaben will, so verhält es sich bei den Herren A. und B. eher umgekehrt: Die Vorrechte und Vorteile sind allenfalls eine Zugabe bei der Entvölkerung der Welt, die sie wollen . Weit tiefer, grundsätzlicher und unheilbarer als beim hiesigen proletarischen Milieu scheint beim hiesigen Mittelstand, besonders beim akademisch gebildeten, jener gegen alle Menschen gerichtete Vernichtungswille zu sein, welchen man dem Nationalsozialismus mangels besserer Möglichkeiten, ihn zu begreifen, unterstellen muß.

Konkret 11/90, S. 50

Ralf Syring

Wer liest schon Flaubert?

Der sandinistische Comandante Tomás Borge hat ein Buch geschrieben, in dem Madame Bovary als Symbol der Rebellion erscheint. Die deutschen Herausgeber hielten die Übersetzung dieses Kapitels für überflüssig

Aus dem Gedächtnis zitiert Tomás Borge, der ehemalige sandinistische Innenminister, Gustave Flaubert, der sagte, daß es ihn mehr bezaubere, eine Atmosphäre zu schaffen denn eine Geschichte zu erzählen. In »La paciente impaciencia« – »Die geduldige Ungeduld«, in der deutschen Übersetzung ist »Mit rastloser Geduld« daraus geworden – läßt Borge die Atmosphäre der Jahre des Kampfes gegen das Somoza-Regime in Nicaragua wiedererstehen. Mario Benedetti hat das, was daraus geworden ist, eine »erregende Mischung aus zeugnishafter Genauigkeit und literarischer Qualität« genannt.

Einige Lebensdaten: Tomás Borge wurde am 13. August 1930 in Matagalpa geboren. Seine Mutter Anita Martinez hatte einen Gemischtwarenladen. Sein Vater stand der größten Bibliothek Mittelamerikas vor und war – darauf ist der Sohn stolz – mit Augusto C. Sandino befreundet, dem »General der freien Menschen«, der Ende der zwanziger und Anfang der dreißiger Jahre den Kampf der Nicaraguaner gegen die US-Eindringlinge und deren Kollaborateure anführte. Eine vom Innenministerium Nicaraguas herausgegebene Kurzbiographie aus der Zeit, als Borge diesem Ministerium vorstand, setzt den Anfang seines Kampfes gegen das Regime in sein dreizehntes Lebensjahr. Als Gymnasiast lernt er Carlos Fonseca kennen, den späteren Anführer der Befreiungsbewegung FSLN. Mit ihm gründet er Studienzirkel, die politische Theorie und nicaraguanische Geschichte studieren und diskutieren. Mit 16 Jahren gibt er zusammen mit seinen Mitschülern die erste revolutionäre Zeitung heraus. Das bringt ihn zum ersten Mal in den Knast. Mit 20 ist er als Student der Rechte politisch aktiv an der Universität Granada, nach deren Schließung an der von Leon. Von 1956 an gibt Borge die Studentenzeitung »El Universitario« mit heraus. In jenem Jahr wird der Gründer der Somoza-Dynastie und Mörder Augusto Sandinos, Anastasio Somoza Garcia, von dem Studenten Rigoberto Lopez Pérez erschossen. Borge wird als »Komplize« verhaftet, auf Druck der Studenten aber wieder freigelassen. In den folgenden Jahren beteiligt er sich an der Gründung diverser Studenten- und Jugendorganisationen. Im Juli 1961 gründen er, Carlos Fonseca, Silvio Mayorga und Noel Guerrero die Nationale Front, aus der später die FSLN wird, die Sandinistische Befreiungsfront für die Nationale Befreiung. Der Guerilla-Theorie Che Guevaras folgend, beginnt die FSLN ihre militärischen Aktionen auf dem Land.

Militärisch erleidet sie bei den Aktionen am Rio Coco und Bocay 1962/63 und Pancasan 1967, an denen Borge beteiligt ist, Niederlagen. Borge übernimmt später einen wichtigen Teil der militärischen Ausbildung, hält sich – zum Teil auf der Flucht – zeitweise in Cuba, Costa Rica, Kolumbien und Peru auf. Er ist der politische und militärische Leiter der spektakulären Geiselnahme im Hause eines hohen somozistischen Beamten Ende 1974, mit der die Befreiung der gefangenen politischen und militärischen Kader der FSLN erreicht wird. 1976 wird Borge in Managua gefangengenommen. Mit anderen wird er befreit, nachdem die FSLN im August 1978 den Nationalpalast besetzt hat. Weniger als ein Jahr später zieht die FSLN siegreich in Managua ein. Tomás Borge wird Innenminister und damit Chef der Polizei der neuen Regierung. Über den Eingang seines Ministeriums läßt er in großen roten Buchstaben schreiben »Wache der Fröhlichkeit des Volkes«.

Das Buch, das hier zu besprechen ist, reicht nicht so weit. Die entscheidenden Daten, die den Gang der niedergeschriebenen Gedanken bestimmen, sind nicht die, die in einem tabellarischen Lebenslauf von Borge vorkommen würden. Die entscheidenden Daten sind die eines anderen Mannes, eines Mannes, den Borge verehrt und dem er mit seinem Text ein Denkmal setzen möchte, so wie er es schon einmal im Knast getan hat: »Carlos, das Morgengrauen hat aufgehört, eine Versuchung zu sein«, hieß seine damalige Schrift. Carlos Fonseca ist der Mann, dem sie galt und dem auch »Mit rastloser Geduld« gewidmet ist: »Carlos Fonseca vergleiche ich mit niemandem, und niemand erinnert mich an Carlos Fonseca; denn er glich niemandem, und doch glich er allen.« »Carlos Fonseca gehört zu den Toten, die niemals sterben«, sagt Borge dem Offizier der Nationalgarde, der ihm triumphierend die Nachricht vom Tod des Revolutionärs überbringt. Diesen Satz haben wir vor Jahren, von Borge selbst gesprochen, auf einer Schallplatte hören können, als Einleitung zur Hymne für Carlos Fonseca.

Borges Buch beginnt damit, daß er den kleinen Carlos an der Hand seiner Mutter zum ersten Mal sieht, und es endet mit dessen Tod in den Bergen Nicaraguas. Über diesen Tod gibt es manches Gerücht. Es wird behauptet, daß Fonseca Linienkämpfen in der Befreiungsbewegung zum Opfer gefallen sei. Zwar geht Borge auf diese Gerüchte nicht ausdrücklich ein, doch er weist sie zurück an einer Stelle, wo das auch seinen Ort hat: »Monate zuvor war es zu den ersten politischen Dummheiten gekommen, die zur Spaltung führten und an denen ich mit meinem Teil von Irrtümern und Starrsinn beteiligt war. Ich war nicht der einzige. Ich habe die freundschaftliche, aber feste Belehrung über unsere falsche Art der Auseinandersetzung noch gut in Erinnerung, die uns Carlos gab, als er nach Nicaragua kam. Damals zählte er uns nacheinander unsere Arroganz, unseren Autoritarismus und unsere mangelnde Bereitschaft auf, uns gegenseitig anzuhören und zu verstehen. Und wir hörten tatsächlich nichts zu und verstanden nicht. Und es ist an der Zeit, es mit allen Punkten

und Kommata zu sagen. Ich sage es an dieser Stelle, auch wenn ich mir bewußt bin, daß die Probleme, die einige Zeit vor diesen Geschehnissen ihren Ausgang nahmen, mit dem Drama von seinem, von Carlos' Tod, nicht zu tun hatten.«

Die Zersplitterung in Fraktionen, die einander bekämpfen, das ist – so sagt es Borge öffentlich immer wieder – der einzige Fehler, den die Sandinistische Befreiungsfront nicht gemacht hat. Dabei ist bekannt, daß es seit langem drei Strömungen in der Organisation gibt, die bis heute fortwirken: Die Befürworter eines lang andauernden Volkskriegs, deren bekanntester Vertreter Borge selbst ist, die »proletarische Tendenz« und die sogenannten »Terceristas«. Doch sie sind bei allem Streit zusammengeblieben. Spannend für Linke hierzulande wäre zu erfahren, wie sie das gemacht haben. Es findet sich dazu in Borges Autobiographie wenig. Einzig diese Stelle mag einen Hinweis geben: »Zu jener Zeit war die Frente in drei Richtungen gespalten; der gesunde Menschenverstand prallte gegen die Mauern des Sektierertums erhitzter Gemüter. Eines Tages, als ich meinen Mund dem Überschwang öffnete, der sich der Menschen bemächtigt, wenn sie sich im Besitz der Wahrheit wähnen, äußerte ich mich mit harten Worten über andere Companeros, die in ihren jeweiligen Verstecken saßen. Juan José Ubeda fragte mich: 'Ist Pedro Antonio etwa ein Konterrevolutionär?' Ich antwortete ihm: 'Nein, natürlich ist er das nicht'. 'Dann müssen wir ihn', rief er mich zur Ordnung, 'auch wie einen Bruder behandeln, selbst wenn er sich irrt. Von hier aus ist es unmöglich, die Wirklichkeit in all ihren Dimensionen richtig einzuschätzen. Das wird die Zukunft zeigen'. Ich gab ihm recht, was ich bis heute nicht bereue.«

Das Buch von Tomas Borge ist kein politisches Traktat. In der deutschen Ausgabe findet sich nur ein längerer Abschnitt, der dem nahekommt: Borge zitiert einen Text, den er nach der Ermordung seines Mitkämpfers Ricardo Morales Avilés geschrieben hat. Es geht um die Notwendigkeit der Organisierung, die Wichtigkeit der engen Verbindung der Vorhut mit den Massen, das Erfordernis der revolutionären Gewalt, die Zurückweisung reformistischer Konzepte, die Zögerlichkeit einer »traditionellen Linken«, auch die Vorausschau auf eine zu erwartende Bürokratisierung. Im spanischen Original des Buches finden sich noch eine Reihe von Dokumenten, die nicht übersetzt wurden. Insgesamt aber ist es weit davon entfernt, sich als Grundlage für eine ordentliche Diskussion europäischer Linker zu eignen. Es ist vielmehr ein Epitaph für umgekommene Kämpfer, für Carlos Fonseca und viele andere, deren Namen auch an mehreren Stellen in langen Listen festgehalten sind. Und weil diese Namen kaum jemandem hierzulande etwas bedeuten dürften, drängt sich immer wieder der Eindruck auf, daß dieses Buch bei uns kaum einen Platz hat, sondern daß es nach Nicaragua gehört.

»Handfestes über den Imperialismus im Gegensatz zu dem, was Tomas Borge gesagt hat«, bot mir ein junger Mann in Form gedruckter Pamphlete an, als ich aus einer Veranstaltung mit dem Autor herauskam. Wie soll man mit der Arroganz dieses Schnösels umgehen? Ob er wußte, daß der Revolutionär Borge gegen Somozas Nationalgarde gekämpft, daß er Knast und Folter hinter sich hat, daß er den Imperialismus erlebte, wie es handfester wohl nicht geht? Davon handelt das Buch. Es sagt nichts, wenn wir wieder einmal endlich erklärt haben wollen, wie man eine Revolution macht oder warum man eigentlich keine machen kann, weil's doch nicht geht. Es schafft Atmosphäre, aber es ist schwer, sie wahrzunehmen, wenn das eigene politische Engagement nicht eine Notwendigkeit, sondern lediglich eine ungeheure intellektuelle Anstrengung ist.

Borge schreibt assoziativ, nicht systematisch, nicht einmal chronologisch. Tatsächlich wehrte er sich schon als Kind gegen das Regime, was nicht ungewöhnlich ist. Er begründet jedoch nicht, warum das bei ihm so war. Auch beschreibt er die Entwicklung seiner Einsichten nicht, die ihn schließlich zum Revolutionär machten. In Nicaragua und Umgebung dürfte das kaum auffallen. Hier macht es eine der Schwierigkeiten aus, dieses Buch zu begreifen.

Einen wichtigen Raum nehmen die Erinnerungen ein, die Borge an die Bücher hat, die er las, und deren sind viele – in der Schule überwiegend europäische, später immer mehr latein-amerikanische Literatur. Manchmal vermischen sich Romanerlebnisse mit eigenen Erfahrungen: Er steht am Bett der sterbenden Emma Bovary, nachdem diese sich ihr Arsen aus der Dorfapotheke geholt und es geschluckt hat. Madame Bovary ist die Inkarnation der politischen und erotischen Sehnsüchte seiner Jugend, erzählt mir der Autor. Und er ist traurig darüber, daß der Übersetzer seines Buches unter anderen auch dieses Kapitel nicht in die deutsche Ausgabe genommen hat. Denn Madame Bovary symbolisiert für Borge die Rebellion. Und ihren Selbstmord hat er ihr sein Leben lang übelgenommen, sagt er. Kann man ein Kapitel über Madame Bovary dem deutschsprachigen Publikum nicht zumuten? Wer liest schon Flaubert?

Dabei hat dieses Kapitel noch einen anderen Vorzug. Tomas Borge nimmt zu Emma Bovary eine Haltung ein, die sich von der zu den zahlreichen anderen Frauen, die in seinem Buch vorkommen, angenehm unterscheidet. Ansonsten nämlich schreibt Borge über seine Beziehungen zu Frauen etwa so: »Jetzt ist sie wieder zu Hause – und hat die Liebe neu entdeckt, pflegt einem Guerillero die wunden Füße, der sie mit Worten streichelt, die aus keinem Wörterbuch stammen, sondern von dort, wo der Teufel die Versuchung erfindet. Sie fühlt sich befreit, ist weit über das 'Ach, ich arme Sünderin' hinaus und hat den Mut, ihre Freude herauszuschreien, auf einer einfachen Matratze vom Markt...«; oder: »Noch in der gleichen Nacht, als ich sie kennenlernte, gab ich ihr den Namen Valeria, küßte sie, demontierte die Hemmungen, die sie auf der katholischen Oberschule mitbekommen hatte, und legte in ihre runden Augen die Flammen des Höllenfeuers und den verbotenen Apfel.« Diese Frauen tauchen einfach nicht auf als ernstzunehmende Companeras. Die, die im Kampf eine wichtige Rolle gespielt haben, werden hier und da genannt, mehr am Rande: Doris Tijerino, Charlotte Baltodano... Die Geliebten pflegen

die Füße. Wahrscheinlich war das auch tatsächlich so. Der Unterschied zu anderen von Borge beschriebenen Realitäten ist, daß es über diese kein Wort der Selbstkritik gibt, nicht einmal einen reflektierenden Satz.

Es ist gut und wichtig, authentisch zu lesen oder zu hören, wie sich revolutionäre Prozesse tatsächlich abspielen. Doch es ist schwer, das atmosphärisch wahrzunehmen, zudem noch, wenn es aus einer anderen Sprache übersetzt werden muß. Neben vielem anderen ist im Falle der Borgeschen Erinnerungen dabei auch die Tatsache verlorengegangen, daß ihr Titel aus einer spanischen Version des ersten Briefes des Apostels Paulus an die Christengemeinde in Thessaloniki stammt (Kap. 5, Vers 14). Die Textstelle heißt, aus dieser Fassung übersetzt: Brüder, tadelt die, die nicht arbeiten, macht die Mutlosen ungeduldig, helft den Schwachen und habt Geduld.

Tomás Borge: Mit rastloser Geduld, Peter Hammer Verlag 1990, 38 Mark

Ralf Syring ist Arzt und hat gerade »Auf eigenen Füßen – Wege zur Gesundheit im Befreiungskampf in El Salvador«, rotpunkt Verlag, ins Deutsche übersetzt

Konkret 11/90, S. 52

Tomás Borge; Ralf Syring

Interview mit Tomás Borge

***KONKRET**: Tomas Borge, was geht Ihnen durch den Kopf, wenn der Name Gorbatschow fällt?*

Borge: Hoffnungen und Ängste. Ich habe Gorbatschow persönlich kennengelernt. Er scheint ein Politiker zu sein, der fähig ist, seine Vorstellungen in die Praxis umzusetzen. Aber ich fürchte auch, daß seine Perestroika an objektiven sozialen Hindernissen scheitern könnte.

Und keine Angst vor den Auswirkungen der Gorbatschow-Politik auf die Länder der Dritten Welt? War denn die Wahl in Ihrem Land und ihr Ausgang nicht das erste beispielhafte Resultat des »neuen Denkens« ?

Gorbatschow war kein Bündnispartner unserer Niederlage, oder doch nur auf eine indirekte Weise. Die Perestroika hat sich ganz eindeutig auf die politische Entwicklung in Osteuropa ausgewirkt und dazu geführt, daß wir von einigen jener Länder keine Hilfe mehr erhielten. Was aber die ideologische Bedeutung des Begriffs Perestroika betrifft, so muß man sagen, daß das auf Nicaragua keinerlei Auswirkung gehabt hat. Die meisten der sandinistischen Wähler sind Bauern, die noch nie etwas von Perestroika gehört haben und sich dafür genauso sehr interessieren wie für die Unsterblichkeit der Krabbe. Ursache für den Ausgang der Wahlen in Nicaragua war nicht Perestroika, sondern die Politik der USA.

Noch vor 15 Jahren konnte man meinen, die Befreiung von imperialistischer Ausbeutung sei unaufhaltsam: Die USA hatten ihren Krieg gegen Vietnam verloren, in vielen Ländern Südostasiens, Afrikas und Lateinamerikas waren Befreiungsbewegungen in der Offensive. Inzwischen sind alle in der Defensive, sind ausgehungert und müssen sich mit den Beherrschern des Weltmarkts arrangieren – von Vietnam über Mozambique und Angola bis Nicaragua. Das vergleichsweise günstigste Angebot ist eine Sozialdemokratisierung der ehemaligen Revolutionäre. Eine so globale Entwicklung ist mit Kritik an einzelnen Befreiungsbewegungen nicht mehr zu erklären. Woran lag es also?

Die Geschichte verläuft wie Ebbe und Flut – es gibt Epochen, in denen es voran geht, und Epochen, in denen es zurück geht. Je stärker die Phasen des Rückschritts sind, umso stärker werden die revolutionären Phasen, die ihnen folgen. Die Siege über die USA in Vietnam, in Laos, in Kambodscha und in Nicaragua haben bei den Revolutionären Illusionen geweckt. Aber die Wahlniederlage der Sandinisten, die Entwicklung in Osteuropa und die Siege des Liberalismus haben auch bei den Imperialisten Illusionen geweckt. Die Welle des Pessimismus unter den Revolutionären ist einfach Teil des historischen Prozesses.

Auch die römischen Imperatoren haben sich eingebildet, daß ihre Weltherrschaft ewig dauern werde, und Karl V. hat gemeint, in seinem Reich werde die Sonne nie untergehn. Auch Hitler hielt sich für unsterblich. Siege sind nicht ewig, man muß sich auf ihr Ende vorbereiten. Der Fortschritt der Menschheit läßt sich nicht aufhalten. Wer kann sich heute den Bau von Konzentrationslagern vorstellen? Oder einen Krieg wie den in Vietnam? Das sind Dinge, die die Menschheit überwunden hat. Auch die Gefahr eines Atomkrieges ist geringer geworden – es scheint, als habe der Mensch sich die Möglichkeit errungen, doch nicht von der Erdoberfläche verschwinden zu müssen. Die Lage ist also besser als zuvor. Jede Art von Menschenrechtsverletzung wird von den Medien beobachtet. Der Mord an einer Gruppe Jesuiten in El Salvador hatte für die Mörder einen hohen Preis – vor dreißig Jahren wäre das ohne Probleme gelaufen. Und obwohl die sozialdemokratische Option nicht die der Revolutionäre ist, ist sie fortschrittlicher als die anderer Gruppierungen. Sogar die Christdemokraten sind zivilisierter als früher.

Verharmlost das Bild von Ebbe und Flut nicht eine historisch tatsächlich neue Situation? Castro hat gesagt, die Imperialisten hätten die Sowjetunion eingeladen, sich an der Ausplünderung der Dritten Welt zu beteiligen, und die Sowjetunion habe diese Einladung angenommen. Wenn das so stimmt, und alles spricht dafür – muß man dann bei der ungeheuren ökonomischen und militärischen Überlegenheit dieser vereinigten Ersten über die Dritte Welt nicht davon ausgehen, daß Rebellion zwar gerechtfertigt geblieben, aber sinnlos geworden ist?

Natürlich behält Rebellion ihren Sinn. Die Bevölkerung der kapitalistischen Länder nimmt ab. Es gibt da so etwas wie eine nicht endende demografische Siesta. Die Menschen in den Ländern des Südens vermehren sich wie die Kaninchen. Millionen Lateinamerikaner sind in die USA ausgewandert und verändern die politische Lage dort. Wenn die Bevölkerung des Südens wächst, wachsen auch Elend und Wut. Der Zusammenschluß des Nordens dagegen ist nur ein Deich aus Papier.

Zugleich wachsen in den Ländern des Nordens der Überdruß gegenüber dem Konsum und die Großzügigkeit. Heute bilden diese Menschen in den USA und in Europa noch eine Minderheit, aber es sind mehr als noch vor einigen Jahren. Bis zum Jahr 2.000 werden sie mit den hungernden Massen des Südens kämpfen.

Diese Hoffnung können Sie bei Ihrem Besuch in der Bundesrepublik nicht geschöpft haben.

Doch. Wenn ich nach Spanien, England, Deutschland und in die skandinavischen Länder komme, bin ich überrascht, wie viele Menschen zu uns halten.

Jede Revolution macht Fehler, auch die sandinistische hat Fehler gemacht. Welche halten Sie für die schwersten?

Die meisten Fehler haben wir aus Unerfahrenheit gemacht. Ich weiß nicht, welche wir hätten vermeiden können. Daß wir die Unterstützung, die wir gleich nach der Revolution erhielten, zur Befriedigung der aktuellen Bedürfnisse der Bevölkerung ausgegeben haben – war dieser Fehler vermeidbar? Daß wir große Projekte entworfen haben, die Zeit gebraucht hätten, anstatt kleinerer, kurzfristig realisierbarer Projekte – war das ein unvermeidlicher Fehler? Daß wir der Hoffnung nachgegeben haben, man könne mit der Kirche zu einem Übereinkommen gelangen, zu einer netten Komplizenschaft zum Wohle des Volkes – war das ein Fehler?

Aber was vielleicht vermeidbar gewesen wäre: die Risiken der Macht nicht zu übersehen, die Überzeugungen der Revolutionäre für unsterbliche Wahrheiten zu halten – das hat zu Intoleranz geführt und uns vom Volk entfernt.

Es gab in fast allen imperialistischen Ländern Leute, die mit der sandinistischen Revolution sympathisiert haben. Manche wollten bloß helfen, andere wollten ihre linken Träume von den Sandinisten verwirklicht sehen. Was hat Sie an Ihren Sympathisanten am meisten geärgert?

Es gibt immer noch viele Menschen, die die sandinistische Revolution unterstützen, darunter solche, die damit ihr schlechtes Gewissen beruhigen wollen, auch solche, die in ihrem eigenen Land keine Möglichkeit sahen, gegen die Ungerechtigkeit zu kämpfen, und ihren Traum deshalb an unsere Revolution gekettet haben. Aber die meisten waren und sind solidarisch aus Prinzip.

Haben Sie an den Sympathisanten nicht auch die Arroganz des Nordens erlebt?

Das ist die einzige Arroganz, die man tolerieren kann.

Die sandinistische Regierung hat in ihrer verzweifelten Lage immer wieder Schutz bei der Sozialistischen Internationale gesucht, die ja von der bundesdeutschen Sozialdemokratie dominiert wird. Solange Sie dort Unterstützung gesucht haben, mußten Sie sich Kritik an Ihren Gesprächspartnern verkneifen. Können sie jetzt, wo auch das nichts geholfen hat, sagen, was die SPD mit Ihnen getrieben hat?

Ich weiß nicht, wer wen ausgenutzt hat. Wir meinten, daß es wichtig ist, nicht isoliert zu werden. Und diese Politik hat auch dazu beigetragen, die Aggression der USA zu bremsen. Ich habe ein sehr positives Bild von Willy Brandt. Andere Sozialdemokraten haben uns unter Druck gesetzt, Zugeständnisse zu machen, die Revolution in eine traditionelle bürgerliche Demokratie zu überführen .

Der Preis den die Sozialdemokratie dafür verlangt, daß sie eine militärische Intervention der USA abwehrt, war und ist immer die Kapitulation der Revolutionäre und die Etablierung einer bürgerlichen Demokratie.

Wir haben diesen Preis nicht bezahlt. Es ist wahr, daß wir jetzt eine rechte Regierung haben, aber die ist machtlos gegenüber dem revolutionären Prozeß. Es ist in Nicaragua eben nicht so, daß alle Machtinstrumente des Staates in die Hand der Rechten gefallen sind.

Wie lange wird es diese rechte Regierung geben?

Höchstens bis zur nächsten Wahl, das wären sechs Jahre, wahrscheinlich aber nicht so lange. Es wird keinen Putsch geben, sondern sie werden die Wahlen vorziehen müssen, weil die ökonomische und soziale Krise sie dazu zwingt.

Konkret 11/90, S. 54

Jan Philipp Reemtsma

Die Falle des Antirassismus

»Das Phänomen 'Rassismus' ist eine Erfindung rassistisch Argumentierender.« - Anknüpfend an Überlegungen zur Logik terroristischer Handlungen (KONKRET 9+10/90) interpretiert Jan Philipp Reemtsma 'rassistische Einstellungen ' nicht als Begründung, sondern als Resultat einer Verfolgungspraxis, die das verfolgende Kollektiv selbst nicht mehr begreift, weil ihm seine ursprüngliche Motivation abhanden gekommen ist. Das hat Folgen fürs anti-rassistische Engagement: »Man sollte darüber nachdenken, ob der Begriff 'Rassismus' nicht ganz aufgegeben werden sollte«

»Und so tief war der Haß, der in diesen Verfolgungen zu Tage trat, dass, wo keine Juden ansässig waren, wie im Ordenslande, wo ihnen seit 1343 der Aufenthalt verboten war die getauften Juden ermittelt und verbrannt wurden.« Robert Hoeninger, Der schwarze Tod in Deutschland

Daß explizit rassistische Argumentationen – ich meine damit die Abqualifizierung von Menschengruppen aufgrund zugeschriebener und als unveränderlich angenommener Merkmale – kein Produkt des 18. und 19. Jahrhunderts sind, weiß man, und gerade im Falle des Antisemitismus ist von prominenter Seite oft darauf hingewiesen worden – von Léon Poliakov beispielsweise, im 4. Band seiner »Geschichte des Antisemitismus«, und von Raul Hilberg in seiner Untersuchung über »Die Vernichtung der europäischen Juden«. Allerdings ist dieses Wissen (soweit ich das von der Bundesrepublik Deutschland aus überblicken kann) in die politischen Diskussionen über den Rassismus kaum eingeflossen. Was hätte es dort zu suchen? Nun, es dürfte einen Unterschied machen, ob ich annehme, es habe eine »Einstellung«, wie immer ich diese qualifizieren will (als xenophob, ethnozentristisch etc.), das argumentative Bezugssystem geändert, oder ob ich das rassistische Argumentationsmuster als ein vom »Biologismus« des 19. (und 20.) Jahrhunderts unabhängiges Phänomen betrachte und als Resultat anderer Umstände als der spezifischer ideologischer Vorlieben.

Im Folgenden möchte ich drei Thesen aufstellen: 1. Rassistisches Argumentieren ist die Folge einer Verfolgungspraxis; 2. rassistische Argumentationen sind vom Ursprung her weniger ideologische Brgründungen für Verfolgungen und Diskriminierungen, als zunächst Versuche der Verfolgenden und Diskriminierenden, sich ihre eigene Praxis zu erklären (dies möchte ich an einem Beispiel aus dem ausgehenden l9. Jahrhundert demonstrieren); 3. das Phänomen »Rassismus« ist eine Erfindung rassistisch Argumentierender, die durchaus unterschiedliche historische »Verfolgungsgeschichten« zu einem Phänomen zusammenzwingen. An diese dritte These anschließend möchte ich zum Schluß zu bedenken geben, daß ein »Antirassismus«, der sich auf den »Rassismus« als gesellschaftliche Konstante bezieht, auf dem Terrain – und zwar ausschließlich auf diesem – argumentiert, das die Rassisten ihm bereitet haben. Ich möchte dagegen halten, daß es auf die jeweiligen konkreten historischen Diskriminierungs- und Verfolgungsgeschichten ankommt.

Das Beispiel, auf das sich Hilberg und Poliakov beziehen, ist das Spanien des 15. und 16. Jahrhunderts. Man kann an diesem Beispiel, gleichwie in einer historischen Retorte, den Mechanismus beobachten, der den Umschlag des religiösen Antijudaismus in den rassistischen Antisemitismus bewirkt. Ich rufe in Erinnerung: 1492 fällt das arabische Granada, die Reconquista ist beendet, Spanien wird unter Ferdinand von Aragon und Isabella von Castilien vereint. Das katholische Herrscherpaar beabsichtigt, das aus christlicher Sicht vorhandene »jüdische Problem« ein für allemal zu lösen und fordert die spanischen Juden ultimativ auf, christlichen Glauben anzunehmen oder das Land binnen vier Monaten zu verlassen. Das Ergebnis: 150.000 Juden verlassen Spanien; 50.000 lassen sich taufen. Gemäß christlicher Logik gibt es daraufhin kein »jüdisches Problem« mehr in Spanien. Dennoch gibt es die »Marranen«, wie die getauften Juden und ihre Nachkommen genannt werden, und die Tatsache der Benennung selbst kennzeichnet das Problem: Sie sollen eine identifizierbare Gruppe sein. Das sind sie natürlich auch, aufgrund ihrer Geschichte nämlich. Sie sind aber nicht auf den ersten Blick zu erkennen. Das wiederum sollen sie auch gemäß des Anpassungszwanges nicht sein. Darin liegt das »neue jüdische Problem« für die spanisch-katholische Majoritätsgesellschaft.

Man glaubt den Marranen ihre Bekehrung nicht. Man späht sie aus, man denunziert, arrestiert, foltert, tötet sie. Und man hatte ja zweifellos recht, wenn man an der Freiwilligkeit des neuen christlichen Bekenntnisses zweifelte – schließlich hatte man es erzwungen. Doch war der ursprüngliche Verfolgungsgrund entfallen: Die Juden waren in die christliche Gemeinschaft gezwungen, sie hatten sich assimiliert, wie man es später ausdrückte. Gleichwohl glaubte man ihnen die Assimilation nicht, man hielt sie für Nicht-Assimilierte, die sich zu tarnen verstanden. Ist man ersteinmal so weit, ist alles ausweglos: Erkennt man an einem Neuchristen »Jüdisches«, so ist er halsstarrig; kann man an ihm aber gar nichts »Jüdisches« mehr entdecken, ist er besonders raffiniert.

Hier ist der Punkt, an dem die Verfolgung sich von ihrer ursprünglichen Motivation löst und Begründung ihrer selbst wird. Weil man sie verfolgt hat, wähnt man – und vergessen wir nicht: glücklicherweise oft nicht zu unrecht – Feinde in ihnen. An diesem Umschlagpunkt kommt die rassistische Argumentation ins Spiel (und tatsächlich finden sich im damaligen Spanien explizit biologistische Argumentationen, wie Poliakov detailliert gezeigt hat). Beide Kollektive, das verfolgte und

das verfolgende, verstehen den Vorgang nicht mehr: Jenes sagt, man habe doch alles getan, was verlangt worden sei, aber unter dem Status des absoluten Verdachtes kann es seine »Pflichterfüllung« nie beweisen; dieses sucht sich seine »grundlose« Verfolgung zu erklären, sucht nach einem »objektiven Grund« für seinen immerwährenden Verdacht. So wird die veränderliche Eigenschaft der Religionszugehörigkeit ersetzt durch die unveränderliche einer Rassenzugehörigkeit.

Der Rassismus hat seine Ursache in einer Verfolgungsgeschichte. Er ist der Versuch seitens des verfolgenden Kollektivs, sich sein eigenes Verhalten zu erklären, und zwar zu einem Zeitpunkt, an dem die ursprünglichen Ursachen resp. Motive der Verfolgung nicht mehr weiterexistieren, bzw. nicht mehr Motiv genug sind, die Verfolgung fortzusetzen. Das Fatale hierbei ist, daß es für das verfolgte Kollektiv kaum eine Möglichkeit gibt, dem rassistischen Blick zu entgehen, da dieser in einem immerwährenden Verdacht besteht. Auf keinen Fall kann es ihm entkommen, indem es seine Assimilationsanstrengungen intensiviert, wie das Deutschland des 20. Jahrhunderts beweist.

Man sieht den rassistischen Argumentationen ihren Ursprung an. Sie sind – und ich spreche hier weiterhin von Beispielen aus der Geschichte des Antisemitismus – vom Typ: Irgendetwas muß doch an den Juden dran sein, daß man sie so ausdauernd verfolgt. Ich möchte das am Beispiel des sogenannten »Berliner Antisemitismusstreits«, d.h. an der durch den im November 1879 in den »Preußischen Jahrbüchern« veröffentlichten Artikel Heinrich von Treitschkes »Unsere Aussichten« mit dem Signalsatz »Die Juden sind unser Unglück« ausgelösten Debatte, zu erläutern versuchen. »Keine andere antisemitische Schrift« schreibt Walter Boehlich, »hat ... solche publizistischen Folgen gehabt«, denn mit ihr hatte »der Antisemitismus die Berliner Universität erobert«*. Aber ihre Bedeutung ist noch eine andere. Man kann auch in ihr wie in einer »sozialen Retorte«, die Säkularisierung des Antijudaismus beobachten.

Treitschke argumentiert explizit als Christ; daß »diese Kirche noch lebt«, verkündet er zu Beginn seines Aufsatzes mit Stolz. Die »Judenfrage«, die er gleich darauf beschwört, ist eine Religionsfrage; seine Kritik an der »weichlichen Philanthropie unseres Zeitalters« zielt u.a. auf die Beschwerde, daß Juden ungestraft das Christentum und die christlichen Kirchen angreifen dürften. Gleichwohl trägt Treitschke sein christliches Bekenntnis als Nationalist vor, gewissermaßen als »deutscher Christ«. Er spricht denn auch bald von einer »deutschen Judenfrage«: »Ganz unzweifelhaft sind wir Deutschen ein christliches Volk.... Mit jedem Schritte, den ich in der Erkenntnis der vaterländischen Geschichte vorwärts thue, wird mir klarer, wie fest das Christenthum mit allen Fasern des deutschen Volkes verwachsen ist . .. Das Judenthum dagegen ist eine Nationalreligion eines uns ursprünglich fremden Stammes ... Man stelle sich nur vor, daß die Hälfte unseres Volkes sich vom Christenthum lossagte: kein Zweifel, die deutsche Nation müßte zerfallen. Alles was wir deutsch nennen, ginge in Trümmer.« Und schließlich: »Die deutsche Judenfrage wird nicht eher ganz zur Ruhe kommen, das Verhältnis zwischen Juden und Christen sich nicht eher wahrhaft friedlich gestalten, als bis unsere israelitischen Mitbürger durch unsere Haltung die Ueberzeugung gewinnen, daß wir ein christliches Volk sind und bleiben werden.«

Treitschke empfindet mithin jeden (realen oder imaginierten) Versuch, einer anderen Religion (einer anderen Tradition) über die bloße Toleranz ihrer möglichst unsichtbaren Existenz hinaus einen Platz im kulturellen Leben »in Deutschland« zuzugestehen, als Angriff auf die »Lebensgrundlage« des nunmehr endlich nationalstaatlich organisierten Deutschlands: Er könne »die Schmähungen der jüdischen Presse gegen das Christenthum nicht mit Stillschweigen übergehen, sondern« betrachte sie »als Angriffe auf die Grundlagen unserer Gesittung, als Störungen des Landfriedens«.

Daß er die »Emancipation« der Juden nicht angreifen oder rückgängig machen wolle, betont Treitschke mehrfach, er verlangt demgemäß auch nicht, alle deutschen Juden sollten sich zum Christentum bekehren. Er schreibt, die Juden müßten sich »den Sitten und Gedanken ihrer christlichen Mitbürger annähern«; es bleibe »nur übrig, daß unsere jüdischen Mitbürger sich rückhaltlos entschließen, Deutsche zu sein«. Treitschke formuliert damit nichts weiter als den ins Nationalistische gewendeten Gedanken, der vielen Befürwortungen jüdischer »Emanzipation« zugrundelag: Der Preis für die Beendigung staatsbürgerlicher Diskriminierung sei die Aufgabe der eigenen Traditionen: »Ich sagte: wir wollen nicht, daß auf die Jahrhunderte germanischer Gesittung ein Zeitalter deutsch-jüdischer Mischcultur folge.«

Wir haben hier also eine, so möchte man sagen, anti-jüdische, aber keine anti-semitische, eine sich auf religiöse und kulturelle Werte berufende, doch keine rassistische Argumentation vor uns. Einer der Treitschke Antwortenden hat das bestritten. In Harry Breßlaus »Zur Judenfrage. Sendschreiben an Herrn Professor Dr. Heinrich Treitschke« heißt es: »Ich fürchte nicht Ihrem Widerspruch zu begegnen, wenn ich bei den nachfolgenden Erörterungen von einer Voraussetzung ausgehe. Sie werden mit mir darin übereinstimmen, daß die Judenfrage in der Weise, wie sie heute auftritt, keine religiöse, sondern eine Frage der Nationalität, wenn Sie wollen, der Race ist. Indem Sie selbst von getauften und ungetauften Juden reden, indem Sie Felix Mendelssohn und Börne trotz ihres Uebertritts zum Christenthum zu den Juden rechnen, indem Sie an uns nur die Aufforderung richten, Deutsche zu werden, uns aber das Festhalten an unserer Religion gestatten wollen, bereiten Sie den gemeinsamen Boden...«, auf dem Breßlau, der über Religionsfragen nicht streiten mag, mit Treitschke zu diskutieren bereit ist.

Das Argument ist stichhaltig und deckt eine gewissermaßen »unterschichtige« Argumentationslinie bei Treitschke auf. Dieser sagt nämlich in einer Antwort an Breßlau, daß das Festhalten »der Juden« an ihrer Religion vor allem Mischehen erschwere – insofern sei die »jüdische Emancipation«, d.h. die Möglichkeit einer »bürgerlichen Verbesserung der Juden«

ohne das Mittel der erpreßten Taufe, nicht durchweg positiv anzusehen: »Die Emancipation hat insofern günstig gewirkt, als sie den Juden jeden Grund berechtigter Beschwerden entzog. Aber sie erschwert auch die Blutsvermischung, die doch zu allen Zeiten das wirksamste Mittel zur Ausgleichung der Stammesgegensätze war; die Zahl der Übertritte zum Christenthum hat sich sehr verringert, und Mischehen zwischen Christen und ungetauften Juden werden immer nur seltene Ausnahmen bleiben, so lange unser Volk seinen Christenglauben heilig hält.« Und bereits in seinem ersten Text hatte er geschrieben, die »Aufgabe« (d.h. »Juden« zu »guten Deutschen« zu machen) »kann niemals ganz gelöst werden. Eine Kluft zwischen abendländischem und semitischem Wesen hat von jeher bestanden, seit Tacitus einst über das odium generis humani klagte; es wird immer Juden geben, die nichts sind als deutsch redende Orientalen.«

Bevor ich weiter untersuchen werde, wie sich die religiös-kulturelle Argumentation mit der rassistischen bei Treitschke verbindet, zunächst zu einigen anderen Positionen aus der Debatte. Es meldet sich nämlich auf Breßlaus »Sendschreiben« ein Wilhelm Endner mit einer »Offene(n) Antwort auf das offene Sendschreiben des Herrn Dr. Harry Breßlau an Herrn von Treitschke«, übertitelt mit »Zur Judenfrage«, zu Worte. Dort heißt es: »Sie gehen von der Voraussetzung aus, daß die heutige Judenfrage keine religiöse, sondern eine Frage der Race ist. Um Ihre eigenen Worte zu gebrauchen, ist diese thatsächliche Voraussetzung zum großen Theil irrig. Das, was den Juden dem Deutschen fremdartig macht, ist nicht bloß die Race, die sich in seiner äußeren Erscheinung offenbart – seine Gebräuche, Ceremonien, Anschauungen, die sich auf die jüdischen religiösen Gesetze stützen, hindern ihn gewiß ebenfalls in hohem Grade, sich dem Deutschen in seiner Art und Weise zu assimilieren.« Interessant ist, daß sich in den beiden Sätzen selber die Gewichtsverteilung geändert hat. Zunächst wird Breßlau widersprochen: »zum großen Theil irrig«, es sei »nicht bloß« die »Race«. Dann aber heißt es von Religion und Tradition, sie behindere die jüdische Assimilation »gewiß ebenfalls in hohem Grade«. Das letztere wird also als eine Behauptung ausgewiesen, die eine erheblich weniger starke Evidenz hat. Der Rest des Textes ist dann auch nur die Aneinanderreihung von Schmähungen. Die Erinnerung Breßlaus, daß es in Deutschland außer den Juden andere Volksgruppen gebe, die ebenfalls nicht-germanische Traditionen bewahrten, wie etwa die Wenden in der Lausitz, kontert Endner mit der höhnischen Aufforderung an die Juden, sich gleichfalls in einem klar umgrenzten Landstrich niederzulassen und dort Ackerbau zu betreiben – so als wolle er sagen: Mal sehn, wie das arbeitsscheue Gesindel diesen Vorschlag aufnimmt. Und nach diesem Vorschein späterer Deportationen heißt es dann, Harry Breßlau vergesse »wieder einmal Eins, worauf Sie zu Anfang so ausschließlich Nachdruck legten: Die Race. Die specifischen Eigenthümlichkeiten des Semiten dürften in Europa weniger Berechtigung haben als die eines Abendländers . «

In die Schrift sind immer wieder Schilderungen dessen, was der Verfasser als »typisch jüdische« Körperlichkeit imaginiert, einbezogen – und die könne »der Jude« nicht ändern, »da kann nur der liebe Gott helfen«. Aufgeben aber könne »er« seine Gebräuche, Eßvorschriften, Beschneidung, Feiertage. Hierbei verrät sich das antisemitische Programm als das, was es einmal sein wird, als Massenmordvorhaben, noch in einen idiomatischen Scherz gekleidet: »Wozu schlagen Sie noch immer den Hamann tot? Was geht Hamann einen Deutschen an? Unsertwegen mag er leben und gesund sein 100 Jahre.«

Es ist dies nicht einmal der schlimmste Text. Übertroffen wird er durch einen H.G. Nordmann, der sich »H. Naudh« nennt, mit seinem »Professoren über Israel. Von Treitschke und Breßlau«. Hatte Endner noch Treitschke an die Seite treten und dem verehrten Professor gleichsam die Drecksarbeit abnehmen wollen, so ist für »Naudh« Treitschke schon ein weltfremder Trottel, dem man noch eine Chance gibt: »Herr von Treitschke datirt die 'Judenhetze' seit seiner Rückkehr aus der Ferienreise, Herr Breßlau von den Bleichröder-Camphausen-Delbrück-Artikeln der Kreuzzeitung im Jahre 1875. Die beiden Herren Historiker haben vergessen, daß sie dreitausend Jahre früher anhob, nämlich als Osarsiph (Moses) seine Horde arbeitsscheuer und schmutziger Diebe aus Ägypten führte und sie das 'auserwählte Volk Gottes' nannte, mit dieser Überhebung den Charakter der Juden ausdrückend.« In diesem Text ist auch die Rede von der »arischen Völkerfamilie«. »Naudh« sind die Juden durch ihr »bloßes Vorhandensein« gefährlich; körperlich zur Arbeit nicht fähig, seien sie darum Parasiten, der »Raubmord« ihre »erbliche Eigenthümlichkeit«.

Treitschkes besonderes 'Rassenprogramm', die »Blutsvermischung«, weist »Naudh« zurück und vorformuliert die Nazi-Phantasie vom minderwertigen, doch genetisch stärkeren Juden: »Die Mischproducte würden nicht in billiger Theilung zu halb und halb beider Racentypen ausfallen, sondern zum bei weitem größten Theile jüdisch, wie das aus den Erfahrungen bei der Thierzucht unzweifelhaft hervorgeht, nach welchen die Constanz und Vererbungsfähigkeit einer Race in geradem Verhältnis steht zu der Zeit, innerhalb welcher dieselbe in reiner Inzucht fortgezüchtet worden ist.« Konsequenterweise sind »Naudhs« politische Empfehlungen nicht nur Entziehung des Wahlrechts, Enteignung jüdischen Grundbesitzes, Beschränkung des Zinssatzes, den jüdische Geschäftsleute fordern dürfen, Beschränkung der wirtschaftlichen Tätigkeit generell, sondern auch die Umsiedlung der jüdischen Bevölkerung, um sie »gleichmäßig zu verteilen«. Schließlich die Empfehlung, dafür Sorge zu tragen, daß sich deren »Kopfzahl« nicht vermehre. Hier ist wirklich alles schon beisammen, und wenige Nazis sind öffentlich viel weiter gegangen, und ich kann nicht zweifeln, daß ein »Naudh« praktisch mitgegangen wäre.

Das Christentum und die Kirche kommen bei »Naudh« nur noch am Rande vor. Aber dort ist letztere immer noch nicht unwesentlich: »Hinter der Wuth gegen die Kirche (ist) die Erkenntniß zu vermuthen, daß für die Juden die christliche Kirche das stärkste Hinderniß und ihr Einfluß auf den Staat die wirksamste Schutzwehr für die Deutschen sei.« Es ist

dieser Gedanke, der ihn zum Postulat einer Einheit von Kirche und Staat führt. Darüberhinaus ist ihm die Geschichte der christlichen Judenverfolgungen Argument für die naturgegebene Abneigung des Ariers gegen den Juden. Das war schon bei Endner so: »Sie (Breßlau) erwähnen in Ihrer Broschüre das 13. und 14. Jahrhundert, wo es nicht Einzelne waren, die sich der Juden zu erwehren suchten, wo das ganze Volk gegen sie aufstand, – wahrscheinlich zum Beweise dafür, daß der Widerwille gegen die Juden nicht bloß in den Köpfen einzelner Verführer spukte, sondern daß die ganze Masse des deutschen Volkes von ihm erfüllt war.«

Auf die christlichen Judenverfolgungen hatte sich auch Treitschke bezogen, nicht positiv, doch zu Zwecken der ihm eigenen Problemdiagnose. Er hatte unterschieden zwischen den »westlichen« und den »polnischen« Juden – gemeint sind die sephardischen und die aschkenasischen. Erstere seien den Nicht-Juden assimilierbar, letztere – mit denen die Deutschen es zu tun hätten – nicht. Das ist ein in der Debatte um die jüdische Emanzipation alter Topos, wie Poliakov zeigt; von Treitschke wird er aber besonders grotesk begründet. »Wir Deutschen«, schreibt er, »haben es mit jenem polnischen Judenstamme zu tun, dem die Narben vielhundertjähriger Tyrannei sehr tief eingeprägt sind; er steht erfahrungsgemäß dem europäischen und namentlich dem germanischen Wesen ungleich fremder gegenüber.« Nun wäre das – siehe oben – von den sephardischen Juden mit wenigstens gleichem Recht zu sagen, und der Treitschke antwortende Verfasser einer mehrbändigen »Geschichte der Juden«, Heinrich Graetz, merkt dies auch an, und ein anderer Antwortender, Manuel Joel, weist noch auf Folgendes hin: »Der polnische Jude, das ist der deutsche Jude, der einst nach Polen getrieben worden.« Joel zeigt ferner auf die merkwürdige Argumentation Treitschkes: »Wenn, wie Sie sich ausdrücken, 'vielhundertjährige christliche Tyrannei' etwas an den Juden verschuldet, wie stimmt das mit Ihrem Gerechtigkeitssinn, daß die Nachkommen der Mißhandelten die Sünden ihrer Peiniger büßen müssen? Interpretieren Sie das für die Weltgeschichte ja gewiß bitter wahre biblische Wort: 'Er sucht die Sünden der Väter heim an den Kindern' dahin, daß die Kinder büßen müssen, was anderer Leute Väter gesündigt?« Es wäre hinzuzufügen: Ja.

Ich denke, daß man hier einen dem spanischen Ressentiment gegen die im Lande verbliebenen Conversos ähnlichen Motivhintergrund wird vermuten müssen. Die immer halb-ausgesprochene Meinung nämlich, »die Juden« könnten vor dem Hintergrund der Jahrhunderte von Verfolgung, Austreibung und Mord nicht ohne Haß auf »die Christen« bzw. die jeweiligen »christlichen Völker« sein. Was im Falle Spaniens durch die Kürze der Zeitspanne zwischen Vertreibung und dacht gegen die Conversos aber plausibel erscheinen mag, könnte in Anbetracht der langen Zeitspanne zwischen dem Hochmittelalter und dem Ende des 19. Jahrhunderts befremden. Aber einmal wäre hier Elias' Mahnung zu erinnern, daß man lernen sollte, in langen Zeiträumen zu denken, und zweitens erstreckten sich die Ausspähungen der Kinder und Nachkommen der Conversos über Jahrhunderte. Die spanische Inquisition jedenfalls war der Meinung, daß der Haß, den sie sich aufgrund ihrer Verfolgungspolitik zugezogen hatte, über Generationen hin vital bleiben könne, weshalb sie die Nachkommen ihrer Opfer stets kenntlich machte und präventiv weiterverfolgte. Gleichfalls darf man nicht vergessen, daß die rechtliche Gleichstellung der Juden in Deutschland zur Zeit des Berliner Antisemitismusstreits noch eine historische Novität war. Der Rekurs auf die Hoch-Zeiten christlicher Judenverfolgung, der sich heute, nach dem Erlebnis der Konsequenzen des rassistischen Antisemitismus, wie bloß gelehrsame Zutat liest, zeigt nur, daß man sich damals bewußt war, in welchen Kontinuitätsbezügen man lehrte und schrieb. Die Wandlung des christlichen in den rassistisch argumentierenden Antijudaismus hatte unter anderem zur Folge, daß die historische Kontinuitätslinie unsichtbar wurde.

Diese Interpretation wird übrigens bereits in der »Antisemitismus-Debatte« vorgetragen. In »Deutschthum und Judenthum« schreibt Ludwig Bamberger: »Das Kriegsgeschrei gegen die 'Semiten' datirt, wie das Wort selbst andeutet, erst aus allerneuester Zeit.... Ganz bezeichnend für den Ausgangspunkt der heutigen Bewegung gegen die Juden holte sie ihr Stichwort aus den Abfällen der physiologischen und linguistischen Wissenschaft, welche der lernbegierigen Leserwelt zugetragen werden. Doch in der That ist alle Mühe dabei verloren; denn es läßt sich in der Wirklichkeit des Lebens mit dieser Rassenunterscheidung gar nichts anfangen. Sie ward eben erst zu Hülfe gerufen, als es nicht mehr anging, die Ungleichheit des Rechtes auf das religiöse Bekenntniß zu stützen ... diese Unmöglichkeit einer Rechtsverweigerung auf Grund der Religion drängt bei uns den Kampf immer wieder von neuem auf das physiologische Gebiet der Rassenungleichheit hinüber.« Was Bamberger hier konstatiert, ist, daß der Haß auf die Juden konsensstiftender war unter denen, die diese Ressentiments hegten, als die Ideologie, die ihn ursprünglich produziert hatte, und dem liegt die Einsicht zugrunde, daß die mentalen Folgen einer jahrhundertelangen *Praxis* langlebiger sind als die *Einstellungen,* die einmal zu dieser Praxis geführt haben. Das ist der Grund, aus dem sich eine Verfolgung von jener Ideologie »emanzipieren« kann, die sie einmal legitimiert hat. Beispiele für diesen Vorgang sind in der Weltgeschichte mehr vorhanden.

Gleichwohl bringt ein solcher Vorgang für denjenigen, der an der Praxis festhält, obwohl ihm die solche Praxis rechtfertigende Ideologie abhanden gekommen oder doch wenigstens zur Rechtfertigung nicht tauglich geblieben ist, spezifische Probleme mit sich. Da niemand für eine durch Wegfall ihrer normativen Grundlage problematisch gewordene Praxis sich nach neuen Gründen gewissermaßen »umsieht«, sondern eine Praxis nur dann weiterverfolgt, wenn er glaubt, gute Gründe für sie zu haben, ist der Wechsel vom religiös zum rassistisch begründeten Anti-Judaismus durch spezifische Unsicherheiten gekennzeichnet. Bamberger spricht von der »unumstößlichen Thatsache eines über sich selbst unklaren Gefühls«. Wer die christlichen antijüdischen Topoi nicht mehr zur Rechtfertigung seiner Gefühle heranziehen mag,

gleichwohl aber diese Gefühle weiterhin hegt, stellt sich dieselbe Frage wie die, die sich späterhin aufmachen, den Antisemitismus zu erklären: »Warum die Juden?« Der christliche Judenhasser rechtfertigt seine Praxis durch die von ihm vertretenen Werte; der Antisemit erklärt sich sein eigenes Verhalten. Und während er dies erklärt, zieht er die Geschichte der Judenverfolgungen zum Beleg heran und verweist auf jene Kontinuitäten, die sein Argumentationswechsel auf der anderen Seite durchbricht. »Es muß doch einen Grund haben« – so ist das Basis-Argument des Antisemitismus – , »daß wir die Juden nicht leiden können.« Und es folgt die historische Reminiszenz: schon im Mittelalter..., die biblische: schon Hamann, schon der Pharao... Auch Treitschke argumentiert so. Nicht er sagt »Die Juden sind unser Unglück«, sondern: »Bis in die Kreise der höchsten Bildung hinauf, unter Männern, die jeden Gedanken kirchlicher Unduldsamkeit oder nationalen Hochmuths mit Abscheu von sich weisen würden, ertönt es heute wie aus einem Munde: die Juden sind unser Unglück!« Oder: »Die Frage läßt sich gar nicht abweisen: warum haben so viele edle, hochbegabte Nationen die gemeinen, ja – ich scheue das Wort nicht – die diabolischen Kräfte, die in den Tiefen ihrer Seele schlummerten, gerade an dem jüdischen Volke, und nur an ihm, ausgelassen?« Schließlich führt Treitschke seinen eigenen Agitationserfolg als Beleg für die Berechtigung des Antijudaismus an: »Heute genügt es, die Thatsache zu constatieren, daß die 'Judenfrage' tatsächlich vorhanden ist. Eine so leidenschaftliche Aufregung, wie sie in den jüngsten Wochen die deutsche Hauptstadt durchzitterte, kann kein Agitator künstlich hervorrufen.«

Die Zirkularität dieses Arguments (daß mir geglaubt wird, beweist meine Glaubwürdigkeit) repräsentiert die Wendung, die die antijüdische Propaganda macht: Die Verfolgung selbst wird zum besten Argument für ihr Fortdauern. Der entgeisterte Satz von Heinrich Graetz: »Diese Logik urteilt: Weil die Juden seit fünfzehnhundert Jahren ungerecht, grausam 'diabolisch' verfolgt wurden – darum müssen sie noch weiter verfolgt werden« hat buchstäblich recht. Geschichte kann aus sich »Unhistorisches« hervorbringen. Die ahistorische Ideologie unveränderlicher Eigenschaften von Menschengruppen, »eingeborener« Verfolgungsgründe, verdeckt den historischen Ursprung der Verfolgung und deutet auf die wichtigste Eigenschaft der Verfolgungen, nachdem ihr Ursprung verlassen worden ist und die Zeiten sich geändert haben: non mutantur in illis. Daß der Antisemitismus eigentlich nicht ein »Spezialfall« eines Supra-Phänomens, »Rassismus«, genannt werden kann, haben Poliakov und andere angemerkt. Die Frage wäre zu radikalisieren: Wenn gezeigt werden kann, daß eine konkrete, historisch beschreibbare Verfolgungsgeschichte eine »rassistische Einstellung« *als ihr Resultat* hervorbringt, dann kann man bestreiten, daß es gerechtfertigt ist, in konkreten, politisch benennbaren Verfolgungen oder Diskriminierungen die »rassistische Einstellung« als den primären Erklärungsgrund anzuführen. Mehr noch: Wenn weitere historische Analysen bestätigen, daß die Idee einer »rassistischen Einstellung« die Erklärung ist, die sich das verfolgende Kollektiv für die Persistenz seiner eigenen Praxis sucht, für die ihm die Gründe abhandengekommen sind, dann würde jede antirassistische »Vorurteilsbekämpfung« nur das Terrain betreten, das der Rassismus ihm vorher bereitet hat. Beide, Rassist und »Antirassist«, wenden den Blick ab vor dem, was tatsächlich geschehen ist, und wie es zur Tradition werden konnte. Der antirassistische Sozialwissenschaftler, der etwas erklären will, übernimmt das Erklärungsmuster, das der Rassist, der zum Sozialwissenschaftler werden mußte, um sich selbst zu verstehen, ihm anbietet.

Dafür, *daß* sich der oben an einem Beispiel demonstrierte Befund verallgemeinern läßt, spricht viel. Die Geschichte des gegen »die Schwarzen« gerichteten »Rassismus« zeigt, daß selbst die uns unabweisbar erscheinende Unterschiedlichkeit des äußeren Erscheinungsbildes nicht »von sich aus« die prekäre Gestalt des »Fremden« hervorbrachte, die moderne »Antirassismustheorien« so gern und so erfolglos bemühen. Erst als die Spuren einer im Detail darstellbaren Verfolgungsgeschichte die Kollektive prägen, gewinnt die Figur »des Negers« Gestalt. Das Beispiel Voltaires ist hier von Interesse. Für sich (und »für uns« in Betracht unserer Rezeption »der Aufklärung«) repräsentierte er »die Kritik der Religion« und »die Propagierung der Menschenrechte« – man kann das so pauschal sagen, da er die Symbolgestalt, die er späteren Zeiten gewesen ist, auch sein wollte. Gleichwohl war er vulgärster Antisemit und hielt die Neger für Untermenschen. In beiden Fällen hat Voltaire die Praxis der Verfolgung oder ihre Motive scharf kritisiert, wenn sie nicht, wie im Berliner Antisemitismus-Streit, zum Beleg für die Rechtfertigung fortdauernder Verfolgung herhalten mußten: »Wir sagen, daß sie Menschen sind wie wir, daß sie von einem Gott, der für sie starb, erlöst werden, und wir halten sie wie Lasttiere zur Arbeit an; man ernährt sie schlechter als diese. Wollen sie fliehen, so hackt man ihnen ein Bein ab. Und bei all dem wagen wir, von Menschenrechten zu sprechen.« Und: »Die Rasse der Neger ist eine von der unsrigen völlig verschiedene Menschenart . .. Man kann sagen, daß ihre Intelligenz nicht einfach andersgeartet ist als die unsrige; sie ist ihr weit unterlegen.« Auf diese Weise kann man an die Menschenrechte glauben und doch eine Erklärung bei der Hand haben dafür, daß sie nicht für alle gelten, und dies nicht ein abzuschaffender Übelstand, sondern ein interessantes sozialtheoretisches Problem ist, mit dem sich leben läßt: »Man betrachte die Juden mit dem gleichen Blick, mit dem wir die Neger sehen, nämlich als eine minderwertige Menschenart . «

Hier werden zwei Verfolgungsgeschichten zu einem sozialen Phänomen zusammengeführt – nicht, weil sie einen gemeinsamen Ursprung hätten, sondern weil sie in einem Repräsentanten jenes Kollektivs, das in beiden »Geschichten« das verfolgende gewesen ist (und weiter ist), dieselben widersprüchlichen intellektuellen wie Gefühlsreaktionen hervorrufen. Wer – als »Anti-Rassist« – sich vorwiegend mit dem als »Rassismus« bezeichneten Komplex von

»Einstellungen« und »Vorurteilen« befaßt, beschäftigt sich »mit anderen Vorzeichen« zwar, aber letztlich doch nur mit dem Bild, das der Rassist von sich und der Geschichte entwirft.

*

Die Frage, was aus diesem Gedankengang denn nun folge, ist selbstverständlich berechtigt, aber doch nur dann, wenn sie in dem Bewußtsein gestellt wird, daß aus Gedanken dieser Art nur in sehr begrenztem Umfang »etwas folgen« kann. Der Lehrer, der Tips für seine nächste Unterrichtseinheit »Rassismus« sucht, hat hier nichts zu finden. Aber eines gilt für diesen Aufsatz und für die Unterrichtseinheit gemeinsam: Sie dürften politisch folgenlos bleiben. Jedoch liegt in dieser Folgenlosigkeit des eigenen Tuns eine Chance – man hat Zeit nachzudenken, denn man hat keine Termine zu verpassen. Die Antisemiten hier, die Apartheidsbefürworter dort, die Türken-raus !-Leute nebenan, sie alle tun weiter, was sie tun, ob Sie, liebe Leserin und lieber Leser, meine Gedanken zu diesem Thema oder irgendwelche anderen für richtig halten oder nicht. Aus der Chance, Zeit zum Nachdenken zu haben, ergibt sich, so meine ich jedenfalls, die Verpflichtung, es auch zu tun, und wenn auch nicht Folgenreiches, so doch Richtiges und Durchdachtes zu Papier zu bringen.

Es könnte gerade ein Resultat solchen Nachdenkens die Erkenntnis sein, wie wenig es um das Ändern von »Einstellungen« geht, den »Abbau von Vorurteilen« und Ähnliches. Eine fortdauernde gesellschaftliche Praxis der Diskriminierung und Verfolgung ist sich selbst das beste Argument, und das einzige Gegenargument ist, diese Praxis unmöglich zu machen. Die Kontinuitäten müssen durchbrochen werden, denn sie bringen selbst die »Einstellungen« hervor. Hier Ratschläge erteilen zu wollen, wäre unangebracht und leichtfertig. Ebenfalls, eine Spekulation darüber anzustellen, ob es für das diskriminierte Kollektiv nicht ratsam wäre, die ihm entgegengebrachte »rassistische Einstellung« in »klassische« Feindschaft zurückzuverwandeln. Nur ex negativo läßt sich sagen (aber das ist trivial): Der Versuch, »keinen Anstoß zu geben«, hat dem, der ihn unternahm, stets geschadet. Soviel ist sicher. Ob die andere Strategie, bewußt Anstoß zu geben, ratsam ist, kann nicht allgemein beantwortet werden. Auch hier sollte man aus der Geschichte (nicht lernen, sondern) Beispiele nehmen und sie erörtern.

Für das Kollektiv, dessen Geschichte die der aktiven Verfolgung gewesen ist, wüßte ich allgemein keinen Rat. Es wird nicht in den Schulen erzogen. Schulen und andere ähnliche Einrichtungen können allgemeine gesellschaftliche Trends zweifellos verstärken; aber gegen sie resistent machen können sie nicht. Auch hier dürfte die Lehrermahnung, ein Türkenwitz sei diskriminierend, vergleichsweise witzlos sein, denn er sollte ja diskriminieren und sonst nichts. Das einzige Mittel gegen solche Witze ist eine Umgebung, in der es riskant ist, sie zu erzählen. Und eine solche Umgebung herzustellen, wäre in der Tat auch – sicher wesentliche, vielleicht einzige – Aufgabe derjenigen, die gern »den Rassismus« bekämpfen möchten. Ein Freund von mir hatte mal in einer Kneipe ein »Zigeunerschnitzel« bestellt; als es gebracht wurde, sagte einer am Nebentisch: »Das Beste, was man aus einem Zigeuner machen kann«; der Freund haute ihm den Teller ins Gesicht. So etwa. Aber wer traut sich das schon, nicht wahr? Aber wenn man sich das nicht traut, sollte man dann nicht gleich auf die Teilnahme an der nächsten »Gegen Ausländerfeindlichkeit ! «-Demonstration verzichten?

Vielleicht auch nicht; jedenfalls sollte man die Demonstrationsteilnahme nicht als Substitut für's Denken nehmen, und man sollte darüber nachdenken, ob der Begriff »Rassismus« nicht vielleicht ganz aufgegeben werden sollte. Selbst wenn man die Mode nicht mitmacht, Alles und Jedes, was ein Mensch gegen einen anderen hat, als »rassistisch« zu bezeichnen, sondern diesen Begriff reserviert für die Verfolgungen, die explizit rassistisch gerechtfertigt werden, taugt er vor allem dazu, der Erkenntnis der wirklichen Verfolgungsgeschichte in sanfte Gedanken über »das Problem des Anderen«, den »Fremden in uns und außer uns« auszuweichen. Sie sollen, liebe Leserin und lieber Leser, »den Anderen« oder »den Fremden« beim Namen nennen, den er gehabt hat, bevor man ihn umgebracht und zu einem psychologischen Problem gemacht hat. Und es ist auch nicht unbedingt nötig, »ihn zu verstehen« (gar: »in seinem Anderssein«). Es genügt, ihn nicht zu unterwerfen, zu quälen oder totzuschlagen. Und wenn es etwas zu verstehen gibt, so wäre das vor allem anderen, wie mörderisch bis in die subtilste Nervenregung hinein diese europäische Zivilisation ist, die immer noch den Weltmaßstab liefert. Und es wäre – versuchshalber – der Gedanke zu erwägen, ob im Konzept der »Kritik des Rassismus« nicht gerade die naive Philanthropie den Hanswurst macht in der zynischsten Selbstinszenierung, die die europäische Massenmordtradition sich ersonnen hat.

*Walter Boehlich (Hg.): Der Berliner Antisemitismusstreit, Frankfurt/M, 1988

Dieser Text basiert auf Überlegungen, die Jan Philipp Reemtsma am 26. September dieses Jahres auf einem internationalen Workshop des Hamburger Instituts für Sozialforschung zum Thema »Rassismus heute?« vorgetragen hat.

Konkret 11/90, S. 60

Brigitte Kronauer

Literatur, Männer und Frauen

Die im Kontext 'Frauenliteratur' oder, davon abgesetzt, 'Literatur von Frauen' häufig strapazierte Virginia Woolf beschäftigt sich in ihren Essays »Der gewöhnliche Leser« mit weiblichen und männlichen Kollegen. Sie tut es originell, anfechtbar und immer aus der Sicht des Profis, d . h ., sie ist an Methoden und Ergebnissen der jeweiligen Schreibweise interessiert, ohne dabei Unterschiede zwischen Männern und Frauen zu machen, nicht, wenn sie zustimmt, nicht, wenn sie kritisiert. Dazu ist ihr Respekt vor den Berufsgenossinnen zu groß. Undenkbar, daß sie das Thema 'Frau' und 'Selbstverwirklichung' mit Stil verwechseln könnte oder Schriftsteller mit Generälen, die, mit maskuliner Ästhetik, die Wirklichkeit gewissermaßen militarisiert hätten. (Oder sind, wenn Verfechterinnen einer spezifisch weiblichen Ästhetik u.a. die Prinzipien 'Realität-Traum-Vermischung ', 'Zeit-Erinnerung', 'Abkehr von linearer Fabel' vorzugsweise als Errungenschaften von Schriftstellerinnen reklamieren, Kafka, Proust, Joyce vorweggenommene Frauen? Und vor allem: Selbst wenn, was dann?) Allzu klar ist ihr, was jedem Schriftsteller blüht, ob männlichen oder weiblichen Geschlechts, falls er den Namen ernsthaft verdient, nämlich die schwierige Aufgabe, die Erzählkunst »zu zerbrechen und zu bezwingen wie auch sie zu ehren und zu lieben, denn nur so kann ihre Jugend erneuert und ihre Herrschaft gesichert werden.«

In ihrer Forderung nach dem Gewaltakt des Zerbrechens auch eigener Erzähltraditionen geht sie so weit, für Jane Austen, hätte sie länger gelebt, eine mögliche Entwicklung weg vom Dialog zu mehr Reflexion vorzuschlagen, denn der Dialog »wäre zu grob gewesen, um all das zu fassen, was sie nun von der Komplexität der menschlichen Natur gewahrt.« Ivy Compton-Burnett, ebenfalls Engländerin, zwei Jahre jünger als V. Woolf, hat dagegen mit ihren radikalen Dialogromanen demonstriert, in welchem Ausmaß psychologische Finessen durch reine Rede und Widerrede ans Licht zu bringen sind. Sie wurde bei uns vor allem mit ihrem Roman »Männer und Frauen« bekannt. Auf sie beruft sich Nathalie Sarraute, die, anders als die süffige Marguerite Duras und weit weniger von der Frauenbewegung zur Kenntnis genommen als diese, Grundlagenarbeit für den zeitgenössischen Roman geleistet hat.

Wie beeindruckend andererseits eine wenigstens teilweise feministische Perspektive einem literarischen Werk Gewicht und feurige Färbung zu geben vermag, solange sie nicht die fehlende künstlerische ersetzen muß, beweist die Portugiesin Agustina Bessa Luis mit ihrem Roman »Die Sibylle«, der 1954 in Lissabon erschienen ist und seit 1987 in deutscher Übersetzung, jetzt auch als Taschenbuch, vorliegt.

Die Autorin liefert mit ihrer in der nordportugiesischen Provinz angesiedelten, über drei Generationen sich erstreckenden Familiengeschichte des Hauses Vessada, in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts beginnend und bis ins 1. Drittel des 20. reichend, eine Fülle von Frauenfiguren, wie sie vermutlich in derart polemischer Schärfe, parteiisch und gelassen, kein Mann hätte erfinden wollen, aber auch nicht, mit solch überwältigender Spannweite weiblicher Außen- und Innenweltdetails, hätte erfinden können.

Biologisch den Männern unterworfen, sind all diese eigensinnigen Heldinnen der bäuerlichen Region bis hin zum Landadel, sofern sie nicht der Gattung des 'Weibchens' angehören – eine Dualität, die sich bis in die am Rand erscheinende städtische Akademikerschicht fortsetzt – , den Männern glaubwürdig an Charakterstärke und planerischer wie intuitiver Intelligenz überlegen. Sie sind härter, zäher, konsequenter, auch gegenüber dem eigenen Geschlecht, als die männlichen Protagonisten, die, verführbar, sentimental und gelegentlich zu bestialischen Grausamkeiten neigend, das Werk der Frauen (Familie, Besitz) bis zur Zerstörung gefährden. Wer allerdings Sätze wie diesen: »Die tiefinnere Abneigung gegen den Mann, dieses nutzlose, despotische und egoistische Wesen, das mit fatalem Leichtsinn seinen Lastern nachgibt...« allzu sehr genießt, der wird gleich im nächsten Absatz durch Korrektur eines Besseren belehrt: »Trotz dieser säuerlichen Voreingenommenheit gegen alle Männer...« Die Männer des Romans bleiben zwar nur periphere Figuren, aber, an Anfang und Ende der Familienchronik postiert, sind gerade zwei Exemplare ihres Geschlechts, trotz aller Beanstandungen, die nicht nur destruktive Sonne der ihnen zugetanen Frauen, die in ihrem, von der Autorin errichteten, heimlichen Matriarchat sich durch das an die Männer abgetretene Attribut der Schönheit betören lassen, ohne auf der ganzen Linie den Kopf zu verlieren.

Die darin zum Ausdruck kommende Skepsis gegenüber einem pauschalisierenden Feminismus erhöht nicht nur die realistische Kräftigkeit der Frauenporträts, sondern auch die künstlerische Qualität des Werks, für dessen Ambition, Wirklichkeit zu erweitern statt zu verengen, dies nur ein Beispiel ist.

Quina, die »Sibylle«, die unverheiratet bleibt und unter deren Hand der abgewirtschaftete Hof des Vaters zu einem reichen Anwesen wird, ist Personifizierung dieser, man könnte vielleicht sagen: durchlässig vertikalen Struktur des Romans. Neben dem Geschick für handwerkliche Arbeit und finanzielle Transaktionen ist sie ausgestattet mit allen Schwächen der Eitelkeit und eines kleinlichen Herzens wie auch der Fähigkeit zu spirituellen Aufschwüngen, Zuständen einer entindividualisierenden mystischen Leere und Hellsichtigkeit, die sie, tröstend und stärkend, der dörflichen Gemeinde zur

Verfügung stellt. Diese Augenblicke sind naturgemäß vergänglich. Stabil und allzeit gegenwärtig wird das vertikale Prinzip in Quinas wirtschaftlichem Aufstieg, als sie, zu Geld und Ansehen gekommen, dem Zubehör an Dingen des einfachen bäuerlichen Lebens die Treue hält – nicht anders der ländliche Adel, bei dem sich Gewohnheiten und Gegenstände einer tollpatschig luxuriösen Existenz sehr auffällig mit denen des ärmlichen Pächter- und Tagelöhnerdaseins mischen.

Fauna und Flora, Dreck, Geruch, Licht, Pfützen, Mahlzeiten, Kleidung, Sitten, die verschwenderische Masse, der präzise und penible Katalog von Einzelheiten eines vergangenen portugiesischen Landlebens aber sind modelliert nach der Wesensart der Sibylle: extrem materiell bis hin zur Metaphysik von Erleuchtungen. Wie ein dichter Vegetationsteppich schließen sie sich immer wieder über Szenen und Schicksalen, gleichen sich die ausführlichen und gerafften Biografien an, denen die Autorin, fast ähnlich schicksalssüchtig wie Tania Blixen, mit der sie als literarische Lehrmeister die Bibel und die Märchen aus 1001 Nacht gemeinsam hat, möglichst bis in die verborgene Sterbestunde nachsteigt. Die Landschaft, das bäuerliche Ambiente wird austauschbar mit den Charakteren, deren Darstellungsweise (veraltet wirkende, wenn auch effektvolle Abkürzungen, ornamentale Verselbständigung der Differenzierungen !) nur so lange irritiert, bis man begreift, daß sie als Gegenstände, feste Dinge behandelt werden, daß Haar, Maiskolben, Gefühle, Witterungen in den Textzusammenhang als ineinanderübergehende Bestandteile, denselben Gesetzen unterworfen, verwoben sind. Folgerichtig wird deshalb – etwas emphatisch – von Quinas Sterben berichtet, daß ihre Seele sich auflöste, »um in die großartige Komposition des Kosmos einzutreten«: Ein Prozess, den das Grundmuster des Romans eingeleitet hat.

Möglichst bedingungslose Auslieferung an die Welt und zugleich formende Bemächtigung, gewaltsame Besitznahme derselben – nach einer konventionellen Verabredung könnte man von einer weiblichen und einer männlichen Haltung sprechen – sind die Koordinaten der »Sibylle«. Es ist, vor jedem Feilschen um Spezialästhetiken, die unerläßliche Doppelgeschlechtlichkeit, die vielleicht einzig wichtige Sexualität eines jeden Kunstwerks, ob nun ein Mann oder eine Frau dessen Urheber ist.

Von Brigitte Kronauer ist in diesem Herbst der Roman »Die Frau in den Kissen« erschienen

Konkret 11/90, S. 63

Peter Bahlsen

Massaker für die Marktwirtschaft

Nach ihrer Gründung im Jahr 1975 galt die Inkatha-Bewegung des Zulu-Führers Buthelezi zunächst als nationale Befreiungsbewegung und wurde vom Afrikanischen Nationalkongreß (ANC) unterstützt. Heute bildet sie die Basis für eine Contra in einem Nach-Apartheid-Südafrika

In der Information wird die Propaganda verborgen, durch die Darstellung von Fakten das Vorurteil genährt, mit dem Gefühl der »tiefen Bestürzung« nur der eigene Rassismus garniert. Das »Hamburger Abendblatt« vom 15. September 90 zum Beispiel präsentierte »Massaker im Zug« und erklärte: »Schwarze Mörderbande tötete im Blutrausch 26 Menschen«. Bis auf den »Blutrausch«, mit dessen Nennung der Schlagzeilen-Texter allenfalls sein persönliches Einfühlungsvermögen bewies, entsprechen alle anderen Aussagen den Fakten. Auf grausame Weise ermordeten fünf Männer in einem Zug bei Johannesburg 26 Menschen. Täter und Opfer waren Menschen schwarzer Hautfarbe, gehörten also zu der großen Mehrheit der südafrikanischen Bevölkerung, die seit Jahrzehnten unter die Apartheid-Diktatur der weißhäutigen Minderheit gezwungen ist. »Schwarze Mörderbande« ist richtig – und doch rassistisch, solange nicht bei jeder (Mord-)Tat die Hautfarbe des Täters mitgenannt wird. Das aber würde sowohl den Chauvinismus als auch das Schlagzeilen-Kontingent der hiesigen Tageszeitungen sprengen. Denn dann würde es, der südafrikanischen Realität entsprechend, zum Beispiel heißen: »Weiße Mörderbande in Pretoria bekommt Unterstützung von weißer Kohl-Regierung aus Bonn«, oder »Weiße Konzernherren profitieren von Massakern der weißen Polizei in schwarzen Städten.« Oder:

Die weiße Rassisten-Clique ließ in den letzten drei Jahren ungefähr 4000 schwarze Menschen ermorden. Im Apartheidrausch? Wahrscheinlich leben viele Weiße tatsächlich in einem wahn- und krankhaften Rausch ihrer Überheblichkeit. Dies aber konnte und kann sich auf so mörderische Weise nur entladen, weil er in eine intelligente politische Strategie umgesetzt wurde. *Inkatha* ist zum Instrument dieses Mordenlassens gemacht worden. Morden-»lassen« meint dabei weniger ein Verhältnis des Befehlens und Gehorchens, sondern eher eine Strategie des Gewährens und Versagens, des Begünstigens und Behinderns.

Für die besorgte liberale Öffentlichkeit wird so und nicht nur nebenbei das zeitgeistgemäße Wunschbild hergestellt, daß in Südafrika die mutigen Reformen des liberalen Staatspräsidenten De Klerk und das undogmatische Mitziehen Nelson Mandelas gefährdet werden durch den grausamen Bürgerkrieg der Schwarzen untereinander. Wie alle dem Zeitgeist geschuldeten Bilder ist auch dieses falsch, aber es erlaubte doch heimliche oder offene Sympathien mit der Militär- und Polizeiaktion »Eiserne Faust« der De Klerk-Clique. Solche Sympathien für das angeblich neutrale Eingreifen eines tatsächlich starken Staates wurden gefördert durch Andeutungen, der ANC habe einer solchen Aktion zugestimmt. Hat er aber nicht, obwohl es in der ANC-Führung gewisse Sympathien dafür gab. Es wurde auch schon die Entsendung einer UNO-Friedenstruppe nach Südafrika vorgeschlagen. Das wäre besonders attraktiv für die Deutschen, die dann wieder einmal helfen könnten, wenn die Schwarzen allein nicht hinkriegen sollten. Sie haben ja erst vor einem Jahr, damals noch in DDR- und BRD-Polizei getrennt, in Namibia beim Wählen geholfen. Warum sollte das demnächst nicht beim Schießen in Südafrika genauso gut gehen? Aber Achtung: Vorerst offenbaren diese von der südafrikanischen PR-Strategie angebotenen Gedankenspiele nichts anderes als den wohlwollenden Rassismus der Spieler.

Noch wird Buthelezis *Inkatha* gebraucht. Noch sind die mörderischen Attacken nützlich für De Klerk, weil sie seinen Feind und Verhandlungspartner Mandela und die gesamte Anti-Apartheid-Bewegung treffen. Und vermutlich wollen sich die Führer der beiden imperialistischen Weltmächte mit Buthelezi die Contra-Option für ein irgendwann unabhängiges Südafrika offenhalten. Schließlich hat man im großen und ganzen gute Erfahrungen mit der Renamo in Mocambique, der Unita in Angola oder der Contra in Nicaragua gemacht. Entsprechend war Buthelezi schon Gast bei Bush in den USA und bei Kohl in der BRD, als Mandela noch im Gefängnis saß. Eine zentralistisch organisierte, nationalistisch motivierte und vor allem effektiv bewaffnete Terror-Organisation wie *Inkatha* soll und wird neben der ökonomischen Kriegsführung das entscheidende Mittel sein, ein vom ANC regiertes Nach-Apartheid-Südafrika auf Linie zu halten oder zu bringen. Es ist nicht auszuschließen, daß die blutigen Kämpfe der letzten Monate sich fortsetzen und noch grausamere Wiederholungen finden werden.

Was aber ist *Inkatha?* Wie ist zu erklären, daß eine Organisation mit Mitgliedern aus der unterdrückten schwarzen Bevölkerung zum Instrument der weißen Unterdrücker werden kann? Das Ausmaß des inzwischen erreichten Terrors war kaum vorhersehbar, als *Inkatha* 1975 von Mangosuthu Gatsha Buthelezi im Ghetto-Homeland KwaZulu gegründet wurde. Damals verfügte Buthelezi schon als Chief-Minister dieses mit vier Millionen Menschen größten Homeland, das in zahlreichen Teilen in die Provinz Natal am Indischen Ozean eingesprenkelt ist, über umfangreiche Machtbefugnisse, die er ganz im Auftrag und unter Kontrolle des Apartheid-Regimes ausübte und ausübt. Das bedeutet andererseits, daß es ein demokratisches Mandat für Buthelezi ebensowenig gab und gibt wie eine Legitimation aus der Tradition, die ihn zum Sprecher oder gar Führer des Zulu-Volkes gemacht hätte. Nicht einmal der noch amtierende Zulu-König maßt sich eine solche Funktion an. Buthelezi hatte bis dahin, beruhend auf seiner Herkunft aus einem alten Adelsgeschlecht, die Funktion

eines Chiefs inne, also eines örtlichen Machthabers, von denen etliche in KwaZulu/Natal amtieren. Mit Ehrgeiz und taktischer Intelligenz hatte er sich frühzeitig dem Apartheid-Regime angedient. Nicht als plumper Kollaborateur und Apartheid-Befürworter trat er auf, wie die meisten anderen zu eben diesem Zweck eingesetzten Homeland-Chiefs, sondern als gemäßigter Kritiker.

Liberale Konzernherren und Politiker in aller Welt merkten bald, wie nützlich Buthelezi für sie sein konnte, der die Apartheid zwar heftig kritisiert, aber im erwünschten Gegensatz zum ANC für hundertprozentige Marktwirtschaft und ebensolche Gewaltfreiheit eintritt. Man kennt diese erprobte Mischung, wo die »Petit Bourgeoisie« sich lautstark des Volkes annimmt, über die schlechten Zustände klagt, um in den mit Volkes Hilfe erkämpften besseren zur richtigen Bourgeoisie werden zu können. Was dann zwar in der Regel nicht klappt, aber gleich wohl seinen Zweck erfüllt hat – für die internationale Bourgeoisie. Diese schützte jedenfalls ihren Buthelezi bei gelegentlichen Mißhelligkeiten mit allzu dummen Potentaten des Apartheid-Regimes.

Nun braucht aber ein Politiker, der es zu mehr bringen will als ausschließlich zum nützlichen Idioten einer Diktatur, nicht nur das Wohlwollen von oben, sondern auch eine gewisse Machtbasis bei denen unten. Diese Machtbasis schuf sich Buthelezi mit *Inkatha.* Schon der Name formuliert das halbe Programm. Denn *Inkatha,* das wörtlich übersetzt den geflochtenen Ring bezeichnet, mit dessen Hilfe die Frauen die Lasten auf ihrem Kopf transportieren, steht vor allem für einen symbolisch-rituellen Gegenstand des Zulu-Königtums und damit für die nationale Identität des Zulu-Volkes. Mit *Inkatha* erinnerte Buthelezi also zuerst an die frühere Selbständigkeit und manche erfolgreichen Kriege – auch gegen die fremden Eindringlinge – des »stolzen Zulu-Volkes«. Daß diese Kriege sich auch gegen andere schwarze Völker gerichtet hatten und daß die Selbständigkeit zuletzt eher die Form eines Militärstaates hatte, wurde in der Propaganda eher verschwiegen, aber untergründig assoziiert, auf grausame Weise erfolgreich, wie sich heute zeigt. Zudem setzte und setzt sich »das Zulu-Volk«, das in der Apatheid- und der *In*katha-Propaganda so einheitlich dargestellt wird, in der Realität aus vielen einzelnen Ethnien/Stämmen zusammen, von denen sich einige nicht einmal als Zulu verstehen.

Dennoch konnte sich *Inkatha* in den ersten Jahren mit einem gewissen Recht als nationale Befreiungsbewegung darstellen und entsprechende Resonanz in KwaZulu/Natal finden. Einige hunderttausend Mitglieder hat *Inkatha* nach unabhängigen Schätzungen an sich gebunden, nach eigenen Angaben sollen es heute 1,7 Millionen sein. Nach dem Verbot des u.a. von Steve Biko inspirierten Black Consciousness Movement (BCM) suchten einige ihrer Kämpfer bei *Inkatha* eine neue politische Heimat.

Auch der ANC hat den Aufbau von *Inkatha* anfangs skeptisch-wohlwollend begleitet. Immerhin berief sich Buthelezi auf ältere ANC-Traditionen und übernahm sogar dessen Farben. Die ANC-Führer erhofften sich wohl eine innere Destabilisierung dieses und der anderen für die Apartheid-Ordnung so wichtigen Homelands, auch durch die Organisierung der dort lebenden und für den illegalen ANC kaum erreichbaren Menschen. Dafür wurde das Risiko in Kauf genommen, daß mit *Inkatha* gleichzeitig auch die Verfestigung der Homeland-Strukturen und ihre Ausrichtung auf den einen Führer Buthelezi betrieben wurden. Heute weiß man, daß das Risiko zu groß war. Der *Inkatha-Zulu-Na*tionalismus ließ sich nicht in die Bündnis-Strukturen des gemischtrassigen ANC mit seinem gesamt-südafrikanischen Viel-Völker-Nationalismus einbinden. Ganz im Gegenteil trat mit der Verschärfung des Apartheid-Terrors die reaktionäre und aggressive Intention eines jeden Nationalismus stärker hervor, die heute die Impis (Kämpfer) von *Inkatha* bei ihren mörderischen Attacken treibt.

Die Apartheid-Strategen schienen schneller als ihre Widersacher vom ANC zu begreifen, daß der Inkatha-Nationalismus sich als effektive Waffe gegen den Internationalismus des ANC einsetzen ließ. Dementsprechend förderten sie Buthelezi mit allen möglichen Vergünstigungen, z.B. in Form von Investitionshilfen ür die Schaffung neuer Arbeitsplätze und Schulbauprogramme. Gezielt gab Buthelezi diese Vergünstigungen an Inkatha-Mitglieder weiter, was zur Attraktivität und Stabilisierung der Organisation beitrug. Bald kam aber auch das Mittel der Erpressung hinzu, indem die Beschäftigung in staatlichen Behörden, unter anderem auch in Schulen, von der Inkatha-Mitgliedschaft abhängig gemacht wurde. *Inkatha* wurde zur allein zugelassenen »Staats«-Partei in KwaZulu, die alle gesellschaftlichen Bereiche kontrolliert.

Seit Anfang der achtziger Jahre wurde *Inkathas* Dominanz in Frage gestellt. Immer häufiger entschieden sich Jugendliche für einen Schulboykott, Arbeiter für einen Streik und die Mitgliedschaft in einer *Cosa*tu-Gewerkschaft, Township-Bewohner für einen Konsumboykott. Stets mußten sie ihre Aktionen gegen *Inkatha* durchsetzen. Und immer häufiger gingen *Inkatha* und KwaZulu-Polizei, beide unter dem Kommando von Buthelezi, mit Gewalt gegen die Bevölkerung vor. UDF (United Democratic Front), ANC und COSATU wurden auch in KwaZulu populärer. Viele Zulu-Menschen, die auf der Suche nach Arbeit ihre dörfliche Heimat verlassen hatten und an die Ränder der großen Städte Pietermaritzburg und Durban gezogen waren, wandten sich von dem *Inkatha*-Nationalismus und Buthelezi ab, der ihnen nicht nur nicht helfen konnte, sondern sie sogar als »Abtrünnige« zu bekämpfen begann. Hier liegt der Beginn der Kriegsführung von *Inkatha,* die darauf abzielt, die Befreiungsbewegung zu schwächen, indem sie besonders deren linke Flügel durch Terror auszuschalten versucht. So ist es nicht zufällig, daß jeder politische Erfolg des ANC in diesem Jahr, der Buthelezi mehr ins Abseits des Geschehens brachte, von *Inkatha* mit einer neuen Terror-Welle gekontert wurde.

Inzwischen hat Buthelezi aus der ethnischen und auf KwaZulu/Natal beschränkten Organisation eine nationale und stammesübergeifende Partei gemacht. Das ging einher mit der Ausweitung der *Inkatha*-Kriegsführung auf die großen schwarzen Städte in der Johannesburger Region. Wie von den Betroffenen berichtet wurde, tauchten unter den Angreifern auch Weiße mit geschwärzten Gesichtern und Schwarze aus ganz anderen Ländern, vermutlich von der Renamo aus Mocambique, auf. Mit der nationalen und ethnischen Ausweitung des Kampfes und seiner Organisation dürfte Buthelezi rascher auf sein Ziel zusteuern, das er schon in früherer Zeit angedeutet hatte, das, so widersinnig es auf den ersten Blick scheinen mag, für eine nationalistisch inspirierte Bewegung aber naheliegt, nämlich die Zusammenarbeit mit den Buren, die ja gleichfalls mit ihrem »Afrikaaner«-Nationalismus zu den ärgsten Feinden des ANC gehören. Buthelezi und rechte Burenführer könnten sich näherkommen in der Verfolgung einer Strategie, die einen womöglich sozialistisch orientierten Vielvölker-Staat Südafrika zu verhindern sucht durch die Konzeption verschiedener Ein-Volk-Führer-Nationen. In solchen Staaten wären sie dann nicht mehr von liberalen internationalen Konzernen oder dem internationalistischen ANC bevormundet, sondern könnten sich ungehindert von der Petit zur richtigen Bourgeoisie hochentwickeln.

Derzeit ist Buthelezi aber vor allem für den ANC zu einem ernsthaften Problem geworden, das offensichtlich so nicht erwartet worden ist. Viele Tausend Tote, Zehntausende von Flüchtlingen, zerstörte Infrastrukturen, Angst bei den Älteren und hilflose Wut und Aggression bei den Jüngeren stellen für den ANC und die anderen Organisationen der Befreiung ein Problem dar, das sie kaum lösen können. So schwanken sie in ihren Reaktionen auf den *Inkatha-Terror* zwischen der angemessenen Weigerung, Buthelezi als nationalen politischen Führer anzuerkennen einerseits und dem immer neuen Versuch, mit Inkatha-Verantwortlichen zu Vereinbarungen zu kommen. Mal fordert der ANC De Klerk zum Eingreifen auf, um dann wieder den Einsatz der Polizeikräfte, die in der Tat meistens als Inkatha-Verbündete auftreten, zu verurteilen. Schon werden im ANC Forderungen lauter und auch von Nelson Mandela erwogen, die Suspendierung des bewaffneten Kampfes wieder zu suspendieren. Aber der ANC fürchtet eine Situation, in der er seine Waffen, die ursprünglich auf industrielle und militärische Einrichtungen der weißen Rassisten gerichtet waren, auf schwarze *Inkatha-Impis* richten müßte.

Hinweis: Viele Informationen dieses Artikels sind der Broschüre »Inkatha – Daten, Fakten, Hintergründe« entnommen, die in diesen Tagen erschienen ist. Man kann sie – unter Beilage von DM 4,- incl. Porto – bestellen bei der Anti-Apartheid-Bewegung (AAB), Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1. Das 20-Seiten-Heft gibt den zur Zeit besten Überblick über Inkatha und seine Unterstützung durch die BRD.

Konkret 11/90, S. 66

Ingrid Strobl

Freedom Now!

Assata Shakur, militantes Mitglied der Black Liberation Army, hat ihre Lebensgeschichte geschrieben. Es ist die Geschichte einer gelungenen Entwicklung vom anpassungswilligen weiblichen Underdog zur Revolutionärin

»Eine Bewegung, die nicht in der Lage ist, die politischen Gefangenen zu unterstützen, ist eine Bewegung ohne Zukunft.«
Julio Rosado, Nationale puertoricanische Befreiungsbewegung

»Ich habe den Reichen den Krieg erklärt, die an unserer Armut verdienen, den Politikern, die uns lächelnd belügen, und all den geist- und herzlosen Robotern, die diese Leute und deren Besitz schützen «
Assata Shakur

Am 2. November 1979 drang ein Kommando der Black Liberation Army in das Hochsicherheitsgefängnis Clinton, New Jersey, ein und befreite die schwarze Revolutionärin Assata Shakur nach sechs Jahren Haft aus dem Trakt. Drei Tage später, am 5. November, demonstrierten 5.000 Menschen in New York vor dem Gebäude der Vereinten Nationen für Menschenrechte und die Selbstbestimmung der schwarzen Community in den USA. Als ihnen die Nachricht von der erfolgreichen Befreiung Assata Shakurs überbracht wurde, brachen sie in lauten Jubel aus. Einige Wochen später, niemand wußte, wo Assata wirklich steckte, tauchten an den Häusern in den schwarzen Communities Sprühparolen auf, die verkündeten: »Assata is welcome here«, Assata ist hier willkommen.

Assata Shakur lebt heute auf Cuba, wo sie als politischer Flüchtling anerkannt ist. Im cubanischen Exil schrieb sie ihre Lebensgeschichte, die vor kurzem im Bremer Agipa-Press Verlag auf Deutsch erschien. Assata, Mitglied der Black Panther Party und Militante der Black Liberation Army, wurde im Mai 1973 nach einem Schußwechsel mit der Polizei auf der Autobahn von New Jersey schwerverletzt festgenommen. Ihr Genosse und Lebensgefährte Zayd Malik Shakur wurde von der Polizei getötet, Sundiata Acoll, der ebenfalls im Auto saß, konnte vorerst entkommen. Die Polizisten begannen sofort damit, Assata zu schlagen und zu treten, sie zerrten sie über den Asphalt und taten ihr Bestes, um die lebensgefährlich verletzte Frau umzubringen. Es gelang ihnen nicht, trotz fortgesetzter Folter und minimaler ärztlicher Behandlung im Krankenhaus. Assata überlebte. Sie überlebte auch ihre Haftbedingungen in verschiedenen Gefängnissen der Vereinigten Staaten, Haftbedingungen, deren vollständige Aufzählung einen Katalog exemplarischer Grausamkeiten ergäbe. Assata war »natürlich« lange Zeit in Isolationshaft, ihr wurden nicht nur Bücher, Decken, zusätzliche Nahrungsmittel, sondern auch die nötigen ärztlichen Behandlungen verweigert. Ihre Zellen waren feucht, voll Ungeziefer, teilweise ohne Fenster, während ihrer Schwangerschaft wurde sie an Händen und Füßen gefesselt unfähigen und unwilligen Ärzten vorgeführt, die ihr erklärten, eine wie sie solle froh sein, wenn sie das Kind verliere. Jede, auch die minimalste Haftverbesserung mußte durch mehrere Instanzen, bis vor die Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen, durchgefochten werden. Mehr als 20 Monate war Assata als einzige Frau in Männergefängnissen isoliert.

Assata Shakurs Haftbedingungen waren und sind keine Ausnahme. Sie sind quasi normal für die etwa 150 politischen Gefangenen in den USA. Einige dieser Gefangenen, vor allem Schwarze und Puertoricanerinnen, sind bereits seit 15 oder, wie Geronimo Pratt von den Black Panthers, seit 20 Jahren in den Trakten lebendig begraben. Die Mehrheit der – nicht nur politischen – Gefangenen in den USA sind Nicht-Weiße. Die Politischen sind vor allem Mitglieder der schwarzen, native american (»indianischen«) und puertoricanischen Befreiungsbewegungen und weiße Antiimperialistinnen und Antiimperialisten. Eine der weißen gefangenen Frauen ist Marilyn Buck, die 1988 zu 60 Jahren Gefängnis verurteilt wurde – unter anderem für die Befreiung Assata Shakurs aus dem Gefängnis. Marilyn Buck war auch eine der fünf Frauen (drei politische und zwei soziale Gefangene), die im Lexington Gefängnis unter besonders extremen Isolationsbedingungen einem Sonderexperiment in Sensorischer Deprivation unterworfen waren. Antonia Rodriguez vom Movimiento de Liberacion Nacional Puertorique'no berichtete im Februar diesen Jahres auf einer Veranstaltung in Bremen über die »Control Unit« im Gefängnis von Lexington:

»Der Trakt ist unter der Erde gelegen und die Zellen waren mit einer grellen weißen Farbe gestrichen. Die Frauen hatten keinen anderen Kontakt als zu fünf männlichen Schließern. Sie wurden permanent von Kameras überwacht, auch wenn sie duschten. Sie konnten niemals die Sonne sehen und hatten keinen Hofgang an der frischen Luft. Das Licht war 24 Stunden pro Tag eingeschaltet. Von früh bis spät wurde über Lautsprecher laute Musik gespielt. In den wenigen Stunden, in denen die Musik ausgeschaltet war, wurde der Schlaf immer wieder von den Schließern unterbrochen. Schon nach ein paar Monaten hatte sich der körperliche Zustand dieser Frauen verschlechtert.«

Dank einer bislang beispiellosen Kampagne gegen das Folterexperiment in Lexington wurde der Trakt schließlich geschlossen, die Frauen befinden sich zur Zeit in anderen Gefängnissen. Die Regierung hat jedoch gegen den

Gerichtsbeschluß zur Schließung des Traktes Einspruch erhoben – es besteht also immer noch die Gefahr, daß das Experiment wieder fortgesetzt wird.

1988, anläßlich des 40. Jahrestages der Verkündung der Charta der Menschenrechte der Vereinten Nationen, war als Bündnis verschiedener Befreiungsbewegungen und politischer, sozialer und kirchlicher Organisationen »Freedom Now!« gegründet worden. Ziel der Kampagne ist es, eine Amnestie für die politischen Gefangenen zu erreichen – und, als ersten Schritt, Aufmerksamkeit für die Lage der politischen, aber auch der Mehrheit der anderen Gefangenen in den Knästen und Zwangsarbeitslagern der USA herzustellen.

Am 10. Dezember 1990 wird »Freedom Now!« ein internationales Tribunal in New York veranstalten. Zehn bekannte Juristinnen, Juristen, Menschenrechtsexpertinnen und -experten werden dem Tribunal vorsitzen und die Anklage vortragen. Die Zeugenaussagen und Untersuchungen von ehemaligen Gefangenen, von Angehörigen, Anwältinnen und Anwälten jetziger Gefangener und von diversen Expertinnen und Experten sollen die Anklage untermauern. Die Ergebnisse des Tribunals werden veröffentlicht und nationalen und internationalen Menschenrechtsgremien übermittelt. Ein Schwerpunkt der »Freedom Now!«-Kampagne und des Tribunals ist die Forderung nach der Freilassung von Mumia Abu-Jamal, einem schwarzen Journalisten und ehemaligen Mitglied der Black Panther Party, der in der Todeszelle sitzt und jeden Tag mit seiner Hinrichtung rechnen muß. Die »Beweise«, aufgrund derer Mumia zum Tode verurteilt wurde, sind so erlogen und gefälscht wie die »Beweise« in fast allen politischen Verfahren in den USA (und bekanntlich nicht nur dort). Mumia Abu-Jamal, der aus seiner Zelle heraus lebhaften Anteil nimmt an den Geschehnissen und Entwicklungen »draußen«, schrieb über Assata Shakurs Lebenserinnerungen: »Assata, das ist eine Geschichte von überwundenem Elend, von bezwungenem Unglück. Und das beste daran ist, daß diese Geschichte wahr ist.«

»Assata«, das ist nicht »nur« die Geschichte einer politischen Aktivistin und Gefangenen. »Assata« ist eine Geschichte, die auch erzählt, wie aus einem »gehirngewaschenen« schwarzen Mädchen in den USA eine Revolutionärin wird. Als »gehirngewaschen« bezeichnet Assata Shakur ihr jugendliches Alter Ego, das die herrschenden, also weißen, Normen weitgehend verinnerlicht hat und alles Schwarze, sich selbst eingeschlossen, verachtet. Doch die Gehirnwäsche war nicht perfekt. In den Kapiteln über ihre Kindheit und Jugend berichtet Assata von den Erfahrungen, die sie Schritt für Schritt zu einem bewußten Menschen machten. So hatte sie zum Beispiel einen Jungen, der in sie verliebt war, mit der Bemerkung zurückgewiesen: »Weil du zu schwarz und häßlich bist«. Assata Shakur: »Er sah mich an, als würde er mich mehr verachten als sonst jemanden auf der Welt. Sein Blick ging mir durch Mark und Bein. Noch Wochen, vielleicht sogar Monate später verfolgte mich das, was ich getan hatte. Nichts konnte ich tun, nur mich ändern. Nicht seinetwegen, nein, um meinetwillen. Und ich änderte mich. 'Schwarz' und 'häßlich' habe ich danach nie wieder in einem Atemzug erwähnt, nicht mal in meinen Gedanken. Natürlich konnte ich all die Jahre des Selbsthasses und der Gehirnwäsche nicht in kurzer Zeit abstreifen, aber ich hatte einen Anfang gemacht.«

Assata ging weiter, von der Antikriegs- und Bürgerrechtsbewegung über eine radikale Studentenorganisation bis zu den Black Panthers. In einem Interview, das sie auf Cuba gab, sagt sie, warum sie sich den Panthers anschloß: »Weil ich dachte, daß das zu meiner Zeit das Richtige war. Selbst als ich einige Probleme mit dem Arbeitsstil der Partei bekam, gab es viele gute Sachen, die mich an der Black Panther Party reizten: die Militanz der Partei, ihre antiimperialistische Haltung und die Tatsache, daß die Black Panthers eine revolutionäre schwarze Organisation waren, die sich tatkräftig für sozialistische und revolutionäre Veränderungen einsetzte. Die Tatsache, daß die Partei Angriffen ausgesetzt war, gab mir zusätzlich das Gefühl, meine Mitwirkung würde immer wichtiger.«

Was die Panthers damals als »Angriffe« erlebten, erwies sich später als ausgefeiltes Counter-Insurgency-Projekt des FBI mit dem erklärten Ziel, die Organisation des schwarzen Widerstands, allen voran die Black Panthers und die Black Liberation Army, zu vernichten. Die Black Liberation Army (BLA) war 1970 entstanden, ursprünglich als klandestine Selbstverteidigungsorganisation der Panthers, als eine Art Miliz in den Ghettos, die die schwarzen Communities vor dem rassistischen Terror von Klu Klux Clan und Polizei schützen sollte. Nachdem im Rahmen des FBI-Counter-Insurgency-Projekts COINTELPRO immer mehr Militante und führende Kader der Panthers verhaftet und ermordet worden waren, ging die BLA dazu über, einerseits für die Mitglieder der Partei, die abtauchen mußten, eine funktionierende klandestine Struktur zu entwickeln und gleichzeitig selbst anzugreifen mit der Absicht, das US-Imperium auf Dauer zu destabilisieren. Die BLA organisierte sich in kleinen autonomen Zellen, die unabhängig voneinander operierten, auf der Basis eines gemeinsamen politischen Programms zu Erringung einer unabhängigen Schwarzen 'Nation', der »Republic of New Africa«, auf dem Boden der ehemaligen Sklavenhalterstaaten im Süden der USA.

In ihrer Autobiographie erklärt Assata Shakur, warum sie sich dafür entschied, in der BLA zu kämpfen: »Ich gehörte nicht zu denen, die glaubten, unser politischer Kampf müßte erst eine bestimmte Ebene erreicht haben, ehe wir anfangen könnten, die Illegalität zu organisieren. Ich glaubte, daß es wichtig sei, mit dem Aufbau illegaler Strukturen so bald wie möglich zu beginnen. Und obwohl ich fand, daß die Hauptaufgabe des Untergrunds im Organisieren und im Aufbauen bestehen müßte, sollten bewaffnete Widerstandsaktionen durchaus nicht ausgeschlossen sein. Solange es unsere langfristigen Pläne nicht behinderte, sollten Guerillaeinheiten einige sorgfältig geplante und gut getimte bewaffnete

Aktionen durchführen können, die zeitlich auf die politischen Zielsetzungen der legalen politischen Zusammenhänge abgestimmt waren. Nicht irgendwelche Aktionen, sondern solche, die die Schwarzen spontan verstehen und unterstützen konnten. Aktionen, die sich in der schwarzen Community schnell herumsprechen würden.«

Die Black Liberation Army operierte noch bis in die 80er Jahre. Eine ihrer gelungensten Aktionen war die zusammen mit weißen Antiimperialisten durchgeführte Befreiung Assata Shakurs.

In ihrer Autobiographie spielt Assata ihre eigene Rolle sowohl bei den Panthers als auch in der BLA ziemlich herunter. Die Gründe dafür liegen vermutlich sowohl in notwendiger Konspirativität zum Schutze anderer als auch in ihrer Bescheidenheit. Eine Schwäche des Buches ist allerdings, daß die Autorin vieles voraussetzt, das ihre jüngeren (und ihre europäischen) Leserinnen und Leser nicht wissen und damit nicht verstehen können. Die zum Teil ausführlichen Anmerkungen des Verlages versuchen zumindest ansatzweise, diesen Informationsmangel zu beheben, sie sollten daher noch vor Assatas eigenem Text gelesen werden.

»Assata« ist ein schönes Buch. Es erzählt eine Geschichte, lebendig, humorvoll, undogmatisch, selbstkritisch und mit einer selbstverständlichen Radikalität, die hierzulande nur erstaunen kann. Über andere Menschen, über ihre schwarzen Schwestern und Brüder in den Communities, in der Organisation und in den Gefängnissen spricht Assata Shakur mit einer liebevollen Zuneigung, die mit ihrem ebenso großen klaren Haß auf das System, das sie unterdrückt und entmenschlicht, korrespondiert. »Assata« ist nicht »nur« die »Geschichte von überwundenem Elend«, es ist auch die Geschichte einer gelungenen Entwicklung vom anpassungswilligen weiblichen Underdog zur Revolutionärin.

Assata Shakur: Assata. Eine Autobiographie, Agipa-Press, 29.80 Mark

Informationen zu den politischen Gefangenen in den USA und zur Kampagne »Freedom now!« gibt es bei Agipa-Press, Eichenberger Str. 53. 2800 Bremen

Konkret 11/90, S. 68

Lars Becker

Schwarz-Weiß-Filme

Auch in gutgemeinten Anti-Apartheid-Filmen weißer südafrikanischer Regisseure bleibt Schwarzen nur die Nebenrolle. Mehr Aufschluß über die aktuellen Verhältnisse in Südafrika liefern die meist als 16mm-Filme oder Videos gedrehten Dokumentarfilme schwarzer Künstler. Ein Bericht vom 4. Weekly Mail Film Festival in Johannesburg

Als in diesem September unter der Schirmherrschaft der liberalen Wochenzeitung »Weekly Mail« das nach ihr benannte 4. Weekly Mail Film Festival in Johannesburg startete, kam es zu einer grotesken Begegnung, die die kulturelle Kluft zwischen schwarzen und weißen Südafrikanern nicht deutlicher hätte machen können: Die schwarzen Filmemacher vom Film und Video Unit aus dem Alexandra Township trafen im Foyer eines Kinos auf die weißen Fans der Rocky Horror Picture Show, die mit turbulentem Getue die 1.000. Vorstellung begossen. Bei soviel transsexueller Knutscherei verkrümelten sich die schwarzen Filmschaffenden auf der Stelle.

Natürlich war Rocky Horror weder Programmteil des Festivals noch etwa letzter Stand der Dinge des südafrikanischen Films, doch das Lebensgefühl der Späthippie-Ära gehört ebenso zum neuen liberalweißen südafrikanischen Film wie die düstere Untergangsstimmung. So war es auch wenig verwunderlich, daß die Karten für Filme von Woody Allen (»Crimes and Misdemeanors«), oder Peter Greenaway (»The cook, the thief, his wife and her lover«), die ihre Filme nach Nelson Mandelas Entlassung erstmals in Südafrika zeigten, sofort ausverkauft waren. Entscheidend für diesen Erfolg waren jedoch nicht nur jahrelanger Kulturboykott oder Zensur, sondern daß beide Filme in den eigenen vier Wänden bleiben, in der Innenwelt des weißen, intellektuellen Bildungsbürgertums, einer Welt der Midlife- und Beziehungskrisen, ihrer mal soften, mal schwer alkoholisierten Bewältigungsversuche, einer Welt des sexuellen Notstands, der Nouvelle Cuisine, der Couch des Psychiaters und damit auch der Welt der südafrikanischen weißen Liberalen, die zwar nach New York und London jetten, doch kaum ein afrikanisches Nachbarland betreten haben – es sei denn als Soldat.

So sind auch viele der neueren Filme weißer südafrikanischer Regisseure eher pessimistische, selbstbezichtigende und ziemlich gewalttätige Abrechnungen mit der weißen Vorherrschaft, also mit sich selbst, als mutmachende Zustandsbeschreibungen eines »anderen« weißen Südafrikas. Dazu gehören »Jobman« von Darryl Roodt (1989) und besonders »Sacrifice« von Aldo Lee und Lance Gewer (1990). »Jobman« erzählt die Geschichte eines farbigen Farmarbeiters Anfang der sechziger Jahre, der nach jahrelanger Mißhandlung seinen Peiniger tötet. Sehr präzise und durch viele Kamerakranfahrten formal an einen Ami-Western erinnernd, zeigt der Film die darauffolgende Menschenjagd der Farmer, deren Wunsch nach Selbstjustiz im tumben Einklang tief christlichen Glaubens steht, und endet schließlich sehr symbolisch in der Weite des Karoo-Landes: Ausgerechnet Jobmans weißer Freund aus Kinderzeiten, ebenfalls Farmer, kann nicht anders und tötet ihn.

Wesentlich gewalttätiger und fast schon zwanghaft ist der Showdown in »Sacrifice«, dem Gewinner des diesjährigen Kurzfilm-Wettbewerbs. Geschildert wird die kaputte Psyche und die totale Selbstzerstörung einer strenggläubigen burischen Farmerfamilie in Venda, im Norden Südafrikas. Die Mutter holt ihre jugendliche Tochter, die kurzfristig in die Stadt abgehauen war, zurück auf's Land, zurück in den ganz normalen Alltag, in die Arme des Vaters. Fortan erlebt sie alptraumartig mit, wie die Tochter von ihrem Vater vergewaltigt wird. Die Mutter ergibt sich betend ihrem Schicksal und sorgt nur dafür, daß der jüngere Sohn nichts davon erfährt. Erst als der seine Schwester eines Tages tot im Flußbett findet, greift die Mutter zur Flinte und erschießt die ganze Familie, wobei auch der unschuldige Junge dran glauben muß . Doch hier ist der Tod kein verzweifelter Akt, sondern erscheint als schicksalshaft vorbestimmt. Der gottgewollten rassischen Vorherrschaft, personifiziert durch den Vater, folgt der gottgewollte Untergang durch die Mutter: I'm sorry, I'm white.

In einer Studie des Anti-Apartheid Cinema der Universität Natal (Durban) werden diese Filme auf Grund ihrer Radikalität als mögliche Modelle für das 3. Kino (Third Cinema), einen dritten Weg, gehandelt. Doch auch wenn sie nicht die Fehler gutgemeinter Anti-Apartheidfilme wie »Cry Freedom«, »A World Apart« oder »Weiße Zeit der Dürre« wiederholen und die schwarzen Hauptrollen mit Amerikanern besetzen, so vollziehen »Jobman« und »Sacrifice« auf ihre Weise eine stigmatisierende Rollenzuweisung: In beiden Filmen bleiben die Schwarzen Randfiguren und sprechen keinen Ton.

Ganz anders dagegen der in Zimbabwe gedrehte Polit-Thriller »Dark City« des Engländers Chris Curling. Trotz exzessiver Gewalt scheint Sprache noch eine Lösungsmöglichkeit für Konflikte darzustellen. Das widerspricht zwar dem auch hier gewalttätiger werdenden Handlungsverlauf, liegt aber im wesentlichen daran, daß Curling seine schwarzen Protagonisten nicht zu exotischen Randfiguren macht, mystisch fremd und für Weiße unerreichbar, sondern die Geschichte konsequent aus der Perspektive von Victor (Sello Maake Ka-Ncube), einem schwarzen Townshipbewohner, erzählt. Bei einem Protestmarsch im Dark City Township erlebt Victor, wie sein Freund stirbt, nachdem der Bürgermeister in die Menge geschossen hat. In Rage tötet Victor daraufhin einen Ratsherrn, schmeißt ihn in des Bürgermeisters Pool und flieht. Die Polizei verhaftet sieben andere Demonstranten. Victor glaubt solange an ihre Freilassung, bis er erfährt, daß ein Gesetz zur Anwendung kommt, das eine kriminelle Gruppe mit gemeinsamer Tötungsabsicht konstruiert. Die »Dark City Seven«

werden unter Mordanklage gestellt und zum Tode verurteilt. Dark City explodiert. Das Drehbuch entstand auf dem dokumentarischen Hintergrund der 1987 unschuldig zum Tode verurteilten Sharpeville six.

Ein Film, der nicht *über* den Kampf berichtet, sondern ihn von innen reflektiert und noch dazu ganz selbstverständlich ohne die stereotype Rollenzuweisung auskommt, war der einzige Spielfilm eines schwarzen Regisseurs. »Swimming Pools for Soweto« von Ramolao Makhene handelt von zwei ehemaligen Straßenkämpfern aus Soweto, die sich nach über zehn Jahren wiedersehen. Während einer der beiden inzwischen mit einer weißen Frau zusammenlebt und mit dem absurden Slogan des Titels sein Geld im Township verdienen will, ist sein Ex-Genosse nicht nur auf der Flucht vor der Polizei, sondern wortradikal wie eh und je. Die schlagfertige Aufarbeitung von Makhenes eigener Geschichte, Revolution versus Swimming Pools für alle, gerät leider am Schluß zu einem tränenreichen und etwas pathetischen Eingeständnis des etablierten Poolvertreters, die eigene Sache verraten zu haben.

»Swimming Pool« steht in der Tradition des Market Theatre, des radikalen und temperamentvollen Anti-Apartheid Theaters Johannesburgs (»Sarafina!«), und ist wie ein Bühnenstück inszeniert. Thematisch und schauspielerisch jedoch ist der Film allerbestes südafrikanisches Kino und darum viel eher »Third Cinema« als »Jobman« und »Sacrifice«, die beide (wie viele andere) stilistisch vor allem ans amerikanische Kino erinnern. Das tun sie nicht zuletzt auch deshalb, weil der jahrzehntelange und von allen südafrikanischen Filmemachern bitter beklagte Kulturboykott zu einer filmischen Hollywood-Einöde führte. Hollywoods Major Companies ignorierten den Boykott und brachten ihre Filme natürlich in die Kinos, die europäischen Autorenfilme blieben dagegen lange draußen.

Über 60 Dokumentarfilme in allen Formaten (16mm, Video U-matic, VHS, V8), Längen und Themen brachten einen sehr informativen Einblick in die jüngere südafrikanische Geschichte. Sie waren spannend, wütend und witzig, wenn auch manchmal auf Grund ihrer Nähe (oder gar Kooperation) mit dem ANC pathetisch heldenverehrend und filmisch ungeschickt. Stellvertretend für dieses Genre sind die Arbeiten von Brenda Goldblatt und Mike Aldrige, die in ihren thematisch interessanten Filmen »Out of the Darkness« und »Who was David Webster?« mit Kommentar, Interviews, Kamera und Montage allzu deutlich zu beweisen versuchen, was ihr Thesenpapier vorlegte. So erzählt »Out of the Darkness« sehr heroisch vom Kampf der KwaNdebele Frauen, die sich erfolgreich und ohne ihre täglich nach Pretoria pendelnden Männer (Nightrider) gegen eine Unabhängigkeitsentscheidung der Regierung wehren, und in »Who was David Webster?« bekommt der Akademiker Webster, ein bekannter und außerordentlich beliebter weißer radikaler Apartheidgegner, der von Unbekannten vor seinem Haus erschossen wurde, vom Filmemacher Aldrige einen peinlichen Heiligenschein verpaßt. Während wir kaum etwas von Webster's Recherchen und Erkenntnissen über rechtsradikale südafrikanische Todesschwadrone erfahren, die ihn vermutlich aus Angst vor Enttarnung töteten, gerät der Film zum peinlich schwärmerischen Nachruf.

Die schönsten Dokumentarfilme »Sunday in Alex« und »Juskei River« jedoch kamen vom Alexandra Film und Video Unit, einér Kooperative junger schwarzer Filmemacher. Alexandra, im Volksmund Alex, ist im Gegensatz zu Soweto ein in sich geschlossenes, nachbarschaftliches und zugleich hochpolitisiertes Township mit 150.000 Bewohnern, die größtenteils in erbärmlicher Armut leben und von denen gerade 10 Prozent Strom und fließendes Wasser haben. Anders als Soweto liegt Alex mitten in Johannesburg und in unmittelbarer Nachbarschaft zu Sandton, dem weitausladenden Viertel der Superreichen. Mitten im Township liegt das King's Theater, wo gewöhnlich »Halloween 4«- und »Karate Kid 8«-Filme laufen.

»Juskei River« und »Sunday in Alex« sind selbstbewußte, frech abgezoomte V8-Videos, die das Leben im Ghetto zeigen, sozial anklagend und doch humorvoll: Kinder in adretter und propperer Schuluniform auf dem Weg nach Hause, Interviews in den Wellblechhütten in Alex West und in den besseren Matchboxhäusern in Alex East, getrennt durch den verdreckten Juskei River, in dem Kinder baden und Frauen waschen. »Sunday in Alex« zeigt einen ganz normalen Sonntag im Township, zwischen Shebeen (illegale Kneipe), wo ordentlich gesoffen und getanzt wird, Straßenfest, Kino und Kirche. So sind die Filme bei allem Elend auch ein Plädoyer für das nachbarschaftliche und familiäre Townshipleben und gegen die Zwangsumsiedlung in die neue Hölle, die neuen Ghettos, die Billigreihenhäuser der Reißbrettstädte mitten in der Wüste.

Beide Filme zeigen ein urbanes Afrika und sind frei von dem Dilemma der Weißen, mit der Sehnsucht nach einer anderen Lebensweise auch die Unmöglichkeit zu zeigen, sich daraus zu befreien. Und während der Kirchenchor einen endlosen Gospel intoniert, erzählt ein junges Mädchen, daß sie den Pfarrer ein letztes Mal gewarnt hätte: Wenn er nicht die Finger von ihr ließe, würde ihm seine Frau erst einen Eimer Wasser über den Kopf gießen, und sie würde die Kirche nie wieder betreten.

Unbestrittener Höhepunkt schließlich waren Rückkehr und Konzert des seit 15 Jahren im Exil lebenden südafrikanischen Jazz-Pianisten Abdullah Ibrahim aka Dollar Brand, der wie Miriam Makeba über eine ungebrochene Popularität bei Schwarz und Weiß verfügt und mit einer sehr sparsamen Filmmusik zu einem der schönsten Filme des Festivals beitrug: »Tilai« von Idrissa Ouedraogo (Burkina Faso), dessen vorangegangener Film »Yaaba« gerade im Zweiten Deutschen Fernsehen zum Dreiteiler verhackstückt und im Kinderprogramm gezeigt wurde. »Tilai« erzählt in eindrucksvollen und sorgfältig eingerichteten Bildern die vergebliche (und außergesetzliche) Liebesgeschichte Sagas, der nach langer Zeit in

sein Dorf zurückkehrt und die ihm vorher zugesprochene Nogma nun als Frau seines Vaters vorfindet. Perlenspielartig kreuzen sich fortan die Wege der Dorfbewohner in der Steppe Burkina Fasos. Hat die Kamera gerade den Vater aus dem Blick verloren, betritt Nogma die sandige Bühne, und wenn sie dann mit ihrem Liebhaber Saga in dessen abseits gelegener Hütte verschwindet, so geschieht das zum Entsetzen des Bruders, der gerade auf einem Esel daherreitet und dem man schon ansieht, wie sehr er seine Entdeckung bedauert. Die brillanten Bilder könnten auch von einem uralten Affenbrotbaum stammen, der das Kommen und Gehen in aller Ruhe, den Tod Sagas jedoch in undramatischer Kürze erfaßt: Peng. Plumps. Das wars.

Am letzten Tag, als die Welle der Gewalt, die das Festival drei Wochen lang begleitete, auf der Straße etwas abebbte, kündigten die dauerhaft optimistischen Festivaldirektoren Liza Key und Trevor Taylor für 1991 ein neues Film Festival an. Dazu kann man ihnen außer Glück nur wünschen, daß andere Akzente im Programm gesetzt werden können. Hollywood ist weit, aber Afrika liegt vor der Tür.

Konkret 11/90, S. 70

Susanne Heim; Götz Aly

Kann Auschwitz sich wiederholen?

Im Oktober 1989 haben Susanne Heim und Götz Aly »Thesen zur Herrschaftsrationalität der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik« in KONKRET vorgestellt. In der daran sich anschließenden Diskussion der Frage, ob es eine Ökonomie der »Endlösung« gebe, ob also die NS-Ausrottungspolitik ökonomisch und bevölkerungspolitisch motiviert gewesen sei, haben Historiker, Sozialwissenschaftler und Philologen sich in zahlreichen Beiträgen mit diesen Thesen auseinandergesetzt und eigene Versuche unternommen, die NS-Massenmorde zu 'verstehen' Zum (vorläufigen) Abschluß dieser Debatte antworten Heim/Aly ihren Kritikern: »Das konzeptionelle Denken, in dem Massenmord zum 'sinnvollen' Mittel struktur- und entwicklungspolitischer Planungen wurde, ist nach wie vor aktuell«

In diesen Tagen wurde der Nationalsozialismus dorthin befördert, wo ihn manche schon längst haben wollten – er wurde Geschichte. Unter deutscher Zeitgeschichte, Historie also, die noch raucht, wie es Martin Broszat mit der ihm eigenen Präzision formulierte, wird man künftig die Frühgeschichte der Bundesrepublik und die Geschichte der Ex-DDR verstehen. Die Deutschen haben sich wieder. Die »Drift zur Mitte« (Diner), der Übergang von der Bundesrepublik hin zu einem Deutschland, das wieder »im Herzen Europas« liegt, ist abgeschlossen. Auschwitz ist nicht länger »Identifikationsbarriere«. Was mit dem Historikerstreit begann, scheint mit der Wiedervereinigung vollendet: die Konstituierung eines positiven deutschen Nationalbewußtseins über die nationalsozialistische Vergangenheit hinweg. Dan Diner hat diese »Bewegung der Bundesrepublik hin nach Deutschland« schon lange vor dem Fall der Mauer ausgemacht, und einiges, was er in diesem Zusammenhang prognostiziert hat, ist inzwischen Wirklichkeit geworden.1

Die Folgen dieser Veränderung spüren wohl alle, die sich an der in dieser Zeitschrift über elf Folgen geführten Diskussion über den Charakter der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik beteiligt haben: ob es nun um Ulrich Herberts Bemühungen um eine wenigstens symbolische Wiedergutmachung für ehemalige Zwangsarbeiter geht, um Jan Philipp Reemtsmas Streit mit den Profiteuren von Neuengamme oder um das allen Diskutanten gemeinsame Ziel, Auschwitz gewissermaßen irreversibel im kollektiven Bewußtsein festzuhalten.

Die Situation der deutschen NS-Forschung schien in den letzten Jahren besser, als sie tatsächlich war: Die Zahl der Publikationen wächst fast täglich und erweckt den Anschein, als würde sich alle Welt mit dem Nationalsozialismus auseinandersetzen. Zwar sind wichtige Arbeiten erschienen, die Tendenzen nationalsozialistischer Politik offenlegen, über die bis dahin wenig oder gar nichts bekannt war, so z.B. die Studien von Gisela Bock und Ulrich Herbert, die großen Dokumenteneditionen der Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts, des Autorenkollektivs um Wolfgang Schumann und Ludwig Nestler oder die Publikationen des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes in Freiburg. Dennoch gibt es bislang weder eine umfassende Studie zum Reichssicherheitshauptamt noch eine ernstzunehmende Biographie Himmlers, es gibt kein deutsches Standardwerk zur Ermordung der europäischen Juden, die Bücher, die zum Vierjahresplan, zur nationalsozialistischen Polenpolitik, zum Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums geschrieben wurden, sind verdienstvoll, aber veraltet. Wesentliche Quelleneditionen fehlen, seien es die Eichmann-Protokolle und -Dokumente oder die Ereignismeldungen der Einsatzgruppen. Ein Großteil der Darstellungen zum Nationalsozialismus bricht im Jahr 1939 ab, die Arbeiten zu einzelnen Themengebieten stehen vielfach unverbunden nebeneinander. Zugleich wird eine Unzahl von Studien verfaßt, die sich mit örtlichen, regionalen oder institutionellen

Einzelaspekten beschäftigen. Sie sind oft sehr engagiert geschrieben, bisweilen auch mit eher modischem Gegenwartsbezug, aber sie verlieren sich im Detail. Während inzwischen alle einschlägigen Archive offen sind und nun wirklich aus einem auch notwendigen Abstand heraus systematisch gearbeitet werden könnte, verkommt das Thema zu einer Art massenhafter NS-Heimatkunde oder aber zu oft dünkelhaft geführten und von unglaublicher Selbstüberschätzung bestimmten akademischen Diskussionen, bei denen sich die Beteiligten auf allen Seiten um neue Fakten nicht bemühen. Das geht so weit, daß die sozial-liberale Garde der Historiker in der Bundesrepublik eine zwar nicht uninteressante, aber doch recht beliebige Vortragssammlung unter dem Titel veröffentlicht hat »Der historische Ort des Nationalsozialismus«. Es geht offenbar eher um das schnelle Festklopfen von Ergebnissen als um neues Nachdenken.

Das gilt auch und besonders für die Erforschung der Entscheidungsprozesse, die zum Mord an den europäischen Jüdinnen und Juden geführt haben. Obwohl weithin ein absoluter Mangel an Dokumenten und wirklich exaktem Wissen beklagt wird, geht es nicht mehr um Fakten, sondern um Interpretationen. Das publizistische Bild bestimmen Sammelbände, Wiederveröffentlichungen von Altbekanntem, schnell hingeworfene Aufsätze, wobei auf systematische Quellenforschung und Analyse verzichtet wird. Dan Diner vertritt dieses Genre als Herausgeber und Autor ebenso exemplarisch wie brillant, wobei nicht alle, so wie der Historiker Diner, davon ausgehen, daß die Geschichte des Holocaust unter Verzicht auf jede Empirie geschrieben werden könnte. Im Rhythmus der Verlagsprogramme überrascht Diner von einem halben Jahr zum nächsten mit neuen Interpretationsvarianten. Mal ist Auschwitz »ein schwarzes Loch des Erklärens«, wenig später ein »Zivilisationsbruch«, also doch erklärbar. Dann wieder ist ein »Verständnis (!) der Massenvernichtung« nur aus der Opferperspektive möglich, wobei diese Perspektive »kognitiv von jedem und allen einnehmbar« sei.2 Zuletzt wieder riet Diner von der Opferperspektive ab und behauptete, daß man von den Judenräten ausgehen müsse, um eine adäquate

»historiographische Verschmelzung« (KONKRET 1/90, S. 72) von Täter- und Opferperspektive zu erreichen. Nun ist die Beschäftigung mit dem »Phänomen der Judenräte« (Diner) zweifelsohne wichtig, um bestimmte Aspekte der antijüdischen Politik und des Massenmords zu verstehen. Warum diese Perspektive die einzige sein sollte, die der universalhistorischen Bedeutung der nationalsozialistischen »Massenverbrechen« gerecht wird, hat Diner bislang nicht erklärt, noch hat er eine eingehende Analyse der Archivalien zur Judenratspolitik publiziert, die die »reale Lage« der Judenräte dokumentieren würde, auf die Diner sich bei seiner »Wahl der Perspektive« bezieht.

In den »Beiträgen zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik« untersuchen wir demgegenüber die NS-Zeit anhand sozial-, wirtschafts- und gesundheitspolitischer Fragestellungen und gehen dabei von den Tätern aus, insbesondere von den Machern in der Ministerialbürokratie und den vielen sehr zielstrebig arbeitenden Politikberatern der damaligen Zeit. Wir stützen uns dabei im Gegensatz zu Diner lieber auf Raul Hilberg, der meint: »Es gibt keinen besseren Weg, an die Realität heranzukommen, als eben diese Perspektive der Täter zu rekonstruieren.«3

Im Historikerstreit gab es ein Problem, das diejenigen, durch die auch wir uns vertreten sahen, nie richtig benannten: Werner Röhr hat bereits auf die Hilflosigkeit der linksliberalen Geschichtsschreibung hingewiesen (KONKRET 8/90, S. 44), die dem umfangreichen Lebenswerk eines Andreas Hillgruber und der einigermaßen übergreifenden Betrachtungsweise eines Ernst Nolte wenig entgegenzusetzen hat, es sei denn das richtige Bekenntnis. Und als öffentlich bekannt wurde, daß die Zahlen der in Auschwitz ermordeten Menschen bislang zu hoch geschätzt worden sind, herrschte in diesen Kreisen lediglich betretenes Schweigen. So schlecht gerüstet wird man der Geschichtsrevision nicht Einhalt gebieten können. Das einzige, was Ernst Nolte im wohlverstandenen Eigeninteresse zur Zeit tun muß, ist – abwarten: Die Wiederbelebung der Totalitarismustheorie zum Zweck der Relativierung von Hadamar, Treblinka und Auschwitz geschieht auch ohne sein Zutun. Die Diskussion und Offenlegung der stalinistischen Verbrechen in der Sowjetunion trägt dazu ebenso bei wie die Enthüllungen über die Stasi-Methoden in der ehemaligen DDR. Im übrigen ist es für den Zustand der offiziellen deutschen Geschichtswissenschaft natürlich auch kennzeichnend, daß eine solche Diskussion, wie sie nun seit einem Jahr in dieser Zeitschrift geführt wird, eben nur hier geführt werden kann. Die historischen Fachzeitschriften interessieren sich dafür nicht. Herzlichen Dank also an die Redakteure von KONKRET.

Wir haben im Rahmen einer kleinen Gruppe seit Jahren einen privat initiierten und selbst finanzierten Versuch unternommen, quer zu den universitätsamtlichen Drittmittelschienen die Politik des NS-Staates zu erforschen und zu verstehen. So sind die »Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik« und andere Publikationen entstanden. Ernst Köhler ordnet sie aus dem Blickwinkel des Konstanzers, für den gleich hinter Stuttgart die norddeutsche Tiefebene anfängt, in die von ihm kreierte »Hamburger Schule« ein. Ob es sich nun um die sehr unterschiedlichen Schriften der Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts, um die Publikationen von Klaus Dörner oder um die in Berlin erscheinenden »Beiträge« handelt – für Köhler steckt hinter alledem die gleiche Clique die »entdifferenzierend« und »überfliegerhaft« das Morden »theoretisch einebnet« – wohingegen er selbst zwischen »demokratischer« und »antidemokratischer« Eugenik (die SED läßt grüßen!) einen prinzipiellen Unterschied zu machen weiß (KONKRET 2/90, S. 77).

Was auch immer Köhlers Rage gegen die »Hamburger Schule« motiviert haben mag, sie bewahrt ihn jedenfalls davor, sich mit der These, daß es einen konzeptionellen Zusammenhang zwischen den »Euthanasie«-Morden und der Vernichtung des europäischen Judentums gegeben hat, ernsthaft auseinanderzusetzen. Köhler weiß auch ohne Beschäftigung mit den historischen Fakten, daß nicht sein kann, was nicht sein darf: Weil Krankenmord und Judenpolitik »natürlich ganz unvergleichbar« (KONKRET 2/90, S. 76) sind, könne auch die »Verwicklung« der diversen Machtzentren und die Position der planenden Intelligenz nicht miteinander verglichen werden. Als seien es nicht gerade die Fachleute der »Euthanasie«-Aktion T4 gewesen, die die Vernichtungslager für die jüdische Bevölkerung Polens aufgebaut und betrieben haben4, und als seien nicht sowohl für die Psychiatriepatienten als auch für die ghettoisierten Juden betriebswirtschaftliche Berechnungen angestellt worden, die den Arbeitsertrag und die Unterhaltskosten gegeneinander aufrechneten ... Zwar gesteht Köhler zu, bislang über die bevölkerungspolitischen Planungen, die sich im besetzten Polen gegen die jüdische Minderheit richteten, nichts gewußt zu haben. Dennoch weiß er, daß wir sie »grotesk« überschätzen.

Unter der Fragestellung »Gibt es eine Ökonomie der Endlösung?« haben wir im Band 5 der »Beiträge«5 versucht, die Expertisen, Planungen und Konzepte zu analysieren, in denen die Massenvernichtung als »Lösung« eines »Bevölkerungsproblems« nahegelegt oder gefordert wurde. Wir haben dann an dieser Thematik weitergearbeitet und können das Ergebnis etwa so formulieren6:

Der traditionelle deutsche Antisemitismus und Minderheitenhaß, Dünkel und Unduldsamkeit gehörten zwar zu den geschichtlichen Voraussetzungen, die Auschwitz möglich machten, sie waren aber nicht zureichend, um Auschwitz Wirklichkeit werden zu lassen. Vielmehr mußte sich die aggressive Ideologie des Nationalsozialismus, die alte Vorurteilsmuster aufnahm und ständig aktivierte, mit der Aggressivität umfassender Sanierungs-, Entwicklungs- und Neuordnungspläne kreuzen. Die Begründungen für die Morde an vielen Millionen Menschen entziehen sich nicht der Reflektion; jeder einzelne Schritt ist vielmehr gedanklich nachvollziehbar und kommunizierbar. Von einem »schwarzen

Loch« (Diner) des Erklärens kann (leider) keine Rede sein. Wer das behauptet, der unterschätzt die nationalsozialistische Politik.

Die verschiedenen im Deutschland der Jahre 1939 bis 1945 realisierten und darüber hinaus noch geplanten Massenmorde haben einen gemeinsamen utilitaristischen Nenner, der nicht einfach als »nazistisch« aus dem Gesamtprozeß gesellschaftlicher Modernisierung isoliert werden kann. So gesehen war der Mord an den europäischen Juden der vorgezogene und unter den Bedingungen des Krieges am weitestgehend verwirklichte Teil noch weit größerer Mordprogramme.

Modern an der damaligen deutschen Politik des Massenmords waren nicht allein die Methoden der arbeitsteiligen Erfassung der Opfer, ihrer Ausgrenzung und Enteignung, ihrer völligen sozialen Isolierung und schließlich ihrer Deportation, – modern waren insbesondere die sozialwissenschaftlichen und sozialpolitischen Begründungen für die »Notwendigkeit«, die Bevölkerung Europas insgesamt zu verringern und neu zu strukturieren. Auschwitz ist in hohem Maß die Folge einer gnadenlos instrumentalisierten Vernunft. Was die Entscheidungsabläufe, die diesen Verbrechen vorausgingen, anbetrifft, so erscheint es realistisch, von einem längeren Prozeß auszugehen, in dem sich die Zielvorstellungen, die in verschiedenen Institutionen, die nicht alle gleichrangig waren, erarbeitet wurden, miteinander verschränkten und wechselseitig radikalisierten. Dieser Prozeß sollte aber nicht als quasi beliebige Häufung antijüdischer Maßnahmen, die dann in einen von den Beteiligten im Grunde nicht mehr kontrollierten »selbstinduzierten Automatismus« (Hans Mommsen) der Vernichtung führten, mißverstanden werden. Vielmehr läßt sich eine bevölkerungsökonomische Gesamtkonzeption nachweisen, die aus ihrer inneren Logik heraus zu immer weiterreichenden Deportations- und Vernichtungsplänen führte.

Die deutsche Historiographie hat diese Zusammenhänge durchaus thematisiert, allerdings im Dienst und auf der Seite der Mörder. Das ist einer der Gründe für die absolute Tabuisierung dieses Themas. Der später in der Bundesrepublik führende Sozialhistoriker Werner Conze schrieb 1939 im Kontext der sogenannten »Ostforschung«:

»Die ländliche Übervölkerung ist in weiten Teilen Ostmitteleuropas eine der ernstesten gesellschaftlichen und politischen Fragen überhaupt.... In Russland hat sie entscheidend den bolschewistischen Umsturz ermöglicht.«7 Die Übervölkerung führe, so Conze, in einen »Zustand völliger Verarmung«, sie werde »zu einem Herd dauernder Spannung und revolutionärer Unruhe«. Besonders weit vorangeschritten sei diese gefährliche Entwicklung in Polen – »das deutlichste Beispiel ist Galizien«.8 Geschrieben hat Conze diese Ausführungen für den 14. Internationalen Soziologen-Kongreß, der am 29. August 1939 in Bukarest hätte beginnen sollen, zwei Wochen vorher aber auf unbestimmte Zeit verschoben wurde. Ziel des Kongresses war die »Planung einer dauerhaften Ordnung«. 1943 ernannte die Reichsuniversität Posen Werner Conze zum Professor.

Zehn Jahre später gehörte Conze zu den Mitbegründern der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, deren Mitherausgeber er bis zu seinem Tod 1986 blieb. Die Zeitschrift wurde 1953 vor allem zu dem Zweck gegründet, eingedenk der »unabweisbaren Verpflichtung gerade der deutschen Wissenschaft, die nationalsozialistische Phase mit aller Energie anzugehen«. Im ersten Jahrgang der Vierteljahrshefte veröffentlichte Conze einen Text, der schon länger in seiner Schublade lag und den er nur leicht überarbeitete. Er schrieb über die bevölkerungspolitische »Strukturkrise des östlichen Mitteleuropas«. Allerdings beschränkte er sich auf die Zeit bis zum Jahr 1936. Er analysierte die »drängende Übervölkerung« als Ursache für Armut, Krise und Rebellion. Anders als in Westeuropa habe damals für die Überbevölkerung Osteuropas keine ausreichende »Abflußmöglichkeit« bestanden. Um dies zu begründen, schrieb Conze anno 1953: »Denn die Industrie bot nur in geringem Maße Lebensunterhalt; Handel und Gewerbe in den kleinen Städten und Flecken waren in jüdischer Hand und kaum noch zusätzlich tragfähig, im Gegenteil vielfach gewerblich übersetzt.«9 1939 hatte Conze deutlicher und im Hinblick auf mögliche Konsequenzen argumentiert: Damals rechnete er zu den Maßnahmen, die unter Umständen »äußerst wirksam und lindernd« gegen die »Not der Übervölkerung« eingesetzt werden könnten, die »Entjudung der Städte und Marktflecken zur Aufnahme bäuerlichen Nachwuchses in Handel und Handwerk«.'° Die Wirtschaftsadministration im besetzten Polen argumentierte genauso, ebenso das Reichssicherheitshauptamt, die Vierjahresplanbehörde, die Deutsche Arbeitsfront, Ost- und Wirtschaftsforschungsinstitute und führende »Judenforscher«. Selbst Hitler stützte sich 1943 auf exakt diese Begründung, als er dem ungarischen Diktator Horthy eine »aktivere« Judenpolitik nahelegte: »Ungarn könne genauso wie die Slowakei die Juden in Konzentrationslagern unterbringen. Es würde damit seinen eigenen Landeskindern viele Möglichkeiten durch Freimachung der von den Juden gehaltenen Positionen eröffnen und den talentvollen Kindern des Volkes Laufbahnen verschaffen, die ihnen bisher von Juden verschlossen worden seien.«11

Aus der Rekonstruktion solcher Zusammenhänge ergibt sich unser Interpretationsansatz. Während der nun über ein Jahr geführten Diskussion sind unsere zentralen Thesen jedoch oft entweder pauschal ohne wirkliche Auseinandersetzung abgetan oder durch eine Kritik an Einzelaspekten in den Hintergrund gedrängt worden. Wir wollen versuchen, auf die wichtigsten Punkte zu antworten.

Sowohl Christopher Browning als auch Ulrich Herbert verweisen darauf, daß ab Herbst 1941/Frühjahr 1942 im Deutschen Reich Arbeitskräftemangel bestand; spätestens von diesem Zeitpunkt an widerspreche also die Ermordung von Millionen Menschen jedem ökonomischen Kalkül. Herbert verwechselt dabei nicht zum ersten Mal Bevölkerungsökonomie mit einer Ökonomie der Arbeitskräfte.l2 Denn die »Überbevölkerung« in Osteuropa berechneten die deutschen Planer auf mindestens 50 Millionen Menschen, das zeitweilige Arbeitskräftedefizit im Reich auf I bis 2 Millionen. Die Bevölkerungsexperten begriffen die Vernichtung von Menschen und die Deportation zur Zwangsarbeit nicht als Gegensatz, sondern als Einheit. Besonders sichtbar wird das bei den Aussiedlungen in der Region Zamosc Ende 1942.

Die enteignete, von Hunger und Krankheiten geschwächte jüdische Bevölkerung arbeitete in den polnischen Ghettos zum einen nicht rentabel und zum anderen vor allem für den Schwarzmarkt und »vergeudete« damit wertvolle und knappe Rohstoffe. Wenn die Produktionsstätten im Ghetto stillgelegt wurden, so geschah dies im Rahmen einer breit angelegten Rationalisierungswelle, deren Ziel es war, alle Arbeitskräfte und Rohstoffe einzusparen, die nicht effizient im Sinne der Kriegswirtschaft eingesetzt wurden. Langfristige Planung, so argumentiert Browning, sei in der zweiten Phase des Krieges schon gar nicht mehr möglich gewesen, da der Mangel an Ressourcen und die unmittelbare militärische Bedrohung dies nicht mehr zugelassen hätten. Da die nationalsozialistischen Massenmorde aber überwiegend nach dieser Wende des Krieges begangen worden seien, könnten sie nicht auf langfristig angelegte Modernisierungsprojekte zurückgeführt werden. Sicherlich führte die Verschiebung der militärischen Kräfteverhältnisse im Winter 1941/42 zuungunsten der Deutschen dazu, daß die weitreichenden »Aufbaupläne« für ein neues Europa nur noch in Ansätzen realisiert werden konnten. Was die Umsiedlungs- und Vernichtungspolitik betrifft, die die bevölkerungsökonomischen Voraussetzungen für den »Aufbau« schaffen sollte, so ist die Schlußfolgerung Brownings jedoch falsch:

Die mittelfristig angelegte »Entvölkerungspolitik« in Ost- und Südosteuropa wurde nach der militärischen Wende im Krieg eher beschleunigt als aufgegeben. Denn neben den längerfristigen Projekten zur Verringerung der sogenannten Überbevölkerung gab es entsprechende Pläne, in denen kurzfristig argumentiert wurde: Europa sollte »blockadefest«, d.h. von Nahrungsmittelimporten aus Übersee unabhängig gemacht werden. Das implizierte aber die Entscheidung, die Zahl der Menschen in der »Festung Europa« um mindestens 30 Millionen zu verringern, sprich: sie zu ermorden oder verhungern zu lassen.13 Tatsächlich war also aus der Perspektive der nationalsozialistischen Führung die militärische Entwicklung im Winter 1941/42 kein Grund, die im zweiten Viertel des Jahres 1941 beschlossene Politik der Völkermorde aufzugeben.

In verschiedenen Beiträgen der in dieser Zeitschrift geführten Diskussion wurde kritisiert, daß wir die Rolle der planenden Intelligenz überbewerten und ihren Einfluß auf politische Entscheidungen überschätzen würden. Während bei Röhr und Götz Rohwer Zweifel anklingen, ob die Pläne der Experten die Entscheidungen der Politiker wirklich bestimmten, folgen sie unserer Darstellung zumindest insoweit, als sie davon ausgehen, daß diese Pläne die Entscheidung zur »Endlösung« zumindest mit beeinflußt haben. Herbert dagegen hat angeblich »keinerlei Hinweis« gefunden, daß die planende Intelligenz »irgendeinen Einfluß hatte« auf die Entscheidung zur Judenvernichtung, er hält unsere Überlegungen für »reine Spekulationen«. Um nur ein Beispiel anzuführen: Das von uns ausführlich zitierte Wirtschaftsgutachten des RKW über das Warschauer Ghetto wurde vom Wirtschaftsminister des Generalgouvernements in Auftrag gegeben, war zweimal Gegenstand von Regierungssitzungen, und die Ghettopolitik wurde anschließend nach den Empfehlungen dieses Gutachtens umgemodelt. Wenn Herbert dennoch bestreitet, daß es überhaupt eine gedankliche Verbindung zwischen Planung und Entscheidung gegeben habe,14 so liegt das Problem in seiner mangelnden Bereitschaft, die Quellen wirklich zur Kenntnis zu nehmen.

Browning erläutert seine Zweifel an der Richtigkeit unserer Interpretation am Beispiel der Ghettopolitik in Warschau und stellt eine eigene Deutung dieser Zusammenhänge dagegen. Er teilt die mit der Ghettoverwaltung befaßten deutschen Fachleute und Politiker in »Produktivisten« (Gater, Emmerich, Bischof) einerseits und »Aushungerer« (Palfinger, Schön, Fischer) andererseits ein. Browning geht von einer scharfen Kontroverse zwischen beiden Gruppen aus und hält daher unsere Annahme einer einheitlichen Planung in diesem Punkt für widerlegt. Daß in bezug auf die Ghettopolitik auf seiten der Besatzungsverwaltung nicht immer Einigkeit herrschte, haben wir nicht bezweifelt, wohl aber, daß diese Zwistigkeiten sich zugunsten der ghettoisierten Jüdinnen und Juden ausgewirkt haben oder gar »der größere Teil der deutschen Verwaltungen nach Möglichkeiten suchte, den ghettoisierten Juden Arbeit zu verschaffen« (KONKRET 12/89, S. 68). Im übrigen widerspricht Browning indirekt selbst der schematischen Einteilung der Ghettoexperten in zwei einander befehdende Gruppen. So meint er zunächst, der Generalgouverneur Frank habe die »Produktivisten« unterstützt (KONKRET 12/89, S. 67), wenig später ist es jedoch nach Brownings Ansicht gerade Frank, der die Produktivierung des Ghettos scheitern läßt, indem er zusätzliche Lebensmittellieferungen verweigert (ebd., S. 68). Browning erwähnt zwar, daß der RKW-Mann Gater auch den Vorschlag gemacht hat, das »Ghetto als ein Mittel zu betrachten, um das Judentum zu liquidieren«, dennoch etikettiert er ihn umstandslos als »Produktivisten«.

Während Browning, Röhr, Rohwer und Grode sich konstruktiv-kritisch mit unseren Forschungen auseinandersetzen, argumentieren Köhler, Herbert und Diner im Kern nicht sachlich, sondern im Sinne akademischer Abgrenzungsstrategien: Köhler unterstellt »die alte Staatstheorie, die alte Parlamentarismuskritik, die alte Faschisierungsthese« habe sich hinter die

Kritik »der modernen Bevölkerungspolitik zurückgezogen oder sich dort verbarrikadiert« (KONKRET 2/90, S. 76). Diner vermutet, wir hegten die »politische Absicht«, »die immerwährende Latenz einer in kapitalistischer Rationalisierung vermeintlich begründeten Massentötung auch für den Vor- und Nachfaschismus in Deutschland wie auch anderswo zu begründen« (KONKRET 1/90, S. 71). Herbert wirft uns vor, wir betrieben »die Einreihung der Shoah in die lange Tradition 'imperialistischer Vernichtungspolitik'«, er unterstellt, wir würden »die Shoah« zur Kritik des heute bestehenden Herrschaftssystems »funktionalisieren« (KONKRET 11/89, S. 60).

Unserer Ansicht nach werden hier mit moralisierenden Argumenten Denk- und Analyseverbote formuliert. Sie sind dem Thema, das es zu untersuchen gilt, in keiner Weise angemessen, und Werner Röhr schreibt völlig zu recht: »Wer wie Ulrich Herbert grundsätzlich unterscheidet zwischen Völkermord an den Juden als genuinem Ziel der Nazis und dem Massenmord an den Russen als 'ein(em) rassistisch legitimierbaren Mittel zur Durchsetzung kontinentalimperialistischer Ziele', der unterschätzt den Zusammenhang des Krieges gegen die Sowjetunion mit dem Übergang zur systematischen Ermordung der Juden« (KONKRET 8/90, S. 46). Im übrigen ist der Zusammenhang zwischen Großraumentwürfen, Raumeroberung und Judenvernichtung im europäischen Osten seit dem bedeutenden Frühwerk Hillgrubers über »Hitlers Strategie«l5 völlig unbestritten.

Schon im Historikerstreit wurden die Wörter »einzigartig« und »einmalig« gelegentlich miteinander verwechselt – und die Frage nach der Wiederholbarkeit der nationalsozialistischen Politik des Massenmords damit implizit mit »Nein« beantwortet. Wenn wir in unseren Arbeiten immer wieder auf die Kontinuitäten zahlreicher intellektueller Karrieren hinweisen und die Modernität der Konzepte betonen, so stellen wir damit die unseres Erachtens notwendige Frage, ob sich die Politik, die Auschwitz hervorbrachte, wiederholen kann. Denn den Großraumplanern eines deutschen Europa wurde nach dem Krieg so wenig der Prozeß gemacht, wie ihre Methoden und Theorien Gegenstand von Analyse und Aufarbeitung waren. Für sie bedeutete 1945 keinen Bruch. Nachhaltig – aber durchaus nicht irreversibel – verändert haben sich 1945 die äußeren Bedingungen. Die historische Konstellation, in der eine genozidale Politik realisierbar war, ist hier und heute nicht gegeben. Vielleicht (hoffentlich) ist sie einmalig. Das konzeptionelle Denken aber, in dem Massenmord zum »sinnvollen« Mittel struktur- und entwicklungspolitischer Planungen wurde, ist nach wie vor aktuell.

Anmerkungen

1) Dan Diner: Zwischen Bundesrepublik und Deutschland, in: Hajo Funke (Hg.): Von der Gnade der geschenkten Nation, Berlin 1988, S. 188-199.

2) Ebd., S. 195.

3) Hilberg, in: Dan Diner (Hg.): Zivilisationsbruch. Denken nach Auschwitz, Frankfurt/M 1988, S. 197.

4) Auch Diner bezieht dieses Faktum in seine Analyse mit ein und sieht zwischen »Euthanasie« und Judenvernichtung »Kontinuitätsbezüge« (KONKRET 1/90, S. 70). Aber auch das hält Köhler nicht davon ab, solche Zusammenhänge für ein Hirngespinst der »Hamburger Schule« zu halten.

5) Susanne H eim, Götz Aly: Die Ökonomie der »Endlösung«. Menschenvernichtung und wirtschaftliche Neuordnung, in: Sozialpolitik und Judenvernichtung (= Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik, Bd. 5), Berlin (Rotbuch-Verlag) 1987, S. I 1 90.

6) Die einzelnen Schritte unserer Argumentation können wir hier nicht wiederholen. Wir haben aber versucht, sie in einer Monographie zusammenzufassen, die im Dezember unter dem Titel »Die Vordenker der Vernichtung. Auschwitz und die deutschen Pläne für eine neue europäische Ordnung« im Verlag Hoffmann und Campe erscheint.

7.) Werner Conze: Die ländliche Überbevölkerung in Polen (im folgenden: »Conze, Übervölkerung«), in. Arbeiten des XIV. Internationalen Soziologen-Kongresses Bucaresti, Mitteilungen, Abteilung B – Das Dorf, 1. Bd. (= D. Gusti (Hg.): Schriften zur Soziologie, Ethik und Politik. Studien und Forschung), Bucaresti 1940, S. 40. (Den Hinweis auf diese Arbeit verdanken wir Karl Heinz Roth.)

8) Ebd., S. 48.

9) Werner Conze: Die Strukturkrise des östlichen Mitteleuropas vor und nach 1919, in: VfZG 1(1953), S. 3 1 9-338 .

10) Wie Anm. 7.

1l) Aufzeichnung über die Unterredung zwischen Hitler und dem ungarischen Reichsverweser Horthy am 18.4.1943; ADAP, Serie E, Bd. 5, Göttingen 1978, S. 621-640.

12) So auch in seinem Aufsatz »Arbeit und Vernichtung«, der in dem von Dan Diner herausgegebenen Sammelband »Ist der Nationalsozialismus Geschichte?« erschienen ist. Die Tatsache, daß trotz Arbeitskräftemangels Millionen Menschen ermordet wurden, verleitet Herbert zu der kurzschlüssigen Folgerung, daß dann auch die Vernichtungspolitik keine ökonomischen Gründe haben könne.

13) Herbert hält diese Argumentation für »reinen Unsinn« (KONKRET 11/89, S. 59), da der Politik des Verhungernlassens »politisch gesetzte Daten« und keine »objektive Krise der Ernährungswirtschaft« zugrunde gelegen haben. Abgesehen davon, daß Herbert an diesem Punkt den Forschungsstand ignoriert, wird eine solche »objektive Krise« von uns auch nirgends behauptet. Selbstverständlich war die Entscheidung, Millionen Menschen in der Sowjetunion verhungern zu lassen, keine unvermeidliche Begleiterscheinung des Krieges, sondern Teil einer imperialistischen Strategie. Während man versuchte, in der Sowjetunion ganze Großstädte auszuhungern, sollten in Deutschland möglichst ungekürzte Fleischrationen die »Stimmung an der Heimatfront stabil halten«

Solche ernährungspolitischen Argumente waren, wie Götz Rohwer es ausdrückt, nicht nur »ideologische Legitimationen für die Massenvernichtung, (...) sondern sie beeinflußten darüber hinaus auch effektiv ihr Zustandekommen und ihre Verfassung« (KONKRET 5/90, S. 59).

14) Den »einzigen Hinweis« auf eine gedankliche Verbindung zwischen Planungskonzepten und der Entscheidung zur Judenvernichtung sieht Herbert in der Tatsache, daß Heydrich von Göring mit der Vorbereitung der »Endlösung« beauftragt wurde (KONKRET 11/89, S. 56).

15) Andreas Hillgruber: Hitlers Strategie. Politik und Kriegsführung 1940-1941, Frankfurt 1965, S. 254. Hillgrubers Position im »Historikerstreit« sollte nicht dazu verleiten, sein eindrucksvolles Gesamtwerk zu ignorieren.

Susanne Heim und Götz Aly arbeiten als Historiker in Berlin und geben die »Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik« heraus

Konkret 11/90, S. 75

Horst Tomayer

Tomayers ehrliches Tagebuch

Sehr geehrter Herr Vaclav Havel!

Hier habe ich in der Kindheit mit der Nachbarsprinzessin Doktor gespielt, die Hühner mit dem Taschenspiegel geblendet, den halbblinden Großvater an der Nase herumgeführt, die Kaninchen an den Ohren gezogen, mitVatis Luftdruckgewehr (Ladung: Papierkügelchen aus dem Völkischen Beobachter) im Abort auf Fliegen geschossen, den Zuckerwürfel der Erfüllung des Wunsches nach einem Schwesterchen wegen aufs Fensterbrett gelegt und an den zur Vermarmeladisierung bestimmten Erdbeeren genascht.

Noch heute könnte ich mit meinem geliebten rundgehörnten Rodel den Roßbacher Kirchberg hinuntersausen oder in die Christmette gehn mit meiner Mutter oder dem Panzereinmarsch der Amerikaner zuschaun, aber der grausame Tscheche, geehrter Kollege Vaclav Havel, vertrieb uns im Frühjahr '46 von der 400 qm-Latifundium Roßbach, Hausnummer 662. Ich war Ende September 90 da, nach vierundvierzig Jahren endlich wieder, in Roßbach alias Hranice. Dieses Schloß war einmal unser, schoß es mir, als ich davorstand, durch den Kopf. Dann schossen mir die Tränen aus den Augen. Doch als ich ausgeweint hatte, sagte ich mir: Versöhnung über Enteignung. So daß ich Sie, sehr geehrter Kollege Havel, nachdem ich alles noch einmal gründlich beträumt, bitte, den Bewohnern von Hranice 662 mitzuteilen, daß sie dort wohnen bleiben dürfen für und für, also daß meinerwärts keinerlei Eigenbedarf bestehe.

Hochachtungsvoll

Wildenroth, 12.10., 12 Uhr 30, 24 Grad

Du Schmetterlingsoktobertag
Du fehlbesetztes Blau
Und Du, die dies erstritten frech
Du Sonne da, du Sau

*

Was klopft an meine Türe ihr
Was fallt ihr bei mir ein
Ich schreibe dunkle Sachen und
Darf nicht behelligt sein

*

Drum Schmetterlingsoktobertag
fehlbesetztes Blau
Haut ab! Und du, verpiß dich bloß
Du Sonne du, du Sau!

Im Grünen Saal des Münchener Hauptbahnhofes. Der Kellner klagt, daß die Preispolitik des Hauses (dreineunzig die Halbe hell) ein Witz sei auf Kosten der Ebene Service/Saufen. Wer sage schon gern Viermarkstimmtschon, und wer sage schon gern für ein Zehnerl Trinkgeld danke. Man sitzt und schaut und grübelt, wem man einen elfhundertelfmal gefurzten Furz als frischen Wind verkaufen könnt, da kommt der Jungbetrunkene daher, der schwankende Staks. Ganz Anlehnen und ganz Ansprache ist er, aber es möcht schon das andre Geschlecht sein. Und da schlägt sein schlanker Arsch auch schon ein in den Stuhl am Tisch, wo das Mädl sitzt mit den zwei Reisetaschen. Därf I mi zu Eahna hihocka? Nein, bedeutet ihm das Mädl mit einem freundlichen Quernicken, er dürfe nicht. Und tut seinen Arm von ihrem Ärmel fort. Da steht der Jungbetrunkene auf und dackelt Richtung Männerabort, der im Souterraine liegt, und während er die Stufen nimmt, ruft er, ich schwörs!: Deittschland! Deittschland!!

Ist noch jemand in dem Science-Fiction-Film »Total recall« aufgefallen, daß Arnold Schwarzenegger zwar zurecht das Belüftungsmonopol des feudalkapitalistischen Mars-Gouvernörs bricht, uns aber ausgangs der Story zu erzählen verabsäumt, was das freie sozialdemokratische Atmen künftig kostet? Dann fehlt uns nur noch der dritte Mann zum Skat.

Lieber Hermann-Peter Piwitt.

Schön, daß du nach der Fase Elefant vor Mensch, der Babysteinbutt frißt, wieder bei die Leut, also bei der Kunst bist und beim Thema Mensch/Werk. Schad nur, daß du metaphorisch halbherzig zulangst, also lediglich die Ilias gegen den Sklaventreiber Homer in Schutz nimmst, statt daß du in die Vollen gehst und sagst: Jesus war persönlich ein Arschloch, aber als Gottes Sohn gehört er in jede Bibliothek.

Geschichte/Potsdam

»Kaiserliche Hoheit, kennen Se mich noch?« Prinz Louis Ferdinand auf einer Talkshow in Potsdam von dpa-Korrespondentin Dorothee Stacke

Potsdam (dpa) - »Kaiserliche *Hoheit, kennen Se mich noch?« - Walter Weber (81), einst Diener des Vaters von Prinz Louis Ferdinand von Preußen, drängte sich an den Ehrengast. In einer alten Tasche hat er noch Fotos von der Hochzeit des Prinzen. »Die haben wir damals alle bekommen«, berichtete er gerührt. Und der 82jährige Ehrengast der Stadt Potsdam erkannte ihn tatsächlich. Erstmals besuchte Louis Ferdinand auf Einladung des Oberbürgermeisters Horst Gramlich offiziell wieder seine Heimatstadt. Unter dem Titel »Pots1000-Live«sollte»Dr. Preussen« eine Veranstaltungsreihe eröffnen, die noch bis zum 1000. Stadtjubiläum 1993 fortgesetzt werden soll. Zu diesem Anlaß hatte das Polizeiorchester Potsdam eigens einen von ihm selbst komponierten »Hohenzollern-Marsch« einstudiert, den er für sein »Burg-Orchester« in Hechingen schrieb, der Stammburg der Höhenzollern. Zahlreiche Potsdamer, darunter auch viele »alte Bekannte« des...*

Walter, Genosse Walter! Du trägst den Vornamen Ulbrichts. Und weißt nicht, was Fakt ist? Willst du als Diener sterben? Fotos von der Hochzeit des Prinzen schlepptest du in einer alten Tasche an zu Potstausend. Führte der Prinz Fotos von deiner Hochzeit mit sich? Hast du den Enkel des Holzhackers von Doorn, der deinen Vater zugunsten Krupps am Schützengraben lecken ließ, gefragt, warum er, der dauernd Hohenzollernmärsche komponiert, keinen Walter-Weber-Marsch im Gepäck hat?

Walter, das kann doch nicht bis in die Puppen so weitergehn, daß der Diener sich mit Fotografien von der Hochzeit der Herrschaft, die keinerlei Fotografien von der Hochzeit der Dienerschaft dabei hat, randrängelt an die Herrschaft und fragt: Kenn Se mich noch?

Und dann wird auch noch völlig einseitig der Marsch geblasen, also nicht von der Gewerkschaft, geschweige von Rotfront, sondern von der Polizei...

Walter, sei mer nicht bös, aber hiermit untersage ich dir im Namen des Weltproletariats (und das ist auf Dauer mehr als dein Prinz, der bei den Nazis Flugzeuge eingeflogen hat) die Freundschaft zum Hause Hohenzollern.

Konkret 11/90, S. 76

Wolfgang Pohrt

Das Wasser in der Suppe

Eine polemische Antwort auf Oliver Tolmeins Antwort (»Ein Michel?«) auf Pohrts Polemik

Im vorletzten Heft druckte KONKRET einen Leserbrief, aber gegen den Willen von Redaktionsmitgliedern, wie man im Editorial erfuhr. Im nächsten Heft mühte sich ein Redakteur, besagten Leserbrief und einen weiteren, im redaktionellen Teil erschienenen Text aus der Feder des Leserbriefschreibers zu zerpflücken. Auch diesmal gabs wieder eine Distanzierung im Editorial, nur war es jetzt die Mehrheit, die den im Blatt abgedruckten Text nicht mochte. Wird in der Hamburger Osterstraße die Mehrheit von der Minderheit unterdrückt? Vermutlich nicht, vermutlich hat ein Redakteur formuliert, was alle denken, aber alle nur ein bißchen, eben so, daß es bei ihnen nicht die Oberhand gewinnt. Und damit das auch so bleibt, wird nun gezeigt, warum der Artikel »Ein Michel?« schlecht und notwendig ist.

Schlecht eigentlich nicht, sondern ganz normaler linker bundesrepublikanischer Gesinnungsjournalismus, alles zusammenmanschend und zusammenpanschend, was die Zielgruppe gerade gerne hört. Sensibel für Stimmungslagen, an der Wahrheit weniger interessiert, sieht er seine Aufgabe darin, aus den verstreuten, einander oft widersprechenden Vorurteilen des Publikums unter Hinzufügung von Fakten und theoretischen Versatzstücken eine Geschichte zu backen, die bei flüchtiger Lektüre auf schwer bestimmbare Weise plausibel wirkt, ohne daß man sich nachher daran erinnern könnte, was im einzelnen die Argumente waren, was man da eigentlich gelesen hat.

Ganze vier Wörter, die ersten im Vorspann, genügen dem Mann, um die Gemeinde glücklich und die Ungläubigen ratlos zu machen. Keine Kritik, keine Polemik, kein Verriß, sondern »eine Antwort auf Wolfgang Pohrt« wird versprochen, worunter sich nur etwas vorstellen kann, wer nicht weiß, daß man entweder auf eine Frage oder einer Person antworten muß. Um die Begriffe weich zu machen, macht der Redakteur sich gegen die Sprache hart. Wichtig ist das fürs gewünschte Softie-Image: Da schreibt keiner, um den anderen mal mit spitzer Feder aufzuspießen, Gott bewahre, sondern es steht eine Frage im Raum, und man wird doch in aller kindlichen Unschuld wohl noch antworten dürfen.

Unvoreingenommen, friedliebend und harmlos sieht der Verfasser schon aus, jetzt muß er auch ein bißchen die Zähne zeigen. In den ersten Zeilen des Artikels wird mittels *name dropping* und Pedanterie Kompetenz demonstriert: »In Faschismusanalysen von BRD- und DDR-Linken, die selten nur eine Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus waren, wurde (und wird) über die Bedeutung des Antisemitismus, die Vernichtungspolitik gegenüber Behinderten, aber auch die terroristische Durchsetzung patriarchaler Herrschaft wenig nachgedacht: Bestenfalls werden sie als Aspekte des Faschismus en passant erwähnt.«

Kein bekömmlicher Brocken, aber der Kunde schluckt ihn gern. Schon seit Jahren grübelt er, gemeinsam mit dem Bundespräsidenten, ob nicht die eigentlichen Opfer des Nationalsozialismus die Frauen, und zwar die deutschen Frauen waren. In zahllosen »taz«-Artikeln und Talkshows bekam er das deutsch-jüdische Verhältnis, die Unterdrückung der Frauen im allgemeinen und besonders im Nationalsozialismus sowie die Behindertenproblematik vorgekaut, endlos hat er das nachgebetet. Längst hat sich der Nationalsozialismus für ihn auf verkorkste *human relations* reduziert, keine der Faschismusanalysen, auf die sich der Redakteur schlitzohrigerweise berufen könnte, hat er je gelesen. Diesem Durchschnittslinken also, den Schultz-Gerstein einmal als den engagierten Mitläufer beschrieben hat, wird nun suggeriert, daß er zum Kreis der Eingeweihten zähle, zur kleinen Gemeinde, wo man sich die größeren Gedanken macht.

Wenn das gerade gängige linke Allerweltsgewäsch als die tiefere Nachdenklichkeit gepriesen wird, ist das für den Kunden schmeichelhaft. Aber wenn man sein Ego weiter aufbauen will, muß man zugleich seine Hemmungen reduzieren. Dies leistet nun die folgende Sequenz aus der schon zitierten Anfangspassage: »... über die Bedeutung des Antisemitismus, die Vernichtungspolitik gegenüber Behinderten, aber auch die terroristische Durchsetzung patriarchaler Herrschaft ...« Was ein deutscher Linker als Deutscher denken möchte und als Linker nicht denken darf, hat der Redakteur durch die Reihung und die Wortwahl wunderbar verschlüsselt und wunderbar verständlich zugleich zum Ausdruck gebracht: Hinsichtlich der Juden waren die Nazis bloß *anti,* aber unsere Frauen haben sie terrorisiert, unsere Behinderten haben sie sogar ausgerottet. Die eigentlichen Opfer sind wir, und die anderen sollen nicht immer jammern.

Begreiflich daher, daß die Linken die Legende von der Vernichtung Behinderter durch die Nazis gerne glauben, obwohl man in diesem Fall nicht wissen muß, wie es wirklich war, um zu wissen, daß es so nicht gewesen sein konnte. Keiner ist auf die Dezimierung seiner treuesten Anhänger erpicht, unter den Nazis gab es viele Kriegsveteranen und Kriegsinvaliden. Auch die Nazis schickten ihre Helden selbstverständlich nicht mit der Aussicht an die Front, gleich von den Kameraden den Gnadenschuß verpaßt zu bekommen, im Falle schwerer Verletzungen mit bleibenden Folgen nämlich, wie sie im Krieg nun mal an der Tagesordnung sind, und wie sie im Krieg auch als Tapferkeitsbeweis mit dem Verwundetenabzeichen honoriert werden. 1943, Beethovens Neunte, Furtwängler, die Berliner Philharmoniker, vorn am Podium Rollstühle natürlich, weil da drin die tapfersten Helden saßen – das Foto wurde übrigens 1984 mal von KONKRET gedruckt. Im Versehrtensport dürften die Deutschen führend gewesen sein, und dieser fand nicht unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt,

sondern es wurde in Wochenschauen dafür geworben. Tenor: Wenn dein Bein an der Ostfront bleibt, läufst du mit der neuen Prothese nochmal so schnell.

Trotzdem wurden Menschen umgebracht, die man heute dem großen Kreis der Behinderten zurechnen würde, aber eben nicht, weil sie ein kaputtes Bein, sondern weil sie angeblich ein kaputtes Gen besaßen, und diese Menschen wurden unabhängig davon umgebracht, ob sie verkrüppelt waren oder einfach nur als arbeitsscheu, asozial, versoffen und deshalb als schwachsinnig galten. Damals schon waren die Deutschen vor allem um ihr kostbares Erbgut besorgt, analog zu jenen Linken heute, die mit Schaudern die möglichen Folgen künftiger Genmanipulationen am Menschen bedenken, während zugleich jeder ihrer Sätze beweist, daß nicht erst an den Chromosomen gefummelt werden muß, damit ein Mensch verblödet.

Tatsachenverdrehung ist also eine Methode, den Nationalsozialismus nutzbar zu machen. Eine andere besteht darin, für die lautere Wahrheit zu nehmen, was die Nazis so von sich erzählten. Wenn die Völkermörder sich für Rassisten halten, so sind sie das angeblich, obgleich Schwarze und Weiße, auch Holländer und Süditaliener vielleicht einander als Rassisten gegenüberstehen können, Deutsche und Juden aber nicht, weil beide im Verhältnis zueinander so ziemlich die allerletzte Promenadenmischung sind, wenn man sie mit dem Blick des Hundezüchters betrachtet. Und warum die Mißverständnisse? Weil der vermeintliche Rassismus einerseits impliziert, daß die Deutschen Arier wären, und weil er andererseits einen Beurteilungsmaßstab darstellt, woran gemessen die Deutschen eher harmlos sind, weil längst nicht so rassistisch wie die südafrikanischen Weißen oder sogar die Südstaatler in den USA.

Wenn die Nazis die Wiederherstellung der deutschen Familie mit Papi an der Spitze versprachen, dann haben sie nach Meinung des KONKRET-Redakteurs patriarchale Herrschaft durchgesetzt, obgleich der Blindeste erkennen müßte, daß das nicht stimmen kann, insofern der Führer kein Patriarch war, sondern kinderloser Junggeselle aus Prinzip. Wie jede moderne totalitäre Massenbewegung, so duldete selbstverständlich auch die nationalsozialistische keine Autorität neben sich, und schon gar nicht die des Vaters, der sich vielmehr vor seinem Hitler-Jungen in acht zu nehmen hatte. Eine der Voraussetzungen für den Nationalsozialismus war die Depossedierung des Kleinbürgertums durch die Inflation 1923/24 gewesen, weil diese Depossedierung die Autorität des Vaters insofern untergrub, als er nun nichts mehr zu vererben und daher auch nicht mehr viel zu melden hatte; eine der Folgen des Nationalsozialismus war ein Phänomen, welches Mitscherlich unter dem Titel »Auf dem Weg zur vaterlosen Gesellschaft« untersucht hat. Doch absolut unbekümmert darum, daß der Nationalsozialismus die Auflösung patriarchaler Strukturen vorfinden und selber weitertreiben mußte, leiert der KONKRET-Redakteur die gängigen Plattitüden daher.

Die Geschichtsklitterung braucht er nämlich, um später der feministischen Kundschaft nach dem Mund reden zu können, welche das Patriarchat zu bekämpfen glaubt, wenn sie kurzen Prozeß für Sittlichkeitsverbrecher fordert, während doch gerade dort, wo noch patriarchalische Strukturen mächtig sind, die Entwürdigung der Frau, von welcher der KONKRET-Redakteur spricht, auf eben die Weise geahndet wird, welche sich Feministinnen und ihnen nahestehende Linke in allerschönster Übereinstimmung mit dem gesunden Volksempfinden wünschen. Rückschließend wird dann allerdings aus der Härte der Strafe auf die Schwere der Tat gefolgert, und die entwürdigte Frau gilt als eine, die tatsächlich keine Würde mehr hat. Schon mal diese logische Implikation bedacht, liebe Freundinnen und Freunde der neuen Grausamkeit? Schon mal überlegt, daß man die Vorteile des Opferstatus nicht genießen kann, ohne die Leiden eines Opfers teilen zu müssen? Daß es noch nie die Frauen waren, die von scharfen Gesetzen zum Schutz der Ehre und Würde der Frauen profitierten?

Zehn Zeilen genügen dem Redakteur, um mehr Unsinn zu behaupten, als sich auf einigen Seiten korrigieren läßt. Sind aber die Begriffe einmal aufgeweicht und die Tatsachen verdreht, so hat der Schreiber freie Bahn, um nun den Leser für seine wechselnden Gemütszustände einzunehmen. Er findet Dinge, wie er schreibt, »bedrückend«, der Leser empfindet mit. Er ist betroffen, etwa darüber, daß einer »Menschen mit Behinderung« einfach Krüppel nennt, wie wenn ein Mensch mit unheilbarem schweren Schaden keiner wäre, wie wenn man einen Menschen nicht wirklich zum Krüppel machen oder schlagen kann, weshalb man ihn nach der Devise »Vorsicht! Zerbrechlich!« behandeln und nicht das Sexualstrafrecht, sondern jene Gesetze verschärfen sollte, die statt der Ehre und Würde der deutschen Frau empfindlichere und unwiederbringliche Güter schützen – Gesetze, dank welcher ein ausgeschlagenes Auge oder ein taubes Ohr momentan gerade mal so ein Jährchen kostet, wenn überhaupt. Der Redakteur erträgt es nicht, wenn Rollstühle und Beinamputierte in einem Atem genannt werden, die »Hilfsmittel und die Menschen, die sich ihrer bedienen«, wie wenn für den Beinamputierten der Rollstuhl keine notwendige Fortsetzung seines Körpers mit anderen Mitteln wäre, wie wenn der Rollstuhl noch zur Kategorie bloßer Hilfsmittel zählen würde, derer man sich bedienen oder auf die man auch verzichten kann.

Gefühl also hat der Redakteur, aber er kann auch Härte zeigen. Das Menscheln hört auf, wenn von Sylvester Stallone, Isabelle Adjani oder Madonna die Rede ist. Sie schön zu finden heißt, den »Norm-Vorstellungen der bürgerlichen Warenwelt« verhaftet zu sein, und das heißt weiter, daß die genannten Stars eigentlich keine schönen Menschen sind, sondern Konfektion, Verkörperungen der Normvorstellungen von etwas, wovon der Redakteur wenig weiß. In seiner Unwissenheit spürt er freilich umso besser, daß es zwischen der ästhetischen Kategorie Schönheit und dem

gesellschaftlichen Warentausch viele verschlungene Beziehungen gibt. Dies taten seine Landsleute früher schon, die deshalb die Händler und die Schacherer so wenig wie die Schönen mochten und mehr fürs Echte, Unverfälschte, Derbe, Naturalwirtschaftliche waren, für die pralle Maid mit dem großen Volumen, für das noch voluminösere stiernackige gestandene Mannsbild, für die Granitgermanen auch, denen jener Schönheits-Kult der Nazis galt, von welchem der KONKRET-Redakteur wieder spricht, wie wenn es den wirklich gegeben hätte, wie wenn das nicht anerkanntermaßen ein Kult der Scheußlichkeit gewesen wäre.

Wir lassen den Redakteur nun einige Absätze mit seinem Hader allein und schalten uns wieder zu, wo er als Gerichtsreporter auf der Klaviatur der Gefühle klimpert und dabei ordentlich Pedal gibt. Er berichtet vom Muster-Prozeß wegen Vergewaltigung – eines der wenigen Delikte, welche die auch an Jahren meist nicht mehr ganz junge Linke noch richtig erregen können: »Die ohnehin schon gedemütigte Frau wird im Verlauf des Prozesses in der Regel ein zweites Mal tief gedemütigt, der Freispruch für den Täter verlängert die Reihe von Entwürdigungen.«

Neue Vokabeln braucht das Land, und die Linke stimmt sich darauf ein, nicht mehr über das Pathos von Worten wie gedemütigt & erniedrigt die Nase zu rümpfen. Dies tat sie früher, weil diese Worte entweder eine Verniedlichung des Sachverhalts sind, insofern die Armen nicht zu wenig Würde kriegen, sondern zu wenig Geld, oder weil andernfalls diese Worte deshalb, weil sie das Unrecht ins Belieben des Empfindens stellen, in Deutschland stets ein Trick gewesen sind, sich selber in krasser Verkennung der Fakten das Gefühl zu verschaffen, man sei ein gedemütigtes und erniedrigtes Volk, durch Versailles beispielsweise und von den Siegermächten.

Noch nicht ums Volk, sondern nur um die Frau geht es hier, gleichsam im Kleinen wird es probehalber durchexerziert, was die Begriffe leisten können, und das Resultat ist verblüffend: Klar, daß der Beschuldigte stets auch der Täter ist. Klar von vornherein, was das Verfahren erst beweisen soll, nämlich daß der Frau das von ihr behauptete Unrecht wirklich geschah, und daß der von ihr bezichtigte Angeklagte wirklich der Täter ist. Stillschweigend wird unter Berufung auf die Empfindlichkeit der Frau das Recht eines jeden Angeklagten kassiert, solange für unschuldig zu gelten, bis seine Schuld erwiesen ist. Einfach unterschlagen wird, daß es im Prozeß für den Angeklagten um eine Haftstrafe geht, zu der keiner gewissermaßen auf Treu und Glauben verurteilt werden darf. Daß während der Tat, wenn sie stattgefunden hat, zwar die Frau das Opfer war, daß im Gerichtssaal aber Täter und Opfer ihre Rollen tauschen und nun der Mann auf der Anklagebank sitzt; daß im Prozeß, wenn schon von Würde gesprochen werden soll, diejenige zweier Parteien auf dem Spiel steht und für den Mann im Falle der Falschbeschuldigung die ganze Prozedur auch nicht das reine Vergnügen sein dürfte – alles wie weggeblasen, alles in der »Bild«-reifen Schnulze von der Erniedrigung und der immer tieferen Erniedrigung ertränkt, alles abgesoffen im demagogischen Gesinnungskitsch, der uns auf der anderen Seite des politischen Spektrums in Gestalt von hetzerischen Rührgeschichten über die Witwen von Ponto, Buback und Schleyer begegnen mag, die es, was übrigens ihr gutes Recht ist, einfach nicht fassen können, daß die Mörder ihrer Gatten vor Gericht auch noch politische Reden schwingen und über die Toten herziehen dürfen.

Nun zur Frage: Warum das alles, und warum das alles in KONKRET? Deshalb, weil dies das unvermeidliche falsche Bewußtsein eines linken Monatsblattes in der BRD heute ist. Diesem kommt man am besten auf die Spur, wenn man den schon erwähnten Vorspann zum Artikel betrachtet, welcher lautet »Eine Antwort auf Wolfgang Pohrt, der nicht eine Justiz attackiert, die Vergewaltigern Sicherheit bietet und die Behinderten diskriminiert, sondern deren Kritikerinnen«, und welcher heißt: Wenn KONKRET mit immergleichen Artikeln über die immergleichen Prozesse seine immergleiche kleine Zielgruppe in der immergleichen vorgefaßten Meinung bestärkt, ist dies eine Attacke, und zwar keine gegen den Verstand der Leser, sondern eine gegen die Justiz. Blatt und Leser verbindet also die Illusion, gemeinsam im politischen Kampf auf der richtigen Seite zu stehen, wo doch in Wahrheit keiner kämpft, sondern die einen vorwiegend nur schreiben und die anderen vorwiegend nur lesen und keiner dabei mehr als verdorbene Augen riskiert, mag der romantisch veranlagte Grundschullehrer aus Niederpfaffenhofen auch Gefallen finden an der Idee, er würde schon auf den Listen des Verfassungsschutzes geführt, seit er KONKRET kauft und Kaffee aus Nikaragua trinkt.

Aus der Kampfesillusion leiten dann Leute, die nur schreiben und lesen, die Berechtigung ab, es dabei an der Wahrheitsliebe fehlen zu lassen, denn schließlich verlangt die Situation, die Wahrheitsliebe der Parteilichkeit unterzuordnen. Wenn also einer in KONKRET den Lesern eben dieser Zeitschrift nicht nocheinmal das Märchen von Rotkäppchen und dem bösen Wolf oder die Geschichte von der verfolgten weiblichen Unschuld auf der einen und der patriarchalisch-bürgerlichen Klassenterrorjustiz auf der anderen Seite erzählt, sondern wenn er dies Märchen als falsch und politisch gefährlich beschimpft, dann ist das Wehrkraftzersetzung oder schlimmer: der Dolchstoß in den Rücken unserer Heldinnen an der Front, wo sie unter schwerem Beschuß den Belagerungsring um den Justizpalast jeden Tag enger ziehen.

Lächerlich, wie sie ist, wird diese Kampfesillusion dennoch kaum zu durchbrechen sein, stiftet sie doch die Leser-Blatt-Bindung, ohne welche eine Zeitschrift wie KONKRET sich angesichts der faktischen Entpolitisierung der Linken nicht am Kiosk behaupten könnte. Ebensowenig werden sich nachfolgende weitere Mißverständnisse ganz vermeiden lassen: Weil die deutsche Linke per definitionem antifaschistisch ist, darf sie gegen die Juden hetzen, nur daß ihre Juden Israelis heißen

und Imperialisten sind; weil sie sich von chauvinistischen Verirrungen frei weiß, darf sie im Namen des Weltfriedens den Abzug der Besatzer und die Wiederherstellung der deutschen Souveränität propagieren; weil das reaktionäre gesunde Volksempfinden ihr völlig fremd ist, darf sie unisono mit ebendiesem gesunden Volksempfinden, aber diesmal im Kampf für die Rechte der unterdrückten Frau, kurzen Prozeß für Sittlichkeitsverbrecher fordern; weil sie völkische Anwandlungen gar nicht kennt, darf sie sich, unter Berufung auf Marx sogar, wie sie irrtümlich glaubt, die plattesten und reaktionärsten Ressentiments gegen die amerikanische Kultur oder gegen internationale Stars wie Madonna, die Adjani oder den Stallone leisten. Kurzum: Weil die deutsche Linke im Geist ganz anders ist, darf sie im Leben so sein, wie die Deutschen schon immer waren und wie sie gern wieder wären.

Wie die Verhältnisse heute sind, werden Mißverständnisse der genannten Art die Hefte einer Zeitschrift füllen müssen, die nicht im Himmel, sondern hienieden in der BRD gemacht und verkauft wird. Wer den lieben Herrgott spielen und ein von allen diesen Mißverständnissen freies, ganz anderes Blatt an den Kiosk bringen will, soll's probieren. Nichts gegen Artikel einer Machart also, wie sie hier noch längst nicht mit der nötigen Schärfe verrissen wurde. Nichts gegen ihre Schreiber auch, denn sie sind das Wasser in der Suppe.

Antwort / Anmerkung von Oliver Tolmein auf Seite 78

Der Polemiker Pohrt erweist sich als Meister der Halbwahrheit, wenn er schreibt: »Begreiflich daher, daß die Linken die Legende von der Vernichtung Behinderter durch die Nazis gerne glauben, obwohl man in diesem Fall nicht wissen muß, wie es wirklich war, um zu wissen, daß es so nicht gewesen sein konnte.« Wahr ist, daß Wolfgang Pohrt nicht genau weiß, wie es war. Unwahr ist, daß die Vernichtung Behinderter durch die Nazis eine Legende ist. Im Verlauf der »Euthanasie«-Aktionen wurden mehrere hunderttausend Menschen ermordet. Viele davon, weil sie »angeblich ein kaputtes Gen besaßen«, etliche aber auch, anders als Pohrt behauptet, »weil sie ein kaputtes Bein« hatten. Kriegsversehrte Soldaten wurden zwar nicht systematisch selektiert, trotzdem aber oft genug Opfer der Vernichtungspolitik der Nationalsozialisten: 1941 regelte ein Erlaß der für die Aktion »T 4«-Verantwortlichen, daß zwar »Kriegsteilnehmer, die sich an der Front verdient gemacht haben«, nicht getötet werden sollten, aber »Kriegsteilnehmerschaft nicht vor einer Einbeziehung in die Aktion (schützt)«. Der gleiche Erlaß sieht übrigens auch vor, daß »in die Aktion nur Reichsdeutsche einbezogen werden sollen, also auch keine Polen«. Nach Abschluß der regulären »Euthanasie«-Aktionen, im Zuge der sogenannten »wilden Euthanasie« sind, ganz unterschiedlichen Berichten zufolge, immer häufiger auch verwundete Wehrmachtssoldaten ermordet worden. Nichts gegen Polemik – sie ist das Salz, das aber nicht mit vollen Händen wahllos in die Suppe geschüttet werden sollte. Weniger ist meistens mehr.

Konkret 11/90, S. 79

Georg Fülberth

Buch des Monats: Disparate Wahrnehmung

Jürgen Kuczynski: Schwierige Jahre – mit einem besseren Ende? Tagebuchblätter 1987 bis 1989. Berlin, Tacheles-Verlag 1990, 219 Seiten, DM 9,80

»Erst zu öffnen nach meinem Tode . «Diesen Vermerk tragen die Tagebücher Jürgen Kuczynskis, die in einem Safe der Akademie der Wissenschaften aufbewahrt werden. Einen Auszug, die Zeit 1987-1989 betreffend, hat er jetzt veröffentlicht, unter dem Titel: »Schwierige Jahre – mit einem besseren Ende?« Vom zweiten Teil der Überschrift ist angesichts des Inhalts allenfalls das Fragezeichen einleuchtend. Er markiert das Problem, daß der zeitgleiche Beobachter jeweils noch Hoffnungen zu formulieren sich bemühte, diese durch die tatsächliche Entwicklung jedoch ständig widerlegt wurden.

Kuczynski setzt in dieser Schrift die Arbeit der selbsterforschenden und -darstellenden Identitätsbestimmung (für Anglophone: Coming out) fort, die er bereits 1983 in dem Buch »Dialog mit meinem Urenkel« öffentlich begonnen hatte. Der Abschluß, den er 1973 mit seinen »Memoiren« vorgelegt hatte, erweist sich nunmehr als verfrüht. In beiden Texten – im »Dialog mit meinem Urenkel« und in den Tagebuchblättern – zeigt der Verfasser ein tiefes Einverständnis mit sich, mit seinem persönlichen und wissenschaftlichen Leben – und eine nagende Unzufriedenheit mit seiner vermeintlichen politischen Einflußlosigkeit.

Schon in dem Buch von 1983 hatte er durchblicken lassen, daß er mehr hatte werden wollen als ein großer Wissenschaftler. Marschall Shukow wollte ihn als Leiter der Zentralverwaltung für Finanzen einsetzen. Dies scheiterte am sowjetischen Spionage-Chef, der seinerseits ältere Ansprüche auf ihn hatte. So lesen wir es jetzt in einer Tagebuch-Erinnerung. Daraus, daß er seit dem Beginn der Hitler-Zeit für den Geheimdienst der UdSSR arbeitete (auch als er zwischendurch unter US-amerikanischer Feldpostnummer aktiv war), hat Kuczynski schon lange kein Hehl mehr gemacht, er hebt diese Tatsache jetzt sogar mit deutlichem Stolz hervor.

Kommunistische Politik ohne Orientierung an der Sowjetunion konnte er sich niemals vorstellen. Der zwanzigste Parteitag der KPdSU 1956 löste erstmals seine bedingungslose Identifikation mit der Führung der eigenen Partei. Walter Ulbrichts Versuch, einen DDR-Sonderweg einzuschlagen, kostete Kuczynski endgültig die offensichtlich bis dahin noch von ihm heimlich erhoffte Chance auf eine größere politische Tätigkeit. Aus der SED sollte er nicht ausgeschlossen werden, sondern gestrichen, als habe er nie dazugehört.

Der Kompromiß bestand darin, daß er sich nunmehr nahezu ausschließlich auf die Wissenschaft konzentrierte, und zwar auf die Geschichte, die bis dahin nur ein Feld unter anderen für ihn gewesen war. Seinen Namen hatte er bis dahin vor allem als Spezialist für Politische Ökonomie des Kapitalismus, als Konjunkturforscher und Statistiker.
Geschichtsschreibung als Ersatzhandlung?

In den Tagebuchblättern berichtet Kuczynski, daß der »Dialog mit meinem Urenkel« schon 1977 geschrieben wurde, aber vor Ende 1983 nicht erscheinen konnte. Nachdem die erste Auflage sofort vergriffen war, wurde die zweite, 1984, zunächst gestoppt. Erst nach einer persönlichen Intervention bei Erich Honecker konnte sie erscheinen. Diesem schrieb Kuczynski im Oktober 1989, unmittelbar nach seinem Sturz, einen Brief, in dem er sich für zwei Dinge bedankte: erstens für die Rettung des Instituts für Wirtschaftsgeschichte während einer Akademie-Reform zwanzig Jahre vorher, zweitens für die Aufhebung des Verbots für den »Urenkel«. Auch Kurt Hager, mit dem er zuletzt völlig auseinander war, erhielt ein Schreiben: mit seiner ehrlichen Selbstkritik sei er an seine guten Anfänge als junger kommunistischer Funktionär zurückgekehrt. Kuczynskis Maxime anläßlich der Kampagnen gegen Hager und Honecker: »Aber ich mache den Stalinismus mit umgekehrten Vorzeichen nicht mit.«

Mit dem »Urenkel« schien er eine zweite politische Laufbahn zu beginnen: als eher behutsamer Kritiker. Er hatte etwas in der Hand und ging auf Tour: bei NVA-Einheiten, in Schulen, im »Kulturbund« und in Betrieben. Hier vermochte er anders zu argumentieren als in den großen Medien seines Landes, die ihm allezeit offenstanden. Bei Stellungnahmen in Blättern und Sendern kapitalistischer Länder dagegen verhielt er sich immer wie ein Bolschewik in diplomatischer Mission auf feindlichem Terrain, mit einer Ausnahme: Zufrieden schildert er den Wirbel, den ein KONKRET-Interview von 1987 zu Hause in der DDR auslöste.

Es gab Zeitgenossen in der Deutschen Demokratischen Republik, die sein Auftreten in den achtziger Jahren kopfschüttelnd betrachteten. Andere, vor allem jüngere Leute, fanden, er könne viel mehr riskieren, als er tat. Aber die von ihm gewählte Form war ganz offensichtlich die einzige, welche einem Mann von seiner politischen Sozialisation zur Verfügung stand.

Als er 1930 in die KPD eintrat, war diese schon die Partei Thälmanns. Er hat Ulbricht ebenso wie diesem zumindest nach außen hin disziplinierte Loyalität bewahrt, danach Honecker. Von seinem Parteiverständnis kann deshalb auch die Art seiner Kritik nicht abgelöst werden. Dennoch handelte er 1983/84 noch vergleichsweise individualistisch. Seit 1985 schien er einen mächtigen Verbündeten zu haben: Gorbatschow.

Jürgen Kuczynski wurde zum begeisterten Propagandisten von Glasnost. Er erinnerte sich an seine »Jugendeindrücke der Sowjetunion unter Lenin und nach seinem Tode bis an den Anfang der Dreißiger Jahre, als seine großen Schüler noch das Wort hatten«. Dorthin sieht er sich gleichsam zurückgekehrt, und hier irrt er. Gorbatschow ist nicht Lenin, sondern das Remake jenes Politiker-Typus, der die Februar-Revolution von 1917 verwaltete: Fürst Lwow, Miljukow, Kerenskij. Die (bestenfalls!) ignorante Haltung des Generalsekretärs zu den Frauen, zur Jugend und zum Nationalitätenproblem hat Kuczynski allerdings früh erkannt.

Der zweite Faktor, den er falsch einschätzte, war das Volk der DDR. »Ach, wie klug und kritisch und dem Sozialismus ergeben sind so viele Menschen bei uns!« Vielleicht hat er mitunter das Publikum seiner überfüllten Versammlungen mit dem Querschnitt der Bevölkerung verwechselt. Denkbar ist auch, daß er nicht völlig unrecht hatte. Linke Substanz war gewiß da, in einer kleinen Minderheit der Partei zum Beispiel, aber nicht in der Mehrheit der SED und des Volkes.

Folgendes kam immerhin vor, 27. August 1989: »Heute vormittag war mal wieder ein völlig Unbekannter an der Tür, der mich sprechen wollte – unangemeldet am Sonntag! Ich sagte ihm, er solle mir schreiben. Eine halbe Stunde später war er wieder da mit einem Brief; er hatte sich in der Nähe auf eine Bank gesetzt und mir geschrieben. Er hätte einen Plan, uns aus der gegenwärtigen Situation zu helfen, den er mit mir und Erich Honecker besprechen wolle.«

Seine beiden Fehleinschätzungen veranlaßten Kuczynski noch im Dezember 1989 dazu, an einer im November erstmals publizierten unrichtigen Definition der Umwälzung, die inzwischen stattgefunden hatte, festzuhalten: »konservative Revolution«. Diese habe die sozialistischen Produktionsverhältnisse gefestigt, ebenso wie die französischen Revolutionen von 1830 und 1848 jene von 1789 ff. nicht revidiert, sondern bestätigt hätten.

Während der Autor geschichtsphilosophisch unerschüttert bleibt, notiert er doch über die Jahre hin die unübersehbaren Merkmale des gesellschaftlichen, politischen und wissenschaftlichen Niedergangs in der DDR . »Es geht wirklich bergab . « Diese Feststellung wird immer neu variiert. Der historische Optimismus ist mit aktueller Depression unterlegt. Zuweilen steigert sich diese zur Panik: »Wenn ich den Nobelpreis gewonnen und so genügend Devisen hätte, würde ich meine Parteimitgliedschaft auf die DKP übertragen lassen.« (27. November 1988)

Kühl dagegen, eben wie ein Wissenschaftler, beobachtet er die Merkmale eines Vorgangs, den er wiederholt sein individuelles »Absterben« nennt. Jahrzehntelang begann sein Tag um fünf Uhr dreißig in der Frühe und endete unmittelbar nach der »Tagesschau«. Jetzt, im Untergang der DDR, wartet er nicht einmal mehr die »Aktuelle Kamera« ab.

Seine wirtschaftspolitischen Vorschläge sind nicht konsistent. Sogar »die Strategie von Südkorea« erscheint ihm einmal sinnvoller als die der DDR. Damit meint er offensichtlich die Konzentration auf einzelne, tatsächlich aussichtsreiche Exportzweige. Zwischen den Betrieben müßten Markt-und-Konkurrenz-Beziehungen bestehen. Doch die Perestroika-Anhänger erschreckte er mit einem – auf Veranlassung der Partei- und Staatsführung breit publizierten – Artikel vom Dezember 1988j in dem er für die Beibehaltung der festen Preise bei den Gütern des unmittelbaren Bedarfs eintrat. Die Begründung ist widersprüchlich. In einer Versammlung bei Robotron sagte er schließlich im Juni 1989: »Alles spricht ökonomisch für eine Erhöhung der Grundpreise, ist ja auch ganz logisch, aber politisch zu gefährlich, einfach aufgrund der Erfahrung.« Offensichtlich war damals nicht nur Günter Mittag mit seinem Latein am Ende, sondern auch Jürgen Kuczynski mit seinem Griechisch.

Mehr als Perestroika interessierte ihn, den Intellektuellen, Glasnost, und auch das hatte für ihn Grenzen. Das bekannte Zitat, Freiheit sei immer die Freiheit des Andersdenkenden, kommentierte er so: »Natürlich hat Rosa in diesem Fall Unsinn geschrieben.« Das ungarische Experiment lehnte er schnell als katastrophal ab. 1989 während er in sein Tagebuch die Beobachtungen über den Untergang seiner Welt eintrug, veröffentlichte Jürgen Kuczynski im Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte den Essay »Der alte Gelehrte«. Thema ist die Freude an der wissenschaftlichen Arbeit noch im hohen Alter.

Kuczynski weiß, was literarische Stilisierung ist, und er hat sie immer wieder bewußt eingesetzt. Zelebriertes Alter – und jetzt das: die Tagebücher über eine Katastrophe. Doch selbst hier, in einer Notiz vom 1. Januar 1990, wird immerhin noch einmal die herrliche Frechheit des alten Humanisten sichtbar, dem ein Naturbild höchstens für einen Witz gut ist: »Wir hatten den wärmsten Winteranfang des Jahrhunderts, und die Magnolien sind voller Knospen – aber sie werden auch das hoffentlich gesund überstehen. Sie sollen sich ein Beispiel an mir nehmen.«

Brief von Jürgen Kuczynski an Georg Fülberth auf Seite 81

Lieber Georg: Dank für die Zusendung der Besprechung meines Buches »Schwierige Jahre – mit einem besseren Ende?« Natürlich, wie all Deine Sachen, interessant und so manches wahrlich bemerkenswert. Aber manches auch scheint mir nicht glücklich und den Leser verwirrend. Dafür nur zwei Beispiele:

Du schreibst ganz offenbar mißbilligend: »Das bekannte Zitat, Freiheit sei immer die Freiheit des Andersdenkenden, kommentierte er so: 'Natürlich hat Rosa in diesem Fall Unsinn geschrieben'.« Meinst Du nicht, Du schuldest dem Leser eine Erklärung dafür, warum Du für die Freiheit der wie die Mörder Rosas Denkenden oder allgemein für die Freiheit von Faschisten, Rassisten, Ausländerfeinden eintreten willst?

Oder: Du schreibst: »Das ungarische Experiment lehnte er schnell als katastrophal ab.« Schnell? Wenn ich in dem Bericht vom 9. Mai 1987, auf den Du Dich beziehst, zitiere, daß selbst das Zentralorgan der ungarischen Partei von einem »Dilemma« bzw. einem »Schlamassel« in der Wirtschaft spricht? ! Manchmal hast Du zu schnell gelesen. So, wenn Du schreibst: »Bei Stellungnahmen in Blättern und Sendern kapitalistischer Länder dagegen verhielt er sich immer wie ein Bolschewik in diplomatischer Mission auf feindlichem Terrain, mit einer Ausnahme: zufrieden (? J.K.) schildert er den Wirbel, den ein KONKRET-Interview von 1987 zu Hause in der DDR auslöste.« Eine Ausnahme? Hast Du etwa nicht auf den Seiten 105 und 147f gelesen, daß ich für ein Interview im sozialdemokratischen »Vorwärts« eine Parteistrafe erhielt, hast Du nicht schon auf S. 10 den Auszug aus dem »UZ«-Interview gesehen, in dem ich die Kluft zwischen Parteiführung und Volk in der Aufnahme der Veränderungen in der Sowjetunion aufzeige, und hast Du nicht selbst in Versammlungen gehört, daß ich ganz anders als »diplomatisch« über unsere Verhältnisse sprach?

Grotesk, Georg, ist Deine Interpretation meiner Idee, wenn ich genug Devisen hätte, der DKP beizutreten, als »Panik«. Im Gegenteil! Es wäre die raffinierteste Form der Opposition gewesen, denn die Parteiführung wäre völlig hilflos gewesen, da sie doch nicht, wie üblich, hätte erklären können, ich wäre »zum Feind übergelaufen«.

Schließlich noch ein Problem von allgemeiner Bedeutung. Du schreibst, ich habe formuliert: »Alles spricht ökonomisch für eine Erhöhung der Grundpreise (also eine Abschaffung der Subventionen für Grundnahrungsmittel und Mieten – J.K.), ist ja auch ganz logisch, aber politisch zu gefährlich, einfach aufgrund der Erfahrung.« Und fügst dann von Dir aus hinzu: »Offensichtlich war damals nicht nur Günter Mittag mit seinem Latein am Ende, sondern auch Jürgen Kuczynski mit seinem Griechisch.« Du meinst also, ökonomische und logische Argumente seien im Leben die einzig entscheidenden. Ach Georg, wie eng gedacht ! Meinst Du wirklich, daß etwa Mitleid oder Liebe sich nach Ökonomie und Logik richten sollten? Weißt Du nicht, daß, als ich so argumentierte, wir das Beispiel von Polen und Ungarn mit der Einführung freier Preise und einer entsprechenden Verarmung der Rentner und Minderbezahlten vor uns hatten? Hast Du keine Ahnung davon, was heute bei uns vor sich geht? Bisher hatten die Rentner eine kümmerliche Existenz bei uns seit vielen vielen Jahren, aber keiner brauchte auch nur einen Tag im Jahr zu hungern oder zu frieren oder elektrischen Strom zu sparen. Heute nach Aufhebung der Subventionen für Nahrungsmittel und den entsprechenden Preissteigerungen, und wenn am 1. Januar 1991 die Mieten und Energiekosten erhöht werden, werden nicht wenige Rentner wegen ungenügender Anhebung der Renten die Wahl haben, an manchen Tagen nicht satt zu werden oder Elektro- oder Wärmeenergie zu sparen, und manche werden, wie heute schon in der BRD, obdachlos sein.

Lieber Georg wir haben uns immer kritisiert, wenn wir solche Kritik für richtig hielten. So soll es auch immer zwischen uns bleiben. Alles Gute für Deine Arbeit, für Dich in jeder Beziehung!

Konkret 11/90, S. 82

Kay Sokolowsky

Disneys Doppelagent

Die Duck-Geschichten von Carl Barks lesen sich wie ein Kommentar zur größten Zeit der USA

Dafür haben die vierfünftausend Filme gesorgt, die einem im Kopf stecken und spuken: daß man heimlich glaubt, große Momente der Weltgeschichte seien stets von unsichtbaren Orchestern begrüßt worden. Michelangelo z.B. (der natürlich aussieht wie Charlton Heston) bei der Arbeit in der Sistina – ohne Musik unvorstellbar. Oder Flaubert in Croisset, die Bovary abschließend – mindestens sechzig Streicher und Bläser vorm Haus. Und als Carl Barks 1935 in den Disney-Studios einer jungen Ente namens Donald begegnet ist, muß das Geisterorchester ganz besonders prachtvoll aufgespielt haben.

Denn obwohl Barks, mittlerweile 41 Jahre alt, sich 1942 vom Trickfilm auf die Hühnerzucht verlegt hatte, ließen ihn Disney und die – inzwischen um Tick, Trick, Track und Daisy vermehrten – Ducks nicht aus. Von 1943 bis '67 schuf er, zumeist in eigener Regie, gut 520 Duck-Geschichten, denen die übrige Ware kaum, und die aus den Disney-Fabriken gleich gar nicht, an den Bürzel reicht. Er schuf: den buntesten, rundesten Kosmos des Genres, mit Entenhausen als Zentrum und einer Galaxis von Figuren, unter denen die Panzerknacker, Gustav Gans, Gundel Gaukeley und Daniel Düsentrieb am hellsten strahlten. Und er schuf Dagobert Duck, den reichsten Mann der Welt, der fest entschlossen ist, »es auch zu bleiben«.

Aber Barks' Kunst stieß an enge Grenzen; es waren dieselben, die Disneyland abschotten. Wie er den rigiden Bestimmungen des Hausherrn, die Sex und Schmutz nicht hereinlassen, die Leiden und Tod verbieten, gerecht wurde und sie übertrat in einem, wie er die fast grandiose Verlogenheit der Disneywelt sich zueigen machte und sie entlarvte zugleich – : Darin liegt, was Barks, nicht nur unter seinen Kollegen, so einzigartig erscheinen läßt. An diesem genialen Autodidakten, der ein Vierteljahrhundert lang anonym und wie ein Kontraktsklave schuftete und doch die Lust und seine kreative Kraft nicht verlor, an dem Widerspruch zwischen den großen Comics, die er geschaffen hat, und den kleinen Verhältnissen, in die er sich zwingen ließ – : an dem, pathetisch zu sprechen: Wunder Carl Barks haben die zuständigen Fachkräfte gewiß noch viel zu beißen. Das härteste Stück Brot, die heikelste Aufgabe ist ihnen jetzt abgenommen worden.

Daß Comics, die ihr erstes Publikum unter Kindern finden, Satire, ja Systemkritik treiben, klingt wahrscheinlich unwahrscheinlich; Barks selbst hielt sich für unpolitisch. Und er hat reichlich Fans, die wütend aufheulen, wenn jemand dem Meister die Naivität bestreitet und ihn für mündiger erklärt, als sie jemals sein werden. So dürfte auch die Studie »Carl Barks: Dagobert und Donald Duck«, die der Kunsthistoriker David Kunzle verfaßt hat, den dümmeren Donaldisten ein Greuel sein. Denn Kunzle kümmert sich ausschließlich um die sehr reifen Satiren Barks' und darum, wie darin die saubere Ideologie der Disney Productions und deren Verhöhnung durcheinandergehen. »Die Disney-Kultur«, schreibt Kunzle, »betrachtet sich, wie die amerikanische Außenpolitik, als Botschafterin der Wohltätigkeit, Unschuld und Unbesiegbarkeit.« Disney ist, wenigstens bis 1970, der private Ableger des US State-Department gewesen, und Barks, ganz Doppelagent, bei weitem der beste Mann der Firma.

Über die Rolle, die Disneys niedliche Tiere spielten, als die USA zum größten Plünderer der Dritten Welt aufstiegen, haben 1971 die Chilenen Ariel Dorfman und Armand Mattelart gründlich und gültig in »How To Read Donald Duck« aufgeklärt. Kunzle, der »die allgemeinen Prinzipien jener Arbeit« übernimmt, resümiert: »Der Disney-Stil kann, wie so vieles aus der amerikanischen Massenkultur, den Anspruch erheben, ein universeller Stil zu sein...Die politische und militärische Macht Amerikas hat ihn überall bekannt gemacht, und er selbst ist... ein Ausdruck dieser Macht.«

Der einmalige Charme der Disney-Geschöpfe ließ sie zu idealen Instrumenten der US-Propaganda werden. Ihm und somit ihr nicht zu verfallen, scheint unmöglich. Hinter der Liebenswürdigkeit der Gringos Micky, Goofy und Donald verschwindet die Gnadenlosigkeit der Konzerne, die sich an den Ressourcen des Trikont mästen. Solchen Ausbeutern kann niemand ernstlich böse sein. Ihre Macht kommt, dank Disney, den Opfern bald so unerschütterlich vor wie Dagoberts Geldspeicher. »Lateinamerikanern, die sich mit ihrer Lieblingsfigur, dem Versager Donald Duck, identifizieren, wird auf diese Weise nahegelegt, sich selbst als Versager zu betrachten.« Die »Colanisierung« ist vollendet, und das Geschäft blüht.

Nun nachzuweisen, daß Carl Barks zwar der fähigste Demagoge, aber ebenso der erste Kritiker der Disney-Idelogie gewesen ist, hat David Kunzle sich aufgetragen. Und er löst dies Problem, das schwierigste der Barks-Forschung, wie gesagt, bravourös. Dabei bleibt seine Diktion bis zum Schluß erfrischend prägnant; die Schärfe seiner Sätze erlaubt keinen Zweifel daran, daß er es ernst meint. Da er Barks ehrlich bewundert erliegt er nie der Versuchung, seinen Lesern so komisch wie der Meister zu kommen. Allerdings läßt die reale Dreckigkeit des US-Imperialismus, um den es letztlich geht, auch keine anderen als die galligen Witze zu, die Barks unnachahmlich gerissen hat.

»Von allen Disney-Figuren scheint die Duck-Familie biologisch und moralisch am besten ausgestattet, die Weltherrschaft zu übernehmen. Ihre Mitglieder sind weiß, und ihre Rundlichkeit macht sie sympathisch... In Disneys Menagerie sind sie offensichtlich die überlegene Rasse.« So beginnt Kunzle das 2. Kapitel seines Essays, »Die Duck-Familie«, in jeder Beziehung ein Hauptstück: makellos, gedankenreich, brillant. Man möchte gar nicht aufhören zu zitieren: »Der flexibel hierarchisch aufgebaute Clan besteht allein aus Männern, die rücksichtlose Energie, Gier, Konkurrenzkampf, Streben nach Erfolg oder Angst vor Versagen antreibt.«

Die zentrale Figur in Barks' Satire ist der ultrareiche Patriarch. Wen Onkel Dagoberts sympathische Schrullen nicht mehr täuschen, wer das lachhafte Knickertum als die Tarnung eines furchtbaren Raffzahns durchschaut hat, dem leuchtet grell ein, wie doppelbödig die Comics gebaut sind, die der Autor seinem Verlag als »Funnies« unterjubelte. Von wegen harmloser Kinderkram: Dagobert »entspricht dem Typus jener Multimillionäre, die die Stützen der amerikanischen Wirtschaftsmacht sind«. Er »ist sowohl die Verkörperung des Systems als auch seine Karikatur«. Der Name, den der Magnat im Original trägt, Uncle Scrooge (McDuck), zeigt übrigens dieselben Initialen wie die United States und Uncle Sam. Barks kann einem manchmal schon unheimlich werden.

Auf der untersten Stufe der Duck-Hierarchie steht die »Jeder-Ente«, die nur zuhause was zu melden hat und regelmäßig auch dort den Kürzeren zieht. Donald schreibt seine dauernde Misere und all die Katastrophen, die er in seinen rasant alternierenden Jobs erleidet, nie dem System, immer seinem »Pech« zu. Diese puritanische Resignation macht ihn kenntlich: Er ist das komische Symbol »jener Art von Arbeiter, die der amerikanische Kapitalismus hervorgebracht hat und mit der er leicht fertig wird«. Willig begleitet Donald seinen Erbonkel auf den Raubzügen durch Südamerika und Asien, aber nicht, weil er viel dabei zu erben hätte. Ihn locken die »Aufregungen und (der) Ruhm der Abenteuer«, die Dagoberts Reisen stets begleiten. Um Kunzle einmal zu ergänzen: Ähnlich leimt bis heute die US Navy ihre Aspiranten, und man schämt sich fast, in diesem Zusammenhang an Donalds Matrosenuniform zu erinnern.

Weit über ihm rangieren die frühreifen Neffen. Unmöglich kann Dagobert auf sie verzichten, wenn es Schätze zu stehlen gilt. Er braucht Tick, Trick und Track, damit sie auf den schlichten Handlanger Donald achtgeben, und er benutzt ihre Klugheit für die taktischen Details seiner foreign affairs. Sie »sind mustergültige Arbeiter, Techniker und Manager«, Barks' Version jener smarten Jungs, die, flink wie die Fieselschweiflinge, der Expansionswut des Vorstands die Schlachtpläne liefern, und die in ihren Designer Outfits allesamt gleich aussehen, grade so wie die Drillinge. »Tick, Trick und Track stellen Donald ebenso bloß wie ein junger, dynamischer Aufsteiger einen alten Manager, der versagt hat oder sich zur Ruhe setzt.«

Keiner stoppt das Duck-Team auf Dauer: An Donalds blindem Mut, dem Verstand der Kinder und am eisernen Profitwillen des Alten sind u.a. Wüstenräuber, Indios, ganze Armeen, sogar Harpyien und der Yeti gescheitert. Wenn aber wirklich nichts mehr hilft, greift Dagobert zur nackten Gewalt: Er öffnet den Geldspeicher. Der unendliche Reichtum darin ist die Macht per se, und die Supermacht der USA findet in dem bizarren Gebäude ein perfekteres Sinnbild als im Pentagon oder Fort Knox. Der Geldspeicher – mitten in Entenhausen auf freiem Felde steil wuchtend – illustriert das gigantische Selbstbewußtsein ebenso wie die Festungsmentalität seines Besitzers. Wenig vergnügt Herrn Dagobert so sehr wie das Protzen mit seiner Habe; und doch erscheint ihm nichts grauenhafter als Neider, die es auf seine 11 1/4 Oktillionen Dollar absehen. Das verdrängte schlechte Gewissen des größten aller Diebe äußert sich in wilder Angstbeißerei. »Der Geldspeicher erzeugt bei Dagobert einen ebenso großen Verfolgungswahn wie bei der amerikanischen Regierung das Konzept der 'Nationalen Sicherheit': eine Motte, eine winzige Insel wie Grenada stellen eine Gefahr dar.«

Und so markiert der erste Auftritt der Panzerknackerbande, 1951, den Eintritt der Ducks in den Kalten Krieg. Nicht zufällig führen Dagoberts ärgste Feinde keine Namen, sondern Nummern, sind als straffes Kollektiv organisiert und besitzen nichts, nur Waffen und eine enorme kriminelle Energie. Im Code der Barks-Satire bedeutet jeder Anschlag auf den Geldspeicher einen aufs System: Einmal machen sich die Panzerknacker daran, den Speicher »buchstäblich zu untergraben, so wie der Kommunismus... den Kapitalismus«. (Gegen Ende der 50er Jahre chiffrierte Barks nahezu nichts mehr. Statt der Bande treten jetzt Commies an, die auch wie welche aussehen, lauthals die Revolution rühmen und ihren Staat »Brutopia« nennen .)

Natürlich ist David Kunzles Analyse nicht wasserdicht. Ein Riesenwerk wie das Carl Barks' läßt sich nimmer völlig packen. Doch zielt der Zugriff ja nur auf *eine* Dimension dieser fantastischen Geschichten, und er gelingt so vortrefflich, daß man sich gern alle kleinlichen Einwände schenkt. Bis auf den: Donald Duck kommt zu kurz. Zwar ist das von jeher sein Schicksal gewesen, aber... Aber diese reifste, beseelteste und lebendigste aller Comicfiguren, diese unsterbliche Ente, die keiner von Disneys Zeichnerbütteln je totkriegen wird – sie hätte mehr verdient als die allzu leichte Abspeisung, die Kunzle ihr zuteilt.

Allerdings paßt sein Schlüssel dadurch desto besser. Wird er richtig angewandt, lesen sich die Barks-Geschichten, in denen Dagobert die Hauptrolle hat, wie ein fortlaufender, stets sehr fixer, manchmal sogar prognostischer Kommentar zur größten Zeit der USA. In den letzten zwei Dritteln seines Buchs führt Kunzle das minuziös und exemplarisch vor. Dabei hebt er sich die stärkste Überraschung fürs Finale auf: 1966 verschlug es die Ducks nach Vietnam. Doch was sie dort anrichteten –

das lesen die Interessierten bitte bei Kunzle nach. Ich habe sowieso schon viel zuviel verraten. »Leichtfertig ist die Jugend mit dem Wort und bar jeden Sinnes für geschäftliche Dinge!« (C. Barks: »Das Goldschiff«)

David Kunzle: Carl Barks. Dagobert und Donald Duck. Welteroberung aus Entenperspektive. Fischer Taschenbuch, Reihe »kunststück«3949, 16.80 Mark

Konkret 11/90, S. 84

Diedrich Diederichsen

Platte des Monats: Dein Name sei Band

Grateful Dead: Without A Net; Arista/BMG

Während ich dies schreibe, sind einige tausend amerikanische Jugendliche und Althippies in eigens gecharterten Jumbos über dem Atlantik, um dem Lebensziel hinterherzujagen, das sie seit Jahren landauf, landab in den Staaten per Bus verfolgen: kein Konzert der Grateful Dead verpassen. Für diese Deadheads richtet die Gruppe ihrerseits besondere abgesperrte Sektionen ein, wo sie in Ruhe und unter besten akustischen Voraussetzungen die Konzerte mitschneiden können. Raubpressungen und Konzertmitschnitte in Cassettenform sind ausdrücklich erwünscht. Diverse Grateful-Dead-Fanzines in aller Welt sorgen in riesigen Kleinanzeigen-Teilen dafür, daß diese Tapes unter den Fans getauscht oder verscherbelt werden (»Suche Santa Monica, 11 /7/83, biete Boston 15/8/70«). Das größte dieser Fanzines, »Relix«, ist eine richtige Zeitschrift mit Vierfarb-Covern, Artikeln über Ökologie, alternative Projekte, Grateful-Dead-verwandte Musik, sei es von West-Coast-Veteranen oder von jüngsten Musikern aus der Post-Punk-Generation und Hippie-Gedichten. In »Relix« werden Ideale und Probleme der Hippie-Bewegung diskutiert, als wäre sie nie verschwunden oder zu New-Age-Musik verkommen. Und wer sich nicht mit einer Sammlung von tausend und mehr Tapes belasten will, läßt sich in den Verteiler aufnehmen, der Dead-Fans in aller Welt monatlich mit Computer-Protokollen informiert, welche Songs sie bei welchem Konzert gespielt und welche etwaigen Gäste mitgespielt haben. Denn u.a. darauf legen die Dead in den gut 25 Jahren ihres Bestehens großen Wert, nie das gleiche Material in der gleichen Kombination zweimal zu spielen.

Grateful Dead ist das zum Monstrum aufgeblasene oder meinetwegen auch zuende gedachte Produktionsprinzip der letzten drei Dekaden Popmusik: Sein Name ist Band. Und obwohl die heutige Technologie und der direkte Entstehungsprozeß neuer Pop-Musik dieses Prinzip eigentlich ad absurdum führen, hat es sich auch z.B. beim HipHop gehalten, dieses eigenartige Kollektiv aus notwendig komplementären Charaktern, aus John, Paul, George und Ringo. Das vielgerühmte Sich-Blind-Verstehen der Dead, das Abend-für-Abend-neue-Kombinationen-aus-einem-Repertoire-von-über-400-Songs-aus-dem-Ärmel-schütteln-könnendie riesige selbstverwaltete Kommune, die den Apparat der Dead, vom Ticket-Office bis zur Dead-Hotline übernimmt – das sind alles Ergebnisse eines von keiner anderen Band so konsequent und über die Jahre unbeirrt verfolgten Prinzips einer unabhängigen großen Gang, deren Vorbild und Auslöser durchaus richtige Gangs/Parteien waren, wie etwa die San-Francisco-Hells-Angels, deren Hausband die Dead in ihrer Anfangszeit waren (auch wenn die etwas zu naiv an das Love & Peace-Image der Gruppe glaubenden Fans das gerne verdrängen) oder auch die Black Panther Party, für die die Dead in den 60ern so manches Benefizkonzert gegeben haben. Doch es ist nicht nur eine Organisationsform, die den Dead lange vor einer Indie-Bewegung die größtmögliche Freiheit gegenüber der Musik-Industrie eingebracht hat (im übrigen mit dem typischen Nachteil einer solchen Lage, den wir auch aus der Kunst gut kennen: einem undialektischen, jede Mode, Veränderung der anderen, »falschen« Welt ignorierenden, wenn nicht verachtenden Weltbild), es ist auch ein kreatives Prinzip, das gewürdigt gehört.

So spielen die Dead seit Jahren kaum noch neue, und wenn doch, dann nicht besonders interessante Songs, das Songschreiben ist seit ihrer 73er-LP »Blues For Allah« nicht mehr ihre große Stärke, obwohl Jerry Garcia, vgl. auch seine Solo-LPs, ein begnadeter, ölig-sentimentaler Balladenschreiber ist. Songs waren für die Dead eigentlich auch vorher eher das Ergebnis experimenteller, drogenschwangerer Studio-Situationen. Doch im Studio haben sich die Dead eh nie wohlgefühlt. Endlos federndes Gedaddel, Improvisationen über Skalen wie im Jazz der späten 50er, frühen 60er, aber unglaublich gedehnt, endlos geflochtene Bänder knüpfend, webend, perlend, jede Songform hinter sich lassend, wie sie es bei Live-Konzerten bis zu 5, 6 Stunden praktizieren, sind der Grund, warum ihnen tausende von Deadheads nachreisen und selbst ihre offizielle Diskographie weit mehr Live- als Studio-Platten aufweist. Die, von der hier die Rede ist, ist ihre zweite Triple-Live-LP, die letzte war »Europa 72«, die Tour, bei der ich sie das letzte Mal gesehen habe. Ein Jahr nachdem ich von einem TV-Mitschnitt angefixt wurde, bei dem auf so unbeschreiblich schöne, folgerichtige Weise der Dead-Song »China Cat Sunflower« in den Folk-Blues-Traditional »I Know Your Rider« überging, das Hippie-Girl-Minnelied bei der historischen Landarbeiter-Realität landete, deren Formen sich der Dissens weißer Bürgerkinder aus merkwürdigen Gründen seit Jahrzehnten immer wieder ausleiht.

Bleiben wir kurz bei »I Know Your Rider«. Dieses Stück ist schon auf der '65 aufgenommenen Live-LP »Vintage Dead« zu hören, kommt wieder in der Kopplung mit »China Cat. .« auf »Live Europa 72« vor und ist nun auch auf »Without A Net« wieder enthalten. Was mich dabei am meisten bewegt, ist die Fähigkeit von Grateful Dead, über 25 Jahre diese aus vielen Blues-Standards bekannten Sätze: »The sun will shine on my back door someday« und noch schöner »I wish I was a headlight on a northbound train« (der Norden, wo es Arbeit gibt und der Rassismus weniger brutal ist) noch so vortragen zu können, daß die erste geschichtliche Bedeutung dieser Sätze sich gefühlsmäßig noch ebenso nachvollziehen läßt wie die zweite, die Gründe, warum sich die Hippies dieser Sätze angenommen haben. Nicht Authentizität, die Lüge des Rockism, sondern Musik, die eine Geschichte hat, eingedenk dieser Geschichtlichkeit, also eingedenk ihrer außermusikalischen Referenzpunkte spielen zu können, und zwar dann natürlich als reine Musik, ist das Besondere an dieser Fähigkeit. Dazu

paßt, daß die Dead in den letzten Jahren zunehmend Songs in ihr Repertoire aufgenommen haben, die andere in der Zeit geschrieben haben, mit der sie mythologisch verbunden werden: Hippie-Songs von anderen Hippie-Bands als Reflex der Tatsache, daß die Dead über ihren Mythos und ihre Stellvertreter-Funktion für ein ganzes Bündel nur in einigen Fällen liebenswerter, spinnerter Ideen und romantischen Quatsches nicht nur Bescheid wissen, dem immer nur das beste abzugewinnen sie verurteilt sind, was das Geheimnis ihrer Kontinuität ist: Beharrlichkeit in dasjenige einzuführen, das sich sonst immer nur über Flüchtigkeit definiert, Jugendkultur, und dem sie wahrscheinlich nicht besser die Treue halten können, als indem sie ihren Laden, einen der größten Arbeitgeber in Alternativzirkeln der Bay-Area, aufrechterhalten.

Dabei sind die vier Leute, die seit 25 Jahren ununterbrochen bei Grateful Dead aktiv waren, alles andere als die lieben Blumenkinder, für die sie ihr Mythos hält. Die Verflechtung zwischen Zuhälterei und Summer of Love, Beatnik-Dichtung und Gang-Kriminalität in den frühen 60ern und späten 50ern an der Westküste, die Welt, aus der die Dead hervorgingen und der sie z.B. in »Cassidy«, einem auch auf der Dreifach-Platte enthaltenen Song über Kerouacs Helden Neal Cassidy Referenz erweisen, kann man in Hank Harrisons sehr lesenswertem dreibändigen »Dead Book« nachlesen. Jerry Garcia, der fette Leadgitarrist, Leader, wenn es sowas bei den Dead gibt und verdienter Träger des Spitznamen »Captain Trips«, war schon jahrelang vorher aktiver Musiker der verschiedensten Genres der blühenden Folk-Szene. Bassist Phil Lesh gehörte jenem legendären Bay-Area-Kreis serieller Komponisten und Fans der Kölner Schule Neuer Musik an, der in Pynchons Roman »Die Versteigerung von Nummer 49« vorkommt. Bill Kreutzmann war ein stadtbekannter Schläger und Schlagzeuger und Bob Weir ein damals unbedarfter 17jähriger. Ur-Keyboarder Ron »PigPen« McKernen, der '72 an Leberzirrhose starb (seine Nachfolger Keith Godcheaux und vor wenigen Monaten Brent Mydland starben ebenfalls vor der Zeit), verkörperte den Hells Angel und paßte gut in das Ensemble pockennarbiger Hauertypen, das die Dead damals waren. Doch auch Tom Constanten, E-Komponist, Mathematiker, »intelligentester Mensch Kaliforniens« und Boogie-Woogie-Pianist, paßte vorübergehend gut rein. Ihr berühmter Drogenkonsum und ihre bis heute nicht zurückgenommene Erklärung von deren Wichtigkeit, hatte im klassischen Beatnik-Hedonismus seine Wurzeln, auch in den seit den frühen 60ern laufenden legalen Acid-Tests, von denen Tom Wolfe in »The Electric Kool-Aid Acid Test« berichtete, aber nicht im Learyschen Idealismus einer Bewußtseinserweiterung durch Drogen.

Aber die einmalig konsequente Band-Haltung ermöglichte es den Dead, jenes organisiert unorganisierte, komplexe Improvisationsspiel zu kultivieren, das immer wieder so gerne als »federleicht« beschrieben wird. Das, was Jazz-Musikern auch höherer Begabung immer wieder passiert, weil die Arbeitsbedingungen häufiges Wechseln von Ensembles und eingespielten Bands diktieren, haben die Dead, in dieser Konsequenz als einzige Band der Rockgeschichte, immer zu umgehen gewußt: hierarchisches Improvisieren, Stimme und Begleitung. Mittlerweile entstehen immer mehr Kontakte zwischen Jazz-Leuten und den Dead: Ornette Coleman verpflichtete Jerry Garcia als Gitarristen für drei Nummern seiner letzten LP, und Branford Marsalis, einer der offensten unter den zeitgenössischen Jazz-Stars, der gerade die Musik für Spike Lees Film »Mo Better Blues« gemacht hat und auf »Fight The Power« von Public Enemy mitspielt, ist hier auf der 16minütigen Fassung des Dead-Dauerbrenners »Eyes Of The World« mit einem schönen Tenor- und einem, allerdings total kitschigen, Sopransaxophon zu hören.

Ihren nicht nur musikalischen Tiefpunkt hatten die Dead in den späten 70ern, frühen 80ern. Seit »Blues For Allah« war keine gute Platte mehr erschienen auch die periodisch erscheinenden Live-Doppelalben hatten nachgelassen und die Punk-Bewegung hatte die Dead als archetypischen Feind ausgemacht, als schlaffe Hippies par excellence. Lester Bangs hatte mit seiner berühmten, auch im deutschen »Sounds« nachgedruckten Schilderung der unglaublichen Langsamkeit, Länge und Langeweile eines Dead-Konzerts vielen aus dem Herzen gesprochen.

Heute sind gerade in Ex-Punk-Kreisen haufenweise Dead-Fans zu finden. Greg Ginn von Black Flag bezeichnete die Dead mit als Vorbild für die Erweiterung des Hardcore zur Instrumentalmusik, auf seinem Label SST kamen mit z.B. Always August Bands heraus die sich deutlich an die Improvisationsformen der Dead anlehnten wie sie die Nähe von deren Art zu improvisieren zum John Coltrane Quartett der frühen 60er aufdeckten, indem sie das eine mit dem anderen Vorbild konfrontierten. Camper Van Beethoven sprechen aus was viele 80er-Jahre-Musiker denken, die versucht haben, sich über sogenannte Indie-Labels unabhängig von der Musikindustrie zu organisieren, wenn sie sagen, daß die Dead im Grunde das Vorbild der ganzen Bewegung sein müßten.

Dennoch treiben mich wohl auch sentimentale Gründe ins Konzert in der Essener Gruga-Halle. Schließlich sind die Dead heute wirklich ein unglaublich schlaffer, alter Haufen, der in einem Paralleluniversum glücklich ist. Beeindruckend ist eigentlich dann immer wieder nur, daß man der Musik anhört, daß dieses Paralleluniversum als Organisation wirklich existiert. Mit den Dead, wenn auch als Objekt von Henry Kaisers – noch so ein spät bekehrter Dead-Fan, der ursprünglich aus einer ganz anderen Ecke kam: der atonalen, freien Improvisation – Erkenntnis: »Those Who Know History Are Doomed To Repeat It«, hat diese Kolumne angefangen, mit den Dead soll sie enden. Im nächsten Jahr wird sie dann als etwas anderes auferstehen.

Konkret 11/90, S. 86

Hermann L. Gremliza

Gremlizas express

Der bekannte Freiheitskämpfer Gerd Bucerius erzählt, wie die Chefredakteurin seiner freiheitlichen Wochenzeitung einmal eine freie Entscheidung frei gefällt hat:

»Da haben Sie sich wohl von den teuren, fetten Farbanzeigen verführen lassen«, zürnte ein Leser, als ihm die »Zeit« vor zwanzig Jahren, am 2. Oktober 1970, zum erstenmal das »Zeit-Magazin« mitlieferte. Dieser Leser stand nicht allein. Auch die Redaktion – Marion Gräfin Dönhoff war Chefredakteurin – hatte das Magazin-Projekt nur mit spitzen Fingern angefaßt. Es galt der Redaktion als leichtfertig, als un»zeit«gemäß. »Der 'Zeit'-Leser will Texte, kein Bilderblatt. Er will nachdenken, sich nicht durch Bilder verführen lassen. «

Eine verzwickte Situation: Die Redaktion will nicht, der Verleger will. Da ist, wie man so sagt, Zivilcourage gefragt, und wer wäre dafür öfter ausgezeichnet worden als die Chefredakteurin Marion Dönhoff? So kam, was kommen mußte:

Schließlich entschied die ostpreußische Gräfin: Der Verleger will 's, also wird 's gemacht.

Nur der verdient sich Freiheit wie das Leben, der täglich sie erobern muß mit spitzen Fingern (Faust).

Der Michel Friedmann ist Mitglied der CDU, deren Vorsitzender um SS-Männer trauert, und Mitglied des Vorstands jener Frankfurter Gemeinde, die den Betrauerten entkommen ist. Er kann sich eben so schwer entscheiden, und deshalb schreibt er jetzt:

In der Sowjetunion herrscht wieder offener und militanter Antisemitismus. In den letzten Monaten ist, dank Perestroijka, die Ausreise für Juden in der Sowjetunion erheblich leichter geworden.

Beides ist wahr. Noch wahrer, hätte Friedmann seinen Dank an die Perestroijka zwei Zeilen früher abgestattet, nämlich hier:

In der Sowjetunion herrscht, dank Perestroijka, wieder offener und militanter Antisemitismus. In den letzten Monaten ist die Ausreise usw.

Aber das wäre zu wahr gewesen, um schön, jüdisch und christlich-demokratisch zu sein.

Es gibt Liberale, die noch gegen den Strom des Gezeitenwechsels rudern, wenn Bataillone von Kommunisten längst die Flinte in den Rubikon geworfen haben:

Wie wirkt Honecker? Er wird im August 74 Jahre alt, aber er sieht um gut ein Jahrzehnt jünger aus... Er spricht mit fester, manchmal leiser Stimme. Seine Sätze kommen ohne Schnörkel und Stanzfloskeln daher; er formuliert beredt. Er ist freundlich im Umgang, lächelt und lacht, läßt sich unterbrechen. Keine Verlegenheit, aber auch keine aufgesetzte Jovialität. Seine Fakten hat er präsent. A uf Zitate von Marx, Engels & Nachfolgern verzichtet er; er räsoniert aus der Sache, nicht aus der Ideologie... Natürlich rückt Honecker nicht von seinen Grundüberzeugungen ab. Er ist und bleibt Kommunist – aber ein deutscher Kommunist.

Ja, so fair läßt sich ein Mann beschreiben, den »Bild« und »Zeit« einen Verbrecher nennen, und respektvoller noch dessen Taten:

Vieles indessen ist getan worden. Der bloße Augenschein belegt, daß nicht Phrase geblieben ist, was die SED-Führung »Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaftsordnung« nennt. Die DDR hat einen Riesensprung nach vorn gemacht. Auf ihrem Boden hat sich das zweite deutsche Wunder vollzogen.

Theo Sommer heißt der Mann, der dies schrieb, und ich weiß nicht, was ich mehr bewundern soll: seine Zivilcourage oder seine Schnelligkeit. Was die andern heute nur ahnen und erst in Jahren auszusprechen sich trauen werden, wußte Theo schon 1984 (über die DDR) und 1986 (über Honecker). Chapeau!

Zu einem Gespräch mit Martin Walser, in dessen Verlauf der deutsche Dichtersmann sich immer tiefer in die heimatliche Scholle bohrt, hat die Redaktion des »Spiegel« ein Foto gestellt, auf dem ein Hund und drei ältere Herren, zwei Hamburger in Kammgarn und ihr Gesprächspartner, wie Keilgäste des schwäbischen Albvereins ein Stück deutscher Natur: Geröll zwischen Wasser und Wald, abwandern. Eine Fußnote sagt, was zu sehen ist:

Hellmuth Karasek, Rolf Becker sowie Walsers Hund Robbi in Nüßdorf am Bodensee.

Früher, in jener vaterlandslosen Zeit, als noch im Büro interviewt wurde und der Hund ungenannt blieb, wohnte Walser in Nußdorf. Ob er, weil die Besatzer keine Pünktchen auf dem u haben, in ein Dorf mit deutscherem Namen ümgezogen ist?

Die griechische Philosophenschule der Peripatetiker meinte, die besten Einfälle kämen beim Herumgehen. Ihr letzter Schüler, Johannes Gross, nimmt den Dienstwagen, mit dem er zwar keinen Parkplatz, aber gerade deshalb ein Thema findet:

In keiner deutschen Großstadt findet man freie Parkplätze, aber in jeder deutschen Großstadt gibt es doch welche – für Behinderte.

Hätte Gross einen Moment nachgedacht, wäre sogar er darauf gekommen, daß für sie reservierte Parkplätze Behinderten nur dann nützen, wenn es so viele gibt, daß meist einer von ihnen frei ist, weil einem, dessen Beine gelähmt sind, mit einem Parkplatz, der ihn zwingt, fünfhundert Meter zu Fuß zu gehen, nicht geholfen ist. Andererseits hätte diese Überlegung unserem rasenden Peripatetiker nicht die Seite gefüllt, die er allmonatlich in der Zeitschrift »Impulse« vollzuschreiben hat, und so drückte er kräftig aufs Einfallsgas:

Offenbar ist diese bedauernswerte Gruppe von Menschen weniger stark als die Aufmerksamkeit, die ihnen die Verkehrsplanung in den letzten Jahren zugewendet hat.

Und einmal in Fahrt und in Wut über den ihm verbotenen freien Parkplatz, läßt Gross seinen inneren Turbolader aufheulen:

Ein Beispiel nur und kein gravierendes für einen Tatbestand, der für unser öffentliches Leben charakteristisch geworden ist: die Obsorge der demokratischen Obrigkeit für kleine Zielgruppen, meist dem Rand der Gesellschaft zugeordnet, der eine wachsende Gleichgültigkeit für die weit überwiegende Mehrzahl der Bürger gegenübersteht, aller jener, die nichts Besonderes als Anspruchsmerkmal vorzuzeigen haben, also einheimisch sind, Steuerzahler, drogenresistent und nicht vorbestraft.

Parkplätze für Einheimische? Alle reserviert für arbeitsscheue türkische Junkies und Zigeuner:

Wer die öffentliche Fürsorge registriert, die den Roma und Sinti zugewendet wird (die noch überall Zigeuner heißen, nur bei uns nicht mehr heißen dürfen), den Asylanten aus der dritten Welt, den mißhandelten Frauen, den Süchtigen aller Art, den Aids-Kranken, wird...

was? meinen, daß damit der Führer besser fertiggeworden ist? Nein, bevor ihm vor seinem Tempo schwindlig wird, nimmt Gross kurz den Fuß vom Gas, um gleich darauf wieder voll durchzutreten:

... sich nicht sehr wundern, weil es ja dafür ausgezeichnete Gründe, moralische Legitimationen gibt; er wird aber beim Nachdenken,

nämlich beim Herumfahren und Parkplatzsuchen,

dahinterkommen, daß die gleiche Fürsorge auch mobilisiert werden kann für Radfahrer, fanatische Nichtraucher, ein tausendfach verästeltes System von Grüppchen... All diesen Randgruppen ist gemeinsam,

daß sie von Gross dem Rand einer Gesellschaft zugeordnet werden, die schon immer besonderen Spaß hatte, wenn sie Gas geben durfte, was sie sich, wie Gross meint: leider, zuweilen verkneift:

Bei uns hat, Folge des jahrhundertelangen Obrigkeitsstaates, der Bürger kein Selbstbewußtsein in seiner Eigenschaft als Steuerzahler. Die Tatsache, daß die Obrigkeit sich von dem ihm abgepreßten Geld ernährt, stärkt ihm nicht das Rückgrat; und so muckt er auch nicht auf, wenn aus seinem Säckel selbst soziale Parasiten befriedigt werden.

Einfälle beim Herumfahren: Als er das fünfte Mal vorbeikam, war aus dem für Krüppel reservierten Parkplatz eine Rampe geworden .